C 21734 D

ÖTV, Hamburg AKT aufgelöst... 19
Lage der Behinderten in der BRD 23
Ein Mann sieht rot 28

Arbeiterkampf

Jahrg. 5 Nr. 54 7.1.75
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Hinter der chauvinistischen Hetze verbirgt sich die aggressive Politik des BRD-Imperialismus

Zum Kauf der Daimler-Benz-Aktien durch Kuweit

„Der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft?"
„Scheichs steigen bei Mercedes ein"
„Öl-Geld: Gefährlich wie 50 Sowjet-Divisionen"
„Furcht vor ‚arabischem Kolonialismus'"
„Vaterlandsverrat"
„Vor Jahrhunderten bedrohten uns die Araber mit Krummschwertern, heute können sie ihr Geld als Waffe einsetzen"

Dies ist nur ein kleiner Auszug von Kommentaren und Schlagzeilen der bürgerlichen Presse Anfang Dezember.

Anlaß hierfür war der Verkauf von 14 % des Aktienkapitals der Stuttgarter Daimler-Benz-Werke durch den Quandt-Konzern, einen der 20 größten Konzerne der BRD.

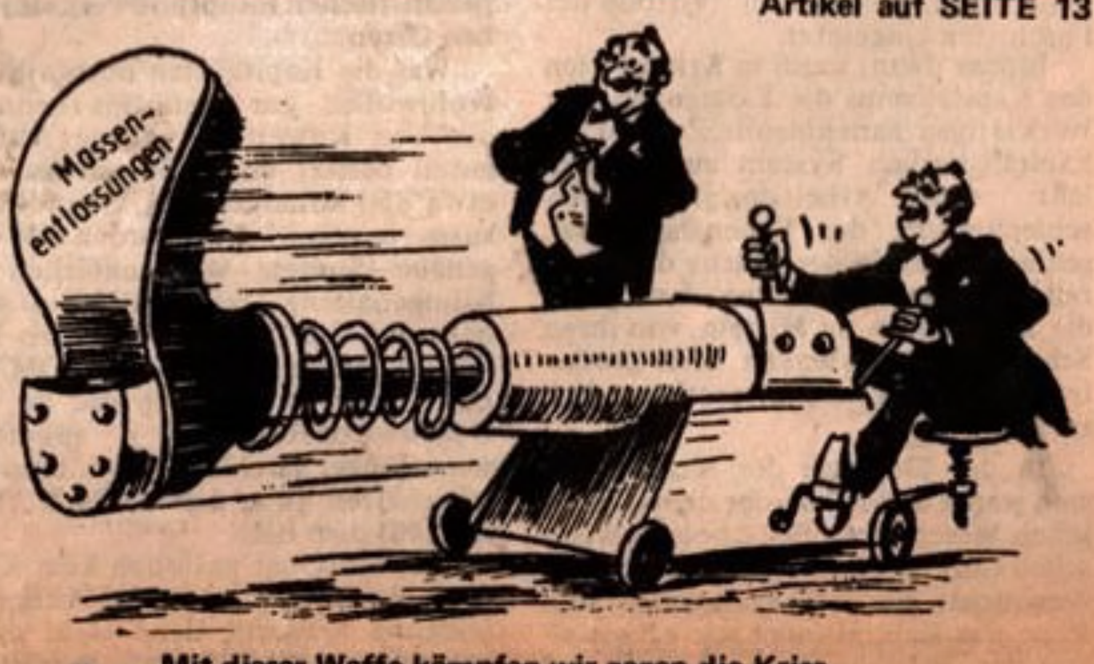
Um diesen Verkauf rankte sich eine geradezu „dramatische" Geheimniskrämerei. Nachdem die Boulevard-Presse zu berichten wußte: *„Kaufen sich die Öl-Scheichs bei Mercedes ein?"*, hatten die Überall-Redakteure

Fortsetzung Seite 2



Den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit 1975 verstärkt führen !

Artikel auf SEITE 13



Kapit Mit dieser Waffe kämpfen wir gegen die Krise

US-Regierung droht der '3. Welt' mit Krieg

Der amerikanische Außenminister Kissinger – der sich von der bürgerlichen Presse aller Länder gern als „Friedensstifter" feiern läßt – hat den Völkern der sogenannten „3. Welt" öffentlich mit einem Krieg gedroht!

Gegenüber dem namhaften US-Wirtschaftsmagazin „Business Week" erklärte Kissinger am 3. Januar 75 in einem Interview, daß die US Imperialisten nicht zögern würden, gegen Rohstofförderländer der „3.Welt" (im besonderen die Ölförderländer des Nahen und Mittleren Ostens!) auch mit ihrem gewaltigen Militärapparat vorzugehen, falls diese Länder „die industriealisierte Welt" durch ihre Politik „in die Katastrophe treiben' sollten, d.h. also, wenn diese nicht bereit sind, auch weiterhin und „freiwillig" den Imperialisten ihre Rohstoffe zu Schleuderpreisen zu liefern.

Kissinger machte keine konkreten Aussagen darüber wann und unter welchen Bedingungen der US-Imperialismus mit Waffengewalt seine Interessen durchzusetzen bereit wäre – mit kaum zu überbietendem Zynismus erklärte er jedoch, daß er „die Erhöhung der Erdölpreise noch nicht für einen Kriegsanlaß hält" (lt. „Bild" vom 4.1.).

Amerikas Präsident Ford ließ nur einen Tag später durch einen Pressesprecher des „Weißen Hauses" mitteilen, daß Kissinger mit seiner Kriegsdrohung keineswegs als „Privatmann" gesprochen, sondern exakt die offizielle Position der US-Regierung vertreten habe (lt. Tagesschau der ARD, 4.1.).

Das ist eine unerhörte Herausforderung der Völker der „3. Welt" und aller anti-imperialistischen Menschen in den imperialistischen Ländern selbst: Die US-Imperialisten, an deren Händen das Blut zahlloser Verbrechen klebt (von ihrer Aggression gegen die Völker Indochinas bis hin zu ihrer Drahtzieherrolle beim Sturz der chilenischen Unidad Popular), erdreisten sich öffentlich ihre Absicht kundzutun, die Welt erneut in Kriege zu stürzen!

Es bestätigt sich erneut, daß der amerikanische Imperialismus der H a u p t f e i n d der Völker der Welt ist – und im gemeinsamen anti-imperialistischen Kampf niedergeschlagen werden muß! ●

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

So meint's Kissinger

Mit dem Gewicht der westlichen Weltmacht warnt Kissinger die Ölscheichs: Treibt uns nicht zum Äußersten!

Kissinger hat Klarheit geschaffen.

Die ganze Welt weiß jetzt: Amerika wird handeln, wenn die Araber den Industrie-Staaten die Gurgel zudrücken wollen. Amerika macht dann von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch.

Kissingers Politik will verhindern, daß es soweit kommt. Hoffentlich wird seine Warnung verstanden!

„Bild", vom 4. 1. 75: Springer propagiert unverhüllt die Kriegspläne des Imperialismus

MRCA-Projekt Vorstoß des BRD-Imperialismus zur westeuropäischen Rüstungsgroßmacht

In den letzten Wochen hatten die westdeutschen Kapitalisten wieder mal einen Anlaß zum Feiern: Der erste Prototyp des neuen Kampfflugzeuges „MRCA" (Multi Role Combat Aircraft) – auch „Panavia 200" genannt – war fertiggestellt. Beim MRCA handelt es sich um das erste Kampfflugzeug, das unabhängig von den USA und in Zusammenarbeit mit italienischen und britischen Rüstungskonzernen unter Führung des BRD-Imperialismus entwickelt wurde. Mit diesem Projekt hofft der BRD-Imperialismus, seine Position auf dem westeuropäischen Rüstungsmarkt zu stärken und im Prozeß der westeuropäischen Einigung auf dem Militärsektor ganz vorn mitzumischen.

Die aggressiven Ziele des BRD-Imperialismus

Der BRD-Imperialismus hat in der letzten Zeit auf dem Rüstungssektor einige Erfolge zu verzeichnen, die seine Abhängigkeit von den USA gelockert haben: Mit dem Kampfpanzer „Leopard" und dem Schützenpanzer „Marder" verfügen die westdeutschen Kapitalisten über modernste Panzer, an denen auch die USA interessiert sind. Im Bereich der Luftwaffe jedoch gaben und geben eindeutig die USA den Ton an (Mit Ausnahme Frankreichs und seiner „Mirage").

Mit dem MRCA will der BRD-Imperialismus gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen:

1. Mit dem MRCA-Projekt will sich der BRD-Imperialismus auf dem Gebiet der Rüstung von den USA unabhängiger machen, die bisher der weitaus größte Waffenproduzent sind.

2. Am MRCA arbeiten Rüstungskonzerne aus drei westeuropäischen Ländern mit. Die Folge ist eine raschere Konzentration der nationalen Rüstungskonzerne und eine Zentralisation auf westeuropäischer Ebene. Aufgrund der ökonomischen Stärkeposition des BRD-Imperialismus liegt es auf der Hand, daß er seine Führungsrolle innerhalb der EG auch auf dem Rüstungssektor durchsetzen will.

Die Entwicklung des MRCA

Bereits Mitte der 60-er Jahre tauchte das Problem auf, den Starfighter durch ein moderneres Kampfflugzeug zu ersetzen. Die BRD plante zunächst in Zusammenarbeit mit den USA einen „Senkrechtstarter", an dem im wesentlichen Dornier beteiligt war.

1967 stellte die Führung der BRD-Luftwaffe Kriterien für ein neues Kampfflugzeug auf. Daraufhin bildeten die BRD, Italien, Belgien, Kanada und die Niederlande die „Nato-MRCA-Management and Production Organisation", in der die Planung, Organisation, Kosten usw. für MRCA behandelt wurden. Etwas später gesellte sich dann noch Großbritannien hinzu.

Schon in der Planungsphase des MRCA kam es zu Differenzen zwischen den EG-Ländern. Die BRD wollte ein Flugzeug, das im wesentlichen die Kampfhandlungen des Heeres unterstützt und die Luftüberlegenheit sichert; Großbritannien wollte einen schweren Langstreckenbomber mit atomarer Bestückung. Da die einzelnen Staaten unterschiedliche Vorstellungen vom MRCA hatten, mußten Kompromisse ge-

Fortsetzung Seite 3

Politischer Generalstreik im Baskenland

Seit den ersten Dezembertagen führen im Baskenland (Nordspanien) Arbeiter und Teile des Kleinbürgertums (wie kleine Händler) einen politischen Generalstreik gegen das faschistische spanische Regime! Auf dem bisherigen Höhepunkt des Generalstreiks – um den 11. Dezember – beteiligten sich 200.000 bis 250.000 Menschen an diesem Streik.

Am größten war die Streikbeteiligung in der baskischen Provinz Guipuzcoa. Hier streikten um den 11.12. etwa 80.000 Industriearbeiter. Außerdem lagen einzelne öffentliche Verkehrsmittel lahm, Eltern schickten ihre Kinder nicht zur Schule, die meisten kleinen Läden blieben geschlossen – trotz Drohung mit Geldstrafen bis zu 40.000 Mark bzw. völlige Schließung ihres Ladens und Entzug ihrer Lizens.

Auch in der baskischen Provinz Navarra wurde der Aufruf zum Generalstreik befolgt, allerdings nicht so vollständig wie in Guizpuzcoa. In Vizcaya, der am dichtesten industrialisierten Zone Nordspaniens, gab es offenbar nur kleinere Streiks.

Die Forderungen der Streikenden sind:

Demokratische Freiheiten in Spanien
regionale Selbstbestimmung
Kampf gegen die Preissteigerungen
Auflösung der repressiven Organe (Guardia Civil, politische Polizei usw.)
Amnestie für die politischen Gefangenen

(nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12.12.74)

Forts. S.12

Forts. Verkauf von Daimler-Benz-Aktien

der „Bild am Sonntag" einen Tag später ermittelt, daß sich die *„halbe Nation am Rätselraten über den Käufer"* beteiligt. „Bild" malt weiter die „drohenden Gefahren" aus: *„Die* (Araber natürlich) *können doch alles haben und zwar innerhalb einer Woche"*, wird dort ein Finanzmann zitiert und weiter deckt „Bild" die „arabische Verschwörung" auf: ein geheimnisvoller „Minister Muhammad" (vielleicht heißt er auch noch Ali mit Vornamen?) habe eine Liste von 150 Unternehmen – darunter natürlich alles was Rang und Namen hat – zusammengestellt, die er jetzt offensichtlich der Reihe nach schlukken will.

„Bild" weiß in Serien (wie schon vor einem Jahr anläßlich der „Ölkrise"!) über die „faulen, gefräßigen Scheichs" und die Araber zu berichten, daß diese *„wirtschaftlich aggressiv"* und daß die *„arabischen Völker unberechenbar"* sind.

In geradezu widerwärtiger chauvinistischer und rassistischer Hetze wurde dieser normale Akt einer Kapitaltransaktion von der bürgerlichen Presse und den Politikern begleitet. Im Bundestag wurde bereits über Gesetze gegen den „Ausverkauf" gesprochen. Der Bevölkerung wurde insgesamt das Gefühl einer Bedrohung durch „die Araber" vermittelt.

Die bereits während der „Ölkrise" breit angelegte Kampagne gegen die arabischen Völker, die bezeichnenderweise allen voran der prozionistische Springer-Konzern anführt, wurde aufgefrischt und vertieft. Nationalistische und rassistische Hetze werden dabei nach „bewährtem" Vorbild der Faschisten eingesetzt.

Immer dann, wenn in Krisenzeiten des Kapitalismus die Existenznot der Werktätigen zunehmende Zweifel am kapitalistischen System aufkommen läßt, wenn Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Lebenslage usw. schlagartig die Widersprüche des Kapitalismus offenlegen, immer dann greift die Bourgeoisie zu Mitteln, von ihren Schwächen abzulenken und „volksfremde" Kräfte hierfür verantwortlich zu machen.

In der Ideologie der Nazi-Faschi-
fremde" Kräfte hierfür verantwortlich zu machen.

In der Ideologie der Nazi-Faschisten waren dies neben der dem „Deutschen Wesen" fremden „bolschewistischen Gefahr" vor allem „die Juden". Angesichts der damaligen weltweiten Krise des Kapitalismus war es vor allem das „jüdische Fremdkapital", das „Kaufmanns- und Wucherkapital jüdischer Geschäftsleute", das hierfür verantwortlich gemacht wurde und sich angeblich weltweit gegen die „zivilisierten Menschen" verschworen hatte.

In der heutigen Hetze gegen arabische Investitionen in die westdeutsche Wirtschaft ist unschwer das traurige „Vorbild" zu erkennen: die Hetze gegen die angebliche „Beherrschung der deutschen Wirtschaft durch die Juden". Daß diese Hetze heute führend vom Springer-Konzern getragen wird, der sich als Gegner des Antisemitismus ausgibt, ist ein besonders widerliches Detail.

Es ist die Pflicht aller Demokraten und Kommunisten, dieser rassistischen und chauvinistischen Hetze mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, um zu verhindern, daß diese Parallelen sich nicht auch in der praktischen Politik wiederholen.

Ob Kapitalist, ob Graf, ob Kaiser oder Scheich – sie alle werden nur durch unserer Hände Arbeit reich!

Was in der Propaganda gegenüber der Bevölkerung im Vordergrund stand, spielte in Wahrheit bei der Transaktion keine Rolle. So ist beispielsweise die Geheimniskrämerei um den Aktienverkauf ganz offensichtlich Teil der Hetzpropaganda. Der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Ponto, der das Geschäft für Kuweit abwickelte, sagte hierzu:

„Im übrigen ... sei seit Wochen und Monaten bekannt gewesen, und zwar auch bei der Bundesregierung, daß die Quandt-Beteiligung an Daimler zur Disposition stünde" („FAZ", 4.12.74).

Auch nur ansatzweise von „Ausverkauf" zu reden ist ein schlechter Witz.

Folgendermaßen setzen sich nach dem Verkauf des Quandt-Anteils die Daimler-Aktionäre zusammen:

Flick:	37,9 %
Deutsche Bank:	25,05 %
Depotbesitz von drei Banken:	8,95 %
Kuweit:	14,0 %
Quandt:	0,6 %
im Streubesitz:	13,5 %

(nach „Wirtschaftswoche" vom 13.12.74)

Die Regierung Kuweits hat zumindest in Worten darauf verzichtet, Einfluß auf die Geschäftspolitik bei Daimler-Benz zu nehmen und den zustehenden Aufsichtsratsposten zu besetzen. Doch selbst wenn sie sich an diese verbale Zusage nicht hielte, könnte sie halt nur im Aufsichtsrat mitreden, könnte sie Hauptversammlungen unter Angabe von Zweck und Gründen einberufen, könnte sie versuchen, Hauptversammlungsbeschlüsse anzufechten, mehr Rechte stehen ihr, wie jedem Aktionär ab 5 % des Kapitals, nach dem Aktienrecht gar nicht zu.

Ganz anders sieht es da beispielsweise mit der 25 %igen Beteiligung des Iran am Krupp-Konzern aus. Damit hat der Schah die Sperrminorität am Aktienkapital erworben. Das gibt ihm das Recht – wie jedem Großaktionär (Flick und Deutsche Bank bei Daimler), daß keine Satzungsänderung, keine Kapitalerhöhung, kein Unternehmensvertrag, kein Beschluß gegen den Willen dieses Aktionärs gefaßt werden kann.

Darüber hinaus gibt der § 23 des „Außenwirtschaftsgesetzes" der BRD der Bundesregierung heute schon das Recht, jederzeit eine Verordnung zu erlassen, die den Erwerb inländischer Wertpapiere durch Ausländer genehmigungspflichtig macht!

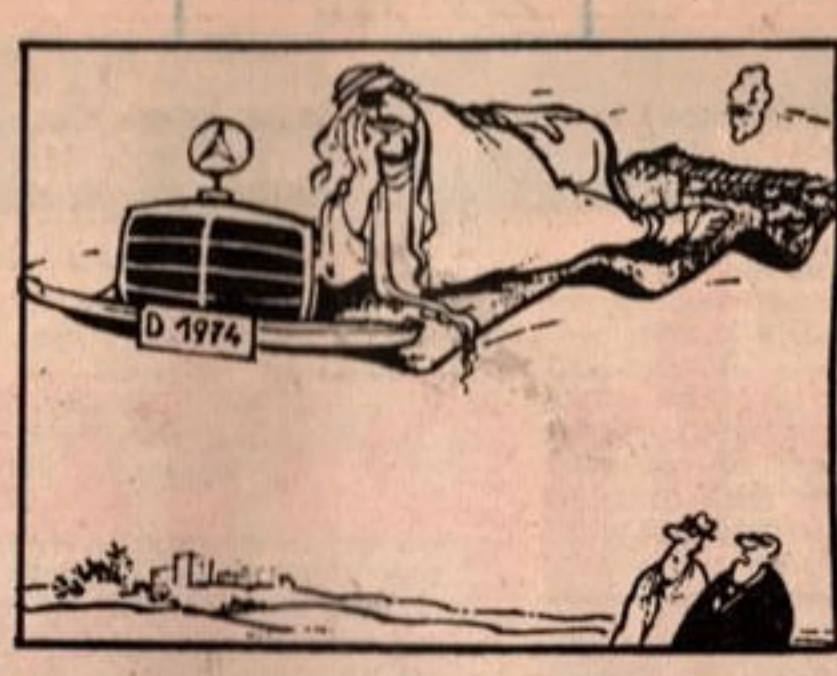
Dies verdeutlicht nur noch einmal, welchem Zweck die chauvinistische Hetzpropaganda der Bourgeoisie dient. So hat beispielsweise niemand daran gedacht, die wesentlich gewichtigere Beteiligung des Schah bei Krupp entsprechend zu verwerten. Ganz einfach, weil der Schah kein „schmieriger Scheich" ist, kein „fauler Araber", sondern Repräsentant eines von den Imperialisten protektierten Staates, Repräsentant des imperialistischen Hauptbollwerks im Nahen Osten.

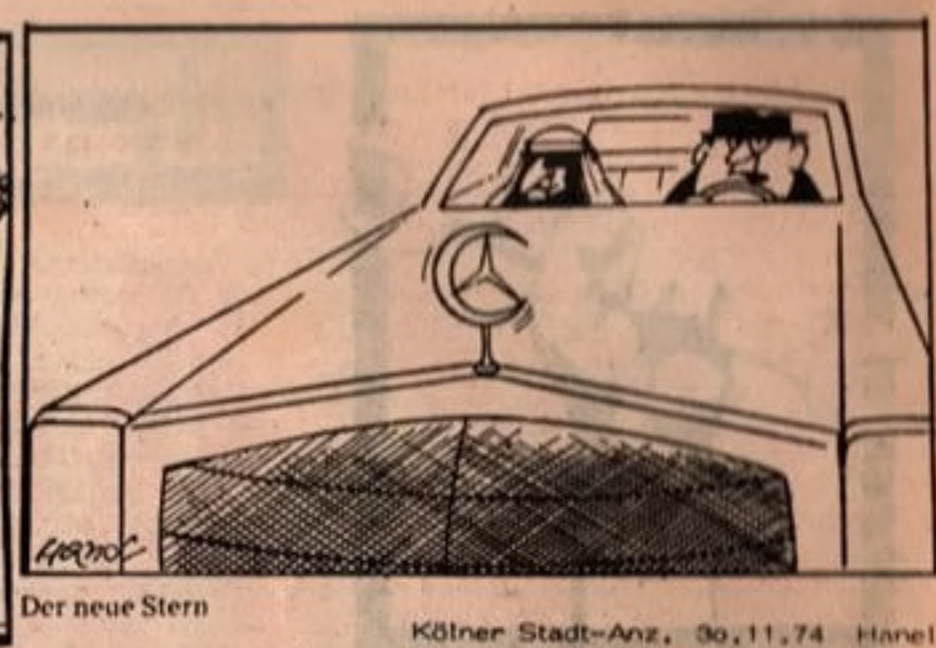
Was die Kapitalisten ebenfalls mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen: der von Kuweit erworbene Aktienanteil besitzt einen Börsenwert von etwa 850 Millionen DM, Quandt aber kassierte etwa 1,2 Milliarden DM (die genaue Summe wird natürlich geheimgehalten). Davon steckte so ganz nebenbei die Dresdner Bank als Vermittler mindestens 10 Mio. DM ein. Ein lukratives Geschäft also für den Quandt-Konzern, der ja außerdem seine Finger noch in 20 weiteren Ge-
Ein lukratives Geschäft also für den Quandt-Konzern, der ja außerdem seine Finger noch in 20 weiteren Ge-
sellschaften (u.a. Varta, BMW, Wintershall) drin hat.

Ernsthaft hat natürlich kein Kapitalist Bedenken gegen die Aktienbeteiligung Kuweits, denn Geld stinkt bekanntlich unter ihresgleichen nicht, ob es nun von Amerikanern, den Arabern oder sonstwoher kommt. Hauptsache, die Profite stimmen hinterher! So stellt denn auch die „Zeit" in einem „ausgewogenen" Kommentar, der nicht für die Ohren der Massen bestimmt ist, fest:

„Heute besteht kein Grund für das Geschrei gegen ‚Überfremdung'. Im Gegenteil: das Recycling (Rückfluß – die Red.) *der Petrodollars, und zwar auch in langfristige Kapitalanlagen, ist doch erklärtes Ziel, eine gewisse Verzahnung der westeuropäischen Volkswirtschaft mit den Staaten des Nahen Ostens ökonomisch wie politisch wünschenswert. Wie der SPD-Wirtschaftsprecher Herbert Ehrenberg formulierte: ‚Es kann uns nichts besseres passieren, als daß ölproduzierende Staaten Anteile an deutschen Automobilfabriken erwerben, weil sie dann nicht mehr so unverantwortlich am Ölhahn spielen werden'"* („Zeit" vom 6.12.74).

In der Tat verbindet der BRD-Imperialismus mit solchen Transaktionen kurzfristige und langfristige Absichten: kurzfristig erhofft er sich durch das Recycling (das Zurückfließen der Öl-Dollars in die imperialistischen Staaten) neue Kapitalspritzen für seine expansive Politik. Langfristig ist es das Ziel, die arabischen Staaten politisch und ökonomisch fester an den Imperialismus zu binden. Dabei ist es nichts als Demagogie, wenn heute Rechnungen aufgemacht werden, nach denen die ölproduzierenden Staaten in diesem Jahr allein einen Zahlungsbilanzüberschuß von 125 Mrd. DM haben werden, die ausreichen würden, sämtliche an den BRD-Börsen gehandelten Aktien im Wert von etwa 100 Milliarden DM aufzukaufen. **Die politische und ökonomische Potenz der imperialistischen Staaten ergibt sich ja nicht in erster Linie aus der Anzahl Dollars, die sie gerade flüssig haben, sondern aus dem hohen Stand ihrer industriellen und militärischen Entwicklung, aus ihren weltweit eroberten Stützpunkten, aus den angehäuften Reichtümern aus ihren Beute- und Raubzügen (vgl. Statistik über Gold- und Devisenreserven). Erst diese Faktoren zusammengenommen ergeben das Bild eines starken imperialistischen Staates. So gesehen sind die arabischen Staaten schwache, rückständige Länder, andererseits aber willkommene und ausbeutungsreife Opfer für die Imperialisten.**





Der neue Stern

Kölner Stadt-Anz. 30.11.74 Hanel



„Guten Abend, meine Damen und Herren. Raten Sie mal was die Araber jetzt gekauft haben?"



ZU HÖCHSTEN PREISEN

„Macht'n guten Eindruck. Erkunden Sie, wie der Laden geht, vielleicht können wir einsteigen."

Rassistische und chauvinistische Hetzkarikaturen der bürgerlichen Presse

Auslandskapital in der BRD

Zweifellos gibt es beträchtliche Investitionen ausländischer Kapitalisten in der BRD. Nach offiziellen Statistiken überwiegt die Gesamtsumme mit 38,2 Mrd. DM immer noch den Kapitalexport (34,8 Mrd. DM) der BRD-Imperialisten. Hier traune
Statistiken überwiegt die Gesamtsumme mit 38,2 Mrd. DM immer noch den Kapitalexport (34,8 Mrd. DM)
der BRD-Imperialisten. Hier tragen die Kapitalisten in der BRD immer noch an den Folgen des 2. Weltkriegs, nach dem es nur mit Hilfe des ausländischen Kapitals – vor allem des US-Kapitals – möglich war, so schnell wieder zu einer imperialistischen Großmacht zu werden.

Verteilung des ausländischen Beteiligungskapitals in der BRD:

USA	43 %
Schweiz + Liechtenstein	12,6 %
Niederlande	11,7 %
Großbritannien	11,0 %
Frankreich	6,0 %
Luxemburg + Belgien	4,3 %
Schweden	3,4 %
Japan	1,8 %
Kanada	1,5 %
Italien	1,3 %

(Stand: Ende 1973, nach „Extradienst", 6.12.74)

Es ist aber nichts als blanke Demagogie, wenn solche Zahlen veröffentlicht werden, ohne daß sie in Bezug gesetzt werden zu den Gesamtzusammenhängen imperialistischer Politik. Auch hier ist es das Ziel der Bourgeoisie, nationale Stimmungen zu schüren, um über ihre eigenen expansiven und aggressiven Absichten hinwegzutäuschen und den Klassenkampf der Arbeiterklasse zu desorientieren.

Die Tatsache, daß die Beteiligung ausländischer Kapitalisten in der BRD zunimmt, ist nicht etwa Ausdruck großer Schwäche und Hilflosigkeit des BRD-Imperialismus. Sie ist Ausdruck zunehmender Monopolisierung in den kapitalistischen Ländern. Die dabei angewandten Formen – Aufbau eigener Produktionskapazitäten im Ausland durch Neuinvestitionen, Gründungen, Aufkäufe und Beteiligungen an Unternehmen, Sicherung marktbeherrschender Positionen oder auch Zusammenschlüsse und Fusionen oder Teilfusionen sind unterschiedlich – sie führen aber auch zu einer immer intensiveren gegenseitigen ökonomischen Durchdringung der entwickelten kapitalistischen Länder.

MIT DEM ÖL NACH OBEN GESPÜLT

Die zwanzig Länder mit den höchsten Gold- und Devisenreserven (in Milliarden Dollar)

	Juni 1973			Juni 1974	
1	BUNDESREPUBLIK	32.3	1	BUNDESREPUBLIK	34.2
2	JAPAN	15.2	2	USA	14.9
3	USA	14.3	3	JAPAN	13.4
4	FRANKREICH	11.6	4	SCHWEIZ	8.4
5	SCHWEIZ	8.2	5	FRANKREICH	8.2
6	GROSSBRITANNIEN	7.0	6	SAUDI ARABIEN	7.1
7	AUSTRALIEN	6.1	7	GROSSBRITANNIEN	6.7
8	KANADA	6.0	8	BRASILIEN	6.4
9	BRASILIEN	6.0	9	KANADA	6.1
10	ITALIEN	6.0	10	SPANIEN	6.1
11	NIEDERLANDE	5.9	11	NIEDERLANDE	5.5
12	SPANIEN	5.8	12	AUSTRALIEN	5.5
13	BELGIEN	5.1	13	IRAN	5.4
14	SAUDI ARABIEN	3.1	14	ITALIEN	5.3
15	ÖSTERREICH	3.1	15	BELGIEN	4.8
16	LIBYEN	2.7	16	VENEZUELA	4.6
17	Portugal	2.6	17	LIBYEN	3.0
18	SCHWEDEN	2.4	18	IRAK	2.9
19	VENEZUELA	1.9	19	ÖSTERREICH	2.7
20	SÜDAFRIKA	1.8	20	PORTUGAL	2.6

Steigender Kapitalexport der BRD-Konzerne

Steigender Kapitalexport der BRD-Konzerne

Ein wesentliches Kennzeichen der Expansion des BRD-Imperialismus war in der Vergangenheit der starke Warenexport, der heute über 20 % der gesamten Produktion ausmacht.

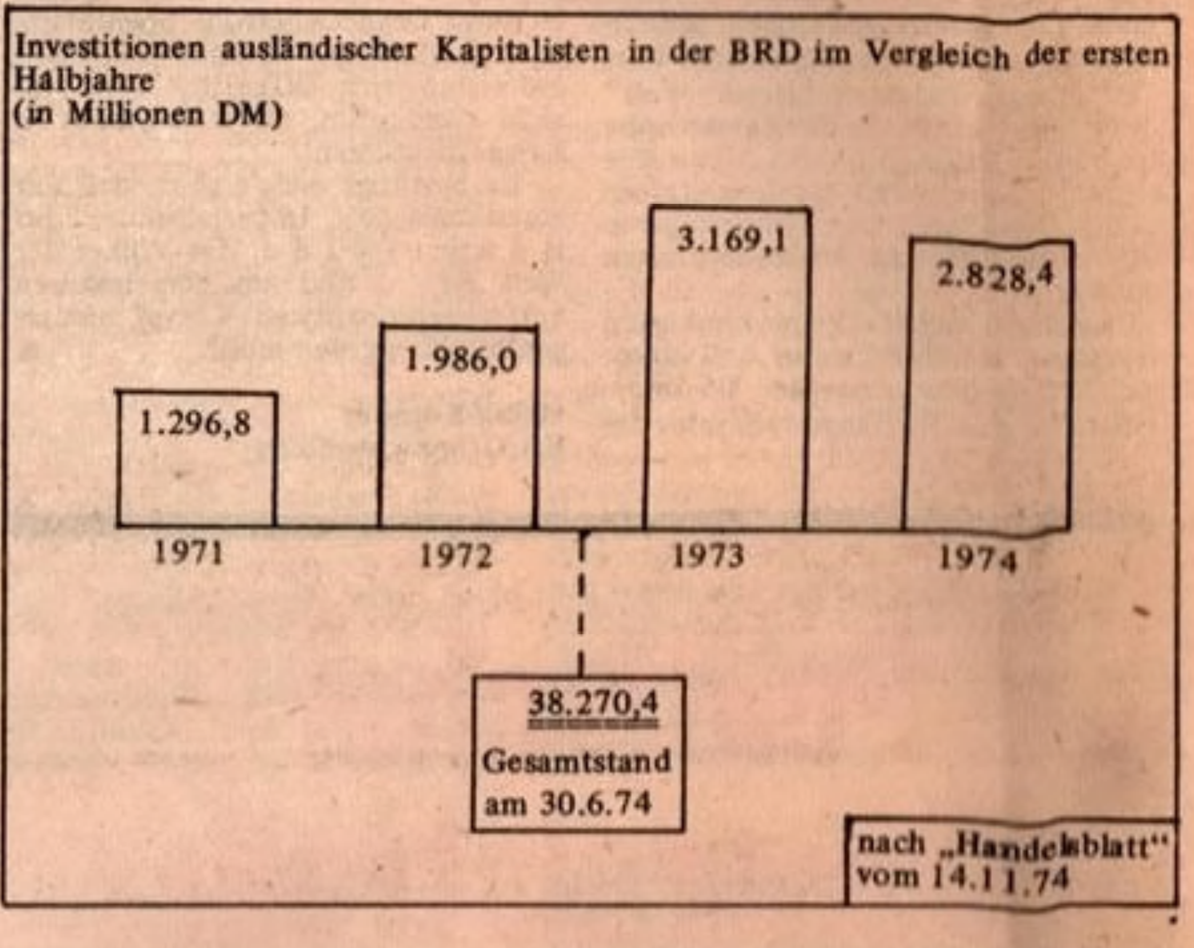
In einer Untersuchung des „Instituts für Politik und Wirtschaft" der DDR über die Entwicklung der 15 expansivsten BRD-Konzerne in den Jahren 1960 - 1971 wird festgestellt:

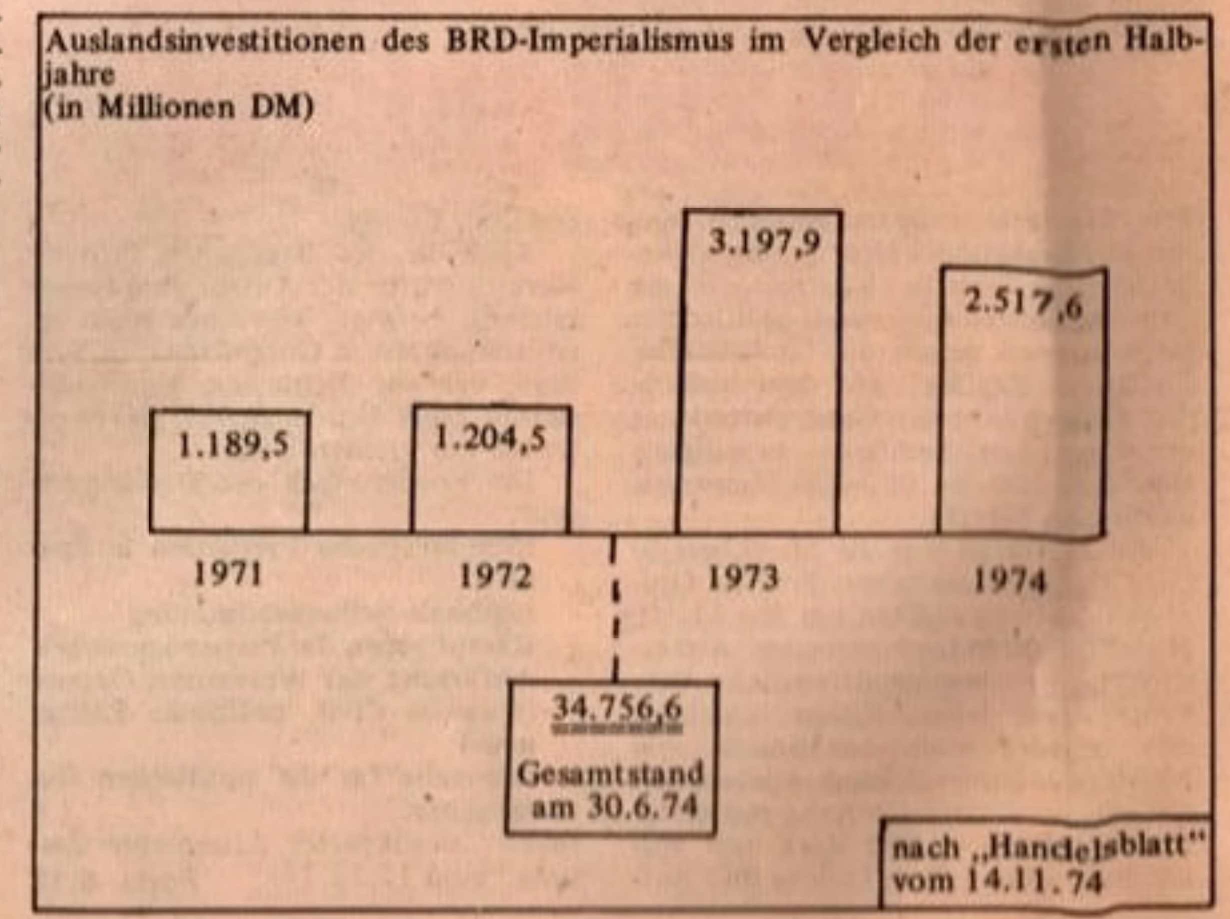
Der Inlandsumsatz in dieser Zeit stieg um 158 %;

- der Export um 230 %,
- der Eigenumsatz der im Ausland aufgebauten Tochter-Gesellschaften sogar um 580 %!!!

Der gesamte Auslandsumsatz dieser Konzerne beträgt 1971: 45,5 % am Gesamtumsatz, noch elf Jahre vorher lag er erst bei 32,3 %. Konzerne wie VW und Bayer tätigen heute weit über die Hälfte ihres Gesamtumsatzes
her lag er erst bei 32,3 %. Konzerne wie VW und Bayer tätigen heute weit über die Hälfte ihres Gesamtumsatzes
im Ausland (vgl. nebenstehende Tabelle, alle Zahlen aus IPW-Forschungshefte 4/73).

Diese Entwicklung der wichtigsten Konzerne macht deutlich, daß zum einen der Export von Produktionsgütern nach wie vor eine zentrale Bedeutung hat, daß andererseits aber der Export von Kapital, der Aufbau eigener Produktionsstätten im Ausland zunehmende Bedeutung gewinnt und vom BRD-Imperialismus gesteigert wird. Die heute von den Kapitalisten und ihrer Regierung betriebene





Forts.: Daimler-Benz Aktien

Konjunkturpolitik, Kapital für Investitionen freizusetzen, dient in ganz besonderem Maße dazu, den Kapitalexport zu steigern und die Expansion der BRD-Monopole international auszubauen.

Dabei beschränken sich die Kapitalisten keineswegs nur auf Niedriglohnländer. Wenn diese auch maximale Profite erwarten lassen, so ist die Produktion hier andererseits auch mit starken politischen Risiken verbunden, wie das weltweite Erstarken der Befreiungsbewegungen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt zeigt. Eine ganze Reihe anderer Faktoren spielen heute bei der Wahl der Ziele für den Kapitalsexport noch eine Rolle: die Erschließung von Rohstoffquellen mit günstigem Kostenaufwand, die Umgehung von Zollbarrieren für Ex- oder Importe, die Ausnutzung der Steuergesetzgebung anderer Länder, die Umgehung schwerwiegender Folgen, die sich aus Wechselkursänderungen der Währungen in einigen Ländern ergeben, die Ausnutzung günstiger Kreditquellen und schließlich natürlich auch die Möglichkeit der Profitverschleierung und Steuerhinterziehung.

Diese für die Kapitalanlage wesentlichen Faktoren führen dazu, daß immer mehr Kapital im Ausland angelegt wird. Sie haben auch dazu geführt, daß heute kein wesentliches kapitalistisches Land von Auslandskapital verschont geblieben ist. So sind die EG-Länder heute beispielsweise wesentlich intensiver mit BRD-Kapital durchsetzt, als es umgekehrt der Fall ist. Selbst in den USA konnten sich BRD-Konzerne wesentliche Positionen erobern (die Chemie-Konzerne, VW).

In Europa sind die BRD-Konzerne zweifellos führend. Unter den 50 größten Konzernen befinden sich 18 der BRD, 10 Großbritanniens, 9 Frankreichs. Diese 18 Konzerne machten mehr als 40 % des Umsatzes aller 50 Konzerne zusammen (Zahlen: IPW, 4/73). Diese Zahlen stammen aus dem Jahr 1971, seit der Zeit hat es eine weitere Verschiebung zugunsten der BRD-Monopole gegeben.

Es sollte deutlich geworden sein, daß diejenigen Propagandisten der Bourgeoisie, die angesichts einer 14-Prozent-Beteiligung von Kuweit an Daimler-Benz von „Ausverkauf", „Überfremdung" etc. reden, hinter ihrem Krakeele offensichtlich die wahren expansiven Absichten des BRD-Imperialismus verschleiern wollen, der in zunehmendem Maße bemüht ist, seinen politischen Einfluß zu vergrößern (siehe die Kämpfe um die Vormacht in der EG) und damit einer zunehmenden Gefahr für die Völker der Welt ist.

Für die Arbeiterklasse in der BRD gibt es keinen Grund, sich irgendwelchen nationalistischen und chauvinistischen Tönen anzuschließen (so klagte beispielsweise sogar der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann Gautier die Quandt-Gruppe an, sie habe „ein Stück natioanlen Reichtums ins Ausland verschoben", „UZ" vom 6.12.74), die die wahren Verhältnisse total auf den Kopf stellen. Für die Arbeiterklasse in der BRD kann es nur heißen, in den eigenen Reihen verstärkt am Aufbau und an der Organisierung des Klassenkampfs zu arbeiten. Um die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen, muß es die Aufgabe sein, der international organisierten Macht des Kapitals ihrerseits den proletarischen Internationalismus entgegenzustellen. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Entwicklung der privaten Kapitalanlagen der BRD im Ausland
Zahlen von 1971:

Jahresende	Anlage in Mrd. DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in Milliarden DM	in %
1962	5,0	–	–
1963	6,1	1,1	22
1964	7,2	1,1	18
1965	8,3	1,1	15
1966	10,0	1,7	20
1967	12,1	2,1	21
1968	14,4	2,3	19
1969	17,6	3,2	22
1970	21,1	3,5	20
1974*	34,8	13,7 (1971 - 1974)	ca. 18/pro Jahr

*) Zahlen von Mitte 1974, nach „Handelsblatt", 14.11.74

Zahlen nach: „Proletariat in der BRD", DDR 1974

Auslandspositionen von BRD-Monopolen, 1971

Konzerngruppe	Betriebe oder Beteiligungen im Ausland	Beschäftigte insgesamt (in Tausend)	Beschäftigte Ausland (in Tausend)	Umsatz insgesamt (in Milliarden DM)	Umsatz Ausland (in Milliarden DM)	Anteil des Exports und der Auslandsfertigung in %*
Volkswagen	41	202	42	17,3	8,2	71,0
Siemens	79	306	72	14,7	6,5	40,0
AEG-Telefunken	140	167	18	9,1	2,6	31,2
Bayer	91	138	26**	10,1	6,5	61,4
Daimler-Benz	26	147	27	12,7	5,5	47,5
Mannesmann	35	86	36	7,1	0,8	29,5

Zahlen von: *) 1969 **) 1970

Zahlen nach: „Proletariat in der BRD", DDR 1974

Forts. MRCA

funden werden, die darauf hinausliefen, daß das MRCA sehr „flexibel" sein, d.h. möglichst viele Eigenschaften besitzen sollte. Dies hat wiederum zur Folge, daß die Kosten aufgrund der großen technologischen Anforderungen sehr hoch liegen (gegenwärtig schon bei 53,9 Mio. DM pro Stück!); der erhebliche technische Aufwand macht das Flugzeug sehr anfällig, erfordert eine größere Wartung usw. Diese Differenzen trugen mit dazu bei, daß Kanada, Belgien und Holland wieder absprangen. Andererseits warteten die USA mit einem neuen Kampfflugzeug auf, das im wesentlichen die gleichen Eigenschaften wie das MRCA besitzt und erheblich billiger ist. Hinzu kommt der politisch-militärische Einfluß der USA in den meisten EG-Ländern und die nach wie vor starke Abhängigkeit der EG-Länder vor allem auf dem militärischen Sektor, so daß sich die USA gegenüber der BRD weitgehend durchsetzen konnten.

Die nach wie vor vorherrschende Rolle des US-Imperialismus wird auch daran deutlich, daß das MRCA nur in einer Stückzahl gebaut wird, die nicht ausreicht, um sämtliche Starfighter zu ersetzen.

So plante die BRD 1969 noch, 600 MRCA zu übernehmen, im April 1973 waren es nur noch 322.

Die britische Luftwaffe stellt Überlegungen an, anstatt 385 nur noch 165 Maschinen zu übernehmen; Italien baut zusammen mit dem amerikanischen Konzern Lockheed den Prototyp eines Jagdflugzeuges „Lancer". Die Luftwaffe der Bundeswehr stellt, auch nach Fertigstellung des MRCA, mehr US-Bomber vom Typ „Phantom" in ihren Dienst als vom MRCA.

Insofern spielt das MRCA militärisch gesehen nur eine relativ kleine Rolle. Dies gab auch Kriegsminister Leber deutlich zu verstehen, wobei er gleichzeitig auf den wesentlichen Aspekt des MRCA-Projekts verwies: daß das MRCA nicht so sehr wegen seiner militärischen Notwendigkeit unterstützt werden müsse, **sondern um der westdeutschen Luftfahrtindustrie die Chance für ein eigenes Großprojekt zu geben** (Weißbuch 1973/74). Weiterhin heißt es im „Weißbuch", daß die eigentliche Begründung für das MRCA darin im „Weißbuch", daß die eigentliche Begründung für das MRCA darin zu suchen sei, daß es die *„letzte Chance der europäischen Luftfahrtindustrie (ist), gegenüber den USA konkurrenzfähig zu bleiben"*.

Im Zuge der westeuropäischen Einigung und mit Blick auf die Schaffung einer westeuropäischen Atomstreitmacht, in der der BRD-Imperialismus die führende Rolle anstrebt, kommt es den Imperialisten darauf an, mit dem MRCA-Projekt einen Grundstein zum Aufbau riesiger westeuropäischer Rüstungskonzerne zu legen.

Dabei machen sich die größten westeuropäischen Länder (BRD, Frankreich und Großbritannien) starke Konkurrenz um entpsrechende Vormachtpositionen.

Der BRD-Imperialismus setzt auch im Fall des MRCA seine wirtschaftliche Vormachtstellung gegenüber Italien und Großbritannien ein und versucht, im Zuge des Aufbaus einer westeuropäischen Luftfahrtindustrie seinen Hauptkonkurrenten innerhalb der EG, Frankreich, aus dem Felde zu schlagen.

Der französische Imperialismus verfügt mit den „Mirage-Bombern" über ein bisher sehr einträgliches Geschäft: In Frankreich selber dienen die „Mirage" der eigenen Atomstreitkraft („Force de Frappe"). In einige Nato-Länder (Belgien, Dänemark), an Griechenland und vor allem an arabische Staaten (Libyen, Ägypten u.a.m.) wird die „Mirage" exportiert.

Allerdings zielt die Taktik der BRD nicht nur gegen Frankreich; so entwickelten ausschließlich westdeutsche und französische Firmen (Dornier und Dassault-Breguet) den Erdkampfbomber „Alpha-Jet". Der „Alpha-Jet" verspricht laut der Militaristenzeitung „Soldat und Technik". auch ein Exportschlager als Schulungsflugzeug in Ländern der „Dritten Welt" zu werden, während er in der BRD der Nachfolger des „Fiat-G-91"-Bombers werden soll.

Es liegt auf der Hand, daß der BRD-Imperialismus aufgrund seines größeren ökonomischen Potentials bei den verschiedenen bilateralen bzw. multilateralen Rüstungsgeschäften eine führende Rolle einnimmt. Hier sieht man, wie sich die politische Integration konkret vollzieht: Insgesamt nimmt die Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor unter den EG-Staaten zu. Die innerimperialistischen Widersprüche verschwinden jedoch nicht. In diesem Prozeß befindet sich der BRD-Imperialismus klar im Vorteil gegenüber seinen schärfsten Konkurrenten innerhalb der EG.

Die Zusammenarbeit der westeuropäischen Rüstungskonzerne und die Widersprüche zwischen den EG-Staaten

Die Grundlage für eine von den USA unabhängige Rüstung lag zunächst in der Zentralisation der nationalen Rüstungskonzerne. In der BRD gibt es praktisch nur noch zwei Flugzeugbaukonzerne: Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) und VFW-Fokker, woran auch die Niederländer beteiligt sind.

In Italien ist dies der Fiat-Konzern und in Großbritannien die „British-Aircraft-Corporation" (BAC) und Rolls-Royce.

Es ist klar, daß solche Rüstungskonzerne aus Steuergeldern der Arbeiterklasse finanziert werden. Allein 1974 wurden der westdeutschen Luftfahrtindustrie 688 Millionen DM in den Rachen geschoben.

Als sich die drei Länder (BRD, Italien und Großbritannien) entschlossen, das MRCA zu bauen, ging es darum, wer das größte Stück von diesem Rüstungsgeschäft bekommt. Hierbei hat sich im wesentlichen der BRD-Imperialismus durchgesetzt:

Zunächst wurde für das MRCA-Projekt ein Planungs- und Organisationsstab, die „Panavia GmbH", München, geschaffen. Im Bereich des Managements konnte sich die BRD gegenüber Großbritannien durchsetzen, da die „Panavia" nach westdeutschem Unternehmensrecht aufgebaut wurde. Parallel zur „Panavia" wurde eine Regierungsbehörde gebildet, um den Geldfluß in das Projekt zu gewährleisten und gleichzeitig auch Verbindungen zu den Nato-Behörden herzustellen, nämlich die „Nammo" und die „Namma". In der „Namma" führt die BRD den Vorsitz unter Generalmajor Krüger.

Offiziell sind die BRD und Großbritannien zu je 42,5%, Italien zu 15% am MRCA-Projekt beteiligt. Tatsächlich konnte sich jedoch MBB 48,4% der gesamten Entwicklungsaufträge sichern, während Großbritannien sich mit 37,2% und Italien mit 14,4% begnügen mußten.

An dem „Milliardenobjekt" – allein die Entwicklungskosten belaufen sich schon auf 2,5 Mrd. DM! – sind insgesamt über 500 westeuropäische Firmen beteiligt. Neben den sind insgesamt über 500 westeuropäische Firmen beteiligt. Neben den Flugzeugbaufirmen wie Fiat, MBB und BAC arbeiten noch zwei weitere größere Branchen an dem Projekt: In der überaus kostspieligen Elektronik und im Triebwerkebau fand ebenfalls eine Zentralisation auf nationaler und westeuropäischer Ebene statt.

Die „Turbo-Union"

Auf dem Gebiet des Triebwerkebaus brachten die westdeutschen Kapitalisten ein besonderes Kunststück fertig: Zunächst bildeten Daimler-Benz und MAN im Juli 1969 die „Motoren- und Turbinen-Union" (MTU), um die westdeutsche Triebwerkindustrie zu zentralisieren. Die beiden größten US-Triebwerkkonzerne, General Electric und Pratt & Whitney – quantitativ und qualitativ jedem westeuropäsichen Konzern hoch überlegen – wurden zunächst aus dem Rennen geworfen . Dazu schreibt das Kapitalistenblatt „Capital" (5/1970): *„Der amerikanische Zeitvorsprung, ihr günstiger Preis und die einwandfreie Konstruktion des US-Triebwerks wogen bei den Schreibtisch-Strategen auf der Bonner Hardthöhe geringer als der Wille, Europas Flugzeugindustrie zu subventionieren"*.

Dennoch hatte es MTU zunächst nicht leicht, gegen den größten westeuropäischen Triebwerk-Konzern, die britischen Rolls-Royce, mitzuhalten. (Rolls-Royce beschäftigt 60.000, MTU 9.000 Arbeiter und Angestellte.) Um sich Entwicklungsaufträge und Profit zu sichern, erpreßte MTU Rolls-Royce damit, daß das Rolls-Royce-Triebwerk nur unter 40%iger Beteiligung seitens der MTU für MRCA gesichert sei. Daraufhin wurde 1969 die „Turbo-Union", die organisatorisch der „Panavia" unterstellt ist, gegründet, in der MTU dem britischen Konzern den Rang ablief: MTU sicherte sich 43% aller Entwicklungsaufträge, während Rolls-Royce und der italienische Fiat-Konzern zurückstecken mußten. Das „Handelsblatt" schrieb dazu nicht ohne Stolz: *„Die Turbo-Union könnte sogar zu einem Prototyp für eine engere Zusammenarbeit der europäischen Triebwerksfirmen werden. Den einen positiven Aspekt dürfte die Rolls-Royce-Krise haben: die Zusammenarbeit und vielleicht sogar die Konzentration unter den europäischen Triebwerkfirmen dürfte eher dadurch gefördert werden."* („Handelsblatt", 17.12.74).

➡

Permanente Verbrechen des Zionismus



Von den Zionisten im Südlibanon gesprengtes Wohnhaus

Während sich der Staat Israel mit massiver Unterstützung des US-Imperialismus auf eine erneute militärische Aggression gegen seine arabischen Nachbarn vorbereitet, führen die zionistischen Truppen bereits heute fast täglich bewaffnete Aktionen 'unterhalb der Kriegsschwelle' vornehmlich gegen die Bevölkerung des Libanon und die dort lebenden Palästinenser durch.

In der Silvesternacht fielen rund 100 israelische Soldaten über die südlibanesischen Orte Aitaroung und Yarin her, sprengten insgesamt sechs Häuser in die Luft – und schleppten fünf Libanesen *„zum Verhör mit nach Israel"* („SZ", 3.1.75).

Nur eine Nacht später drang erneut ein israelischer Kommandotrupp drei Kilometer auf libanesisches Gebiet vor, sprengte in dem kleinen Ort Al Taybeh ein Wohnhaus in die Luft – wobei *„der Besitzer des Hauses, seine zwei Söhne sowie ein vierter libanesischer Zivilist"* im Schlaf ermordet wurden (lt. „SZ", 3.1.75) – und zog sich auf israelisches Territorium zurück. *„Den libanesischen Angaben zufolge hinterließen die israelischen Kommandotruppen in dem überfallenen Dorf Minen mit Zeitzündern, die Stunden nach dem Überfall detonierten"*. („SZ", 3.1.75).

Das sind nur zwei „Fälle" des permanenten zionistischen Terrors!

Artillerieüberfälle auf libanesische Grenzdörfer und Palästinenserlager, Bombenangriffe der israelischen Luftwaffe auf dichtbesiedelte Wohngebiete sogar in der Nähe der libanesischen Hauptstadt Beirut (von der ständigen Verletzung des libanesischen Luftraums durch israelische „Aufklärungsflugzeuge" gar nicht zu reden) veranschaulichen auf deutlichste, was von den Friedensbeteuerungen der Zionisten tatsächlich zu halten ist!

Der zionistische Staat begründete seine Existenz auf der Vertreibung von mehreren Millionen Palästinensern, der gewaltsamen Okkupation Palästinas und arabischen Landes. Das „Lebensrecht des Staates Israel" anzuerkennen hieße, dieses Unrecht nachträglich zu legitimieren und Vertreibung, Okkupation und die Gefahr ständiger militärischer Aggressionen zu verewigen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Arbeiter-Demonstrationen in Ägypten

Tausende von Arbeitern, denen sich viele Studenten anschlossen, protestierten am ersten Tag des Jahres gegen die Teuerung – sowohl im Industriezentrum von Heluan als auch in der Hauptstadt. Seit der härtesten Repression, mit der die Streiks vom Sommer '71 unterdrückt wurden, hatte es keine Demonstrationen von Werktätigen mehr gegeben und noch nie waren sie durch die zentralen Straßen Kairos gezogen.

Sowohl in Heluan als auch in der Hauptstadt gab es heftige Zusammenstöße mit der Polizei: Autos und Schaufensterscheiben gingen zu Bruch; die Polizisten, die mit Tränengas schossen, wurden mit Steinen beworfen. In Heluan wurde sogar ein Zug zerstört.

Es ging dabei nicht nur um einen Protest wegen der fehlenden Lohnangleichung und wegen der wachsenden Armut ..., sondern um eine richtige politische Demonstration gegen das Regime Sadats, demgegenüber an Nasser erinnert wurde – nicht wegen dem, was er tat, sondern was er versprach. „Wo sind die Tage Nassers? ", „Wo ist der Sozialismus? ", „Wo sind die Arbeiterrechte? " ... – das waren die von den Demonstranten gerufenen Parolen, die vor allem den Premierminister Abdel Aziz Egazi angriffen. (Übersetzung aus der italienischen Zeitung „il manifesto" vom 2. 1. 75).

Die Arbeiterdemonstrationen in Ägypten zeigen, daß sich auch hier der Klassenkampf der Ausgebeuteten trotz der klassenversöhnlerischen Parolen vom „arabischen Sozialismus" und aller nationalistischen Ideologie durchsetzt. Die ägyptische Regierung hat eine brutale Unterdrückung aller Proteste angekündigt. ●

EG-Gipfelkonferenz

Aufbau des Westeuropäischen imperialistischen Blocks hauptsächlich hinter der offiziellen Kulisse

Auf der Tagesordnung der EG-Gipfelkonferenz am 9. und 10. Dezember in Paris standen folgende Fragen: Die Energiepolitik der EG; die Konjunkturpolitik in den EG-Ländern; eine Weiterentwicklung der EG-Institutionen; die Gründung eines Regionalfonds zur Entwicklung der unterentwickelten Regionen der EG sowie eine Herabsetzung des englischen EG-Beitrags.

Bei den einzelnen Fragen wurden zum Teil keine, zum Teil nur relativ geringe Fortschritte in der Einigung der neun Länder erzielt. Nicht bekannt sind allerdings die Abmachungen, die in Paris zwischen einzelnen Ländern der EG getroffen wurden. Die Einigung der westeuropäischen Imperialisten verläuft ja nicht etwa durch freiwillige, gleichberechtigte Entscheidung, sondern mit Hilfe von Druck und Machtkämpfen. Sie verläuft über Zweier-, Dreier-, etc. Gespräche, über Bündnisse einiger Länder in dieser Frage und wieder anderer Länder in jener Frage. In den Machtkämpfen kristallisieren sich zunehmend deutlicher die Machtstrukturen eines zukünftigen imperialistischen Westeuropa heraus, und es wird so die Grundlage für eine Integration auf neuer Ebene gelegt. Insbesondere bringen die BRD-Imperialisten ihre starke Stellung immer mehr zur Geltung. Trotz der sich seit Anfang der 70er Jahre nur langsam festigenden „Integration" der neun EG-Staaten schreitet so der Aufbau eines imperialistischen Westeuropa sehr wohl voran. Auch hat die Expansion der EG nach außen stark zugenommen.

Regionalpolitik – die „Entwicklungshilfe" in der EG

Innerhalb der EG bestehen enorme Unterschiede bei der Entwicklung der insgesamt 119 Regionen und beim Lebensstandard der Bevölkerung. So ist z.B. das Einkommen in der Region Hamburg über sechsmal so hoch wie in Süditalien. Besonders rückentwickelte Gebiete sind außer dem Süden Italiens auch Wales, Schottland und Irland. Trotz verschiedener Entwicklungsprogramme hat sich in den letzten Jahrzehnten der Abstand zwischen den entwickelten und den weniger entwickelten Regionen z.B. in Italien vergrößert. Unterentwickelte Gebiete können für die Bourgeoisie einerseits ökonomische Vorteile (besonders hohe Ausbeutung – z.B. ist in Süditalien die Arbeitskraft um 25% billiger als im übrigen Italien) und zeitweise politische Vorteile (Schüren von Widersprüchen im Volk) haben. Langfristig jedoch werden besonders unterentwickelte Gebiete für die Bourgeoisie auch gefährlich. So zeigte sich z.B. bei dem Ehescheidungs-Referendum in Italien, daß die reaktionären Kräfte im Süden nicht mehr den Rückhalt wie früher haben und daß sich in Süditalien anstelle eines reaktionären Massenpotentials soziale Unruheherde anbahnen. So haben die EG-Imperialisten ein gewisses Interesse an einer Abschwächung der Unterentwicklung. Dabei haben die BRD-Imperialisten das Interesse, eine nicht zu hohe Summe für eine möglichst große Steigerung ihres Einflusses in Italien, Irland und England einzusetzen. Ähnlich der „Entwicklungshilfe" wollen sie auch bei der Regionalförderung ihre überragende ökonomische Macht zur Schaffung von Abhängigkeiten einsetzen.

Es dauerte etwa ein Jahr, bis sich die EG-Länder jetzt auf der Gipfelkonferenz auf einen Regionalfonds einigten (und dies war auch das einzige wichtigere konkrete Konferenzergebnis). Die ursprüngliche Forderung der drei Hauptempfängerländer betrug rund elf Mrd. DM für drei Jahre. Die BRD hielt dies für „total überzogen". Jetzt einigte man sich auf 4,8 Mrd. DM für zunächst drei Jahre. 40% davon wird Italien bekommen, 28% England, 15% Frankreich (etwa gleich viel, wie es bezahlt), 6,4% die BRD und 6% das kleine Irland.

Der Hauptzahlende ist die BRD: etwas über eine Mrd. DM – die 6,4%, die die BRD für die Entwicklung der Regionen Emsland, Bayrischer Wald, u.a. bekommt, schon abgezogen.

Im übrigen einigte man sich noch in der Frage einer Reduzierung des englischen Beitrags zum EG-Haushalt: „ ... *ist man Wilson so weit entgegengekommen, daß er im Blick auf das bevorstehende Referendum mit der Kompromißformel innenpolitisch das Gesicht wahren kann, ohne daß dabei substantielle Zugeständnisse auf dem Gipfel gemacht worden sind*" („Welt", 12.12.74). Es wurde England nur eine geringfügige Minderung des Beitrags zugestanden, die erst in fünf Jahren fällig wird. (vergl. Artikel dazu in dieser Ausgabe)

So wie sich im Inneren die Machtverhältnisse zunehmend durchsetzen – in einer Zeit der kaum voranschreitenden institutionellen EG-Integration –, so ist auch bei der Expansion der EG nach außen keineswegs ein Stillstand, sondern eine Beschleunigung festzustellen. Großenteils erfolgen die Versuche der westeuropäischen Imperialisten, sich Einflußsphären zu verschaffen, noch national (mit gewissen Absprachen teilweise). Erinnert sei z.B. an die immer enger werdenden Beziehungen der BRD zum Iran, an die Reisen nach Algerien, Ägypten und Saudi-Arabien, an die Riesenkredite für Jugoslawien und Ägypten, an die imperialistische „Hilfe" Brandts für die portugiesischen Sozialdemokraten, um nur die wichtigsten Aktionen der BRD-Imperialisten in den letzten Monaten im Mittelmeerraum zu nennen.

Auch die EG als Ganzes expandierte in der letzten Zeit zunehmend:

Die Entwicklung der Freihandelszone mit den Rest-EFTA-Ländern (Österreich, Schweiz, Portugal, Schweden, Norwegen, Finnland, Island) ist weiter vorangeschritten, indem vor allem eine 3. Senkung der Zollsätze auf nun nur noch 40% erfolgte. 1976 sollen die Zölle zwischen der EG und den Rest-EFTA-Ländern vollständig beseitigt sein.

Mit einer Reihe von Mittelmeerländern wird ein baldiger Abschluß von Assoziationsabkommen erwartet, wobei die EG ihre Vorstellungen weitgehend hat durchsetzen können, wie die „Welt" am 5.11.74 meldete (betrifft Tunesien, Marokko, Algerien, Spanien, Israel und Malta).

Im Juli 1974 wurden in Kingston/Jamaika die Assoziationsverhandlungen mit 44 afrikanischen und karibischen Staaten im Grundsätzlichen abgeschlossen. Das Anfang 1975 in Kraft tretende Abkommen tritt an die Stelle der auslaufenden Jaunde- und Arusha-Abkommen (mit damals 22 Ländern). Durch dieses wie auch die anderen Assoziationsabkommen versuchen die westeuropäischen Imperialisten, ihr Eindringen in die jeweiligen Länder – vor allem gegenüber den USA – zu verbessern.

Weiterhin verschlechterte sich das Verhältnis zu den USA natürlicherweise trotz der verschiedensten schönen Worte weiter. Denn trotz aller anderslautenden Gemeinsamkeitsbekenntnisse bestehen zwischen den USA und der EG scharfe Widersprüche. Kissinger sprach am 11.5.74 sogar von „grundsätzlicher Feindschaft" der EWG gegenüber den USA – im Zusammenhang mit der Energie-Diskussion (IPW -Berichte 6/74).

Ein deutlicher Ausdruck der EG-Expansion ist auch das zunehmende Auftreten der EG als Ganzes auf internationalen Konferenzen, bei der UNO oder mit Stellungnahmen zu internationalen Problemen. Dabei kommt dem Standpunkt der EG ein zunehmend größeres Gewicht zu. Mehr und mehr stehen die westeuropäischen Imperialisten nicht mehr im Schatten der USA, sondern neben den USA. Eine Neuverteilung der Einflußsphären zuungunsten der USA und zugunsten der EG hat schon begonnen. So vor allem in für die Imperialisten äußerst wichtigen Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal. Ein vollständiger EG-Beitritt dieser drei Länder deutet sich in den letzten Monaten immer mehr an.

„Integration" auf neuem Niveau

Von den vier Hauptländern der EG sind die Schwächen der englischen und italienischen Bourgeoisie in der letzten Zeit recht deutlich geworden (z.B. an den großen Zahlungsbilanz-Defiziten) und es hat sich vor allem die Stärke der BRD-Imperialisten immer deutlicher gezeigt. Die westdeutschen Imperialisten haben heute das weitaus größte Industriepotential innerhalb der EG, sie haben einen riesigen Handelsüberschuß, sie haben so viel Devisenreserven wie alle anderen EG-Länder zusammen. Zunehmend setzen die BRD-Imperialisten ihre ökonomische Stärke gegen ihre EG-Konkurrenten ein. So versuchten sie z.B. vor einigen Monaten mittels des von Italien benötigten Kredits Einfluß auf die Politik der italienischen Bourgeoisie auszuüben, um dort einen extrem arbeiterfeindlichen Kurs („Stabilitätspolitik") durchzusetzen.

Die westdeutsche Bourgeoisie tritt gegenüber den Völkern Westeuropas, insbesondere Italiens, zunehmend überheblicher und chauvinistischer auf (z.B. Schmidts Demagogie von den Völkern, die angeblich „mehr verbrauchen als sie produzieren"; oder z.B. auch Schmidts arroganter Auftritt vor der britischen Labour Party, wo er die Devise „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" offen vor sich her trug).

Gerade vor wenigen Tagen erst äußerte Brunner, einer der BRD-Vertreter in der EG-Kommission, daß es an der Zeit sei, daß Westdeutschland die Führungsrolle in der EG übernehme. Nur so würde die Entwicklung der EG voranschreiten. Besonders scharf äußerte sich der Vormarsch der BRD-Imperialisten im Oktober, als das Bundeskabinett am 25.9. die Agrarbeschlüsse des Ministerrats (denen Ertl zuvor in Brüssel zugestimmt hatte) ablehnte. Durch dieses Veto wollte die Bundesregierung Druck in Richtung niedrigerer EG-Agrarausgaben ausüben. Denn der „gemeinsame Agrarmarkt" kommt vor allem Frankreich zugute, und er war für die französische Bourgeoisie die unabdingbare Voraussetzung bei der Gründung der EWG. Frankreich hat in den letzten zehn Jahren 5,2 Mrd. DM mehr bekommen als es in den Agrarfonds eingezahlt hat, während die BRD 4,9 Mrd. DM mehr gezahlt hat als sie bekommen hat. (Andererseits kam natürlich der Zollabbau für Industrieerzeugnisse vor allem dem westdeutschen Kapital zugute und insgesamt haben die westdeutschen Imperialisten am meisten Gewinn aus dem Aufbau der EG gezogen). Ergebnis des vor allem gegen Frankreich gerichteten Bonner Vetos war das Übereinkommen im Ministerrat, zwar die Agrarpreise um 5% zu erhöhen, diese Erhöhung aber auf die nächste reguläre jährliche Erhöhung im Frühjahr 1975 anzurechnen und vor allem eine grundsätzliche „Bestandsaufnahme" des ‚Gemeinsamen Agrarmarktes' vorzunehmen. Somit sind die BRD-Imperialisten ihrem Ziel, ihre Ausgaben für die Landwirtschaft einiger anderer EG-Länder (vor allem Frankreich) zu verringern, ein Stück näher gekommen.

Am liebsten sähen es die BRD-Imperialisten so: „*Statt für die gesamte Gemeinschaft einheitliche Agrarmindestpreise festzulegen, sollen künftig wieder die einzelnen Mitgliedsstaaten selber die Preise für die Bauern dekretieren*" („Spiegel", 30.9.74). Zwar würde so offen ein Teil der erreichten EG-Integration zurückgenommen, aber dies würde keineswegs ein weiteres Voranschreiten der Integration über politische Machtmittel unmöglich machen, und die westdeutsche Bourgeoisie würde erhebliche Kosten einsparen.

machen, und die westdeutsche Bourgeoisie würde erhebliche Kosten einsparen.

Schon reagiert die bürgerliche Presse der imperialistischen Konkurrenten der BRD mit bissigen Bemerkungen, die an die grausamen Erfahrungen der Völker mit dem deutschen Imperialismus anknüpfen:

„*Will die Brutalität, mit der der deutsche Bundeskanzler seine europäischen Partner ‚auf Trab' zu bringen sucht, besagen, daß das ‚neue Deutschland' aus natürlichem Hang gewisse Züge des ‚bösen Deutschland' von einst wieder annimmt?*" („Le Monde" 27.9.74). Und: „*Weder Adenauer noch seine Nachfolger bis hin zu Brandt konnten Frankreich mit der Art von Erpressung, wie sie der jetzige Kanzler anwendet, in den Griff bekommen. ... Wie auch der Streit über das Grüne Europa ausgehen mag, so steht doch schon fest, daß sich die europäischen Spielregeln geändert haben*" (Quotidien de Paris", 27.9.74). ●

EG-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

SZ 29.1o.74

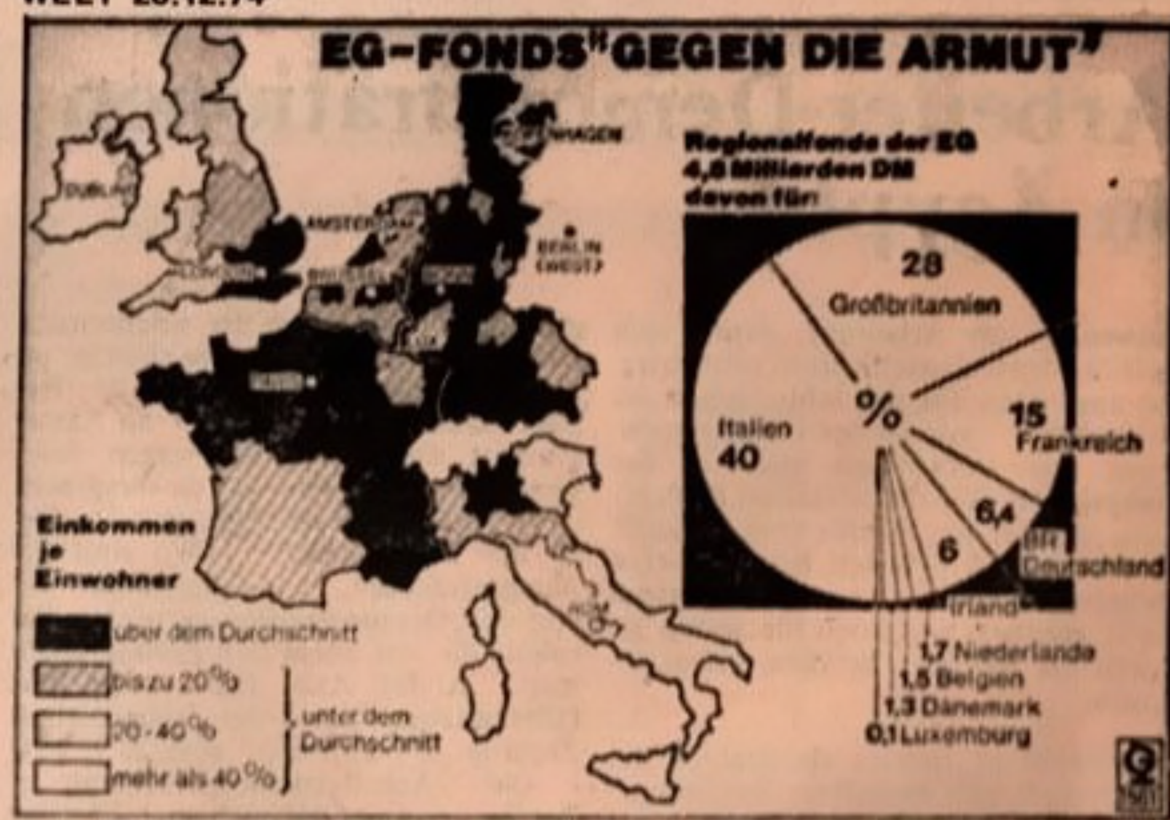
VERLIERER UND GEWINNER des Gemeinsamen Agrarmarkts

Mehr gezahlt als bekommen | Mehr bekommen als gezahlt

Mrd DM
4,9 BR Deutschland
Italien 2,5
Belgien 1,3
England 0,6
Luxemburg 0,03
EG-AGRARFONDS
Finanzierung der EG-Marktordnungen 1962/63–1973 in Mrd. DM
Frankreich 5,2
Niederlande 2,9
Dänemark 0,9
Irland 0,3

tenden institutionellen EG-Integrati- und italienischen Bourgeoisie in der

WELT 23.12.74



Die europäische Regionalpolitik kommt voran

Die EG-Regierungschefs haben sich auf ihrer Gipfelkonferenz in Paris doch noch auf einen Regionalfonds von 4,8 Milliarden DM geeinigt. Den Löwenanteil aus dem Fonds erhalten Italien mit 40 und Großbritannien mit 28 Prozent. Größter Finanzier ist die Bundesrepublik. Die Mittel, die der Bundesrepublik zustehen, sollen zusätzlich zu den von Bund und Ländern bereitgestellten Haushaltsmitteln für die regionale Wirtschaftsförderung eingesetzt werden. Das erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Grüner.

Forts.: MRCA

Forts.: MRCA

Elektroindustrie

Auch beim Zusammenschluß der westeuropäischen Elektrokonzerne ist eine Entwicklung zu verzeichnen, wie sie schon bei der „Turbo-Union" eingetreten ist: um gegenüber dem Elektrogiganten IBM (USA) unabhängiger zu werden, taten sich die westdeutschen Elektrokonzerne

- AEG-Telefunken
- Siemens
- Rohde & Schwarz
- Standard Elektrik Lorenz

zur „Elektronik-System GmbH" (ESG) zusammen. In Großbritannien und Italien vollzog sich ein ähnlicher Prozeß mit der Gründung der „ESAMS" (Großbritannien) und der „SIA" (Italien). Diese drei Gesellschaften schlossen sich wiederum zur „Avionics Systems Engineering GmbH" zusammen und sind ebenfalls „Panavia" unterstellt. Die westdeutschen Konzerne sind auch auf diesem Gebiet dominierend und sicherten sich drei der insgesamt fünf Projektphasen.

Am Projekt MRCA werden die expansiven und aggressiven Ziele des BRD-Imperialismus besonders deutlich, die politische, ökonomische und militärische Vormachtstellung innerhalb der EG durchzusetzen. Die dabei anfallenden Investitionen zum Aufbau einer westeuropäischen Rüstungsindustrie werden in verstärktem Maße aus der Arbeiterklasse herausgepreßt. Daß der BRD-Imperialismus bei seinen expansiven Bestrebungen rücksichtslos vorgeht, wird auch daran deutlich, daß ein Zögern der italienischen Kapitalisten im Jahre 1970, bei MRCA mitzumachen, von der italienischen Bourgeoisie im September 1970 wieder fallengelassen wurde. Dazu schrieb der „Stern" am 3.5.70: „*Um Rom bei der MRCA-Stange zu halten, gewährte ihm Bonn einen langfristigen Kredit, den die Italiener mit Südfrüchten abstottern können*".

Auch der zweite Milliardenkredit, den die BRD 1973 an Italien vergab, soll Italien u.a. auch an seine „Verpflichtungen" dem BRD-Imperialismus gegenüber, in der MRCA-Angelegenheit, binden.

Geld spielt keine Rolle!

Geld spielt keine Rolle!

Verkündet Kanzler Schmidt ständig den „Verzicht auf Reformen" usw., so schaufelt die Bundesregierung den westdeutschen Rüstungshaien das Geld nur so in den Rachen. Behauptete das westdeutsche Verteidigungsministerium noch 1968, die Kosten für ein seriengefertigtes MRCA-Flugzeug würden neun Millionen Mark nicht übersteigen, so hieß es 1969 bereits: 24 Mio.; dann: 35 Mio.; gegenwärtig: 53,9 Mio. DM. Das amerikanische „Phantom"-Flugzeug kostet die Arbeiterklasse dagegen „nur" 19 Mio. DM. Die westdeutschen Kapitalisten lassen es „sich" eben etwas kosten, den Grundstein für eine künftige westeuropäische Atomstreitmacht zu legen ...

Sichtlich ermuntert durch das MRCA-Projekt, riefen die Kapitalisten sogleich die „Panavia New Aircraft Project" (Pannap) ins Leben. Ziel der Pannap ist es, ein „Luftüberlegenheitsflugzeug für die 80-er Jahre" zu entwickeln und die „Panavia" zu einer ständigen westeuropäischen Rüstungszentrale zu institutionalisieren. „*Damit hat die Panavia zum einen Vorsorge getroffen, daß der Auftrag für einen speziellen Luftüberlegenheitsjäger (der das MRCA bekanntlich nicht sein wird) nicht nach Amerika vergeben wird.*" (Nach „Handelsblatt" v. 6.1.71).

Wenn es darum geht, der Arbeiterklasse Sand in die Augen zu streuen und Kritiker mundtot zu machen – auch wenn sie aus der eigenen Partei kommen – sind die SPD-Führer schnell zur Stelle:

„*Der SPD-Bundestagsabgeordnete und MRCA-Kritiker Schlaga berechnete im Februar 1974 einen Mindestsystempreis schon für 1974 von 44,5 Mio. DM, der infolge der Geldentwertung bei der Erstlieferung 1978 zumindest auf 53,9 Mio. DM gestiegen sein würde.*" (Zitiert nach: „Anti-Weißbuch", rotoro). Dieser Systempreis (d.h. Stückpreis einschl. Wartung, Bodenhilfegerät, Ersatzteile usw.), wird in der bürgerlichen Presse natürlich verschwiegen. Stattdessen wird nur der Stückpreis angegeben, der meist „nur" um die 25 bis 30 Mio. DM liegt, um das wahre Ausmaß dieser MRCA-Kosten zu verschleiern. ●

Militarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neue Eskalation im „Fischereikrieg"

Wo sitzen die eigentlichen „Piraten"?

„Neue Serie von Gewalttaten" („Nordsee-Zeitung"); „Der Kabeljaukrieg spitzt sich zu" („FAZ"), „Nach dem 4. Schuß ein Prisenkommando" („Welt"), „Bonn klagt Island an: Das ist Seeräuberei!" („Hamburger Morgenpost"), „flagrante Verletzung des Völkerrechts" (Auswärtiges Amt laut „Weser-Kurier"), „Bonn behalte sich alle Schritte vor" (Auswärtiges Amt laut „NZ"). Das sind nur einige Schlagzeilen aus der in den letzten Wochen bundesweit gegen Island geführten Pressekampagne.

Was war geschehen?

Island dehnte zum Schutz seiner Fischbestände ab 1. September 1972 den Hoheitsbereich seiner Gewässer von 12 auf 50 Seemeilen (sm) aus. Seit dieser Zeit mußte sich Island gegen die Verletzung seiner Hoheitsgewässer besonders durch westdeutsche Fischereischiffe zur Wehr setzen. So auch am Freitag, dem 22.11.74, als allein acht (!) Bremerhavener und Cuxhavener Fischereifahrzeuge, die innerhalb der 50-sm-Grenze fischten, vertrieben wurden. Ebenso am Sonntag, 24.11., nachmittags:

Der Bremerhavener Trawler „Arcturus" von der Hochseefischerei Nordstern fischte seit Samstag ca. 35 sm vor Islands Küste. Nachdem das größte isländische Küstenschutzboot „Aegir" bereits am Samstag durch seine zeitweilige Präsenz den Kapitän der „Arcturus" unmißverständlich vorgewarnt hatte, die „Arcturus" jedoch trotzdem innerhalb der Hoheitsgewässer weiterfischte, schritt Island am Sonntag zur Tat. Die „Aegir" kam wieder und stoppte die „Arcturus" durch drei Schüsse mit Platzpatronen und einen scharfen Schuß aus ihrer einzigen veralteten Weltkrieg-I-Kanone (nach „NZ" vom 14.12.74; bis zum 14.12. war bezeichnenderweise überall nur von 4 Schüssen auf den Trawler die Rede, ohne die Platzpatronen zu erwähnen). Anschließend wurde das Schiff in einen isländischen Hafen gebracht, der Kapitän des Trawlers wurde vor ein isländisches Gericht gestellt und wegen Fischerei innerhalb der 50-sm-Zone zu einer Strafe von ca. 40.000 DM verurteilt; Fang und Fanggerät des Trawlers im Schätzwert von ca. 250.000 DM wurden beschlagnahmt. Nachdem der anwesende Nordstern-Direktor Wisch die Bezahlung einer entsprechenden Sicherheit für die 290.000 DM veranlaßt hatte, konnte der Trawler wieder auslaufen – in Richtung Norwegen, um dort seinen Fang zu ergänzen.

Diesen entschlossenen Notwehrmaßnahmen Islands setzt die Bonner Regierung als „Vergeltung" zunächst einen Anlande-Boykott für isländische Fischereifahrzeuge in westdeutschen Häfen entgegen. Der Boykott ist seit dem 30.11. in Kraft und soll bis zum Beginn neuer Verhandlungen mit Island aufrechterhalten werden.

Verhandlungen und Provokationen – zwei Seiten imperialistischer Erpressungspolitik

Diesen Zwischenfällen war gerade eine geheimgehaltene Verhandlungsrunde vorausgegangen, in der sich *„die isländische Delegation in entspannter Atmosphäre mit den Bonner Regierungsvertretern auf einen Kompromiß"* einigen konnten („NZ", 25.11.). Dieser sah vor:

- **die westdeutschen Frischfischtrawler „beschränken" sich auf 85.000t jährlich aus den isländischen Fanggebieten;**
- **es dürfen im Jahr höchstens 17 Heckfänger der Frosterflotte jeweils nicht mehr als 120 Tage in den Gewässern operieren.**

(nach „NZ" vom 7.12.74).

Der „Kompromiß" wurde von der neuen konservativen Regierung Islands angenommen, jedoch vom Auswärtigen Ausschuß Islands abgelehnt. Das wird verständlich, wenn man sich die „Fangbegrenzung" in Zahlen vor Augen hält. Zu den 85.000t Frischfisch kommt der Frostfisch, der für 17 moderne Fabrikschiffe der Frosterflotte eine Kapazität von ca. 34.000t bedeutet, insgesamt also jährlich ca. 119.000t für die westdeutschen Fischereikapitalisten. Dieser Wert wurde den Isländern schon 1972 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag auferlegt – und von der damaligen linken Regierung abgelehnt.

Für die Geheimverhandlung sah die deutsche Hochseefischerei so *„hoffnungsvolle Vorzeichen, daß sie auch äußerlich Wohlverhalten demonstrierte. Es ging ein Rundspruch an alle Kapitäne ab, möglichst (!) nicht näher als 50 Meilen an Island heranzufahren."* („NZ", 15.11.). Mit diesem „Wohlverhalten" war es spätestens Freitag vorbei (s.o. - 8 Fischereifahrzeuge innerhalb der 50-sm-Grenze). Als sich das Diktat der Fischereimonopole nicht so reibungslos durchsetzen ließ, fiel die Maske: jetzt regierte wieder die nackte Willkür. Und die Provokationen gegen Island gehen munter weiter: *„Wie aus Standortmeldungen der deutschen Flotte hervorgeht, fischen weiterhin zahlreiche Trawler auf ihren angestammten (?) Fischgründen, auch im 50-Meilen-Bereich"* („NZ", vom 29.11.).

Zur Situation Islands

Ca. 200.000 Menschen leben in Island; über 90% der Arbeitsplätze sind abhängig von Fischerei und Fischverarbeitung („NZ", 4.12.); Bodenschätze gibt es nicht, Landwirtschaft ist nur begrenzt möglich. Die Fischerei-Frage ist für die isländische Bevölkerung eine Existenzfrage; der Kampf um die Fischgründe ist der Kampf ums wirtschaftliche Überleben.

1972 konnte Island zwar bei seinen Anlandungen ein Plus von 10% verzeichnen, was allerdings auf stärkere Anlandungen minderwertigen Fisches für Mehl und Ölherstellung zurückzuführen ist (in der isländischen Fischmehlproduktion landen übrigens die „Nordsee" auch ihre Finger drin!). Bei den wichtigsten Konsumfischen sind Rückgänge aufgrund Überfischung durch Fangfahrzeuge fremder Nationen festzustellen. Im Gebiet um Island ist zur Zeit besonders der Kabeljau im Bestand bedroht, nachdem bereits vor Jahren Lachs und Hering vor Island dem Raubbau der großen ausländischen Fangfahrzeuge zum Opfer gefallen und so gut wie abgefischt sind. Die Existenzbedrohung Islands durch Überfischung des Fischbestandes wurde im Übrigen bereits Anfang 1973 durch Kieler Wissenschaftler bestätigt. In diesem Zusammenhang wollen wir den Bremer Senator Jantzen zitieren, der einen bemerkenswerten Zynismus an den Tag legt, wenn er zur o.g. Ablehnung des „Kompromisses" sagt: *„Offensichtlich gefällt den Isländern der Einsatz der Froster nicht, weil sie darin eine Konkurrenz ihrer eigenen Landbetriebe sehen"* („NZ", 7.12.).

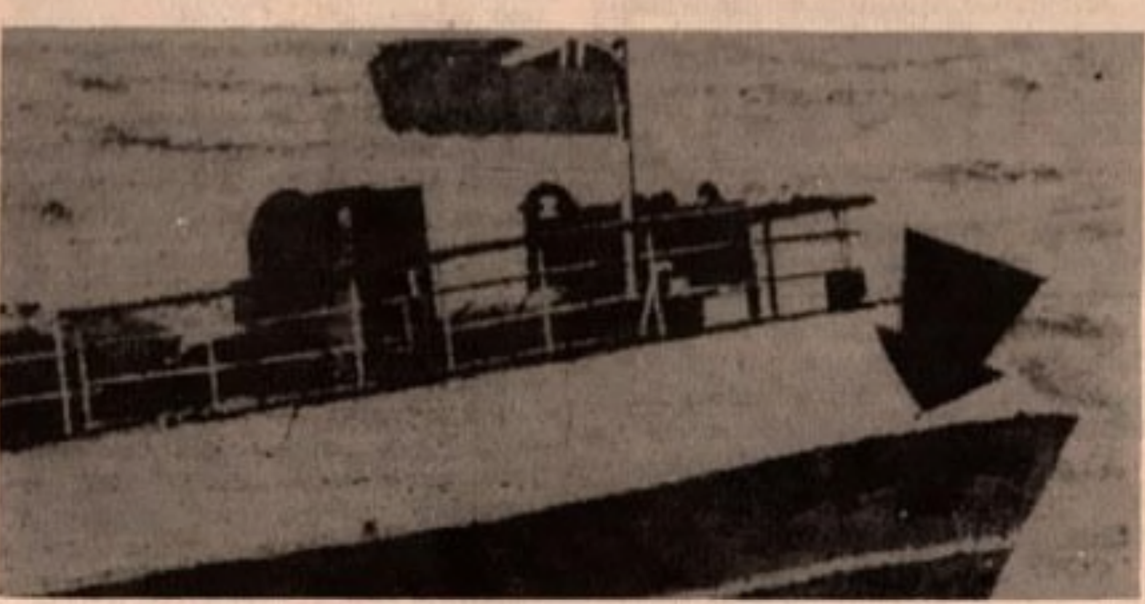
Mitte 1974 sind bei Neuwahlen die Konservativen in Island an die Regierung gekommen (s. auch AK 50, S. 6), die aber anscheinend die fortschrittlichen Strömungen nicht ganz verdrängen konnten wie die Ablehnung des neuesten Verhandlungsergebnisses durch den Auswärtigen Ausschuß deutlich macht. Es ist uns leider nicht möglich, das innere politische Kräfteverhältnis in Island genauer einzuschätzen – weswegen wir auch nicht absehen können, ob und wieweit sich die Konservativen mit ihrer Politik der Zugeständnisse an die westdeutschen und EG-Kapitalisten schließlich durchsetzen werden. Ein bedeutsames politisches Druckmittel wurde bereits aus der Hand gegeben, indem erklärt wurde, daß der NATO-Flugplatz Keflavik weiterhin der NATO zur Verfügung steht. Andererseits deutet die Aufbringung der „Arcturus" und der Ablauf der Gerichtsverhandlung auf der Westmännerinsel daraufhin, daß es sich hier um eine geplante Aktion Islands handelt, um seine Verhandlungsposition zu stärken.

Gewerkschaftsführer in einer Front mit den Fischereikapitalisten

Island wollte und will einer drohenden Überfischung durch die westeuropäischen Fischereikapitalisten Einhalt gebieten und vor allem die eigene Existenz sichern. Daher die 50-sm-Zone, innerhalb von der Fangbegrenzungen festgelegt werden. Dies bedeutet einen Einschnitt in die Profite insbesondere der europäischen Fischereikapitalisten, da Island sozusagen vor der Haustür liegt und An- und Abreisewege für die Trawler kürzer, somit vor allem billiger sind als anderswo.

Um diesen billigen Fangplatz so lange wie möglich zu halten, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt:

- So wurden Ende 1972 von den Fischkapitalisten große Anzeigen in der isländischen Presse finanziert (Gefahr für Arbeitsplätze in der westdeutschen Fischwirtschaft u.a.);
- so wurden umgehend die Den Haager „Weltrichter" eingeschaltet, die Island zunächst durch Zwischenurteile und Mitte dieses Jahres endgültig dazu verurteilten, dem Raubbau an seinen natürlichen Reichtümern tatenlos zuzusehen. (s. auch AK 50)
- Es wurde bereits 1972 eine „konzertierte Aktion" eingeleitet, in dem ein „Aktionskomitee für die Freiheit der Fischerei", bestehend aus Vertretern der bürgerlichen Parteien, den Bürgermeistern Cuxhavens und Bremerhavens, der Handelskammern, der Fischwirtschaft und nicht zuletzt Repräsentanten der Gewerkschaftsführung gebildet wurde.
- „Arbeitnehmervertreter" wie der „Nordsee"-Betriebsrat und die ÖTV-Führung gingen daran, die Kollegen und die Bevölkerung systematisch zu verhetzen („Gefährdung der Mannschaften der Trawler und der Arbeitsplätze in der Fischwirtschaft").
- Weitere Aktionen der Kapitalisten sind vor allem das unvermindert anhaltende provokatorische Fischen in isländischen Gewässern, es wurde teilweise noch verstärkt durch den Einsatz ganzer Pulks von Trawlern, die zunehmend von mehreren westdeutschen „Fischereischutzbooten" begleitet werden.
- Als vorerst letztes Mittel wurde nun der Boykott gegen isländische Importer verhängt. Die Boykottdiskussion ist nicht neu – bereits Ende 72/Anfang 73 wurde mit dieser Maßnahme gedroht. Die Reaktion auf diesen Boykott ist unterschiedlich, da ein nicht unbedeutender Teil des Marktes


Britischer Trawler auf Raubfang in isländischen Gewässern. Zur Tarnung wurde der Name des Schiffes übermalt (siehe Pfeil).


Isländisches Wachboot „Aegir"

So wurde vom „Nordsee"-Gesamtbetriebsrat auf der „Nordsee"-Betriebsräteversammlung Ende November '74 beschlossen, von BR-Mitgliedern die Bremerhavener Fischereihafenschleuse besetzen zu lassen, um Anlandungen isländischer Importer zu verhindern. Von derartigen Aktionen ist allerdings nichts zu hören, wenn es um den Kampf gegen den Abbau von Arbeitsplätzen in der Fischindustrie geht, die durch kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen hervorgerufen werden.

mit isländischen Importen versorgt wird. So kam es bereits zu Engpässen in der Fischversorgung: Im Bremerhavener Fischereihafen mußten mehrere Auktionen ausfallen, da keine Ware am Markt war. **Die Folge dieser Rohwarenverknappung: höhere Preise und somit höhere Profite für die großen Reedereien**, finanzielle Einbußen für die kleineren Fischgroßhändler (diese sind es auch besonders, die sich gegen den Boykott wenden).

Für Island bedeutet der Boykott allerdings ebenfalls erhebliche finanzielle Einbußen, obwohl es seine Ware in anderen europäischen Häfen, z.B. Ostende, noch anlanden kann. Die westdeutschen Fischereihäfen sind Abnehmer von ca. 20% der gesamten isländischen Frischfischproduktion, zudem werden in diesen Häfen höhere Preise als in anderen EG-Häfen erzielt. Der isländische Trawler „Ogri", der als erster wegen des Boykotts in Belgien seine Ware anlandete, mußte wegen der niedrigeren Auktionserlöse einen Verlust von rund 100.000 DM hinnehmen; geht die Entwicklung so weiter, bedeutet das für die isländische Fischerei Verluste zwischen 300.000 und 500.000 DM wöchentlich – bei einer Inflationsrate von über 20 Prozent (nach „NZ" 3.12.).

- Hier will sich nun die ÖTV als Interessenvertreter der westdeutschen Fischmonopole stark machen Sie prüft **„die Frage, ob die Fischlöscher von Ostende zu Solidaritätsaktionen (!?) aufgefordert werden sollten, falls Island versuchen sollte, über Belgien Fisch in die Bundesrepublik zu exportieren"** („NZ", 3.12.) Man vergleiche diese schweinische Haltung mit der Sabotage der ÖTV-Führung an einer wirkungsvollen Solidarität mit den streikenden englischen Dockern 1972!

Norwegen Neuer „Fischereikrieg" in Sicht?

Die norwegische Küste ist eine weitere wichtige Rohwarenquelle für die westdeutschen Fischereikapitalisten, die direkt vor der Haustür liegt – obwohl nicht von gleichrangiger Bedeutung wie Island.

In den norwegischen Gewässern wurde bislang u.a. durch westdeutsche Schleppnetzfischer eine rücksichtslose Fischerei betrieben, indem – wie die Bundesregierung lt. „NZ" v. 29.11.74 zugibt – Treibnetze und fest verankerte Fanggeräte der norwegischen Fischer bedenkenlos zerstört wurden. Auf den Druck dieser norwegischen Fischer hin, kündigte die norwegische Regierung zunächst vier Sperrgebiete für Trawler außerhalb der z.Zt. bestehenden 12-sm-Zone an. Inzwischen ist auch Norwegen entschlossen, seine Hoheitsgewässer auf 50 sm zu erweitern, um seine Fischgründe zu sichern. Laut Angabe der „Welt" (4.12.74) soll allerdings Hauptgrund für die Ausdehnung der Hoheitsgewässer im Küstenschelf vermutetes Öl sein. Wie dem auch sei, geht es Norwegen um die Sicherung seiner Naturschätze, was durchaus berechtigt ist.

Die westdeutschen Fischereikapitalisten zogen inzwischen ihre Lehren aus der Auseinandersetzung um Islands Gewässer. Sie bemühen sich, von vornherein eine einheitliche

Forts. Seite 6

„Gute Europäer"
Labour auf EG-Kurs

Am 9./10. Dezember 74 fand in Paris der sog. „Europäische Gipfel" statt, ein Treffen der Außenminister und Regierungschefs der neun Mitgliedsstaaten der EG.

Wichtigste Verhandlungspunkte waren zum einen die beschleunigte Entwicklung der EG zur politischen Union, zum anderen der englische Beitrag zur Finanzierung der EG. Die englische Labour-Regierung hatte nach ihrer Regierungsübernahme im Frühjahr 74 „grundsätzliche Neuverhandlungen" der Beitrittsbedingungen gefordert und großspurig den Rückzug aus der EG angekündigt, für den Fall, daß diese Neuverhandlungen nicht zufriedenstellend ausfallen sollten. Diese Haltung der Labour-Party zur EG ist eine Reaktion auf die starke Anti-EG-Stimmung in der arbeitenden Bevölkerung.

Ein Rückzug Englands aus der EG ist allerdings tatsächlich unwahrscheinlich – für die englischen Imperialisten besteht in der Öffnung des europäischen Marktes und in der Teilnahme an den politischen Großmachtplänen der westeuropäischen Imperialisten die einzige Chance, nicht zu einer drittrangigen Macht degradiert zu werden. Aus diesem Grund versucht die Labour-Regierung auch zunehmend, von ihrer „grundsätzlichen" EG-Opposition herunterzukommen und der Arbeiterklasse die Wendung zur EG durch allerlei Erklärungen und Versprechen schmackhaft zu machen.

In diesem Sinn wurden die Ergebnisse des „Europäischen Gipfel" auch als „Erfolge der Wilson-Politik" hochgelobt und als „Nachgeben" der andern europäischen Staaten England gegenüber interpretiert. So politisch vorbereitet, scheint der Labour-Regierung der Zeitpunkt gekommen zu sein, offen für die EG eintreten zu können.

Die englischen Forderungen

Die zwei wichtigsten Forderungen der englischen Imperialisten, die auf dem „Gipfel" verhandelt wurden, waren:

1. die Herabsetzung der Höhe des Beitrages, den England in die gemeinsame Kasse zahlen soll, und
2. die Einrichtung eines sog. „Regionalfonds" für die industrielle Erschließung unterentwickelter Gebiete in der EG (wie z.B. Süditalien, Wales, Schottland . . .) und die Auszahlung eines beträchtlichen Anteils aus diesem Fonds an England.

Zu 1.):

Im Oktober legte die englische Regierung eine Berechnung vor, mit der sie nachweisen wollte, daß das Finanzierungssystem der EG gegen England „unfair" sei, weil sein Beitrag zur gemeinsamen Kasse größer sei als sein Anteil am Bruttosozialprodukt der EG, und sich dieses Mißverhältnis verschärfen werde. Aussenminister Callaghan legte folgende Zahlen vor:

Ein konkretes Ergebnis, was diese Forderung der englischen Regierung angeht, hat der „Gipfel" noch nicht gebracht. Allerdings läßt eine Tatsache darauf schließen, daß die westeuropäischen Imperialisten auf gewisser Hinsicht bereit sind, auf die Wünsche Englands einzugehen: Die EG-Kommission, die den „Gipfel" inhaltlich vorbereitete und ein Papier zum Problem der Mitgliedschaft Englands vorlegte, hat die Zahlenaufstellung der englischen Regierung akzeptiert und übernommen.

Zu 2.):

Zum Thema „Regionalfonds" beschloß man auf dem „Gipfel" die Einrichtung einer Kasse mit 4,8 Mrd. DM. England wird nach Italien den größten Anteil bekommen:

Italien	40 %
England	28 %
Frankreich	15 %
Irland	6 %

Die bürgerliche Presse in England bewertete die Ergebnisse als Erfolg der englischen Regierung den andern Mitgliedern der EG gegenüber. Interessanterweise gab es in dieser Frage kaum Unterschiede zwischen konservativen, liberalen oder Labour-Blättern: *„Wilson erkämpft Gipfel-Sieg nach Punkten"* (Schlagzeile des „Guardian"-liberal) *„Giscard beugt sich Wilson"* („Daily Telegraph"-konservativ), *„Wilson gewinnt die erste Runde"* („Daily Mirror"-Labour).

Gemeinsam versucht man, das Mißtrauen der englischen Arbeiterklasse gegen die EG zu zerstreuen, indem man zum einen die bisherigen schlechten Erfahrungen der Arbeiter mit der EG (ungeheure Inflation vor allem) als Ergebnis der „unfairen" Mitgliedsbedingungen darstellt, die ja jetzt korrigiert werden sollen; zum andern soll bei der Darstellung der Widersprüche innerhalb der EG Stolz auf die eigene Regierung erweckt werden, die angeblich die „Interessen des englischen Volkes" gegen-

Forts. Seite 6

Forts. Island

EG-Front gegen Norwegen zu schaffen.

EG-Maßnahmen wurden gegenüber Island erst relativ spät, aber noch wirksam genug, eingesetzt (s. AK 50). So wird *„die Bundesregierung auch weiter in Brüssel der Inkraftsetzung des EG-Protokolls Nr. 6 über die erleichterte Einführung isländischen Fischs und isländischer Fischereierzeugnisse in den Gemeinschaftsraum nicht zustimmen. Das Inkrafttreten des Protokolls ist ausdrücklich davon abhängig, daß im Fischereizonenstreit eine befriedigende Lösung gefunden worden ist."* („NZ" v. 10.12.74)

Wie bei Island wird auch gegenüber Norwegen mit dem Schlagwort der „traditionellen Fanggebiete der deutschen Fischer" operiert. Mit solchen „Argumenten" läßt sich allerdings jeder imperialistische Raubzug „rechtfertigen": *Wir haben schon immer dieses oder jenes Land ausgeplündert, deshalb sind wir auch im Recht, es weiterhin zu tun – das ist die imperialistische Wolfsmoral in Reinkultur.* Bei Norwegen wird allerdings von vornherein mit handfesten EG-Drohungen verfahren, die ein „Wohlverhalten" Norwegens im Interesse der europäischen Kapitalisten sicherstellen sollen. Das liest sich dann so: *„Während die EG bei Island nicht aufgepaßt hat, gibt es im Falle Norwegen für die Europäische Gemeinschaft doch mehr Möglichkeiten, Vernunft (?!) walten und die Freiheit der Meere sichern zu lassen",* ein Sprecher des Verbandes der Hochseefischerei: *„In den gegenseitigen Brüsseler Vereinbarungen sei auch festgelegt, daß die den Norwegern eingeräumten Zollpräferenzen nur solange Gültigkeit behielten, wie an den Verhältnissen in der Hochseefischerei vor der norwegischen Küste keine einseitige Änderung getroffen werde".* („Welt", 4.12.74).

Hier kündigt sich ein neuer Konflikt an, der ebenso wie der „Fischereikrieg" mit Island dadurch entsteht, daß die EG-Imperialisten mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht in allen Teilen der Erde ihren Einfluß ausweiten und möglichst viele Rohstoffquellen für sich „an Land ziehen" wollen. Sie setzen alles daran, auch „vor ihrer Haustür" noch so begrenzte Autonomiebestrebungen zu ersticken, um sich – ohne Rücksicht auf die Existenzgrundlage der betroffenen Völker – deren Naturschätze anzueignen. ●

Auffang-Zelle KB/Gruppe Bremerhaven

Junta-Minister auf mehrwöchigem BRD-Besuch

Ende letzten Jahres gab es zahlreiche Kontakte zwischen Spitzenvertretern der westdeutschen und chilenischen Regierung und der Kapitalverbände.

Mitte November besuchte Wischnewski, Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, in Santiago die höchsten Spitzen der faschistischen Junta und traf u.a. mit mehreren Junta-Ministern zusammen. Anschließend lobte Wischnewski in einer Pressekonferenz: Bei den „in sachlicher Atmosphäre" geführten Gesprächen habe er den Eindruck gewonnen, daß die chilenische Junta „an der Regelung humanitärer Probleme interessiert" sei.

Mit dieser Auskunft wollte Wischnewski den Eindruck erwecken, sein Besuch in Chile habe ausschließlich dazu gedient, die Generäle um Lokkerung ihres Terrors gegenüber der Bevölkerung nachzusuchen. Im Hintergrund schienen jedoch mehr die Interessen des westdeutschen Imperialismus in Chile zu stehen. Darüber schwieg sich Wischnewski natürlich aus, obwohl es sich aus der Art seines Besuchsprogramms ergab (z.B. Gespräch mit dem Wirtschaftskoordinationsminister, Raul Saez).

Gegen Ende November traf Raul Saez seinerseits zu einem mehrwöchigen Besuch in der BRD ein.

Eingeladen war Saez von westdeutschen Kapitalverbänden. Der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" nach, handelt es sich bei ihm um den *„einflußreichsten Wirtschaftsfachmann in der chilenischen Regierung",* der auch *„international großes Ansehen genieße"* („FAZ" v. 17.12.74). Der Juntaminister für Wirtschaftskoordination kam in dieser Zeit mit mehreren Vertretern des Großkapitals und Bonner Regierungsvertretern zusammen, unter letzteren auch Wirtschaftsminister Friderichs, Außenminister Genscher, Entwicklungsminister Bahr und mit Wischnewski.

Mit den westdeutschen Regierungsvertretern handelte Saez anscheinend aus, daß im Frühjahr 1975 fällige Rückzahlungen westdeutscher und internationaler Kredite in erneuten Umschuldungsverhandlungen auf weitere vier bis fünf Jahre befristet werden. Die „Konsolidierung der Auslandsschulden" bezeichnete Saez neben der „Inflationsbekämpfung" als „Schlüsselfrage für die chilenische Wirtschaft."

Mit den westdeutschen Kapitalisten erörterte Saez laut „FAZ" Investitionsprogramme der westdeutschen Imperialisten im chilenischen Kupferbergbau, sowie in der chilenischen Papier- und Zellstoffindustrie. Über konkrete Projekte könne anschließend an Saez Besuch verhandelt werden. („FAZ" v. 17.12.). Einem Informationsflugblatt des Chile-Komitee Hamburg nach ist vor allem Westdeutschlands größter Kupferverarbeiter, die Metallgesellschaft AG, die u.a. 40 % der Norddeutschen Affinerie, einer Kupferhütte in Hamburg, besitzt, an der Errichtung eines Kupferverarbeitungswerkes in Chile interessiert.

Gegen Ende November war in Santiago bekannt geworden, daß die Daimler-Benz-AG der chilenischen Regierung angeboten habe, ein Werk zur Herstellung schwerer Lastkraftwagen zu errichten. Wegen dieses Projektes, das eine Anfangsinvestition von 250 Millionen Mark erforderlich macht, war ein Daimler-Benz-Vorstandsmitglied in Santiago mit Junta-Chef Pinochet zusammengetroffen („FR", 29.11.). Mit dieser Investition würde Daimler-Benz zu einem der größten westdeutschen Kapitalanleger in Chile.

Zwiespältige Rolle der SPD/FDP-Regierung

Der westdeutsche Imperialismus bahnt umfangreiche Beziehungen zu dem faschistischen Chile an und will dabei durch nichts gestört werden. Dabei spielt die SPD/FDP-Regierung eine besonders üble Rolle.

So durfte die SPD-Bundestagsfraktion noch nicht einmal ihre Chile-Resolution vom September 1974 im Bundestag einbringen, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, *„alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um zur Wiederherstellung friedlicher und demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen."*

Gern hätte sich die SPD mit dieser Resolution ein fortschrittliches Mäntelchen umgehängt und hatte daher ihre Einbringung im Bundestag „nahezu einstimmig beschlossen" („FR" v. 19.12.74), ohne daß sich bisher jedoch irgendetwas tat. Die ministeriellen Kontakte zur Junta versucht die SPD/FDP-Regierung als „Verhandlungen um mehr Menschlichkeit in Chile" auszugeben, in dem sie z.B. die Auszahlung eines der Allende-Regierung versprochenen Kredits von 21,5 Mio. DM an die Bedingung knüpft, daß der frühere Außenminister der Allende-Regierung, Almeyda, freigelassen wird. (Almeyda hatte seinerzeit den Kreditvertrag mit Bonn für Chile unterschrieben). Tatsächlich verhandelt die SPD/FDP-Regierung bei den ministeriellen Besprechungen über Projekte, von denen allein das Daimler-Benz-Vorhaben in seinem Ausmaß so groß ist, daß es den hochgespielten 21,5 Mio. DM-Kredit als „Kleinkredit" erscheinen läßt.

Entgegen mancherlei beschönigender Worte leistet die SPD/FDP-Regierung jede erdenkliche Hilfe bei der – zumindest wirtschaftlichen – Stabilisierung der chilenischen Faschisten-Junta und ebnet den westdeutschen Imperialisten, wie Daimler und der Metallgesellschaft, den Weg zur gedeihlichen Zusammenarbeit mit der chilenischen Bourgeoisie zwecks gemeinsamer Ausplünderung der chilenischen Bodenschätze und Ausbeutung der chilenischen Arbeiter. ●

Chemiekomitee/KB-Gruppe Hamburg

Forts. England

über dem europäischen Kontinent durchsetzt.

Labour-Party: Offener Pro-EG-Kurs

Daß die Labour-Führung nicht einmal im Traum einen Rückzug Englands aus der EG für real möglich oder auch nur für wünschenswert hält, kann an unzähligen Beispielen bewiesen werden, und wird auch zunehmend von der Labour-Party selbst nicht mehr geleugnet:

● Im Juni 74 führte Harold Wilson ein langes Gespräch mit dem Präsidenten des Europa-Parlaments Berkhouwer. Danach erklärte Berkhouwer der Presse, Wilson habe ihm gegenüber gesagt, daß die Labour-Party wahrscheinlich noch bis Ende 74 ihren Boykott des Europa-Parlaments beenden würde. Wilson sei ein „guter Europäer". Tatsächlich hat die englische Delegation auf dem „Gipfel" im Dezember dem Vorschlag zugestimmt, daß die Abgeordneten des Europa-Parlaments ab 1978 in den einzelnen EG-Ländern direkt gewählt werden.

● Außenminister Callaghan hatte im November 74 – kurz vor dem „Gipfel" – in einer Rede vor dem Unterhaus ganz klar gemacht, daß der Labour - Kurs trotz oppositionellem Wortgerassel auf die vollständige Integration Englands in die EG abzielt. Er sagte, die Probleme des Beitritts wären bald gelöst und lobte den angeblich „neuen Geist und die neue Flexibilität" in der EG. Die „FR" schrieb am 1. November 74: *„In Parlamentskreisen wurde Callaghans Rede als ein deutliches Zeichen dafür gewertet, daß die Regierung Wilson jetzt alles versucht, damit Großbritannien in der EG bleibt . . . Offenbar hat die Labour-Regierung begonnen, Europa den einheimischen Publikum zu „verkaufen'."*

● Auf dem „Gipfel" stimmte die englische Delegation folgenden weiteren Beschlüssen zu, nachdem sie ihre anfänglichen „Bedenken" fallen gelassen hatte:

● Ab 1977 wird mit der Einführung einheitlicher Pässe in der EG begonnen. Bislang gibt es in England keine Ausweispflicht; allerdings ist sie jetzt im Rahmen der „Anti-Terror-Gesetze" für in England lebende Iren eingeführt worde. Über die EG-Maßnahmen kann die englische Bourgeoisie dieses Kontrollmaßnahme ab 1977 auf das ganze englische Volk ausdehnen.

● England wird an den vereinbarten regelmäßigen Treffs der europäischen Außenminister teilnehmen. Die Haltung Englands wurde von seiten der BRD ausdrücklich als „kooperativ" gelobt.

● Die Springer - Zeitung „Welt" schrieb am 5. November 1974, daß *„Großbritannien, trotz seines Wunsches nach neuen Verhandlungen, in keiner einzigen Frage die Gemeinschaft aufgehalten hat. Die Labour-Regierung wird diese Politik fortsetzen: Sind ihre Wege auch seltsam verschlungen, sie ist doch proeuropäisch."*

● Und die linksliberale Zeitung „Frankfurter Rundschau" nennt auch den Grund für die widersprüchliche Haltung der Labour-Party: *„Großbritanniens Europa-Politik heute, das ist ein Zank in der Partei, die Neuaushandlungen, jene mit schicksalschwerem Pathos geführte Offensive in Brüssel, nur der Versuch,*

		1973	1974	1980
Anteil am BSP der EG	England	16,4%	15,9%	14,0%
	Frankr.		23,2%	
	BRD		33,6%	
Anteil an der gemeinsamen Kasse.	England	19,9%	22,0%	24,0%
	Frankr.		18,2%	
	BRD		30,2%	

die Linken in den eigenen Reihen zu beschwichtigen" („FR", 27.6.74) Die *„antieuropäischen Darbietungen"* seien nur für *„den innerbritischen Hausgebrauch"* bestimmt („FR" 10.12.74).

Spaltung der Labour-Party?

Angesichts der lautstarken Proteste der Labour-Linken gegen die offene Pro-EG-Politik der Labour-Regierung wird viel über eine Spaltung der Partei spekuliert.

Es ist die Logik einer sozialdemokratischen Partei, die in einem imperialistischen Staat die Regierung stellt, daß sie sich in Programmatik und praktischer Politik immer weiter nach rechts bewegt, nachdem sie durch „linke" Oppositionsmacherei an die Regierung gewählt worden ist.

Weiterhin ist es logisch, daß diese Entwicklung bei den Linken Widerstand, zum größeren Teil aber Enttäuschung und Resignation hervorruft; bei den Rechten aber sich die Entwicklung hin zu sozialfaschistischen Positionen, zur absoluten Hörigkeit den eigenen Imperialisten gegenüber, zur rücksichtslosen Hetze gegen jede demokratische Regung in der eigenen Partei usw. beschleunigt. Die Entwicklung der Labour-Party in dieser Richtung ist zwar noch nicht so weit gediehen, wie die der westdeutschen Sozialdemokratie (ob noch hängt in erster Linie mit der noch vergleichsweise starken linken Gruppierung in der Labour-Party zusammen, die ihrerseits die Widerspiegelung der starken spontanen klassenkämpferischen Arbeiterbewegung ist); gerade die Ereignisse der letzten Zeit deuten aber daraufhin, daß die Rechten in der Labour-Party immer offensichtlicher den Kurs bestimmen. Man trennt sich zunehmend von linken Positionen wie von alten Hüten. Deutlich wird das an der EG-Frage (s.o.), aber auch an der jüngsten Parlamentsdebatte über die im Laobur-Wahlprogramm versprochene Kürzung des Verteidigungshaushaltes:

So stimmten im Dezember 58 Labour-Abgeordnete der linken Tribune-Gruppe in der Labour-Parlamentsfraktion gegen die Regierung, obwohl ausdrücklich Fraktionszwang angeordnet worden war! Sie warfen der Regierung öffentlich vor, die Kürzungen seien zu niedrig und ein „Scheinmanöver".

Daraufhin reichte der Fraktionsvorsitzende - ein rechter Wilson - Freund - Bob Mellish ein Rücktrittsgesuch ein, und ließ sich erst bewegen, es zurückzuziehen, nachdem ihm von Wilson eine Rüge gegen die Linken zugesichert worden war.

Um den „Einfluß der Tribunegruppe zurückzudrängen", haben sich inzwischen 76 rechte Labour-Abgeordnete zu der sog. „Manifestor-Group" zusammengeschlossen, die die Regierung gegen die Linken unterstützen will.

Man sollte allerdings nicht in den Fehler verfallen, zu meinen, hier würde sich innerhalb der Labour-Party tatsächlich ein konsequent linker, wirklich an den Interessen der Arbeiterklasse orientierter Flügel herausbilden, oder die Frage der Spaltung der Labour-Party sei wirklich aktuell. So lautstark der Protest der „Linken" nämlich ist, so wenig ernst gemeint ist ihr Widerstand, denn: von dieser Parlamentsabstimmung hing nicht wirklich etwas ab: die Tories hatten bereits vorher klargemacht, daß die gar nicht abstimmen würden, aus Protest darüber, daß der Verteidigungshaushalt überhaupt gekürzt würde! D.h. die Regierung hatte sowieso die Mehrheit in der Tasche! In gewisser Weise haben die Tories die Bedingungen geschaffen, um das Scheingefecht zwischen Rechten und „Linken" ohne Folgen aufführen zu können.

Schmidt auf dem Labour-Parteitag

Die wirkliche Haltung der „linken" Labour-Leute wird besonders angesichts der Provokation der Partei-Führung deutlich, ausgerechnet den westdeutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt zum Parteitag der Labour-Party im November einzuladen. Vor der Rede Schmidts hatten die Labour-„Linken" lauthals protestiert und gedroht, den Saal zu verlassen, wenn er ihnen Vorschriften in der Frage der EG machen würde. Nachdem nun Schmidt, als Interessenvertreter der westdeutschen Imperialisten und Führer des äußersten rechten Flügels der SPD, vor allem den linken Labour-Delegierten ins Gewissen geredet hatte, was ihre Haltung zur EG angeht, verließ keiner den Saal; alles klatschte nach dem Ende der Rede Beifall . . . ●

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

CDU, Korruption und Chile-Putschunterstützung

Unter dem Stichwort „Parteienfinanzierung" ist eine Bestechungsaffäre in der Größenordnung von einigen hunderttausend Mark bekannt geworden. Über dem Hamburger Bundestagsabgeordneten Gewandt sind der CDU seit 1969 erhebliche „Spenden" aus Rüstungsgeschäften zugeflossen; insgesamt ist die Rede von 500.000 Franc und 100.000 Mark, zusammen etwa 350.000 Mark. Von diesen Spenden sollen sogar nach Aussagen der „Bild"-Zeitung 20 CDU-Abgeordnete profitiert haben. (6.12.74)

Als Gegenleistung bekamen die französischen Triebwerke S.N.E.C.M.A. den Auftrag, das deutsch-französische Kampfflugzeug „Alpha Jet" mit Triebwerken auszustatten.

Bisher unklar aber sehr wahrscheinlich ist, daß nicht nur die CDU, sondern *„auch Angehörige des Bundeswehr-Beschaffungsamtes in Koblenz"* von den Schmiergeldern *„profitierten. Der Verdacht der Staatsanwaltschaft gegen Marxen* (d.i. der deutsche Repräsentant der Triebwerkfirma – Anm. AK) *lautet jedenfalls auf „Beamtenbestechung" (!) und gegen Gewandt auf „Beihilfe zur Beamtenbestechung"."* („Vorwärts", 12.12.74)

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß gerade die CDU/CSU im Zusammenhang mit „Rüstungsgeschäften" wiederholt aufgetaucht ist. U.a. auch der frühere Kriegsminister Strauß bei der HS 30 (=Schützenpanzer)-Affäre, deren parlamentarische Untersuchung letztlich natürlich im Sande verlaufen ist.

Vorerst ist lediglich Gewandt seiner Ämter und Würden enthoben und gegen ihn eine „Untersuchung" eingeleitet worden. Die Verbindungen und Verflechtungen zwischen Rüstungsproduzenten, Bundeswehr, Parteien, Geheimdiensten usw. sind damit nicht grundsätzlich in Frage gestellt. An einer Verfolgung dieser Spur ist allen Parteien nicht gelegen. Die CDU erinnert die SPD an ihr Wohlverhalten im ähnlich gelagerten „Fall Wienand" (SPD) und appelliert an die „Solidarität" der SPD.

Gewandts schmutzige Finger auch in Chile dick drin!

Die Affäre um Gewandt paßt ins Bild dieses christdemokratischen Politikers und seiner Partei, wie es u.a. aus seiner jahrelangen Rolle als Verbindungsmann der CDU/CSU und westdeutscher Kapitalisten zur chilenischen „Bruderpartei" und nach dem Putsch zur faschistischen Junta hervorgeht.

Gewandt war bis 1966/67 Mitglied der Adenauer-Stiftung, die 1964 den Wahlkampf der chilenischen Christdemokratie unter Frei gegen Allende maßgeblich finanzierte.

Die Gelder wurden laut chilenischen Presseberichten durch Gewandt überbracht, der seit damals in Chile den Spitznamen „El Gordito de la plata" (der kleine Dicke mit dem Geld) hatte.

Während der Regierungszeit Freis förderte und vertrat Gewandt Investitionsvorhaben in Chile. Nach Allendes Regierungsantritt stattete er Chile mehrere Besuche ab, den letzten nach der März-Wahl 1973 zur Zeit des reaktionären Streiks der Transportunternehmer. **Schon damals wurde in chilenischen Zeitungen die Vermutung geäußert, Gewandt trage mit dazu bei, daß die Transportunternehmer „mit Auslandsgeld gut versorgt" streiken könnten.**

Ein Jahr nach dem faschistischen Putsch bestätigte General Prats (der daraufhin prompt von faschistischen Mördern in seinem argentinischen Exil ermordet wurde!), daß CIA-Gelder zur Finanzierung von Allendes Gegnern auf dem Weg über westeuropäische christdemokratische Parteien nach Chile geflossen seien, darunter auch Gelder für den Streik der Fuhrunternehmer!

Nach Allendes Sturz tauchte Gewandt wieder in Chile auf, wo er neben dem Wirtschaftsminister und dem Finanzminister auch mit Pinochet zusammentraf. Gewandt, für den der faschistische Putsch ein „erforderlicher Akt der Notwehr" war, reaktivierte den 1965 gegründeten reaktionären „Deutsch-Chilenischen Freundeskreis", der sich eine propagandistische Aufwertung der Junta und den Ausbau imperialistischer Wirtschaftsbeziehungen zu Chile zum Ziel gesetzt hat. Mitglieder u.a.: Freiherr K. von Kühlmann-Stumm (CDU, u.a. auch Großgrundbesitzer in Chile); Erich Mende (CDU); zahlreiche weitere Industrielle, Kaufleute und hohe Bundeswehroffiziere – darunter Generalleutnant a.D. Schnez und der derzeitige Inspekteur der Marine, Vizeadmiral H. Kühnle. Auch Hoffmann, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hamburger Norddeutschen Affinerie (Westdeutschlands größte Kupferhütte und größte Abnehmerin chilenischen Kupfers), zählt zu Gewandts „illustrem" Bekanntenkreis.

So wird am „Fall Gewandt" in Ansätzen die enge Verbindung zwischen der CDU/CSU, der Rüstungsindustrie, den Geheimdiensten und den expansivsten und aggressivsten Teilen des Kapitals sichtbar, die über die „normale" Bestechung parlamentarischer Abgeordneter durch das Großkapital sogar noch weit hinausgeht. ●

Bezirkszelle St. Pauli und Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

Chile

Folter und Mord weiter auf der Tagesordnung

In strenger Geheimhaltung hat die chilenische Junta den Prozeß gegen rund 100 Matrosen, Unteroffiziere und Zivilisten der Marine – die seit August 1973 in Haft sind – begonnen.

Anfang bzw. Mitte 1973 hatte sich eine Gruppe von Matrosen an Carlos Altamirano (von der chilenischen sozialistischen Partei), Miguel Enriquez (MIR) und Oscar Garreton (Mapu) gewandt. Sie wollten mit ihnen in Kontakt treten, um sie von Staatsstreich-Vorbereitungen innerhalb der Marine zu informieren. Der „Tancazo" – Putschversuch der Reaktion im Juni '73 – kam ihnen zuvor. In den Marinebasen von Valparaiso, Concepcion und Talcahuaca wurden die demokratischen Matrosen im Laufe des Monats August verhaftet und grausamen Foltern unterworfen. Ein Militärgericht verurteilte sie damals wegen „Aufruhr und Meuterei". Am 9.September 1973 – also noch zwei Tage vor dem Putsch der Pinochet-Junta – schickten sie dem Präsidenten Allende einen offenen Brief, wo sie ihre Haftbedingungen und die täglichen Foltern beschrieben. Im Brief beteuerten sie ihre Treue gegenüber der Unidad Popular-Regierung und machten darauf aufmerksam, daß die Offiziere sie dazu zwingen wollten, die drei Führer der Linken für einen angeblichen Aufstandsversuch verantwortlich zu machen. Diesen Matrosen droht heute der Tod. Einige Todesstrafen sind schon gefordert worden.

Fünfjähriges Kind gefoltert

Während die wegen angeblicher Kontakte zum MIR verhaftete Laura Allende, Schwester des Präsidenten Allende, 62 Jahre alt und krebskrank, vom Tode bedroht ist und die antiputschistischen Matrosen exemplarisch bestraft werden sollen, verhaftet nun die faschistische Junta auch Kinder und foltert sie.

Die französische Wochenzeitschrift „Politique-Hebdo" hat einen Brief darüber erhalten, der vom jetzigen Generalsekretär des MIR, Pascal Allende, an den Ersten Sekretär der italienischen Botschaft in Santiago geschrieben wurde. In diesem Brief wird auf die Todesumstände der Genossin Lumi Videla, Mitglied des Zentralkomitees des MIR, eingegangen.

Hier Auszüge aus diesem Brief, der in der Nummer 155 von „Politique-Hebdo" erschienen ist:

„Lumi Videla wurde am 21. September um zehn Uhr von den Leuten der DINA (Leitung der Nationalen Sicherheit) verhaftet und sofort gefoltert. Am gleichen Tag, um 19 Uhr machte die DINA eine Hausdurchsuchung in der Wohnung ihrer Großmutter, die ebenso wie Dago Perez, der Sohn von Lumi und Sergio Perez Molina, der kanpp fünf Jahre alt ist, verhaftet wurde. Die DINA hat den kleinen Dago Perez und seine Urgroßmutter gefoltert, um Lumi zur Denunziation über den MIR zu zwingen.

Beide – Urgroßmutter und Kind – wurden 20 Tage lang im Gefängnis behalten. Sie wurden dank der direkten Unterstützung des Kooperations-Komitee für Frieden in Chile befreit.

Am 22.September hat die DINA Sergio Perez Molina verhaftet, Ehemann von Lumi und Mitglied der Politischen Kommission des MIR. Seine Frau und sein Kind wurden unter seinen Augen gefoltert. Ende Oktober ist er den Folterungen erlegen, ohne geredet zu haben.

Am 2.November starb Claudio Rodriguez, Mitglied des MIR, nachdem er einen Kapitän der DINA verletzt hatte. Als Repressalie wurde Lumi Videla erwürgt. Mit der Komplizenschaft der Regierung und der Polizisten, die die Botschaft Italiens überwachten, hat die DINA dann den Körper von Lumi in den Hof geworfen." ●

Uni-Gruppe
KB/Gruppe Frankfurt

Chile

Der Terror geht weiter

– Untersuchungsbericht der OAS enthüllt Mord und Folter

Ende Oktober legte eine Untersuchungskommission der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) dem Ständigen Rat der OAS eine Dokumentation vor, die sich mit dem Ausmaß des faschistischen Terrors in Chile beschäftigt.

Obwohl die OAS, in dem die USA den beherrschenden Einfluß hat, sicherlich nicht an einer umfangreichen Kritik am chilenischen Faschismus gelegen sein kann, kam der Untersuchungsausschuß nicht umhin festzustellen, daß in Chile „schwerste Verletzungen der Menschenrechte" stattfinden.

Die Aussagen des 176-seitigen Berichtes stützen sich auf Besuche in Gefängnissen und Konzentrationslagern, Gespräche mit mehreren hundert Personen jeglicher sozialer und politischer Herkunft, Analysen von Gerichtsakten, Besuch von Sitzungen der Kriegsgerichte und Kontakte zu Hilfsorganisationen: Der Bericht gibt Einzelheiten über schwer verstümmelte Leichen und Morde an politischen Gefangenen. Anklage wird darin ferner gegen die „grausamen Lebensbedingungen" in verschiedenen Gefangenenlagern erhoben. In mehreren Lagern sowie im Stadtgefängnis von Santiago traf der Untersuchungsausschuß der OAS auf Personen, die „Spuren schwerster Mißhandlung" aufwiesen.

Weiter wird bestätigt, daß im Hauptquartier der DINA, der nach dem Staatsstreich gegründeten Geheimpolizei, in der der berüchtigte Nazi-Faschist Walter Rauff in leitender Stellung sitzt, sowie in Abteilungen des Militärspitals und der Untersuchungspolizei, im Camp von Tejas Verdes und auf dem Marineschiff Esmeralda zahlreiche Gefangeng grausam gefoltert werden.

Der Bericht enthält ferner die Feststellung, daß dieser Terror gegen die Gegner der Junta sich zumeist erst in jüngster Zeit ereignete.

Verfechter des faschistischen Re

Verfechter des faschistischen Regimes sind nie müde geworden, Erschießungen, Folterungen usw. entweder einfach zu leugnen, oder aber zumindest auf die Zeit unmittelbar nach dem Putsch zu schieben und von daher zu „rechtfertigen". ●

Eine Genossin bei Beiersdorf

Freiheit für den Genossen Victor Toro!

Victor Toro ist Gründungsmitglied des ZK des MIR in Chile und Beauftragter der Gewerkschaftsfront seiner Partei für das ganze Land.

Er wurde im Juni 1942 in einer Arbeiterfamilie geboren.

Wie die Mehrheit der Kinder chilenischer Arbeiterfamilien hat er schon sehr früh anfangen müssen, zu arbeiten.

Über mehrere Jahre hinaus war er Gewerkschaftsführer der Arbeiter der Plastikindustrie. Er zeichnete sich als kämpferischer und unnachgiebiger Verteidiger der Interessen seiner Klasse aus. Das brachte ihm ständige Verfolgungen und die Kündigung seiner Arbeit ein.

Auf diese Weise kam er auch auf die „Schwarze Liste" (in dieser Liste, die von den Arbeitgebern in Chile aufgestellt wird, stehen vor allem die kämpferischsten Arbeiterführer, denen jegliche Arbeit verwehrt wird). Aufgrund der Verfolgung von Seiten der Arbeitgeber mußte er die Industrie verlassen, und fing als Träger in der Vega Central (Großmarkt) an. Dort gründete er eine gewerkschaftliche Organisation.



Von der faschistischen Junta verhaftet und grausam gefoltert; Genosse Victor Toto vom MIR. Freiheit für ihn und alle anderen politischen Gefangenen !

Seit 1969 organisierte er in Santiago die Bewegung der Pobladores. Dort wurde er auf Landesebene bekannt als Führer der Avantgarde der Bewegung in Santiago: im „Campamento 26 de Enero".

Ebenfalls hat er die Bewegung der Revolutionären Pobladores (MPR) in Santiago, Linares und in anderen Gebieten des Landes organisiert.

Schon bald wurde er von seiner Partei verantwortlich für die Gewerkschaftsarbeit im ganzen Land ernannt. Seine Arbeit hat er immer sehr eng mit der Basis durchgeführt, er war oft Sprecher auf Versammlungen in Fabriken in Maipú, Vicuna Mackenna und anderen Arbeitervierteln von Santiago. In den Straßenschlachten der Arbeiter, die die Enteignung der Fabriken von der Regierung der Unidad Popular forderten, war er immer dabei; deshalb wurde er häufig verhaftet.

Er war einer der dynamischsten Antreiber der Cordones Industriales und Comandos Comunales.

Nach dem Putsch vom 11. September wurde er grausam verfolgt und stand auf der Liste der „10 meist gesuchten Männer Chiles".

Victor Toro blieb trotzdem im Land und arbeitete als Revolutionär aktiv in der Organisation des Volkswiderstandes und in der Reorganisierung der Arbeiterbewegung.

Mitte 1974 fiel er der Diktatur in die Hände, wo er aufs grausamste gefoltert wurde. Er wurde gezwungen mit verbundenen Augen tagelang völlig isoliert zu sein, er wurde gefoltert, und durfte nur eine halbe Stunde wöchentlich ohne Augenbinde in die Sonne.

Trotz allem haben ihn die Folterungen nicht brechen können. Am 3. Juli ist er von der Dina an einen unbekannten Ort gebracht worden, so informiert eine Erklärung der politischen Kommission des MIR; wir bangen um sein Leben.

Obwohl er schon mehrere Monate in Haft ist, bestätigt die Junta dieses nicht. ●

**Schluss mit den Folterungen!!!
Freiheit für Victor Toro!!!**

Chile

Pascal Allende: Neuer Generalsekretär des MIR

In einem Kommunique vom Oktober 74, das nach Paris Anfang Dezember gelangte, bestätigte der MIR-Bewegung der Revolutionären Linken-, daß nach dem Tod Miguel Enriquez „Andres Pascal Allende die Aufgaben des Generalsekretariats der Partei übernommen hat". In diesem Kommunique betont der MIR den Zerfallsprozeß der Pinochet-Junta und erklärt die wachsende Repression, die der Organisation, der Linken und allen Arbeitern schwere Schläge versetzt. Der MIR schreibt: „ Alles spricht dafür, daß in der nächsten Zeit die Konflikte i n n e r h a l b der Bourgeoisie um die Verteidigung ihrer von der wirtschaftlichen Politik der Junta angegriffenen materiellen Interessen, anwachsen werden.

...Die Junta sieht sich einer täglich immer kritischeren internationalen Konjunktur und einer Tag für Tag ungünstigeren internationalen politischen Situation konfrontiert."

Der MIR warnt aber „vor dem Irrtum zu glauben, es sei möglich, die Diktatur zu stürzen und die Demokratie wieder herzustellen durch die Aktion und den Kampf der ‚demokratischen' Sektoren der Bourgeoisie, unterstützt vom Proletariat; wir müssen den Kampf des Proletariats und der Massen vorantreiben, den Kampf innerhalb der Bourgeoisie befürworten und ihn auch verschärfen, ohne uns diesem Kampf aber unterzuordnen." ●

Meldung aus der französischen Tageszeitung „Libération" vom 6. Dezember 1974

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Anzahl

○ **Nr. 23** **Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"**
Selbstkritik Marke KBW
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten DM 2,50

○ **Nr. 24** **„Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts"**
PIP-PERSIS-PROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –
Zur Lage der unterentwickelt gehaltenen Länder
44 Seiten DM 2,–

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fphrung
120 Seiten, Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM,6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat DM 8,–

○ **Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:**

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,80
○ für 12 Ausgaben ab Nr. DN 9,60
○ Förderabo für 6

○ für 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,80
○ für 12 Ausgaben ab Nr. DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. ab DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. ab DM 12,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,80
○ für 12 Ausgaben ab Nr. DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. ab DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. ab DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,80
○ für 12 Ausgaben ab Nr. DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. ab DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. ab DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben ab Nr. DM 8,–

(54)

Anschrift: ______________________

____

____

______________ ______________
(Datum) (Unterschrift)

Verlags-Katalog **kostenlos**

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

15 Jahre Sieg der Revolution in Kuba

Am 1.1.1959 marschierte die kubanische Guerilla-Armee unter Führung Fidel Castros und Che Guevaras in die Hauptstadt Havanna ein. Das war der letzte und entscheidende Schritt zur Befreiung Kubas vom US-hörigen Battista-Regime – einem Regime, das an Brutalität und Korruption in Lateinamerika dem heutigen Regime in Chile gleichkam.

Der Kampf gegen Feudalismus, Kolonialismus und ausländische Aggressoren (früher u.a. gegen die Spanier) hat in Kuba eine lange Tradition. So wurde Ende des 19. Jahrhunderts ein Regime weggefegt, das eine Marionette der spanischen Kolonialisten war. Diese demokratische Umwälzung wurde aber nicht konsequent fortgesetzt; es setzte sich eine neue bürgerliche Clique fest. Ähnlich war es nach einer Revolte von Studenten, Bauern und Arbeitern in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts.

Anfang der fünfziger Jahre hatte sich in Kuba eine starke demokratisch -antiimperialistische Bewegung herausgebildet, die den US-Imperialismus aus Kuba vertreiben wollte. 1953 unternahm Fidel mit einem Kommandotrupp einen Überfall auf die Kaserne von Moncada. Sie wollten Waffen holen, um dem Battistaregime den Garaus zu machen. Der Trupp wurde geschaßt. Die Genossen wurden eingesperrt oder ausgewiesen.

In der Emigration in Mexico sammelten sich die kubanischen Revolutionäre erneut. Sie eigneten sich die Erkenntnisse des revolutionären Marxismus, vor allem die Lehren der chinesischen Revolution an. 1956 landete erneut ein Trupp von Revolutionären in Kuba. Er zog sich in die Sierra Maestra zurück – ein Gebiet, das für Guerillakrieg hervorragend geeignet ist. Durch unermüdliche Propagandaarbeit und konsequente Anwendung des revolutionären Marxismus schafften es die Revolutionäre, immer mehr Teile der Landbevölkerung für den revolutionären Sturz der Battista-Diktatur zu gewinnen. Aber auch in den Städten gährte es. Die Guerilleros hatten eine eigene Fernsehstation aufgebaut. So kam es nicht selten vor, daß plötzlich Fidel kurz vor dem Abendprogramm zum kubanischen Volk sprach. Bei einem Nationalfeiertag knackte es plötzlich in der offiziellen Leitung und Che Guevara sprach „zur Lage der Nation". Ein Ausdruck der Solidarität mit den Genossen war die Bärtebewe- Guevara sprach „zur Lage der Nation". Ein Ausdruck der Solidarität mit den Genossen war die Bärtebewegung: Aus Sympathie mit den Guerilleros in den Bergen wurden massenhaft Bärte getragen, wie Fidel einen trägt. Battista ließ bald alle Bärtigen verhaften.

Das und andere Willkürmaßnahmen gegen die Masse der Bevölkerung schürte den Widerstand. Überhaupt wirtschaftete das Battista-Regime immer mehr ab. Armut, Hunger, Wohnungsnot, Gefängnis, Folter und Korruption standen auf der Tagesordnung.

Immer mehr Gebiete Kubas wurden befreit und von den Arbeitern und Bauern selbst verwaltet.

Nachdem auch Havanna befreit war, floh Battista in die USA; mit ihm seine Lakaien und die Reichen.

Noch am 1. Januar wurden die Spielhöllen und Nobelhotels Havannas ausgemistet. An ihrer Stelle wurden Arbeiterwohnungen, Kindergärten und Studentenwohnheime eingerichtet. Es folgten die Landreform, Mietgesetz und das „Jahr der Erziehung".

Landreform

Am 17. Mai 59 wurde das Gesetz über die Agrarreform in der Sierra Maestra unterzeichnet. Es bestimmte, daß alle Landgüter über 400 Hektar enteignet und an landlose Bauern, Naturalpächter und Mieter verteilt wurden. Das Bodenminimum pro Familie wurde auf 27 Hektar festgesetzt und war kostenfrei. Weitere 40 Hektar konnten dazugekauft werden, also konnte eine Familie über einen Privatbesitz von 67 Hektar verfügen. Es blieb noch immer eine schmale Schicht von Großbauern, die ein Viertel des Landes besaß und der Revolution feindlich gegenüberstanden. Sie wurden in der 2. Agrarreform vom Oktober 1963 enteignet. Heute gibt es keinen größeren privaten Landbesitz als 67 Hektar. 1968 wurden insgesamt 35 % des Landes privat und 65 % staatlich bewirtschaftet. Die Entwicklung verläuft seither langsam zugunsten des staatlichen Sektors.

Mietgesetz

Im Herbst 1960 wurde das Mietgesetz verabschiedet, das gegen angemessene Abzahlung jeden Mieter zum Besitzer seiner Wohnung machte. Die Raten wurden zur Überwindung der Wohnungsnot verwendet, also zum Bau von neuen Wohnblocks, zur Beseitigung der Slums.

Jahr der Erziehung

Jahr der Erziehung

Das Jahr der Erziehung (1961) diente dazu, die Errungenschaften der Revolution auch auf ideologischem und kulturellem Gebiet voranzutreiben: Lehrer, Ärzte, Sozialpädagogen gingen auf's Land, um die Bevölkerung Lesen und Schreiben zu lehren. Seitdem wurde der Analphabetismus systematisch ausgerottet. Überall wurde ein von der Landbevölkerung selbstverwaltetes Gesundheitswesen aufgebaut. Außerdem wurde Überzeugungsarbeit geleistet, daß besondere Anstrengungen notwendig sind, den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben, z.B. was die Zuckerrohrernte angeht.

Heute gibt es für die Kubaner ein Leben, von dem die meisten Lateinamerikaner nur zu träumen wagen, was Versorgung, Gesundheitswesen, Bildungsstandard usw. angeht.

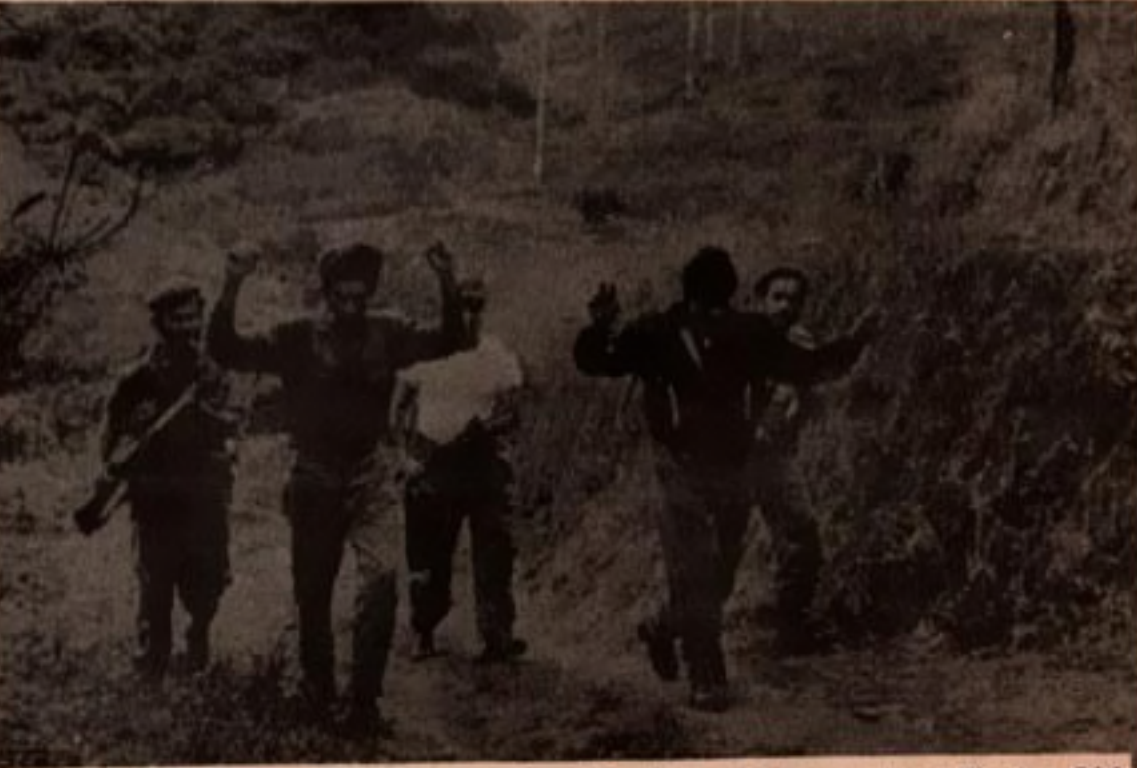
Daß bis heute die Errungenschaften der kubanischen Revolution gefestigt und ausgebaut wurden, liegt vor allen Dingen daran, daß die Lehren von Marx, Engels und Lenin zur Diktatur des Proletariats konsequent angewendet wurden.

Die Yankees wollen ein zweites Kuba verhindern

Durch den Sieg der kubanischen Revolution wurde der Klassenkampf in Lateinamerika auf eine neue Stufe gehoben. In allen Ländern Lateinamerikas wuchs die antiimperialistische Bewegung, die mit dem revolutionären Kuba sympathisierte. Aber auch der US-Imperialismus zog seine Lehren: Kuba wurde aus der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) ausgeschlossen und politisch und wirtschaftlich isoliert. Nicht einmal Medikamente konnte Kuba von den imperialistischen Staaten bekommen.

Die bürgerliche Presse in der ganzen Welt hetzte wild gegen Kuba. Ein zweites Kuba sollte verhindert werden. Der vom CIA inszenierte Putsch in Santo Domingo und später die Putschs in Brasilien, Uruguay, Paraguay, Bolivien und in Chile sprechen eine klare Sprache.

Auch gegen Kuba direkt wurden Angriffe geführt. In den USA vom CIA geschulte Exil-Kubaner versuchten 1961, durch eine Invasion in der Schweinebucht „Kuba vom Kommunismus zu befreien". Es blieb beim Versuch. Die Söldner des US-Imperialismus wurden, soweit sie überlebten, gefangen genommen.



April 1961: Castro–Soldaten und zwei gefangene Invasoren. die der CIA eingeschleust hatte.

Wie erst jetzt bekannt wurde, gab es Pläne zur Ermordung Fidels, die den Auftakt zur „Befreiung Kubas vom Kommunismus" darstellen sollten.

Auch wenn sich heute der Würgegriff, den die Imperialisten um Kuba ten.

Auch wenn sich heute der Würgegriff, den die Imperialisten um Kuba gelegt haben, ein wenig gelockert hat und die Imperialisten sich verhandlungs- und gesprächsbereit geben, so hat doch der Imperialismus keineswegs seine schmutzigen Ziele gegenüber dem revolutionären Kuba aufgegeben.

Proletarischer Internationalismus

Von Anfang an spielte der proletarische Internationalismus in Kuba eine große Rolle. Schon beim „Jahr der Erziehung" wurde der Unterstützung der noch vom Imperialismus beherrschten Völker große Bedeutung beigemessen. Antiimperialistische Kundgebungen, Geldsammlungen usw. gehören in Kuba zum Alltag. Nach dem Tode Che Guevaras demonstrierten in ganz Kuba Tausende (in Havanna allein 100.000) und klagten die Verbrechen des US-Imperialismus und seiner Lakaien an. Besonderes Interesse gilt natürlicherweise dem Kampf der lateinamerikanischen Nachbarvölker.

Kuba und Chile unter der UP-Regierung verbanden enge solidarische Beziehungen. Es ist kein Geheimnis, daß die Regierung in Havanna den Widerstand in Chile gegen die Junta ideologisch und materiell unterstützt. Dabei ist hervorzuheben, daß die kubanischen Genossen ohne Bedingungen solidarisch handeln. Dazu Fidel:

„Wir können uns nicht vorstellen, daß wir jemandem für Waffen, die wir liefern, oder für technische Hilfe, die wir gewähren, eine Rechnung vorlegen oder ihn überhaupt daran erinnern, denn wenn wir helfen und danach das jeden Tag erwähnen, dann erniedrigen wir diese Länder, denen wir helfen, permanent. Ich glaube, man muß diese Hilfe nicht zu sehr ausposaunen. Dies ist die Art, wie wir handeln. Und außerdem ist das keine besondere Tugend; man kann gar nicht in Anspruch nehmen, daß es eine besondere Tugend sei. Es ist eine Selbstverständlichkeit".

Dem kubanischen Volk unter Führung Fidels gebührt große Hochachtung und der Fortsetzung der proletarischen Revolution die herzlichste internationale Solidarität.

Ein Hamburger Chemiegenosse

Kolumbien:

Soziale Demagogie a la Peron zum Vorbild?

Ende November kam es in Kolumbien zu zahlreichen Demonstrationen und Straßenkämpfen:

In Cali demonstrierten die Werktätigen gegen die steigenden Lebenshaltungskosten – es gab sieben Tote.

In verschiedenen Städten kam es zu „Studentenunruhen", an die sich Arbeiter anschlossen. Anlaß war die Erhöhung der Gehälter der Parlamentsabgeordneten um 50% von 2.000 auf 3.000 DM – der monatliche Mindestlohn eines Arbeiters liegt in Kolumbien z.Zt. bei 90 DM!

Im Oktober '73 waren 150.000 Taxi-, Bus- und LKW-Fahrer in den Generalstreik getreten, um eine Lohnerhöhung und eine Verringerung der Arbeitszeit von 15 (!) auf acht Stunden durchzusetzen. Hafenarbeiter und Lehrer traten in einen Solidaritätsstreik. Die Regierung schickte die Armee gegen die Streikenden!

Schon im Frühjahr '71 hatte es eine starke Bewegung für die Verbesserung der Lebenssituation des Volkes und gegen den US-Imperialismus gegeben. An fast allen Universitäten des Landes kämpften die Studenten gegen den Yankee-Imperialismus. 315 Haziendas (Groß-Güter) wurden von Landarbeitern besetzt gehalten, die Industriearbeiter traten in Generalstreik („SZ", 1.3.71). Die Regierung setzte Armee ein und rief den Belagerungszustand aus, der erst Anfang '74 wieder aufgehoben wurde.

Solche heftigen Klassenauseinandersetzungen fanden in Kolumbien seit Kriegsende fast ununterbrochen statt, wobei auch die bewaffnete Linke zeitweise sehr stark war. Auch heute führen revolutionäre Organisationen den bewaffneten Kampf mit Entführungen von Großgrundbesitzern, Vertretern des US-Kapitals, mit Besetzungen von Polizeistationen, Ausschaltung hoher Offiziere, Geheimdienstler usw.

Im April dieses Jahres fanden in Kolumbien Wahlen statt, die ersten „freien" Wahlen seit 1953. Wahlsieger und seit dem 7. August Präsident wurde der Vertreter der Liberalen Partei, Lopez Michelsen.

Die besondere „Freiheit" dieser Wahl bestand darin, daß nur der Kandidat Präsident werden konnte, der tatsächlich die meisten Stimmen erhielt – dies war und ist in Kolumbien nicht selbstverständlich.

Seit 1957 herrschte die sogenannte „Nationale Front", eine große Koalition aus Liberaler und Konservativer Partei. Diese beiden Parteien stellten seit 1957 im regelmäßigen Abstand von vier Jahren abwechselnd den Präsidenten. Das Kabinett wurde stets entsprechend dem jeweiligen Stimmenanteil der beiden Parteien zusammengesetzt. Diese Regelung soll trotz der durchgeführten besonders „freien" Wahlen bis 1978 beibehalten werden.

Aufgabe der Regierung der „Nationalen Front" war neben einer begrenzten, von allen Teilen der herrschenden Klasse getragenen, Industrialisierung die „Befriedung" des Landes. Daß diese Aufgabe nicht völlig gelöst wurde, zeigt sich an den ständigen Volkskämpfen. Es zeigt sich möglicherweise auch an der in Kolumbien extrem geringen Wahlbeteiligung, die ein Anzeichen dafür sein könnte, daß das scheindemokratische Wahltheater in der Bevölkerung kaum verfängt. 1970 gingen überhaupt nur 30% der Bevölkerung zur „Wahl", in diesem Jahr waren es knapp 50%. Die „FAZ" berichtete Mitte dieses Jahres von einem Interview, das sie mit Bauern aus dem kolumbianischen Dorf Los Camajones geführt hatte. Dort antwortete ein Bauer auf die Frage, warum die Wahlbeteiligung in Kolumbien so gering ist: *„In unserem Land gibt es 10.000 Personen, die insgesamt 22 Mio. Hektar Land besitzen, während 1,6 Mio. Familien den Rest des kultivierten Bodens, etwa sechs Millionen Hektar, unter sich aufteilen müssen. Mehrere Hunderttausende haben überhaupt nichts. Sie arbeiten als Tagelöhner oder wandern in die Städte ab. Fast alle Senatoren und die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten gehören zum Clan der 10.000. Warum sollen wir für sie stimmen? Was haben wir von ihnen zu erwarten?"* („FAZ", 12.6.74). Daß die Bauern und die Arbeiterklasse absolut nichts von diesen Abgeordneten und dem besonders „frei" gewählten Präsidenten zu erwarten haben, hat sich natürlich inzwischen bestätigt.

Gleich nach Amtsantritt kündigte Michelsen an, daß das ganze Land den „Gürtel enger schnallen" müsse, um zunächst die Voraussetzungen für die „Verwirklichung von Reformen" zu schaffen. Michelsen will einen „Sozialpakt" nach argentinischem Muster aufbauen, in dem Löhne und Preise festgeschrieben werden. In diesem Zusammenhang wurde vor kurzem der „kommunistische" (revisionistische) Gewerkschaftsverband CSTC anerkannt und zu den Absprachen zwischen Gewerkschaften, Regierung und Kapitalisten hinzugezogen, um eine möglichst breite Basis für den „Sozialpakt" zu sichern.

Diesem Plan stehen allerdings Hindernisse im Weg:

„Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Regierung Lopez Michelsen harten Zeiten entgegengehen wird. Noch hat sie das Vertrauen weiter Teile des Volkes ... Das wird nicht so bleiben. Wie auch immer das angekündigte Sparprogramm und die Steuerreform aussehen werden, die Regierung wird auf viel Widerstand bei denen stoßen, zu deren Lasten die Gesundung der Finanzen erfolgen soll. Und was den angestrebten Sozialpakt mit Unternehmern und Gewerkschaften betrifft, so zeigt gerade das argentinische Beispiel, daß ein solcher Pakt keine stabilen Preise und Löhne garantiert und daß mit heftigem Widerstand gegen den Pakt zu rechnen ist" („FAZ", 7.10.74).

Die Bauern von Los Camajones haben bereits erkannt, daß sie von dieser Regierung nichts zu erwarten haben. Sie haben ebenfalls erkannt, daß sie ihre Lage nicht über das Parlament und „demokratische" Wahlen verbessern können. Auf die Frage, warum die Bauern nicht für die linken Parteien stimmen, antworteten sie: „Was sind vier Millionen Stimmen gegen vier Millionen Gewehre? Hat ihnen die Erfahrung von Chile nicht genügt?" Wenn diese Erkenntnis nicht nur in Los Camajones, sondern im ganzen Land verbreitet ist, und die richtigen Lehren aus der chilenischen Erfahrung gezogen werden, dann geht die herrschende Klasse in Kolumbien schlechten Zeiten entgegen. ●

Genossin der Bezirksorganisation Harburg-Wilhelmsburg KB/Gruppe Hamburg

Argentinien

Argentinien

Zunehmender faschistischer Terror

In den vergangenen drei Monaten wurden über 100 Linke in Argentinien ermordet, eine Welle des faschistischen Terrors erschüttert heute das Land. Oft ist es derselbe Vorgang: Angebliche Polizisten „verhaften" einen Genossen und einige Stunden später wird seine von Kugeln durchlöcherte Leiche gefunden. Ein „Todeskommando", die „Argentinische Antikommunistische Allianz" (AAA), deren Aktivitäten vom einheimischen Geheimdienst und sicherlich auch von der CIA gedeckt werden, hat schon für zahlreiche Morde die „Verantwortung" übernommen.

Der offene Terror ist nur ein Aspekt der ungeheuren Repression seitens der Reaktion. Viele der letzten Maßnahmen machen deutlich, daß die Bourgeoisie zu allem bereit ist, um nicht nur die politisch-militärischen Organisationen der Linken zu liquidieren (vor allem die ERP und die Monteneros), sondern auch, um die Arbeiterkämpfe zu brechen.

Sämtliche Demonstrationen sind verboten worden; die zwei Zeitungen der peronistischen-Monteneros Jugendorganisationen „Noticias" und „La Causa Peronista" sind verboten worden; in der „unruhigen" Provinz von Cordoba wurde ein neuer Gouverneur ernannt, der in „Ruhe und Ordnung" – mittels Gewalt – verliebt ist; die Polizei hat eine systematische Offensive gegen die bewaffneten Gruppen der Linken wie die Monteneros und die ERP gestartet. So wurde in der Provinz von Catamarca eine „anti-subversive Aktion" von den Streitkräften durchgeführt; 2.000 Soldaten verfolgten 15 Tage lang ein Guerilla-Kommando der ERP; zwei ERP-Genossen fielen im Kampf, 16 andere wurden nach ihrer Festnahme ermordet, 21 verhaftet und gefoltert, Dutzende von Bauern und Arbeitern im Norden des Landes verhaftet.

In der Regierung wird sich immer mehr mit dem Gedanken eines „Superministeriums" für die „innere Sicherheit" befaßt.

Drei Anwälte, die politische Gefangene verteidigten, sind ermordet worden. Unter diesen Bedingungen des wütenden Terrors durch Armee, Polizei und faschistische Banden, wählen zahlreiche Intellektuelle den Weg des Exils. So hat zum Beispiel der ehemalige Rektor der Universität Buenos Aires politisches Asyl in Mexiko gesucht.

Neben dieser Offensive auf der Ebene des Terrors, wird eine offen faschistische ideologische Offensive seitens der Bourgeoisie betrieben.

Verschiedene faschistische Gruppen tauchen auf der Straße mit Nazi-Kluft offen auf: Alianza Libertadora Nacional, Comandos de Organisazion, Legion Revolucionaria Peronista (Bund zur Nationalen Befreiung, Organisierungskommandos, Revolutionäre Peronistische Liga).

Schließlich sitzt seit August Adolfo Savino in der Regierung als „Verteidigungsminister". Savino ist ehemaliger Botschafter in Italien gewesen, und großer Freund des italienischen Faschisten-Führers Almirante. Als „Erziehungsminister" ist Ivanissevich, auch ein offener Faschist, in die Regierung gekommen. Er leitet die Offensive gegen die Universitäten. In Buenos Aires setzte er einen neuen Rektor an der Universität ein: Alberto Ottalagano, Mitglied der oben genannten Mörderorganisation AAA. ●

Eine Genossin des KB/Gruppe Frankfurt

Nikaragua:

Gelungene Aktion der Guerillas erzwingt Freilassung politischer Gefangener

Am 29.12. besetzten acht Guerillakämpfer die Villa eines Multimillionärs in Managua, der Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates Nicaragua. Dort feierte die „Prominenz" gerade ein Fest. Es gelang den Guerilleros, 30 Geiseln zu nehmen – darunter den Außenminister Nicaraguas, weitere hohe Regierungsvertreter, Diplomaten und „Geschäftsleute", unter anderen den Generaldirektor der Esso. Hausangestellte, Musiker usw. durften die Villa verlassen. Präsident Somoza verhängte sofort den Ausnahmezustand über das Land und ließ die Villa von Polizei und Nationalgarde umstellen; er sah sich dann aber doch angesichts der Vielzahl prominenter Geiseln, gezwungen, Verhandlungen mit den Guerillas aufzunehmen.

Schließlich wurden die Forderungen des Kommandos erfüllt:

- **Fünf Mio. Dollar Lösegeld;**
- **Freilassung von politischen Gefangenen (die Zahlenangaben schwanken zwischen 16 und 26);**
- **Erhöhung der Löhne von Hausangestellten und Angestellten im öffentlichen Dienst;**
- **Veröffentlichung einer Erklärung im Rundfunk und allen Zeitungen, in der über den Terror des Somozaregimes gegen die Bevölkerung berichtet und der volksfeindliche Charakter der Regierung angeprangert wird;**
- **ein Flugzeug nach Kuba wurde bereitgestellt (Die kubanische Regierung hatte sich sofort bereit erklärt, die Guerillas und entlassenen politischen Häftlinge aufzunehmen).**

Durchgeführt wurde diese erfolgreiche Aktion von der „Nationalen Befreiungsfront Sandinista".

Diese Organisation kämpft seit 1959 gegen eine der ältesten und korruptesten Diktaturen Lateinamerikas. Seit 1936 wird das Land vom Familienclan der Somozas beherrscht.

Von 1911-1932 war Nicaragua von den USA militärisch besetzt. Sandino, nach dem die „Nationale Befreiungsfront" benannt ist, war General der Partisanenbewegung, die gegen die US-Imperialisten kämpfte. Sandino wurde 1934 von dem damaligen Patriarchen der Somozafamilie ermordet; derselbe Somoza wurde von den USA zum General der ‚Nationalgarde' (dem einzigen bewaffneten Verband des Landes) gemacht und schwang sich 1936 mit Einverständnis der USA zum Präsidenten auf. Seitdem herrscht dieser Familienclan fast ununterbrochen, immer nach der Devise, ‚Was den Somozas nützt, nützt auch Nicaragua'. Jedenfalls hat sich dieser Clan inzwischen ein kaum schätzbares Vermögen ergaunert: Farmen, Reedereien, Fischereiunternehmen, die Fluglinie des Landes, ein Großteil des Grundbesitzes und noch vieles mehr gehört den Somozas.

Es ist ziemlich genau ein Jahr her, daß Nicaragua traurige Schlagzeilen machte: Im Dezember 1973 wurde die Hauptstadt Managua durch ein Erdbeben fast völlig zerstört. Der heutige Präsident Anastasio Somoza war damals General der ‚Nationalgarde' und Leiter des Katastropheneinsatzes. Während Polizei und ‚Nationalgarde' die eingeflogenen Hilfsgüter horteten und die Verteilung sabotierten, gab Somoza Befehl, alle „Plünderer" (im Klartext: die hungernde und von Seuchen bedrohte Bevölkerung) ohne Anruf niederzuschießen!!

Schon bei Ausbruch des Bebens wurden 150 politische Gefangene mit Maschinengewehrslaven niedergemäht, um ihren Ausbruch aus dem Gefängnis zu verhindern.

Trotz massiver Bedenken von Wissenschaftlern bestimmte Somoza, daß Managua an gleicher Stelle wieder aufgebaut werden sollte – weil der Somoza-Clan hier zahlreiche Grundbesitzt.

Es ist ein großer Erfolg für die „Nationale Befreiungsfront" und das Volk von Nicaragua, daß der Somoza-Mafia durch die gelungene Geiselnahme ein Schlag versetzt wurde und mehrere Genossen aus den Kerkern der Diktatur befreit werden konnten. ●

Eine Genossin der Bezirksgruppe Harburg/Wilhelmsburg des KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8

Göttingen:
KAG in Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Rotenburger Str. 28

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomasiusstr. 2
Mo.+Do. 17-19 Uhr
Sa. 10-13 Uhr

Weitere Vertriebsgruppen:

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 12.500 Erscheinungsweise: 4 mal vierteljährlich Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Englische Bergarbeiter lehnen „Produktivitäts-Betrug" ab

Am 12./13.11.1974 haben 240.000 Bergarbeiter in England, Wales und Schottland über das sogenannte „Produktivitätsabkommen" abgestimmt. Wie bereits in AK 51 berichtet, hatte die Kohlebehörde, Verwaltungsorgan der seit 1951 verstaatlichten Kohlegruben, vor einigen Monaten gemeinsam mit der Gewerkschaftsführung dieses Abkommen ausgearbeitet.
Es soll dazu dienen, durch „materielle Anreize" eine Steigerung der Produktion (und damit der Ausbeutung) zu erreichen, indem die Lohnerhöhungen nach der geförderten Kohlemenge bemessen werden sollen. Ein angebliches „Durchschnitts-Fördervolumen" wird dabei als 100 % angenommen. Wenn 80 % davon erreicht wird, soll es ca. 16 DM wöchentlich mehr geben; bei 100 % ca. 80 DM, bei 120 % ca. 145 DM mehr. Sollte ein derartiges Abkommen durchkommen, bedeutet das die Spaltung der bisher einheitlich entlohnten Bergarbeiter in relativ gut verdienende in den produktiven Minen und die schlecht bezahlten in den unproduktiven; und die Spaltung in die jungen Bergarbeiter auf der einen Seite und die alten, kranken auf der anderen, die sich auf die geförderte Menge und damit auf den Lohn aller Bergleute der Mine senkend auswirken.
Dieses Abkommen ist ein Versuch, die Solidarität und Kampfkraft einer der militantesten Arbeitergruppen Englands (die vor einem Jahr durch einen mehrmonatigen Streik die Tory-Regierung zum Rücktritt zwang) zu brechen. Die Mehrheit der Berarbeiter hat diese Gefahr erkannt: die Abstimmung am 12. und 13.11. 74 ergab eine sehr deutliche Ablehnung des Abkommens:
61,5 % (= 123.345 Stimmen)dagegen
28,4 %(= 77.119 Stimmen)dafür
In den Gebieten, wo die Bergarbei-
61,5 % (= 123.345 Stimmen)dagegen
28,4 %(= 77.119 Stimmen)dafür
In den Gebieten, wo die Bergarbei-
ter bisher am entschlossensten gekämpft hatten (sicherlich auch abhängig von der relativ geringen Produktivität vieler Gruben dort), war das Stimmenverhältnis noch eindeutiger:
Yorkshire: 83,5 % dagegen
Süd-Wales: 82,o % dagegen
Nord-Wales: 69,5 % dagegen
Schottland: 67,o % dagegen
Statt „Produktivitäts-Abkommen" stellten die Bergarbeiter eine national einheitliche Lohnforderung auf: 30 Pfund mehr pro Woche (ca. 200 DM) (in Yorkshire und Schottland sogar 42,50 Pfund!). Das ist immerhin, bei dem bisherigen Lohn zwischen 32 und 45 Pfund, eine Erhöhung zwischen 66 und 93 %.

Mit dieser klaren Entscheidung machten die Bergarbeiter eins deutlich: daß die Mehrheit unter ihnen erkannt hat, welch ungeheuren Angriff auf ihre Lebensgrundlage dieser Plan darstellt.

So erklärte Arthur Scargill, linker Gewerkschafts-Sekretär von Yorkshire, einer der Gegner des Abkommens, daß in seinem Gebiet sogar in den produktivsten Minen bis zu 60 % Produktionssteigerung notwendig seien, um die 100 % der abgemachten Förderungsmenge zu erreichen.

Demgegenüber behauptete die Kohlebehörde, es seien „nur 38 % Steigerung nötig" – womit sie sich selbst entlarvte: hatte sie doch zuvor behauptet, die 100 % stellten eine „Durchschnittsfördermenge" dar! Da natürlich eine Produktionssteigerung von 38 % und erst recht von 60 % allein durch höhere Arbeitsleistung illusorisch ist, wären die Arbeiter gezwungen, zu Hungerlöhnen die schwere Arbeit zu verrichten, bis dann eines Tages die Gruben wegen „zu geringer Produktivität" geschlossen würden. Das nennen die Kapitalisten dann „Gesundschrumpfen"!

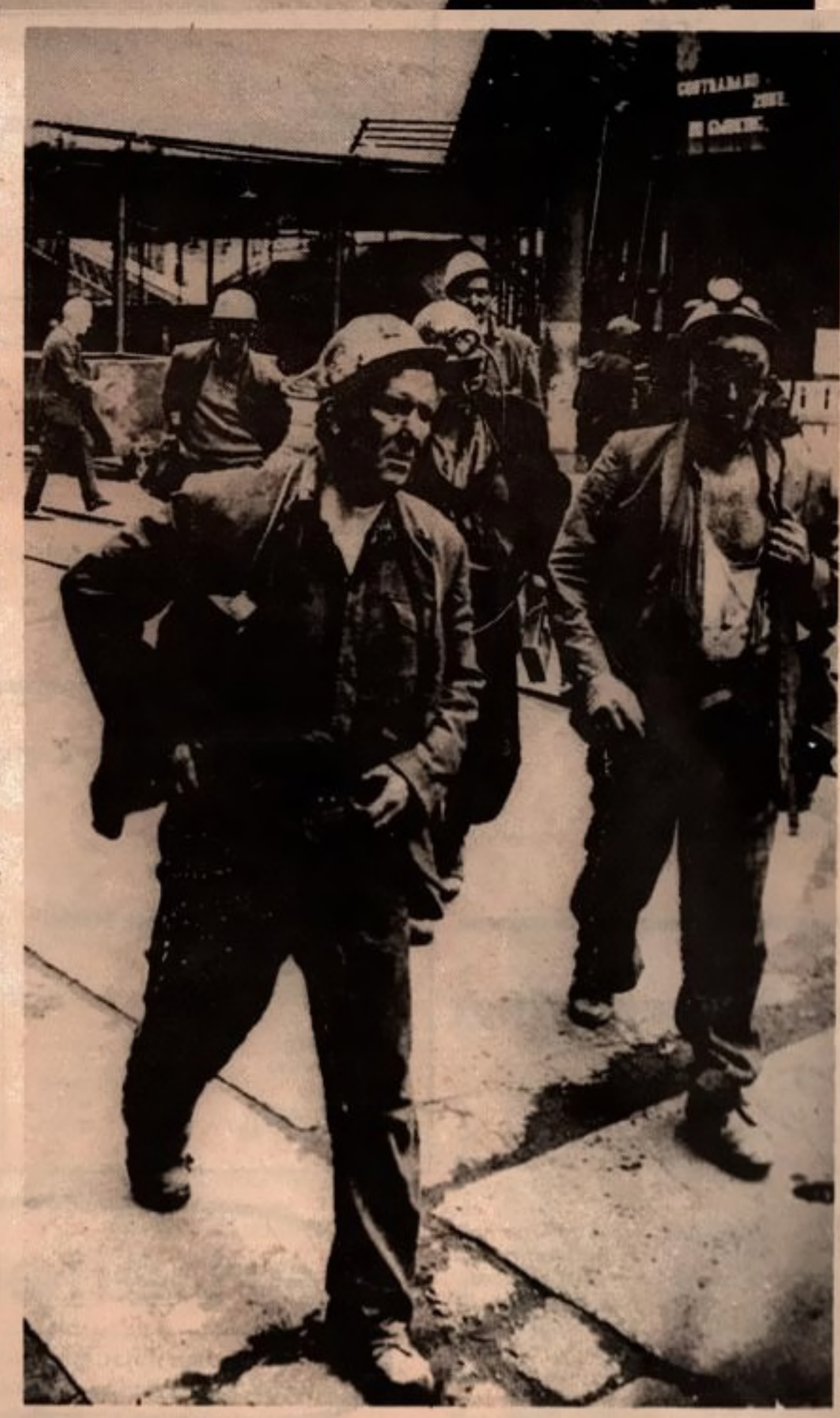
Mindestens ebenso schwerwiegend wie die unmittelbare Bedrohung der Lebensgrundlage vieler Bergarbeiter durch diesen Plan ist der Angriff auf ihre Solidarität und Kampfkraft. Nicht zuletzt die Erfahrungen der englischen Docker haben gezeigt, welche katastrophale Folgen es für die Arbeiter hat, wenn der Lohn von Hafen zu Hafen oder von Mine zu Mine ausgehandelt wird. So haben die Kapitalisten es in der Hand, in dem Hafen A im Januar über Forderungen zu verhandeln, im Hafen B im Februar usw. Den Arbeitern ist so ein sehr wichtiges Band zerrissen worden – das nationale Lohnabkommen. Nicht umsonst hat seit 72 kein nationaler Dockerstreik mehr stattgefunden. Und die Löhne der Docker sind in den letzten Jahren vergleichsweise immer niedriger geworden...

Revisionisten in der Gewerkschaftsführung stimmten gegen das Abkommen

Als Ende Oktober klar war, daß das Abkommen bei den Bergarbeitern mit Sicherheit durchfallen würde, sah sich die NUM (National Union of Mine workers = Nationale Bergarbeitergewerkschaft) -Exekutive gezwungen, am 30.10. die Ablehnung des Planes zu empfehlen. Die Abstimmung darüber fiel mit 14:12 Stimmen allerdings sehr knapp aus. Vorsitzender Joe Gormley, der massiv für das Abkommen Propaganda gemacht hatte, erklärte, er sei „tief enttäuscht" über das Ergebnis. Gegen das Abkommen hatten in der Exekutive insbesondere die Mitglieder der CP (Communist Party = revisionistische Partei) gestimmt.

Gormley und andere Rechte in der Gewerkschaftsführung beschworen das Gespenst der „reds under the bed", wie es in England heißt (Rote unterm Bett). Scheinheilig behaupteten sie, die CP habe die Spielregeln verletzt, indem sie als politische Partei „in gewerkschaftliche Verhandlungen eingegriffen" habe. Als wenn sie selbst nicht tagtäglich handfeste sozialdemokratische Parteipolitik machen würden!

Die revisionistischen Gewerkschaftsführer allerdings taten nichts, um diese Scheinheiligkeit zu entlarven – im Gegenteil, sie verwahrten sich mit großer Entrüstung gegen die „Unterstellung"! So sagte Bill McLean, NUM-Sekretär von Schottland, CP-Mitglied, als ihn ein Rechter angriff, er habe ihn vor einer Exekutiv-Sitzung mit dem hohen CP-Funktionär, Bert Ramelson, zusammen gesehen: er habe keine Diskussion mit Ramelson oder „irgendwelchen außenstehenden Kräften" über die Frage des Produktivitäts-Abkommens geführt!(nach „Guardian" v.4.11.).


„Miners" kommen von der Schicht

Wahlmanipulation?

Als dann das Abstimmungsergebnis gezeigt hatte, daß trotz derartiger Einschüchterungsversuche das Abkommen durchgefallen war, gab es neuen Stoff für Verunsicherungen: Angeblich sollen in 13 süd-walisischen Bezirken zu viele Stimmen abgegeben worden sein, außerdem habe es in acht walisischen und drei schottischen Bezirken eine 95%ige Wahlbeteiligung gegeben. Das allein reichte aus, um die Ergebnisse dieser sämtlichen Bezirke nicht mitzuzählen (11.400 Stimmen)!

(Süd-Wales und Schottland waren bisher mit die kampfstärksten Gebiete gewesen; in Süd-Wales hatte es mit 82 % das zweithöchste Abstimmungsergebnis gegen das Abkommen gegeben, in Schottland waren es immerhin 67 %).

Stattdessen brachten die Zeitungen dicke Schlagzeilen von „Wahlmanipulation" etc. So der „Guardian": *„Es gibt alle Möglichkeiten von der allerkleinsten und unschuldigen Erklärung bis zu höchsten macchiavellistischen Verschwörung"!*

Die NUM-Exekutive wollte aber nicht so gerne – aus verständlichen Gründen – eine Wiederholung der Abstimmung in den betreffenden Gebieten durchführen.

Es gehe um so wenige Stimmen, das mache jetzt auch keinen Unterschied mehr. Dabei sind die fraglichen 11.400 Stimmen immerhin knapp 6 % von der Gesamtzahl! Statt dessen wurde – wie originell – eine Untersuchungskommission eingesetzt. Der Verdacht liegt nahe, daß die Ergebnisse dieser Gebiete das Gesamtergebnis noch um einiges eindeutiger gemacht hätten!

Hetzkampagne der Kohlebehörde

Während sich die rechten Gewerkschaftsführer vor allem auf die antikommunistische Hetze eingeschossen hatten, kamen von der Kohlebehörde in erster Linie Angriffe gegen die gewerkschaftlichen Rechte überhaupt. So Sir Derek Ezra, Vorsitzender der Kohlebehörde: Das Abstimmungsergebnis der NUM-Exekutive *„wirft das ganze Problem von der Richtigkeit der Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften auf"*. Im Klartext: Der Zustand, daß die Mitglieder der Gewerkschaften überhaupt noch die Möglichkeit haben, über Fragen der Entlohnung abzustimmen, gehört schleunigst abgeschafft!

Von anderen Beamten der Kohlebehörde wurde in der Presse demagogisch das viele „Krankfeiern" der Bergarbeiter für die geringe Produktivität verantwortlich gemacht.

Insbesondere wurde von der Kohlebehörde und der bürgerlichen Presse auch die Angst der Bevölkerung vor einem „neuen kalten und dunklen Winter" geschürt. Wobei die besondere Demagogie darin liegt, daß der letzte „dunkle und kalte Winter" nicht auf den Streik der Bergarbeiter im letzten Jahr zurückzuführen ist (die Kohlevorräte waren noch nie so groß wie damlas), sondern auf die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie: Rationierung von Strom, Kohle und Benzin.

„Nationale Solidarität" – Deckmantel für verschärfte Ausbeutung

Die NUM-Führung legte von Anfang an alles darauf an, jeden Kampf der Kumpel gegen das Abkommen zu boykottieren. Sie hatte bereits im März 74 gemeinsam mit der Kohlebehörde ein Produktionsziel von 120 Mio. Tonnen festgelegt, das bis März 75 erreicht werden soll. Das sind 24 Mio. Tonnen mehr als im Jahr 73/74 – also eine Steigerung um 24 %! Joe Gormley dazu: die Ablehnung des Abkommens dürfe
Jahr 73/74 – also eine Steigerung um 24 %! Joe Gormley dazu: die Ablehnung des Abkommens dürfe
auf keinen Fall bedeuten, daß das 120 Mio. Tonnen-Ziel nicht erreicht wird. (Streik sollte also von vornherein ausgeschlossen sein). Es sei auch gar nichts weiter notwendig, als daß die Kumpel mal eben 50 oder 60 Tonnen pro Maschinen-Schicht mehr produzieren! Bei einer Durchschnitts-Fördermenge von 300 - 350 Tonnen sind das ca. 17 %! Gormley: *„Laßt uns über Möglichkeiten nachdenken, wie wir die Kohle produzieren können, wenn wir als seriöse Gewerkschaft angesehen werden wollen."*

Auf einer Pressekonferenz am 18.11. konnte dann Sir Derek verkünden, daß er und Mr. Gormley und Mr. Mc Gahey (CP-Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der NUM) übereingekommen seien, ***„intensive gemeinsame Aktionen an Ort und Stelle einzuleiten, um Fortschritte in den Minen zu erzielen; zu diesem Zweck werden Führer des nationalen Managements gemeinsam mit den Gewerkschaften die Kohlegruben besuchen, um in erster Linie nationale Solidarität zu demonstrieren*** („Guardian", 20.11.).

Die verräterische Haltung der Gewerkschaftsführung zeigte sich auch darin, wie sie mit der einheitlichen Forderung der Bergarbeiter umging. Die Stationen des Verrats und Spiels mit verteilten Rollen sind folgende:

Am 9.12. wurde auf Gewerkschaftsversammlungen in Yorkshire und Schottland die ursprüngliche Forderung dieser Gebiete von 42.50 Pfund (ca. 275 DM) erstmal auf 30 Pfund reduziert.

Am 10.12. tagte die Tarifkommission der NUM, die diese 30-Pfund-forderung weiter runterkürzte: mit 7:6 Stimmen wurde beschlossen, ab 1. Dezember 74 eine Erhöhung von 12.50 Pfund zu fordern und ab 1. März eine weitere um 13.10 Pfund! „Kommunist" Mc Gahey bezeichnete diese Forderung als „realistischer" und als „Ölzweig" (= Friedensangebot) an die Regierung!

Zwei rechte Gewerkschaftsführer waren übrigens bei dieser Tarifkomissionssitzung nicht anwesend: Gormley – krank (?), Clarke – auch krank (? ?). Offenbar hielt man es für taktisch unklug, bereits zu diesem Zeitpunkt die Bergleute durch eine noch niedrigere Forderung (bei Mehrheit der Rechten) zu stark vor den Kopf zu stoßen. Einige Tage später aber kam es noch dicker.

Am 11.12. erklärten Arbeitsminister Michael Foot, Führer der Tribune-„Linken" in der Labour-Party(!) und Len Murray, Vorsitzender des TUC (Gewerkschaftsdachverband), diese Forderungen seien „enorm Überhöht" !! Die Regierung und die Arbeiterbewegung (!!) hätten das Recht, von den Bergarbeitern Solidarität im Kampf gegen Inflation zu fordern usw...

So vorbereitet sprach sich dann die NUM-Exekutive am 12.12. (Gormley hatte sich inzwischen vom Krankenbett hochgerissen!) mit 16 : 8 Stimmen gegen die Forderung der Tarifkommission aus und dafür, sich vorerst mal auf überhaupt keine Lohnforderung festzulegen!

Seitdem sind nur noch „wesentliche Erhöhungen" im Gespräch.

Auf einem Treffen von Gromley und McGahey mit Vertretern der Kohlebehörde am 17.12. wurde noch
und McGahey mit Vertretern der Kohlebehörde am 17.12. wurde noch
deutlicher, wie unglaublich frech sich die Gewerkschaftsführer über den erklärten Willen der Mehrheit ihrer Mitglieder hinwegsetzen: diese erlauchte Runde machte doch tatsächlich den Vorschlag, Lohnerhöhungen nur dann zu zahlen, wenn bestimmte Produktionsziele erreicht sind, die z.B. vierteljährlich festgesetzt werden sollen – als hätte es nie eine Abstimmung gegen das „Produktivitäts-Abkommen" gegeben!

Außerdem wurde entgegen allen bisherigen Forderungen der Bergarbeiter das Ziel propagiert, die Lohnunterschiede zwischen Über- und Unter-Tage Arbeitern zu vergrößern – angeblich, um mehr Arbeiter für die Arbeit unter Tage anzureizen.

Absoluter Höhepunkt dieser Entwicklung war die letzte Exekutiv-Sitzung am 18.12., auf der diese neue Marschrichtung der Gewerkschaftsführer dann festgelegt wurde. Der „Guardian" berichtete: *„keine Revolte des linken Flügels brach aus, die die Harmonie dieses Ereignisses gestört hätte. ‚Jeder war reizend und versöhnlich heute morgen', sagte Mr. Gormley, als das Meeting zu Ende war. ‚Der Geist des Weihnachtsfestes herrschte allgemein'"*.

Die Kumpel sollten diese Weihnachtsmänner mit ihren falschen Bärten und ihrer roten Verkleidung zum Teufel jagen! ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Rom

Üble faschistische Provokation unter Polizeischutz

Am 22. Dezember konnte in Rom unter dem Schutz von über 500 schwerbewaffneten Polizisten eine der übelsten Figuren des italienischen Faschismus in einem Arbieterviertel eine Kundgebung durchführen. Es handelt sich um Pino Rauti, ehemals Führer der faschistischen Terrororganisation „Ordine Nuovo", heute Parlamentsabgeordneter der MSI, der Beteiligung an faschistischen Bombenanschlägen – insbesondere dem auf die Mailänder Landwirtschaftsbank 1969 – dringend verdächtigt.

Diese Kundgebung mit etwa 200 wie zu einer „Strafexpedition" ausgerüsteten faschistischen Banditen mitten in einem Arbeiterviertel war eine unverschämte Provokation, die nur unter stärkstem „Polizeischutz" überhaupt möglich war. Die revolutionäre Linke – mit Ausnahme der PDUP („il manifesto") hatte dazu aufgerufen, „Rauti das Maul zu stopfen." Als die Demonstration der revolutionären Linken auf dem Platz der beabsichtigten faschistischen Provokation eintraf, wurde sie jedoch brutal von der Polizei angegriffen, der sich die Faschisten anschlossen. 46 Genossen wurden festgenommen, zwölf in Haft genommen. Viele Genossen wurden von Bullen oder Faschisten verletzt.

Dies zeigt, daß auch die neue Regierung Moro beabsichtigt, „Ruhe und Ordnung" und das „Rederecht" der faschistischen Verbrecher mit Polizeiterror durchzusetzen.

Die revisionistische „KP" hatte an der Mobilisierung gegen Rauti praktisch nicht teilgenommen und vertrat nach dem Polizei-Einsatz in ihrer Presse die These, das sei eine „Provokation" der revolutionären Linken ebenso wie der Faschisten gewesen, genauso wie die Bourgeoisie von den „entgegengesetzten Extremismen" schwätzt.

Die PDUP („il manifesto") vertrat die These, daß eine Aktion gegen Rauti nur sinnvoll gewesen wäre, wenn eine „Massenmobilisierung" zustande käme, was faktisch darauf hinauslief, dies von der Beteiligung der PCI und der Gewerkschaften abhängig zu machen – was natürlich eine Illusion war. Entsprechend dieser Auffassung kritisierte die PDUP die Organisationen „Lotta Continua" und „Avanguardia Operaia" (Hauptträger der antifaschistischen Demonstration), sie hätten eine „politische Verantwortung" dafür, daß nun die Bourgeoisie wieder von den „entgegengesetzten Extremismen" sprechen könne. ●

England:

Bäckereiarbeiter-Streik endete mit Kompromiß



Mit Bildern wie diesem versuchte die bürgerliche Presse böse Kriegserinnerungen wachzurufen und die Bevölkerung gegen die Bäckerei-Arbeiter aufzuhetzen

In der ersten Dezemberwoche, vom 3. bis 10.12. sah man überall in England und Wales Bilder wie aus Kriegstagen: ellenlange Schlangen vor Bäckerläden; Menschen, die oft stundenlang auf ein halbes Brot warteten. Für viele bürgerliche Zeitungen ein Anlaß, in „Nostalgie" zu schwimmen – **für die Arbeiter der großen Bäckereien das einzige Mittel, um auf ihre unglaublich niedrigen Löhne aufmerksam zu machen und eine Lohnerhöhung durchzusetzen.**

Die 33.000 Mitglieder der Bäcker-Gewerkschaft arbeiten im wesentlichen für drei riesige Bäckerei-Konzerne, die zusammen 75% des gesamten Backwaren-Marktes kontrollieren. Der Durchschnittslohn für eine 40-Stunden-Woche beträgt ca. 150 DM, für Frauen sogar nur ca. 124 DM. Folge davon ist, daß durchschnittlich 14 Überstunden pro Woche (!) gearbeitet werden, um überhaupt einen Existenz-Lohn zu bekommen.

Bereits im November hatte die Gewerkschaft Lohnverhandlungen geführt. Auf der letzten Gewerkschafts-Konferenz in diesem Jahr war die Forderung aufgestellt worden: 40 Pfund (300 DM) Grundlohn für eine 40-Stunden-Woche. Zweimal stimmte die Gewerkschaftsführung einem Kompromiß zu, der den Bäckern nicht einmal 200 DM wöchentlich gebracht hätte. Beide Male lehnten die Gewerkschaftsmitglieder diesen Kompromiß in einer Urabstimmung ab.

Nach der letzten Abstimmung Ende November häuften sich „wilde" Streiks der Bäcker, insbesondere der Boykott von Überstunden und Sonntagsarbeit.

Am 3.12. sah sich die Gewerkschaftsführung dann gezwungen, den nationalen Streik auszurufen. Die Bourgeoisie sprach daraufhin demagogisch vom „öffentlichen Interesse", die Brotversorgung möglichst schnell wieder zu gewährleisten und setzte – bestärkt durch die relativ große Kampfunerfahrenheit der Bäcker – mit Erfolg den staatlichen „Schlichtungs"apparat ein.

Nach nur drei Streiktagen stimmten Gewerkschaftsführer und Kapitalisten einem Schlichtungsvorschlag zu, der den Bäckern wöchentlich knapp 215 DM verspricht, wovon ca. 30 DM noch nicht einmal tariflich abgesichert sind.

Angesichts des breiten Protestes unter den Gewerkschaftsmitgliedern erklärte der Generalsekretär, diesmal werde er ganz bestimmt keine Urabstimmung (über Annahme des Ergebnisses durch die Gewerkschaftsmitglieder) durchführen lassen. ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Italien

Bourgeoisie läßt weiteren Putschgeneral fallen

Nachdem am 31. Oktober der General Miceli – Chef des italienischen Geheimdienstes SID von Ende 1970 bis Juli 1974 – wegen seiner allzu offenkundigen Verwicklung in faschistische Putschpläne verhaftet werden mußte (vgl. AK 52, S. 4), fiel jetzt ein weiterer General vorläufig der Welle von „Enthüllungen" über die Staatsstreich-Pläne von Bourgeoisie und Staat in Italien zum Opfer:

Am 23. Dezember wurde Admiral Henke von seinem Posten als Chef des ‚Stato maggiore della difesa' (d.h. als Chef der italienischen Armee!) abgelöst.

Henke war Chef des SID gewesen, als Ende 1969 die zu trauriger Berühmtheit gelangte faschistische Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank explodierte und 16 Menschen tötete – („strage di stato") diese Bombe, hinter der der organisierte Faschismus und hohe Funktionäre des bürgerlichen Staates standen, sollte der Faschisierung und reaktionären Staatsstreichplänen den Weg bahnen.

Vor seiner Absetzung war die Verwicklung Henkes in die ‚trame nere' (schwarze Verschwörungen) immer offensichtlicher geworden, so daß sich die Regierung gezwungen sah, durch einen juristischen Trick die Ermittlungen wieder einmal zu unterbrechen (der Prozeß wegen des Bombenanschlags vom Dezember 1969 wurde mehrfach verschoben, sollte jetzt endlich im Frühjahr 1975 eröffnet werden, was nunmehr wieder in weitere Ferne gerückt ist).

Konkret geht es bei den Vorwürfen gegen Henke u.a. um folgendes: 1966 hatten die „Journalisten" Pino Rauti und Guido Gianettini, „inspiriert" vom damaligen Chef des ‚Stato maggiore di difesa', General Aloja, ein faschistisches Büchlein mit dem Titel „Die roten Hände über den Streitkräften" geschrieben, das unter dem Vorwand der „roten Gefahr" Putschstimmungen vor allem innerhalb der Streitkräfte nähren sollte. Da dieses Pamphlet aber keine günstige Aufnahme fand, ließ Aloja es einziehen. Admiral Henke, damals Chef des SID, veranlaßte, daß Rauti eine „Entschädigung" von zwei Mio. Lire erhielt (entsprach damals etwa 5000 Mark).

Mit den „Journalisten" Rauti und Gianettini hat es noch eine besondere Bewandnis: **Rauti**, seinerzeit Chef der faschistischen Terrororganisation „Ordine nuovo" (Neue Ordnung) und heute Parlamentsabgeordneter der neofaschistischen Partei MSI, ist verdächtig, an der Planung der Bombenanschläge von 1969 führend beteiligt gewesen zu sein; er saß deswegen sogar kurze Zeit in „Untersuchungs"-Haft, wurde dann jedoch wieder freigelassen.

Gianettini sitzt seit einigen Monaten im Knast, da er verdächtigt wird, ebenfalls an der Planung der Anschläge beteiligt gewesen zu sein.

Gianettini war überdies Agent des SID; noch als in Italien zu Anfang dieses Jahres Haftbefehl gegen ihn erging, brachte ihm der SID in sein Pariser „Exil" das laufende Honorar! Henke hatte zunächst behauptet, er habe den Agenten Gianettini gar nicht gekannt – dies konnte aber eindeutig widerlegt werden.

Die Entlassung Henkes bestätigt erneut, daß die höchsten Stellen des italienischen Staatsapparats direkt in die Putschpläne verwickelt waren und sind.

Bereits im Falle Miceli ging dessen Absetzung nur seiner Verhaftung voraus – was auch dem Admiral Henke noch blühen könnte. Allerdings ist daraus nicht auf ein ernsthaftes Vorgehen des Staates gegen seine möglicherweise ‚übereifrigen' Diener zu schließen: **schon wird über eine Freilassung Micelis spekuliert.**

Es liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie natürlich nicht auf eine antifaschistische Säuberung ihres Unterdrückungsapparats zielt, sondern auf dessen Straffung und Ausrichtung sowie auf die Beschwichtigung der über die aufgekommenen Putschpläne empörten Massen. ●



Hamburg
Solidaritätsveranstaltung KB - Lotta Continua
eine wachsende Rolle gespielt hat. Mit dieser Veranstaltung knüpfte der KB an eine Reihe früherer internationalistischer Veranstaltungen an, insbesondere an die noch in guter Erinnerung befindliche Veranstaltung mit einem
Der Erfolg einer revolutionären Arbeiterbewegung in Westeuropa hängt heute mehr denn je von der Entwicklung eines ernsthaften und tatkräftigen proletarischen Internationalismus ab: –

öffnet werden, was nunmehr wieder in weitere Ferne gerückt ist).
Konkret geht es bei den Vorwürfen gegen Henke u.a. um folgendes: 1966 hatten die „Journalisten" Pino Rauti und Guido Gianettini, „inspiriert" vom damaligen Chef des ‚Stato maggiore di difesa', General Aloja, ein faschistisches Büchlein mit dem Titel „Die roten Hände über den Streitkräften" geschrieben, das unter dem Vorwand der „roten Gefahr" Putschstimmungen vor allem innerhalb der Streitkräfte nähren sollte. Da dieses Pamphlet aber keine gün-
voraus – was auch dem Admiral Henke noch blühen könnte. Allerdings ist daraus nicht auf ein ernsthaftes Vorgehen des Staates gegen seine möglicherweise ‚übereifrigen' Diener zu schließen: schon wird über eine Freilassung Micelis spekuliert.
Es liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie natürlich nicht auf eine antifaschistische Säuberung ihres Unterdrückungsapparats zielt, sondern auf dessen Straffung und Ausrichtung sowie auf die Beschwichtigung der über die aufgekommenen Putschpläne empörten Massen. ●

Hamburg

Solidaritätsveranstaltung KB - Lotta Continua



Etwa 2.500 Menschen erlebten am 13. Dezember eine eindrucksvolle Veranstaltung des KB mit einem Genossen von „Lotta Continua" in Hamburg. „Lotta Continua" ist eine italienische kommunistische Organisation, die in den Klassenkämpfen der letzten Jahre eine wachsende Rolle gespielt hat. Mit dieser Veranstaltung knüpfte der KB an eine Reihe früherer internationalistischer Veranstaltungen an, insbesondere an die noch in guter Erinnerung befindliche Veranstaltung mit einem irischen Genossen vor einiger Zeit. Die gute „Tradition" solcher Veranstaltungen wollen wir auch in Zukunft fortführen.

Während der Veranstaltung sang der Chor des BDJ/RBJ Hamburg alte und neue italienische Arbeiterlieder, wie „Bandiera Rossa" und die „Fiat-Ballade" (aus den Streikkämpfen 69). Das „Lotta Continua"-Lied zum Schluß der Veranstaltung wurde von vielen Genossen mitgesungen. – Ausserdem trat das Hamburger „Straßentheater" mit eigenen Liedern auf, darunter dem „Brescia-Lied", das nach dem faschistischen Bombenanschlag auf eine Gewerkschaftskundgebung in Brescia entstand (8 Tote).

Wir werden die Rede des Genossen von „Lotta Continua" demnächst veröffentlichen und wollen uns auch mit einigen Punkten auseinandersetzen, in denen wir andere Vorstellungen haben. Außerdem werden wir an dem Kongreß von „Lotta Continua" Anfang Januar in Rom teilnehmen und darüber berichten.

Aus dem einleitenden Referat eines KB-Genossen auf der Hamburger Italien-Veranstaltung vom 13.12.74

„Die Tatsache, daß der Klassenkampf in Italien einen relativ weit entwickelten Stand erreicht hat, stellt auch die Arbeiterklasse und besonders die Linke in den übrigen westeuropäischen Ländern vor besondere Aufgaben. Wie nie zuvor ist das Schicksal der Arbeiterbewegung in Westeuropa aufs engste miteinander verbunden. Das trifft besonders für die Hauptländer des westeuropäischen Imperialismus zu, zu denen Italien unseres Erachtens immer noch gehört trotz aller arroganten und chauvinistischen Polemik in der bürgerlichen Presse unseres Landes, die Italien als Hinterhof und gesellschaftlichen Krüppel der „Europäischen Gemeinschaft" beschimpft.

Die Entwicklung des Imperialismus in Westeuropa befindet sich auf einer Stufe, wo das Kapital die nationalen Grenzen seiner Herrschaft nicht nur längst durchlöchert hat, sondern wo seine weitere Existenz und Expansionsmöglichkeit überhaupt davon abhängig ist, eine immer engere Zusammenarbeit und Durchdringung mit anderen imperialistischen Mächten einzugehen. Die „Europäische Gemeinschaft" hat dabei nicht nur den Aspekt, ein Kampfbündnis des westeuropäischen Kapitals zur Neuaufteilung der Welt in Konkurrenz vor allem mit dem US-Imperialismus und dem japanischen Imperialismus zu werden, sondern auch eine Schutz- und Trutzkumpanei zur gemeinschaftlichen Ausbeutung und Niederhaltung der Arbeiterklasse in allen beteiligten Ländern zu sein; – natürlich unter Aufrechterhaltung der Hackordnung dieser kapitalistischen Bündnispartner untereinander.

Einige Erfahrungen aus jüngerer Zeit haben bereits gezeigt, welche Auswirkungen das für die westeuropäische Arbeiterklasse hat. Zum Beispiel, daß bereits heute in einigen Bereichen die Wirksamkeit nationaler Streiks von den Kapitalisten durch vorübergehende Produktionsauslagerungen und kurzfristige wirtschaftliche Hilfsabkommen mit Unternehmen in anderen „Bündnisländern" eingeschränkt werden kann. Aber mehr noch als diese ökonomischen Faktoren haben die Kapitalisten dabei auch politische Überlegungen in ihr Kalkül gezogen.

Auf westeuropäischer Ebene werden heute Pläne zur „Lösung der sozialen Konflikte", zur „Befriedung" und Eindämmung der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern ausgearbeitet. Auf westeuropäischer Ebene finden ministerielle und polizeiliche Erfahrungsaustausche und Absprachen zur Bekämpfung des „inneren Feinds" statt. Und nicht umsonst wird in fast allen diesen Ländern eindringlich von den bürgerlichen Massenmedien gepredigt, daß die Demokratien sich heute einem neuen Phänomen gegenübersähen, der „Internationale des Terrors", die eine gemeinsame „Abwehr" dieser Staaten notwendig mache.(...)

Der Erfolg einer revolutionären Arbeiterbewegung in Westeuropa hängt heute mehr denn je von der Entwicklung eines ernsthaften und tatkräftigen proletarischen Internationalismus ab: – davon, daß die Arbeiterklassen in den verschiedenen Ländern eine gemeinsame Stoßrichtung gegen den westeuropäischen Imperialismus in ihrem Kampf entwickeln; – davon, daß die Arbeiterklassen in den übrigen Ländern den Staatsapparat „ihrer" Bourgeoisie daran hindern, als Reservetruppe der westeuropäischen Konterrevolution zu funktionieren, wenn die Arbeiterklasse in einem anderen Land Westeuropas darangeht, einen revolutionären Prozeß einzuleiten. Unsere Aufgabe ist es, darauf hinzuarbeiten, daß die westdeutsche Arbeiterklasse sich gegenüber ihren italienischen Klassenbrüdern und ihren Klassenbrüdern in allen anderen Ländern in der gleichen Weise solidarisch verhält.

Es gibt einige besondere Gründe, weshalb gerade an die westdeutsche Arbeiterklasse und an die Linke in unserem Land eine besondere Verpflichtung zur Entwicklung eines tiefen proletarischen Internationalismus gestellt ist. Der Hauptgrund ist, daß die westdeutsche Bourgeoisie innerhalb der „Europäischen Gemeinschaft" aufgrund ihrer ökonomischen Stärke die gefräßigste und gefährlichste ist, die ihre Vorrangstellung innerhalb der EG auf Kosten sowohl des eigenen Volkes als auch der übrigen westeuropäischen Völker weiter ausbauen will.

Ein zweiter Grund ist, daß auch die Arbeiterklasse an der Last der Geschichte unseres Landes mitzutragen hat, an der Last des Nazi-Faschismus, der die Völker Europas mit Blut und Terror überzogen hat. Das mag moralisch klingen, hat aber eine schwerwiegende politische Bedeutung, die darin liegt, daß die deutsche Arbeiterklasse im Gegensatz beispielsweise zu ihren italienischen Klassenbrüdern es nicht vermocht hat, die faschistische Herrschaft aus eigener Kraft abzuschütteln und zu zerschlagen. An niemanden ist daher die Anforderung energischer zu stellen als an die westdeutsche Arbeiterklasse und an die westdeutsche Linke, unerbittlich gegen jeglichen Chauvinismus und Rassismus, gegen jegliche nationale Überheblichkeit zu kämpfen. Daß dies in der Tat eine sehr aktuelle politische Aufgabe des proletarischen Internationalismus ist, vor der wir stehen, kann eigentlich niemanden entgehen, der die Entwicklung der Klassensituation in der Bundesrepublik aufmerksam und ohne rosarot verschmier(er)te Brillen verfolgt. Einher mit ihren ehrgeizigen imperialistischen Plänen einer neuen Großmacht verbreitet die westdeutsche Bourgeoisie wieder kübelweise das Gift dieses Chauvinismus, Rassismus und dieser nationalen Überheblichkeit – und diese schon einmal verhängnisvoll gewordene Ideologie erringt nicht nur im Kleinbürgertum, sondern auch in Teilen der Arbeiterklasse unseres Landes leider wieder einen zunehmenden Einfluß. Unsere Aufgabe ist es, diese Ideologie auch dadurch zurückzukämpfen, daß wir der Arbeiterklasse die Gleichheit ihrer Interessen mit denen der Arbeiter in den anderen kapitalistischen Ländern und mit denen der Völker in dem vom Imperialismus beherrschten Teil der Welt aufzeigen. Weder, indem wir die Klassenkämpfe in einem anderen Land nach vorgegebenen Programm-Rastern der eigenen Organisation zurechtzubiegen versuchen, noch indem wir das Niveau der Klassenkämpfe in anderen Ländern schwärmerisch verklären und auf eine bloß emotionale Begeisterung über diese Kämpfe orientieren – beides Erscheinungen, wie sie innerhalb der westdeutschen Linken in Sachen proletarischer Internationalismus teilweise anzutreffen sind.

Für uns ist die Grundlage des proletarischen Internationalismus zunächst einmal eine möglichst realistische und umfassende Information und Analyse über die Klassenkämpfe in anderen Ländern. Darauf baut sich überhaupt die Möglichkeit auf, eine solidarische Diskussion über die Fragen des Klassenkampfs, über die Fragen der Arbeiterbewegung auf internationaler Ebene anzugehen. Ziel ist es dabei vor allem, aus diesen unterschiedlichen Kämpfen und Erfahrungen in den verschiedenen Ländern zu lernen – anders läßt sich keine echte Solidarität entwickeln, die auch die dem Internationalismus feindlich gegenüberstehende bürgerliche Ideologie aus den Köpfen der Arbeiterklasse beseitigt."

> Das mit großer Anteilnahme und Begeisterung von den etwa 2.500 Teilnehmern unserer Italien-Veranstaltung aufgenommene – etwa einstündige – Referat des Vertreters von Lotta Continua kann wegen seiner Länge aus Platzgründen an dieser Stelle leider nicht abgedruckt werden. Um nicht gezwungen zu sein, nur einige kleinere Auszüge aus dieser Rede zu bringen, hat das Redaktionskollektiv des KB beschlossen, die gesamte Rede an anderer Stelle zu veröffentlichen, wahrscheinlich in einer von uns zusammengestellten Italien-Broschüre. ●

– Redaktion –

Faschisten immer frecher !

Auch in Itzehoe werden die Faschisten immer frecher. Anfang Dezember tauchten zum ersten Mal Schmierereien an Häuserwänden auf: „MSI" (faschistische Partei Italiens) und Zeichen der „Aktion Widerstand". Als dann die Plakate des KB zur Italienveranstaltung in Hamburg geklebt wurden, wurden zwei davon abgerissen und zwei weitere mit Hakenkreuzen und „MSI" beschmiert. Darüber hatten die Faschisten mit Sprühfarbe „Merda = PCI" („Merda" = Scheiße; PCI = revisionistische „KP" Italiens) geschrieben (siehe Foto – die Plakatreste wurden am nächsten Tag mit Reklamebildern überklebt).

Dieses Beispiel veranschaulicht wohl die Zusammenarbeit zwischen deutschen und italienischen Faschisten sogar in einer Kleinstadt wie Itzehoe (es arbeiten hier einige italienische Kollegen).

KB-Genossen aus Itzehoe ●

Forts. Baskenstreik

Ein politischer Generalstreik unter den Bedingungen des Faschismus, d.h. jeglichen Streikverbots, schärfstem Eingreifen von schwer bewaffneter Polizei und Militär, die nicht zögern, auch von den Schußwaffen Gebrauch zu machen; jeder, der sich beteiligt, riskiert seine Verhaftung, Prügel und Folter im Gefängnis – ein politischer Generalstreik unter solchen Bedingungen beweist ein sehr hohes politisches Bewußtsein und Solidarität der spanischen Arbeiterklasse.

Verschiedene politische und Arbeiterorganisationen unterstützen bzw. leiten den Streik an. (Wir können uns hier nur auf bürgerliche Presseberichte beziehen, da uns Berichte spanischer linker Organisationen zur Zeit noch nicht zur Verfügung stehen.)

Die „Neue Züricher Zeitung" (NZZ) führt den Streik hauptsächlich auf die Initiative der ETA (baskische Befreiungsorganisation) zurück, die in den ersten Dezembertagen durch Flugblätter und Maueraufschriften zum politischen Generalstreik aufzurufen begann. Nach dieser Darstellung haben sich die „Arbeiterkommissionen" dem Streik „angeschlossen" und den 11. Dezember zum „Tag des Generalstreiks im Zeichen der Solidarität mit allen politischen Gefangenen" erklärt. („NZZ", 13.12.74)

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) berichtet, daß der Generalstreik von den „Arbeiterkommissionen" ausging und von der Sozialistischen Partei (PSOE) und deren illegaler Gewerkschaft UGT sowie der in Navarra sehr starken (kommunistischen) Organisation ORT (Organizacion Revolucionaria del Trabajo) sowie der ETA (V. und VI. Versammlung), der MCE (Movimiento Comunista de España) und der PC(i) (Partido communista internacional) unterstützt wird. Nach dieser Darstellung hat sich die revisionistische spanische KP dem Generalstreik nicht angeschlossen, was dazu geführt habe, daß in der Provinz Vizcaya – wo die PCE über besonders großen Einfluß in den comisiones verfügt – der Generalstreik nur wenig befolgt wurde.

Die französische linke Tageszeitung „Liberation" schreibt in ihrer Ausgabe vom 13.12.74 dazu:

„Die PCE hat sich damit begnügt, eine Erklärung abzugeben, wo sie sagt, sie stehe der Streikbewegung ‚nicht feindlich' gegenüber – von aktiver Beteiligung – keine Rede.

Die Militanten der linken Gruppen erklären uns das wie folgt:

‚Die PCE will mit dem weniger reaktionären Teil der Bourgeoisie ein Bündnis eingehen, um das Regime zu stürzen. Deshalb setzt sie hier – im Baskenland – alles auf die Karte der ‚Vernunft'."

In jedem Fall kann man aus den vorliegenden Darstellungen selbst der bürgerlichen Presse als gesichert entnehmen, daß dieser Generalstreik unter maßgeblicher Beteiligung, bzw. politischer Führung **revolutionärer** Organisationen durchgeführt wurde, die offenbar in einigen Regionen in den Arbeiterkommissionen über entscheidenden Einfluß verfügen. Die Revisionisten von der PCE haben den Generalstreik offen sabotiert – und die Arbeiterklasse wird ihnen mit Sicherheit die Rechnung präsentieren ...

Auch in anderen Teilen Spaniens hält die Welle von Streiks an. Allein in Katalonien wurden Anfang Dezember 82 Betriebe bestreikt, etwa 20.000 Arbeiter standen im Streik. In Valladolid legten 13.000 Arbeiter am 6.12. für einen Tag die Arbeit nieder, um gegen die Beteiligung staatlicher Syndikatsvertreter (faschistische Pseudo-‚Gewerkschaften') bei der Aushandlung der Tarifverträge zu protestieren.

In Madrid begann am 6.12. ein Bauarbeiterstreik. Außerdem wurde eine Madrider große Druckerei bestreikt, so daß mehrere politische Zeitschriften eine Woche lang nicht erscheinen konnten. In Pamplona zerschlug die Polizei eine Demonstration von etwa 1.000 Arbeitern, die gegen die Verteuerung der Lebenshaltungskosten protestierten.

Amnestie für alle politischen Gefangenen

Die Forderung nach Amnestie aller politischen Häftlinge hat besonders im Baskenland Bedeutung: 80 % aller politisch Inhaftierten sind baskische Antifaschisten. Insgesamt wird die Zahl der politischen Gefangenen in Spanien offiziell mit 800 angegeben. Wahrscheinlich sind es weit mehr: Allein im Laufe des Jahres 74 wurden 12.000 Antifaschisten vor dem „Sondergericht für öffentliche Ordnung" angeklagt. („FAZ", 23.12.74)

Am 25. November begannen 130 politische Häftlinge im Baskenland mit einem einmonatigen Hungerstreik für politische Amnestie und für Rückkehr aller Spanier, die im Exil leben müssen. Dem Hungerstreik in den baskischen Gefängnissen schlossen sich bald andere politische Gefangene im ganzen Land an.

Am 2.12. schlossen sich etwa 500 Menschen – zum Teil Angehörige der politischen Gefangenen – in einer Kirche in Bilbao ein, diskutierten mit den Messebesuchern über die Situation der politischen Gefangenen und forderten sie zur Solidarität auf.

Der Terror der Guardia Civil und anderer Polizei- und Militäreinheiten ist im Baskenland besonders stark. Mutmaßliche ETA-Mitglieder werden wie Freiwild auf offener Straße abgeknallt oder stundenlang mit gezogenem Revolver durch die Stadt gejagt. Aber auch „unverdächtige" Menschen müssen mit jeder Willkür rechnen. So wurde vor kurzem der junge Baske Urbieta bei einer Straßenkontrolle erschossen, weil der Fahrer des Wagens angeblich ein Haltezeichen nicht beachtet habe. Zeugen des Vorfalls sagten hingegen, die Polizei habe gar kein Haltezeichen gegeben.

Am 22. Dezember kam es nach der Totenmesse für den jungen Basken – der stellvertretend für viele andere Opfer des Polizeiterrors steht – zu Protestaktionen gegen den Terror der „Guardia Civil". Dabei wurden wieder 50 Menschen verhaftet. Bei den Aktionen während des Generalstreiks hatte die Polizei schon 100 Menschen verhaftet und einen jungen Basken durch einen Unterleibsschuß schwer verletzt.

Seit dem Beginn des politischen Generalstreiks wurde zusätzlich zu den ohnehin sehr starken Polizei- und Armee-Einheiten im Baskenland aus anderen Regionen Verstärkung angekarrt, die sogenannten „Anti-Unruhe-Brigaden" aus Madrid und Altkastilien. Schwerstbewaffnete Bullen stehen an jeder Straßenecke. Es herrscht eine bürgerkriegsähnliche Situation.

Wie weit verbreitet die Forderung nach Amnestie aller politischen Gefangenen im baskischen und beim ganzen spanischen Volk ist, beweist das Eintreten der katholischen Organisation „Justitia et Pax", deren Präsident der bekannte christdemokratische Oppositionsführer Ruiz Gimenez ist, für eben diese Forderung. „Justitia et Pax" führte in den Monaten November und Dezember eine Unterschriftensammlung in ganz Spanien für diese Forderung durch.

160.000 Unterschriften – sinnigerweise mit Personalausweis-Nummer (?!) – wurden dem Vorsitzenden der Spanischen Bischofskonferenz übergeben, der sie an den Chef aller Faschisten, Franco, weitergeben will. Selbst die spanische Bischofskonferenz unterstützte Anfang Dezember mit 47 gegen 13 Stimmen diese Petition, die außerdem Meinungsfreiheit, das Recht auf freie Versammlungen und die Bildung freier Vereinigungen fordert. ●

Spanien/Portugal-Kommission, KB/ Gruppe Hamburg

Notiz aus der „FAZ" vom 23.12.74: „... *Von Teilen der ETA V. Versammlung* (die ETA V. Versammlung ist vergleichbar mit dem Provisional-Flügel der Irisch-Republikanischen Armee, IRA – Anm. AK) *wird jetzt offensichtlich versucht, systematisch Mitglieder der Guardia Civil und der politischen Polizei zu ermorden, um eine Panik unter den Polizisten auszulösen. Die Polizisten im Baskenland stammen fast ausschließlich aus anderen Teilen des Landes; der Polizistenberuf ist bei den Basken verachtet. Zwei Mitglieder der Guardia Civil wurden in der letzten Woche getötet, zwei weitere schwer verletzt.*"

Unterstützt die spanischen politischen Gefangenen

– Aufruf französischer revolutionärer Organisationen –

„Die folgenden Organisationen: Komitee für ein antifaschistisches und republikanisches Spanien, Esquerra Catalana dels Traballdors, Front Communiste Revolutionnaire (ex-Ligue Communiste, französische Filiale der IV. Internationale), Organisation Communiste Revolution!, erklären:

In Zaragoza, Basauri, Segovia, Carabanchel, Martutena, Pamplona: die politischen Gefangenen der wichtigsten Gefängnisse des spanischen Staates sind im Kampf.

Konfrontiert mit der Arbeiterklasse, mit den Schülern, mit den Studenten, mit den Bauern und den nationalen Minderheiten, hat die Diktatur nur eine Antwort: Repression, Gefängnis, Ermordungen, Militär-Gerichte, Guardia Civil, politisch-soziale Brigade (die politische Polizei, die Red.), *Entlassungen der Arbeiter in den Betrieben, Folterung und Manschenjagd, vor allem in Euskadi (Baskenland).*

Der repressive Charakter der Diktatur zeigt sich auch in den Gefängnissen, wo die politischen Gefangenen unmenschlichen Lebensbedingungen unterworfen sind:

- *Verteilung der politischen Gefangenen auf verschiedene Anstalten, um jeden Zusammenschluß, der einheitliche Aktionen gegen die Ungerechtigkeiten ermöglichen würde, zu vermeiden.*
- *Zensur, Verbot des Gebrauchs der baskischen, catalanischen, galizischen Sprache.*
- *Miserable, hygienische, medizinische, und Ernährungs-Bedingungen, die häufige Krankheiten hervorrufen.*
- *Schlechte Haftbedingungen: Hitze im Sommer, Kälte im Winter, Strafen in Spezialzellen, Aufhebung der Gefängnisordnung: Rauchverbot, Leseverbot.*
- *Zwangsarbeit für einen Hungerlohn, drakonische Disziplin, ohne Sicherheitsvorkehrungen, daher häufige Arbeitsunfälle.*

Dieser Kampf, geführt unter der brutalen francistischen Repression und unter den schlechten Bedingungen der Gefangenen, fordert eine große Entschlossenheit und Kampfbereitschaft. Es sind die gleichen Genossen, die, nachdem sie in der ‚Freiheit' den Kampf führten, ihn heute in den Gefängnissen weiterführen, das ist unser Kampf, der Kampf der Massen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Der Erfolg ihres Kampfes hängt aber von der Unterstützung von außen ab, inwiefern es uns gelingt, die kriminelle Isolierung der Gefangenen durch die Diktatur zu durchbrechen.

So wurden alle Genossen, die sich im Hungerstreik befinden, in sogenannte ‚Strafzellen' eingeschlossen, wo sie den Kampf unter verschärften Bedingungen weiterführen.

Dazu muß noch weiter gesagt werden, daß mehrere Militante und Intellektuelle, die seit dem 16. September verhaftet sind, gefoltert werden, einigen von ihnen droht die Todesstrafe; so: Eva Forrest, Antonio Duran, Alfonso Sastre, Elisee Bayo, Lidia Falcon und vielen anderen mehr.

Heute, wo das francistische Regime mit einem spektakulären Aufschwung des Klassenkampfes konfrontiert wird, wo es als einzige Möglichkeit die Repression, die Gefängnisse, das Exil und die Unterdrückung der nationalen Minderheiten hat, ist es mehr als je notwendig, unsere Anstrengungen und unser Bemühen zu verdoppeln, um eine Amnestie zu erreichen, für die Freilassung der politischen Gefangenen, für die Wiederkehr der Exilierten, um endlich ein für alle mal mit der Diktatur den Schlußstrich zu ziehen. ●

(Aus der kommunistischen Wochenzeitung „Revolution!", Nummer 75, 13. Dezember 1974)

Die spanische Arbeiterklasse – ein Heer von Landesverrätern ?

In dem „Grundgesetz der Arbeit", das die spanischen Faschisten im März 1938 – also noch vor Ende des Bürgerkrieges – erließen, heißt ein Absatz:

„Individuelle oder kollektive Handlungen, die auf irgendeine Art den normalen Ablauf der Produktion stören oder sich gegen ihn richten, werden als Landesverrat betrachtet"!

Nach diesem Gesetz sind alle Streiks und streikähnlichen Aktionen strikt verboten und werden streng bestraft.

Die spanischen Faschisten waren jedoch nie in der Lage, dieses Gesetz buchstabengetreu anzuwenden. Hätten sie es getan, säße heute die spanische Arbeiterklasse im Knast und die Kapitalisten müßten sich ihr Brot selbst verdienen. So „beschränkt" sich der spanische Staat darauf, jeweils einige Streikführer herauszugreifen und diese – meist vor dem „Sondergericht für öffentliche Ordnung" – mit hohen Gefängnisstrafen zu belegen. Doch auch die Anwendung dieser Justizmaßnahmen wurde von den spanischen Arbeitern in den letzten Jahren mehrmals verhindert, indem Solidaritätsstreiks mit den verhafteten Arbeitern solange geführt wurden, bis diese wieder freigelassen wurden.

Die Unterdrückungsmöglichkeiten sind also vom reinen Gesetzestext her wesentlich schärfer als sie praktisch durchführbar sind. Wie jedes Gesetz wird auch das faschistische „Grundgesetz der Arbeit" in seiner Anwendung vom tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen bestimmt.

In Spanien ist die gesamte rechtliche Gestaltung des Arbeitslebens allein dem faschistischen Staat überlassen. Die Arbeiter haben keine Möglichkeiten der Einflußnahme, z. B. durch ihre Organisationen, da es solche im legalen Rahmen überhaupt nicht gibt.

So sind z.B. Arbeitsverträge kein Verhandlungsgegenstand zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Angeblich sei der Arbeitsvertrag *„Grund und Ursprung des sozialen Problems und damit der allgemeinen Misere"*, so einer der bestellten Schreiberlinge des Regimes (Aunos, Los problemas de la produccion). *„Die Regulierung der Arbeitsbedingungen gebührt dem Staat"* („Dekret vom 29.3.1941 über Arbeitsreglements"). Auch die Arbeitsgerichte sind staatlich: *„Der Minister für syndikale Organisation und Aktion ist frei in der Bestimmung der Personen, die das Amt des Arbeitsrichters ausüben sollen"*. („Dekret vom 13.5.1938, Arbeitsgerichte")

Die Löhne und Gehälter werden ebenfalls zentral vom Staat festgelegt, und zwar vermittels der „vertikalen Syndikate" (vertikal bedeutet, daß Kapitalisten und Arbeiter hierin gemäß der faschistischen Ideologie „gemeinsam" – aber getrennt nach Industriebranchen – organisiert sind) Die Kapitalisten sind in diesen Syndikaten die „Führer", die zwangsorganisierten Arbeiter das „Fußvolk".

In dem „Grundgesetz der Arbeit" werden die Syndikate so definiert:

„Das vertikale Syndikat ist eine Korporation öffentlichen Rechts, die entsteht durch die Integration aller Elemente, die ihre Tätigkeit innerhalb eines bestimmten Dienstleistungs- oder Produktionszweiges zur Erfüllung des Wirtschaftsprozesses leisten, in einer Einheitsorganisation, hierarchisch gegliedert und unter Leitung des Staates".

„Alle Führungsstellen der Syndikate fallen notwendigerweise den Kämpfern der Falange zu." (Gesetz vom 6.12.1940, Syndikatsorganisation)

Dem Gesetz nach haben die Synkate gegenüber den Arbeitern nur die Funktion der Bespitzelung und Unterordnung unter die Interessen der Kapitalisten gemäß dem Falange-Programm, *„den Klassenkampf von Grund auf unmöglich (zu) machen"*.

Doch es ist ein Gesetz aller bürgerlichen Staaten, daß der Klassenkampf sich nicht verbieten, höchstens unterdrücken läßt. Die spanischen Arbeiter haben sich ihre eigenen „illegalen" Gewerkschaften, die comisiones obreras geschaffen, die eine zentrale Rolle bei allen Streiks spielen. Die „Kämpfer der Falange" mußten dem Druck der Arbeiter auch insofern nachgeben, als sie die Aufstellung und Wahl von Gegenkandidaten zu den offiziellen Syndikatslisten zulassen mußten, so daß in einigen unteren Gremien der Syndikate heute eine Reihe von Arbeitervertretern sitzen, deren Betätigungsmöglichkeiten naturgemäß sehr eingeschränkt sind.

Der spanische faschistische Staat hat es trotz Zerschlagung und Verbot aller legalen Arbeiterorganisationen nicht geschafft, ein Anwachsen und politisches Bewußtwerden der Arbeiterbewegung zu verhindern. ●

Spanien/Portugal-Kommission, KB / Gruppe Hamburg

Forts. Massenarbeitslosigkeit

Zum Jahresanfang 1975 wird die Zahl der in den offiziellen Statistiken in der BRD erfaßten Arbeitslosen 1 Million betragen. Damit ist der Umfang der Arbeitslosigkeit in der BRD in einem Maße angestiegen, der nur mit der Situation in den ersten Jahren nach Gründung der BRD 1949 vergleichbar ist. Mitte nächsten Jahres werden fast 10 % der in der BRD als „abhängige Erwerbstätige" geltenden 22 Millionen Arbeiter und Angestellten und der über 2 Millionen ausländischen Arbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen sein.

Die heute veröffentlichten Zahlen gegen nur annähernd das wirkliche Ausmaß an. Sie verschweigen in Wahrheit den ganzen Umfang.

Außer einer Million Arbeitsloser wird die Zahl der Kurzarbeiter etwa 600.000 betragen. Bereits im November war mit 461.000 Kurzarbeitern der höchste Stand von Kurzarbeit seit Existenz der BRD erreicht!

Gleichzeitig lagen zu der Zeit bei den Arbeitsämtern bereits Anträge auf Kurzarbeit für weitere 300.000 Beschäftigte in den nächsten Wochen vor. Kurzarbeit aber ist nichts weiter als eine verschleierte Form von Arbeitslosigkeit. Für die meisten derjenigen, die jetzt arbeitslos sind, war die Kurzarbeit darüber hinaus eine Vorstufe für ihre spätere Entlassung.

Die offizielle Statistik erfaßt ebenfalls nicht die entlassenen ausländischen Arbeiter. **Bereits im Juni 1974 mußten 200.000 ausländische Arbeiter (verglichen mit dem Höchststand der ausländischen Arbeiter vom September 1973) die BRD verlassen. Sie gelten nicht als arbeitslos, da sie einfach abgeschoben werden. Die Bundesanstalt für Arbeit schätzt nach den verschärften Regeln für die „Ausländerbeschäftigung", daß sie in diesem Jahr monatlich 50.000 Arbeiter abschieben kann.**

Die Arbeitslosenstatistik erfaßt ebenfalls nicht:

- etwa 200.000 Umschüler;

Jahr monatlich 50.000 Arbeiter abschieben kann.

Die Arbeitslosenstatistik erfaßt ebenfalls nicht:

- etwa 200.000 Umschüler;

- eine nicht überschaubare Zahl von Ehefrauen, die als „Zweitarbeiter" heute arbeitslos sind und wegen des Einkommens ihrer Ehemänner kein Arbeitslosengeld erhalten;
- etwa 70.000 Arbeiter und Angestellte über 60 Jahre, die vorgezogenes Altersruhegeld beantragten.

Alles in allem wird daran deutlich, daß die t a t s ä c h l i c h e Zahl der Arbeitslosen heute bereits beträchtlich größer ist, als offiziell eingestanden wird. Für die Jahresmitte 1975 hat die Bundesanstalt für Arbeit mittlerweile inoffizielle Schätzungen von 1,5 Millionen Arbeitslosen eingestanden, dazu kommen dann noch hunderttausende entlassene ausländische Arbeiter, Kurzarbeiter usw.



November 1973:
Dortmunder Bergarbeiter im Kampf gegen geplante Massenentlassungen

Ausländische Arbeiter, Frauen und Jugendliche besonders betroffen

Besonders stark betroffen von der Arbeitslosigkeit sind unsere ausländischen Kollegen. Neben der Abschiebung von über 200.000 beträgt die Arbeitslosenquote hier 4,6 % (im Durchschnitt 3,5 %, Stand November 1974). Die Tendenz ist hierbei weiter ansteigend, ebenso wie bei den arbeitslosen Frauen (4,2 %) und den jugendlichen Arbeitslosen.

Altersmäßig verteilt sich die Arbeitslosigkeit folgendermaßen:

23 % unter 25 Jahre
25 % zwischen 25 – 35 Jahre
21 % zwischen 35 – 45 Jahre
17 % zwischen 45 – 55 Jahre
14 % über 55 Jahre
(Zahlen: „Spiegel", vom 14. 10. 74).

Die ungelernten Arbeiter und Angestellten werden natürlich in weit größerem Umfang entlassen als die gelernten:

Ungelernte:	57 %,
Anlerner:	6 %,
Lehre:	30 %,
Berufsfachschule:	4 %,
Hoch- o. Fachhochschule:	3 %.

(Zahlen: „Spiegel", vom 14. 10. 74).

Verschlechterung der sozialen Lage

Mit der steigenden Arbeitslosigkeit verschlechtert sich auch die Lage der Arbeiterklasse insgesamt. Das Heer der Arbeitslosen wird von den Kapitalisten benutzt, um Druck auf die Arbeiterklasse auszuüben: übertarifliche Leistungen werden gesenkt oder gestrichen die Tariferhöhungen lassen den Lohn real sinken. Durch den Abbau von Überstunden, Streichung von Zulagen und die zunehmende Schwierigkeit für Arbeiterfrauen, Teilzeit- und Kurzzeitarbeiten zu erhalten, verschlechtert sich die finanzielle Lage der Arbeiterhaushalte.

Durch Kurzarbeit treten ebenfalls Lohneinbußen ein.

Besonders betroffen aber sind die Arbeitslosen selber. Zum einen steigt die Dauer der Arbeitslosigkeit, zum anderen erhalten die Arbeitslosen nur zwischen 62,5 – 80 % ihres vorherigen Nettoverdienstes. Nach spätestens 52 Wochen Arbeitslosigkeit sogar nur 52,5 % (sog. „Arbeitslosenhilfe").

Hiervon sind besonders arbeitslose Jugendliche und Frauen betroffen. Die Höchstdauer der Zahlung, 52 Wochen, wird nämlich nur gewährt, wenn in den drei davorliegenden Jahren auch regelmäßig Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt wurden – Jugendliche und viele vorübergehend arbeitende Frauen können dies aber überhaupt nicht erreichen!

So findet durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit eine spürbare Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse statt. Stärker als in der Vergangenheit sind jetzt wieder größere Teile der Arbeiterklasse von unmittelbarer Existenznot betroffen.

Vorbei ist's mit dem „Sozialstaat" BRD

Nachdem in der BRD mit dem wirtschaftlichen Aufschwung sich auch die Lage der Arbeiterklasse verbesserte, was sich unter anderem in ständig sinkenden Arbeitslosenzahlen bis Mitte der sechziger Jahre ausdrückte, treffen die kapitalistischen Krisen die Arbeiterklasse jetzt immer schärfer. Noch auf dem Höhepunkt der Krise 1967 betrug die Zahl der Arbeitslosen 673.000, im Jahresdurchschnitt 450.000 (1974: über 600.000). Die neueste Entwicklung der Arbeitslosen ist in etwa dem Stand von 1956 – 1958 vergleichbar – sie zeigt auf, daß sich die Klassenauseinandersetzungen verschärfen und daß die Arbeiterklasse, will sie nicht eine rapide Verschlechterung ihrer Lage in Kauf nehmen, unmittelbar den Kampf hiergegen aufnehmen muß.

Wie lange arbeitslos?
Dauer der Arbeitslosigkeit

Von je 1000	
unter 1 Monat	182
1-3 Monate	312
3-6 Monate	271
6-12 Monate	182
1-2 Jahre	40
über 2 Jahre	13

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit steigt auch die Dauer (Zahlen vom Oktober 1974).

Arbeitslosigkeit in der BRD (im Jahresdurchschnitt, Zahlen in 1000)*

Jahr	Arbeitslose
1950	1.584.000
1952	1.385.000
1954	1.225.000
1956	756.000
1958	780.000
1960	271.000
1962	155.000
1964	169.000
1966	161.000
1967	459.000
1968	323.000
1970	149.000
1972	246.000
1973	270.000
1974**	620.000

* Zahlen: Statistisches Jahrbuch für die BRD

** Zahlen: geschätzt nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit



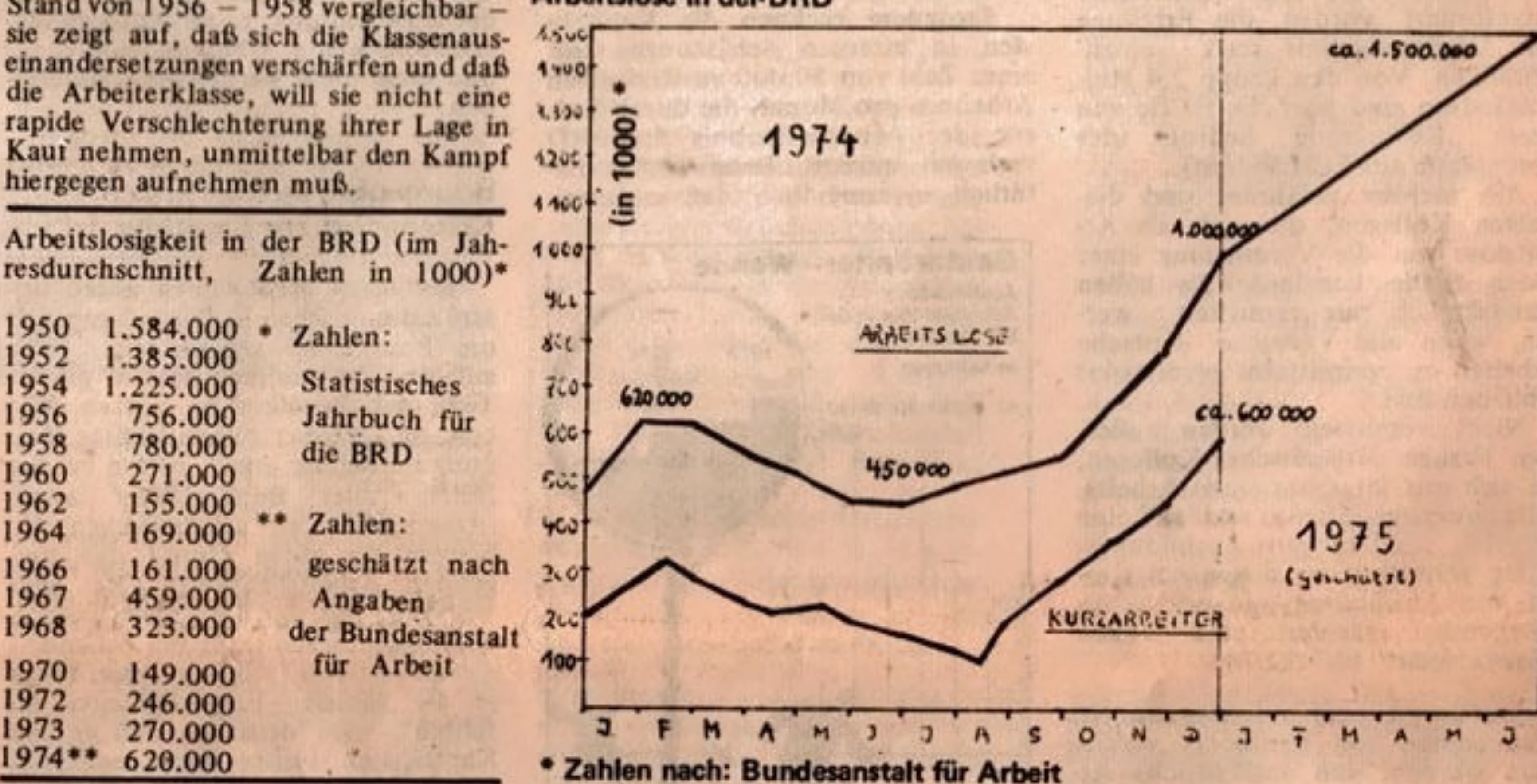
Arbeitslose auf dem Arbeitsamt in Frankfurt. Die Behörden haben mit der bargeldlosen Überweisung des Arbeitslosengeldes einen Weg gefunden, die früher üblichen Schlangen vor den Arbeitsämtern abzubauen. Dies erschwert die Arbeit unter den Arbeitslosen und das gemeinsame Eintreten für ihre Interessen

Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit wird in der BRD von der Arbeiterklasse bisher noch kaum geführt. Betriebsstillegungen oder Massenentlassungen werden nur in seltenen Fällen mit Streiks oder Demonstrationen beantwortet. Während die Gewerkschaftsführungen bisher den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sabotierten und stattdessen ihre Parteifreunde in der Regierung nachbeteten („ist ja alles nur vorübergehend" und die „sozialliberale Regierung handelt ja schon" etc.), bilden sich in einzelnen Städten (z. B. Offenbach) Zusammenschlüsse einiger Arbeitsloser in der Art von Bürgerinitiativen, deren Orientierung aber im wesentlichen dahingeht, die „unwürdige" Behandlung der Arbeitslosen und die schleppende Behandlung durch die Bürokratie der Arbeitsämter anzuprangern.

Den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als Mittel und Folge kapitalistischer Politik in der Arbeiterklasse zu propagieren wird eine zunehmend wichtigere Aufgabe für uns. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitslose in der BRD



* **Zahlen nach: Bundesanstalt für Arbeit**

Leserbrief zum Thema Frauenarbeit

Leserbrief zum Thema Frauenarbeit

Meine Frau arbeitete bei Dentabross (Zahnbürstenfabrik auf der Peute) für zunächst 4,77 DM, dann in diesem Jahr für 4,99 DM in der Stunde, also mit einem Monatslohn von ca. 600 DM netto. Sie schaffte nicht mehr, wie die jungen Mädchen, den Akkord, aber das hätte sich auch kaum ausgezahlt – denn für 65,- DM mehr im Monat ist das nicht gerade ein Ansporn. Nur 15 bis 20 Frauen arbeiten dort, wovon die meisten schnell wechseln, weil die harten Arbeitsbedingungen nicht lange auszuhalten sind. Außerdem wird nach einer Abschlagszahlung von 150,- DM am 15. jeden Monats der volle Lohn erst am 10. des nächsten Monats ausgezahlt, so daß die laufenden Kosten nicht rechtzeitig bestritten werden können.

Bei Tschibo sieht es noch schlimmer aus. Dort arbeitete meine Frau zwar für 5,30 DM in der Stunde und nach zehn Jahren für 5,60 DM. Aber die Arbeit war wie im Gefängnis, wie meine Frau selber sagt. Ein Student bekam für die gleiche Arbeit wesentlich mehr Geld, weil er ein Mann ist. Die Männer bei Tschibo können sich wenigstens ab und zu mal verschnaufen, die Frauen aber werden ständig angetrieben, können kaum luftholen.

Bei Dentabross ist meines Wissens noch keiner in der Gewerkschaft und es gibt keinen Betriebsrat.

Ich lese seit langer Zeit den ARBEITERKAMPF und vermisse Erfahrungsberichte über Frauenbetriebe und Frauenabteilungen, über deren besondere Arbeitsbedingungen, Erfolge und Mißerfolge der Frauen im Kampf gegen die politische Entmündigung in Betrieb und Gewerkschaft. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Genossinnen und Leserinnen des ARBEITERKAMPF einmal diesen Mangel zu bekämpfen beginnen. Es würde mancher Kollegin und manchem Kollegen eine Hilfe sein. ●

Ein AK-Leser
in Zusammenarbeit mit einer Genossin des Bezirks Rothenburgsort

Hannover:

Hannover:

Kampf den Massenentlassungen und der Pressekonzentration !

Etwa 1.000 Arbeiter und Angestellte der Druckindustrie führten am 14.12. in Hannover eine Protestdemonstration gegen die zunehmende Pressekonzentration, „Einschränkung der Meinungsvielfalt" und drohende Massenentlassungen durch. Aufgerufen und mobilisiert hatten zu dieser Aktion der DGB, die IG DruPa, die in der DruPa organisierten Journalisten (DJU) und der berufsständisch-reaktionäre Journalistenverband (DJV). Aktiv unterstützt wurde die Demonstration von den Betriebsräten der „Neue Hannoversche Presse' („NHP") und der SPD-eigenen „Hannoversche Druck- und Verlagsgesellschaft" (HDVG). Der Anlaß für diese von den Gewerkschaftsführern so breit unterstützte und getragene Demonstration war offensichtlich: Anfang Dezember wurde bekannt daß das Druck- und Verlagshaus Madsack & Co (Herausgeber der größten hannoverschen Zeitung „Hannoversche Allgemeine Zeitung" – („HAZ") insgesamt 30% seiner Anteile an die SPD-eigene „Druck- und Verlagsgesellschaft/DDVG" sowie den Herausgeber der SPD-nahen „NRZ" verkauft hatte.

Im Hintergrund dieser Transaktion ist in Hannover-Kirchrode der Aufbau des größten und modernsten Druckzentrums Norddeutschlands zu sehen, das von Madsack und der DDVG gemeinsam getragen wird. Die supermodernen Maschinen, die dort zur Anwendung kommen werden, sind nicht nur ungleich leistungsfähiger als die in den herkömmlichen Druckereien, sondern sind auch viel weniger „arbeitsintensiv". Sie werden also mit weniger Arbeitern betrieben!

Wenn dort am 1. Januar 1975 die Produktion anläuft, und beide hannoverschen Zeitungen, „HAZ" und „NHP", dort über die Rollen laufen, werden bis dahin über 600 Druckarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben. Schon heute gilt es in Hannover als sicher, daß die sozialdemokratischen „Partner" Madsack's ihre „NHP" zum 1. Juli 1975 stillegen werden zugunsten des „lukrativeren" Druckzentrums und der Beteiligung an der „HAZ"!

Wieder einmal sehen sich viele hundert Druckarbeiter SPD-eigener Betriebe vor die Tatsache gestellt, daß „ihre" Partei, zu deren Gunsten sie oftmals „Rücksichtnahme" auf Kosten ihrer eigenen Interessen geübt hatten, sie genauso behandelt wie jeder „normale" Kapitalist auch.

In Hannover ist die Empörung der Arbeiter und Angestellten umso größer, da Entlassung faktisch Arbeitslosigkeit bedeutet. Hannover hat eine der höchsten Arbeitslosenzahlen in der ganzen BRD!

Besonders die Kollegen in der „NHP"-Druckerei sehen sich von Arbeitslosigkeit bedroht, da ab 1.1. die „NHP" im Druckzentrum gedruckt werden soll. Auf der Demonstration am 14.12.74 waren neben einigen „Mitbestimmungs"-Parolen und solchen, wie etwa *„Es geht um unsere Arbeitsplätze, Versprechungen, Versprechungen – gehalten wurde nichts"* auch kämpferische und klassenbewußte Parolen zu lesen:

„HAZ + NHP-Kollegen gemeinsam gegen Entlassungen"
„Nieder mit der Konzentration"
„Weg mit dem Tendenzschutz"
„Gegen Rationalisierungen auf unsere Kosten – Für 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich" ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Gewerkschaftliche Protestkundgebung der Drucker in Hannover

Forts. Massenarbeitslosigkeit

Zum Jahresanfang 1975 wird die Zahl der in den offiziellen Statistiken in der BRD erfaßten Arbeitslosen 1 Million betragen. Damit ist der Umfang der Arbeitslosigkeit in der BRD in einem Maße angestiegen, der nur mit der Situation in den ersten Jahren nach Gründung der BRD 1949 vergleichbar ist. Mitte nächsten Jahres werden fast 10 % der in der BRD als „abhängige Erwerbstätige" geltenden 22 Millionen Arbeiter und Angestellten und der über 2 Millionen ausländischen Arbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen sein.

Die heute veröffentlichten Zahlen gegen nur annähernd das wirkliche Ausmaß an. Sie verschweigen in Wahrheit den ganzen Umfang.

Außer einer Million Arbeitsloser wird die Zahl der Kurzarbeiter etwa 600.000 betragen. Bereits im November war mit 461.000 Kurzarbeitern der höchste Stand von Kurzarbeit seit Existenz der BRD erreicht!

Gleichzeitig lagen zu der Zeit bei den Arbeitsämtern bereits Anträge auf Kurzarbeit für weitere 300.000 Beschäftigte in den nächsten Wochen vor. Kurzarbeit aber ist nichts weiter als eine verschleierte Form von Arbeitslosigkeit. Für die meisten derjenigen, die jetzt arbeitslos sind, war die Kurzarbeit darüber hinaus eine Vorstufe für ihre spätere Entlassung.

Die offizielle Statistik erfaßt ebenfalls nicht die entlassenen ausländischen Arbeiter. **Bereits im Juni 1974 mußten 200.000 ausländische Arbeiter (verglichen mit dem Höchststand**

November 1973:
Dortmunder Bergarbeiter im Kampf gegen geplante Massenentlassungen

der ausländischen Arbeiter vom September 1973) die BRD verlassen. Sie gelten nicht als arbeitslos, da sie einfach abgeschoben werden. Die Bundesanstalt für Arbeit schätzt nach den verschärften Regeln für die „Ausländerbeschäftigung", daß sie in diesem Jahr monatlich 50.000 Arbeiter abschieben kann.

Die Arbeitslosenstatistik erfaßt ebenfalls nicht:

- etwa 200.000 Umschüler;
- eine nicht überschaubare Zahl von Ehefrauen, die als „Zweitarbeiter" heute arbeitslos sind und wegen des Einkommens ihrer Ehemänner kein Arbeitslosengeld erhalten;
- etwa 70.000 Arbeiter und Angestellte über 60 Jahre, die vorgezogenes Altersruhegeld beantragten.

Verschlechterung der sozialen Lage

Mit der steigenden Arbeitslosigkeit verschlechtert sich auch die Lage der Arbeiterklasse insgesamt. Das Heer der Arbeitslosen wird von den Kapitalisten benutzt, um Druck auf die Arbeiterklasse auszuüben: übertarifliche Leistungen werden gesenkt oder gestrichen die Tariferhöhungen lassen den Lohn real sinken. Durch den Abbau von Überstunden, Streichung von Zulagen und die zunehmende Schwierigkeit für Arbeiterfrauen, Teilzeit- und Kurzzeitarbeiten zu erhalten, verschlechtert sich die finanzielle Lage der Arbeiterhaushalte.

Durch Kurzarbeit treten ebenfalls Lohneinbußen ein.

Besonders betroffen aber sind die Arbeitslosen selber. Zum einen steigt die Dauer der Arbeitslosigkeit, zum anderen erhalten die Arbeitslosen nur zwischen 62,5 – 80 % ihres vorherigen Nettoverdienstes. Nach spätestens 52 Wochen Arbeitslosigkeit sogar nur 52,5 % (sog. „Arbeitslosenhilfe").

Hiervon sind besonders arbeitslose Jugendliche und Frauen betroffen. Die Höchstdauer der Zahlung, 52 Wochen, wird nämlich nur gewährt, wenn in den drei davorliegenden Jahren auch regelmäßig Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt wurden – Jugendliche und viele vorübergehend arbeitende Frauen können dies aber überhaupt nicht erreichen!

So findet durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit eine spürbare Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse statt. Stärker als in der Vergangenheit sind jetzt wieder größere Teile der Arbeiterklasse von unmittelbarer Existenznot betroffen.

Vorbei ist's mit dem „Sozialstaat" BRD

Nachdem in der BRD mit dem wirtschaftlichen Aufschwung sich auch die Lage der Arbeiterklasse verbesserte, was sich unter anderem in ständig sinkenden Arbeitslosenzahlen bis Mitte der sechziger Jahre ausdrückte, treffen die kapitalistischen Krisen die Arbeiterklasse jetzt immer schärfer. Noch auf dem Höhepunkt der Krise 1967 betrug die Zahl der Arbeitslosen 673.000, im Jahresdurchschnitt 450.000 (1974: über 600.000). Die neueste Entwick-



Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit steigt auch die Dauer (Zahlen vom Oktober 1974).

lung der Arbeitslosen ist in etwa dem Stand von 1956 – 1958 vergleichbar – sie zeigt auf, daß sich die Klassenauseinandersetzungen verschärfen und daß die Arbeiterklasse, will sie nicht eine rapide Verschlechterung ihrer Lage in Kauf nehmen, unmittelbar den Kampf hiergegen aufnehmen muß.

Arbeitslosigkeit in der BRD (im Jahresdurchschnitt, Zahlen in 1000)*

Jahr	Arbeitslose
1950	1.584.000
1952	1.385.000
1954	1.225.000
1956	756.000
1958	780.000
1960	271.000
1962	155.000
1964	169.000
1966	161.000
1967	459.000
1968	323.000
1970	149.000
1972	246.000
1973	270.000
1974**	620.000

* Zahlen: Statistisches Jahrbuch für die BRD

** Zahlen: geschätzt nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit

Arbeitslose auf dem Arbeitsamt in Frankfurt. Die Behörden haben mit der bargeldlosen Überweisung des Arbeitslosengeldes einen Weg gefunden, die früher üblichen Schlangen vor den Arbeitsämtern abzubauen. Dies erschwert die Arbeit unter den Arbeitslosen und das gemeinsame Eintreten für ihre Interessen

Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit wird in der BRD von der Arbeiterklasse bisher noch kaum geführt. Betriebsstillegungen oder Massenentlassungen werden nur in seltenen Fällen mit Streiks oder Demonstrationen beantwortet. Während die Gewerkschaftsführungen bisher den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sabotierten und stattdessen ihre Parteifreunde in der Regierung nachbeteten („ist ja alles nur vorübergehend" und die „sozialliberale Regierung handelt ja schon" etc.), bilden sich in einzelnen Städten (z. B. Offenbach) Zusammenschlüsse einiger Arbeitsloser in der Art von Bürgerinitiativen, deren Orientierung aber im wesentlichen dahingeht, die „unwürdige" Behandlung der Arbeitslosen und die schleppende Behandlung durch die Bürokratie der Arbeitsämter anzuprangern.

Den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als Mittel und Folge kapitalistischer Politik in der Arbeiterklasse zu propagieren wird eine zunehmend wichtigere Aufgabe für uns. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitslose in der BRD

* Zahlen nach: Bundesanstalt für Arbeit

Leserbrief zum Thema Frauenarbeit

Meine Frau arbeitete bei Dentabross (Zahnbürstenfabrik auf der Peute) für zunächst 4,77 DM, dann in diesem Jahr für 4,99 DM in der Stunde, also mit einem Monatslohn von ca. 600 DM netto. Sie schaffte nicht

Hannover:

Kampf den Massenentlassungen und der Pressekonzentration !

Etwa 1.000 Arbeiter und Angestellte

der höchsten Arbeitslosenzahlen in der ganzen BRD!

Besonders die Kollegen in der „NHP"-Druckerei sehen sich von Arbeitslosigkeit bedroht, da ab 1.1. die „NHP" im Druckzentrum gedruckt werden soll. Auf der Demonstration



November 1973:
Dortmunder Bergarbeiter im Kampf gegen geplante Massenentlassungen

der ausländischen Arbeiter vom September 1973) die BRD verlassen. Sie gelten nicht als arbeitslos, da sie einfach abgeschoben werden. Die Bundesanstalt für Arbeit schätzt nach den verschärften Regeln für die „Ausländerbeschäftigung", daß sie in diesem Jahr monatlich 50.000 Arbeiter abschieben kann.

Die Arbeitslosenstatistik erfaßt ebenfalls nicht:

- etwa 200.000 Umschüler;
- eine nicht überschaubare Zahl von Ehefrauen, die als „Zweitarbeiter" heute arbeitslos sind und wegen des Einkommens ihrer Ehemänner kein Arbeitslosengeld erhalten;
- etwa 70.000 Arbeiter und Angestellte über 60 Jahre, die vorgezogenes Altersruhegeld beantragten.

Alles in allem wird daran deutlich, daß die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen heute bereits beträchtlich größer ist, als offiziell eingestanden wird. Für die Jahresmitte 1975 hat die Bundesanstalt für Arbeit mittlerweile inoffizielle Schätzungen von 1,5 Millionen Arbeitslosen eingestanden, dazu kommen dann noch hunderttausende entlassene ausländische Arbeiter, Kurzarbeiter usw.

Ausländische Arbeiter, Frauen und Jugendliche besonders betroffen

Besonders stark betroffen von der Arbeitslosigkeit sind unsere ausländischen Kollegen. Neben der Abschiebung von über 200.000 beträgt die Arbeitslosenquote hier 4,6 % (im Durchschnitt 3,5 %, Stand November 1974). Die Tendenz ist hierbei weiter ansteigend, ebenso wie bei den arbeitslosen Frauen (4,2 %) und den jugendlichen Arbeitslosen.

Altersmäßig verteilt sich die Arbeitslosigkeit folgendermaßen:

23 % unter 25 Jahre
25 % zwischen 25 – 35 Jahre
21 % zwischen 35 – 45 Jahre
17 % zwischen 45 – 55 Jahre
14 % über 55 Jahre
(Zahlen: „Spiegel", vom 14. 10. 74).

Die ungelernten Arbeiter und Angestellten werden natürlich in weit größerem Umfang entlassen als die gelernten:

Ungelernte:	57 %,
Anlerner:	6 %,
Lehre:	30 %,
Berufsfachschule:	4 %,
Hoch- o. Fachhochschule:	3 %.

(Zahlen: „Spiegel", vom 14. 10. 74).

und Kurzarbeit eine spürbare Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse statt. Stärker als in der Vergangenheit sind jetzt wieder größere Teile der Arbeiterklasse von unmittelbarer Existenznot betroffen.

Leserbrief zum Thema Frauenarbeit

Meine Frau arbeitete bei Dentabross (Zahnbürstenfabrik auf der Peute) für zunächst 4,77 DM, dann in diesem Jahr für 4,99 DM in der Stunde, also mit einem Monatslohn von ca. 600 DM netto. Sie schaffte nicht
mehr, wie die jungen Mädchen, den Akkord, aber das hätte sich auch kaum ausgezahlt – denn für 65,- DM mehr im Monat ist das nicht gerade ein Ansporn. Nur 15 bis 20 Frauen arbeiten dort, wovon die meisten schnell wechseln, weil die harten Arbeitsbedingungen nicht lange auszuhalten sind. Außerdem wird nach einer Abschlagszahlung von 150,- DM am 15. jeden Monats der volle Lohn erst am 10. des nächsten Monats ausgezahlt, so daß die laufenden Kosten nicht rechtzeitig bestritten werden können.

Bei Tschibo sieht es noch schlimmer aus. Dort arbeitete meine Frau zwar für 5,30 DM in der Stunde und nach zehn Jahren für 5,60 DM . Aber die Arbeit war wie im Gefängnis, wie meine Frau selber sagt. Ein Student bekam für die gleiche Arbeit wesentlich mehr Geld, weil er ein Mann ist. Die Männer bei Tschibo können sich wenigstens ab und zu mal verschnaufen, die Frauen aber werden ständig angetrieben, können kaum luftholen.

Bei Dentabross ist meines Wissens noch keiner in der Gewerkschaft und es gibt keinen Betriebsrat.

Ich lese seit langer Zeit den ARBEITERKAMPF und vermisse Erfahrungsberichte über Frauenbetriebe und Frauenabteilungen, über deren besondere Arbeitsbedingungen, Erfolge und Mißerfolge der Frauen im Kampf gegen die politische Entmündigung in Betrieb und Gewerkschaft. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Genossinnen und Leserinnen des ARBEITERKAMPF einmal diesen Mangel zu bekämpfen beginnen. Es würde mancher Kollegin und manchem Kollegen eine Hilfe sein. ●

Ein AK-Leser
in Zusammenarbeit mit einer Genossin des Bezirks Rothenburgsort

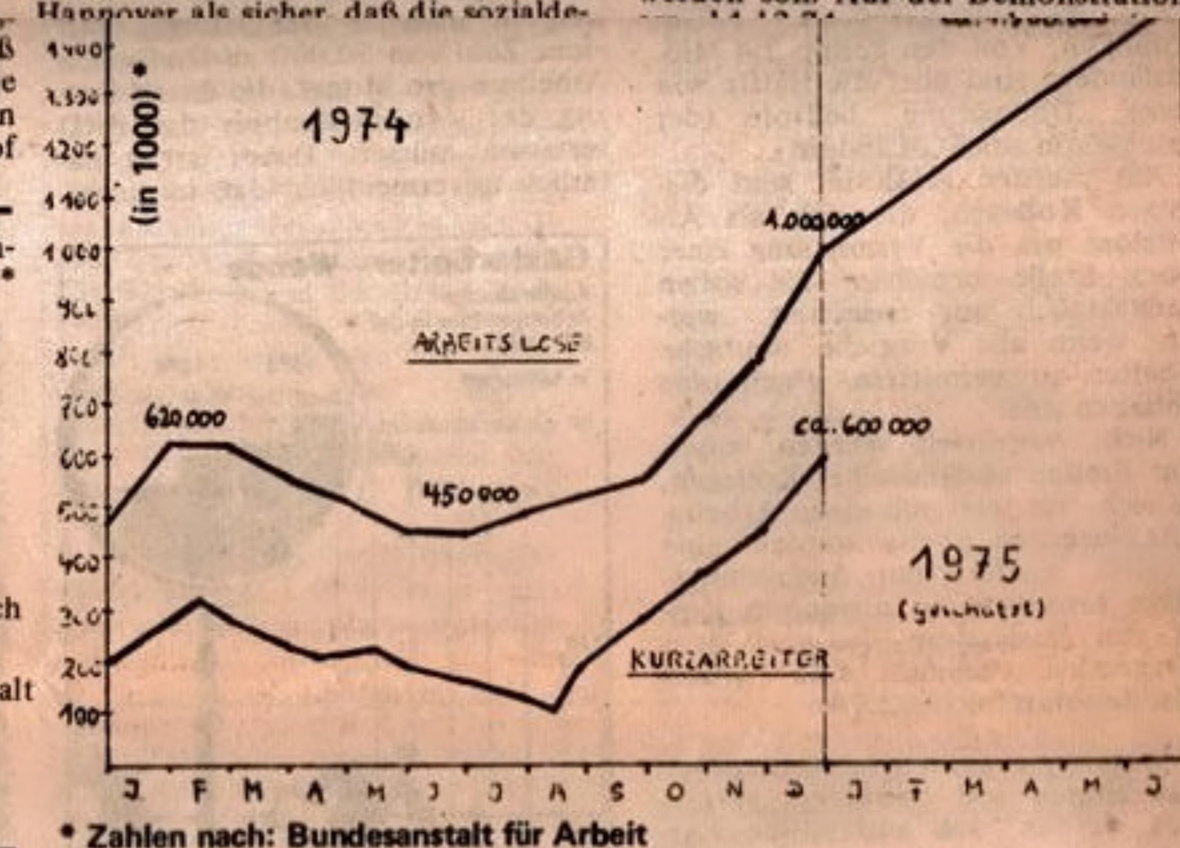
einandersetzungen verschärfen und daß die Arbeiterklasse, will sie nicht eine rapide Verschlechterung ihrer Lage in Kauf nehmen, unmittelbar den Kampf hiergegen aufnehmen muß.

Arbeitslosigkeit in der BRD (im Jahresdurchschnitt, Zahlen in 1000)*

Jahr	Arbeitslose
1950	1.584.000
1952	1.385.000
1954	1.225.000
1956	756.000
1958	780.000
1960	271.000
1962	155.000
1964	169.000
1966	161.000
1967	459.000
1968	323.000
1970	149.000
1972	246.000
1973	270.000
1974**	620.000

* Zahlen: Statistisches Jahrbuch für die BRD

** Zahlen: geschätzt nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit



* Zahlen nach: Bundesanstalt für Arbeit

Hannover:

Kampf den Massenentlassungen und der Pressekonzentration !

Etwa 1.000 Arbeiter und Angestellte der Druckindustrie führten am 14.12. in Hannover eine Protestdemonstration gegen die zunehmende Pressekonzentration, „Einschränkung der Meinungsvielfalt" und drohende Massenentlassungen durch. Aufgerufen und mobilisiert hatten zu dieser Aktion der DGB, die IG DruPa, die in der DruPa organisierten Journalisten (DJU) und der berufsständisch-reaktionäre Journalistenverband (DJV). Aktiv unterstützt wurde die Demonstration von den Betriebsräten der „Neue Hannoversche Presse' („NHP") und der SPD-eigenen „Hannoversche Druck- und Verlagsgesellschaft" (HDVG). Der Anlaß für diese von den Gewerkschaftsführern so breit unterstützte und getragene Demonstration war offensichtlich: Anfang Dezember wurde bekannt daß das Druck- und Verlagshaus Madsack & Co (Herausgeber der größten hannoverschen Zeitung „Hannoversche Allgemeine Zeitung" – („HAZ") insgesamt 30% seiner Anteile an die SPD-eigene „Druck- und Verlagsgesellschaft/DDVG" sowie den Herausgeber der SPD-nahen „NRZ" verkauft hatte.

Im Hintergrund dieser Transaktion ist in Hannover-Kirchrode der Aufbau des größten und modernsten Druckzentrums Norddeutschlands zu sehen, das von Madsack und der DDVG gemeinsam getragen wird. Die supermodernen Maschinen, die dort zur Anwendung kommen werden, sind nicht nur ungleich leistungsfähiger als die in den herkömmlichen Druckereien, sondern sind auch viel weniger „arbeitsintensiv". Sie werden also mit weniger Arbeitern betrieben!

Wenn dort am 1. Januar 1975 die Produktion anläuft, und beide hannoverschen Zeitungen, „HAZ" und „NHP", dort über die Rollen laufen, werden bis dahin über 600 Druckarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben. Schon heute gilt es in Hannover als sicher, daß die sozialdemokratischen „Partner" Madsack's ihre „NHP" zum 1. Juli 1975 stillegen werden zugunsten des „lukrativeren" Druckzentrums und der Beteiligung an der „HAZ"!

Wieder einmal sehen sich viele hundert Druckarbeiter SPD-eigener Betriebe vor die Tatsache gestellt, daß „ihre" Partei, zu deren Gunsten sie oftmals „Rücksichtnahme" auf Kosten ihrer eigenen Interessen geübt hatten, sie genauso behandelt wie jeder „normale" Kapitalist auch.

In Hannover ist die Empörung der Arbeiter und Angestellten umso größer, da Entlassung faktisch Arbeitslosigkeit bedeutet. Hannover hat eine

der höchsten Arbeitslosenzahlen in der ganzen BRD!

Besonders die Kollegen in der „NHP"-Druckerei sehen sich von Arbeitslosigkeit bedroht, da ab 1.1. die „NHP" im Druckzentrum gedruckt werden soll. Auf der Demonstration
am 14.12.74 waren neben einigen „Mitbestimmungs"-Parolen und solchen, wie etwa „*Es geht um unsere Arbeitsplätze, Versprechungen, Versprechungen – gehalten wurde nichts*" auch kämpferische und klassenbewußte Parolen zu lesen:

„HAZ + NHP-Kollegen gemeinsam gegen Entlassungen"
„Nieder mit der Konzentration"
„Weg mit dem Tendenzschutz"
„Gegen Rationalisierungen auf unsere Kosten – Für 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich" ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Gewerkschaftliche Protestkundgebung der Drucker in Hannover

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ...

Regierung plant radikale Einschränkung der Zahl der ausländischen Arbeiter

Von dem Plan der Kapitalisten, ihre Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, sind unsere ausländischen Kollegen besonders betroffen. Nachdem bereits 200.000 Kollegen in ihre Heimatländer abgeschoben wurden, sollen neue gesetzliche Maßnahmen diese Entwicklung wesentlich beschleunigen.
Die hierbei vom Staat angewandten Mittel sind einfach, aber wirkungsvoll: Verweigerung der Arbeitserlaubnis und der Aufenthaltsgenehmigung. Sie zielen auf diejenigen Kollegen, die aus Nicht-EG-Ländern kommen, also vor allem auf Türken, Jugoslawen, Griechen, Spanier und Protugiesen.

Das Arbeitsamt siebt aus

Alljährlich müssen die ausländischen Kollegen vom Arbeitsamt ihre Arbeitserlaubnis verlängern lassen. Nach einer Meldung der „Welt" vom 4.12.74 sind alle Arbeitsämter aufgefordert worden, die Erteilung der Arbeitserlaubnis stark einzuschränken. Von den kanpp 2,4 Mio. Ausländern sind über die Hälfte von dieser „Überpüfung" bedroht (der Rest stamm aus EG-Ländern).

Am meisten gefährdet sind diejenigen Kollegen, die sich als Arbeitslose um die Vermittlung einer neuen Stelle bemühen. Sie sollen grundsätzlich ,nur vermittelt werden, wenn alle Versuche, deutsche Arbeiter zu vermitteln, ergebnislos geblieben sind.

Nicht vermittelt werden außerdem Frauen ausländischer Kollegen, die sich erst jetzt um einen Arbeitspaltz bewerben. Ebenso werden keine Arbeits-, sondern nur Ausbildungsplätze vermittelt an diejenigen Kinder von Ausländern, die nach dem 1.Dezember eingereist sind (nach „Handelsblatt" 6./7.12.74).

Durch die beiden letztgenannten Maßnahmen soll besonders verhindert werden, daß ausländische Arbeiter ihre Familien in die BRD nachholen, um die skandalöse Kindergeldregelung zu umgehen, die der Bundestag im Zuge der Steuer-„Reform" beschlossen hat. (Nach dieser Regelung verlieren die Kollegen den Kinderfreibetrag für diejenigen Kinder, die in ihrem Heimatland leben, d.h. sie müssen wesentlich höhere Steuern bezahlen, bekommen dafür aber nur einen Bruchteil des Kindergeldes, das für in der BRD lebende Kinder gezahlt werden soll. Siehe dazu ausführlich AK 47, Seite 22). Die neuen Beschlüsse der Bundes-

nachholen, um die skandalöse Kindergeldregelung zu umgehen, die der Bundestag im Zuge der Steuer-„Reform" beschlossen hat. (Nach dieser Regelung verlieren die Kollegen den Kinderfreibetrag für diejenigen Kinder, die in ihrem Heimatland leben, d.h. sie müssen wesentlich höhere Steuern bezahlen, bekommen dafür aber nur einen Bruchteil des Kindergeldes, das für in der BRD lebende Kinder gezahlt werden soll. Siehe dazu ausführlich AK 47, Seite 22). Die neuen Beschlüsse der Bundes-

anstalt für Arbeit treffen die ausländischen Kollegen in einer Situation, in der gerade sie von steigender Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen sind. *„Gerade die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, daß ... die Gastarbeiter stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen sind als deutsche Arbeitnehmer. Lag der Anteil stellungsloser Ausländer im August noch mit zwei Prozent unter der Gesamtquote von 2,3%, so stieg er im September und Oktober rasch auf 2,6 und 3,4%. In absoluten Zahlen waren es Ende Oktober 88.300. Die Arbeitslosenquote insgesamt wuchs deutlich langsamer in diesen beiden Monaten, nämlich ,nur' auf 2,4 und 3,0%. Es ist zu erwarten, daß die ... Novemberzahlen ein weiteres Auseinanderklaffen zeigen werden. Diese Tatsache wiegt noch schwerer dadurch, daß es bei den Ausländern – anders als bei den Deutschen – praktisch keinen ,Sokkel' an Arbeitslosen (Behinderte, Ältere, Teilzeitarbeitsuchende) gibt."* („Welt", 4.12.74).

Natürlich können und wollen die Kapitalisten nicht auf alle ausländischen Arbeiter verzichten. Entsprechend ihrem Bedarf sind in die Regelung deshalb Ausnahmen eingebaut, die dafür sorgen sollen, daß in bestimmten Wirtschaftszweigen nicht plötzlich zu wenig Arbeitskräfte vorhanden sind. Diese Bereiche sind: Stadtreinigung, Gaststättengewerbe, Fischindustrie, Bergbau, Giessereien, Torfindustrie, Land- und Forstwirtschaft.

Trotzdem rechnen die Kapitalisten in internen Schätzungen mit einer Zahl von 50.000 ausländischen Arbeitern pro Monat, die durch Entzug der Arbeitserlaubnis die BRD verlassen müssen. Dabei ist es natürlich unvermeidlich, daß in einzel-



Wie bereits in der Krise 66/67 werden unsere ausländischen Kollegen zu Tausenden abgeschoben. Seit September 1973 sind mittlerweile weit mehr als 200.000 abgeschoben worden, die in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken gar nicht auftauchen.

Wie bereits in der Krise 66/67 werden unsere ausländischen Kollegen zu Tausenden abgeschoben. Seit September 1973 sind mittlerweile weit mehr als 200.000 abgeschoben worden, die in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken gar nicht auftauchen.

nen Betrieben den Kapitalisten ein Personalabbau nicht gelegen kommt. So wird z.B. bei Blohm & Voss (Hamburg) in allen Bereichen über-

nen Betrieben den Kapitalisten ein Personalabbau nicht gelegen kommt. So wird z.B. bei Blohm & Voss (Hamburg) in allen Bereichen über-

prüft, wieviele Arbeitskräfte bei strenger Anwendung der Maßnahmen durch das Arbeitsamt ausfallen würden und wie sie ersetzt werden können.

Die zweite Hürde: Aufenthaltserlaubnis

Anfang 1975 soll der Bundestag ein Gesetz beschließen, das die Lebens- und Arbeitsbedingungen für unsere ausländischen Kollegen weiter rapide verschlechtern wird. Mit diesem Gesetz will die Regierung verhindern, daß in bestimmten Regionen und Stadtteilen es zu „Zusammenballungen" von Ausländern kommt. Dies ist die Antwort der kapitalistischen Regierung auf die soziale Not der ausländischen Kollegen. Nachdem der Staat es jahrelang bewußt versäumt hat, für ausreichende Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen usw. zu sorgen, muß dieser unerträgliche Zustand nun als Begründung herhalten, um die Bewegungsfreiheit eines nicht unerheblichen Teils der Arbeiterklasse einzuschränken. Allgemein soll der Ausländer-Anteil in den „Sperrbezirken" nicht höher als zwölf Prozent liegen.

Im Vorgriff auf die erwartete bundeseinheitliche Regelung hat die Westberliner Stadtverwaltung für die Bezirke Tiergarten, Wedding und Kreuzberg einen Zugangsstopp erlassen. Für die Bezirke Schöneberg und Neukölln droht ebenfalls diese Maßnahme (vgl. AK 52). Aufenthaltsgenehmigungen werden an Ausländer aus Nicht-EG-Ländern nur noch erteilt, wenn sie eine Wohnung außerhalb der betroffenen Bezirke nachweisen können. Naturgemäß wohnen die ausländischen Arbeiter gerade in ausgesprochenen Arbeiter-Vierteln, wo die Wohnungen am billigsten sind. Durch das neue Gesetz werden Kollegen, die nach einer Wohnung suchen, gezwungen, sich in teureren Gegenden ihre Wohnung zu suchen, sofern sie in diesen Gegenden überhaupt Vermieter finden, die an „Gastarbeiter" vermieten. Ohne Wohnung gibt es keine Aufenthaltserlaubnis, ohne Aufenthaltserlaubnis keine Arbeitsgenehmigung, und ohne diese werden sie abgeschoben.

Bourgeoisie nutzt Krisenangst zur Spaltung

Bei ihren Maßnahmen gegen unsere ausländischen Kollegen kann sich die Bourgeoisie gegenwärtig noch auf die Zustimmung relativ großer Teile der Bevölkerung stützen. Wie eine im Oktober durchgeführte Meinungsbefragung ergab, halten ca. die Hälfte aller Bundesbürger einen „Überschuß" an ausländischen Arbeitern für einen Grund der steigenden Arbeitslosigkeit. Bei aller Vorsicht, mit der die Ergebnisse solcher Meinungsbefragungen behandelt werden müssen (z.B. kann man kaum je die genauen Fragestellungen erfahren), wird deutlich, daß es den Kapitalisten bisher noch recht gut gelingt, von der Verantwortlichkeit des kapitalistischen Systems für die immer schlechtere Lage der Arbeiterklasse abzulenken und gerade den Teil der Arbeiterklasse als verantwortlich hinzustellen, der selbst am härtesten unter dieser Entwicklung zu leiden hat. Laut Umfrage-Ergebnis haben die befragten Arbeiter mehrheitlich eine Gefahr für ihre Arbeitsplätze durch Ausländer gesehen (ca. 60%).

Unsere Aufgabe muß es dagegen sein, aktive Solidarität mit unseren ausländischen Kollegen zu üben, ihre

des kapitalistischen Systems für die immer schlechtere Lage der Arbeiterklasse abzulenken und gerade den Teil der Arbeiterklasse als verantwortlich hinzustellen, der selbst am härtesten unter dieser Entwicklung zu leiden hat. Laut Umfrage-Ergebnis haben die befragten Arbeiter mehrheitlich eine Gefahr für ihre Arbeitsplätze durch Ausländer gesehen (ca. 60%).

Unsere Aufgabe muß es dagegen sein, aktive Solidarität mit unseren ausländischen Kollegen zu üben, ihre

Probleme genauer kennenzulernen und beharrlich an der Aufklärung der deutschen Kollegen zu arbeiten. Alle Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit ausländischen Kollegen müssen genutzt werden, um diesen Teil unserer Klasse in seinem Kampf zu unterstützen, aber auch, um von der z.T. fortgeschritteneren Kampferfahrung und ihrer Entschlossenheit zu lernen.

Blohm & Voss Betriebszelle II
KB/Gruppe Hamburg

Siemens-Konzern untersteht einem „Truppengeneral" mit „straffem Führungsstil"

Das stellte am 29.11.74 das kapitalistische „Handelsblatt" fest. Gemeint ist Dr. Ing. e.h. Bernhard Plettner, derzeitiger neuer Vorstandsvorsitzender der Siemens AG. Ihm persönlich gilt auch der aufschlußreiche Artikel.

Der Führungsstil Plettners wird in anerkennender Weise, verglichen mit dem seines Vorgängers Dr. Tacke, als *„sogar straffer, aber auch unnachsichtiger"* bezeichnet.

Weniger war wohl vom *„nüchternen Techniker"*, vom *„typischen Pragmatiker"* und von seiner *„Durchschlagskraft nach innen und nach aussen"* nicht zu erwarten, denn *„er kennt genau die Grenzen des Machbaren". „Seine selbstsichere Handschrift ... zeigt primär ertragsbezogene und deshalb kostenbewußte Züge."*

Wie sieht es für die Siemens-Arbeiter und Angestellten aus, wenn *„unter dem Oberkommando Plettners ... Siemens bislang zweifellos auf der Strasse des Erfolgs"* marschiert? In mehreren Siemens-Betrieben wird kurzgearbeitet. D a s sind die Folgen des „straffen Führungsstils":



– Im Siemens-Gerätewerk Amberg/Cham wird ab 10.1.75 für ein halbes Jahr kurzgearbeitet. Betroffen sind in Amberg von den 5.000 Beschäftigten 60 – 65 %, in Cham von 900 Beschäftigten 780!
– Im Siemens-Gerätewerk Regensburg und dem dazugehörenden Zweigbetrieb Heining bei Passau soll vom Januar bis März 75 kurzgearbeitet werden.
2.400 Beschäftigte, das sind 75 %, sind davon betroffen.
– Im Bremer Werk der Siemens AG

– Im Siemens-Gerätewerk Amberg/Cham wird ab 10.1.75 für ein halbes Jahr kurzgearbeitet. Betroffen sind in Amberg von den 5.000 Beschäftigten 60 – 65 %, in Cham von 900 Beschäftigten 780!
– Im Siemens-Gerätewerk Regensburg und dem dazugehörenden Zweigbetrieb Heining bei Passau soll vom Januar bis März 75 kurzgearbeitet werden.
2.400 Beschäftigte, das sind 75 %, sind davon betroffen.
– Im Bremer Werk der Siemens AG

wird für die Dauer von drei Monaten seit Ende November kurzgearbeitet.
– Die Siemens AG in München ordnete Kurzarbeit für die Betriebe Bruchsal und Bocholt an.
In Bruchsal sind 800 Beschäftigte davon betroffen, in Bocholt 390.
– Im Nürnberger Zählerwerk der Siemens AG wurde vom 23. bis 27.9. 1974 kurzgearbeitet. Betroffen waren 370 der 2.000 Kollegen.
Mit weiterer Kurzarbeit wird gerechnet.

Die „Straße des Erfolgs" beschreitet Plettner auf dem Rücken der Siemens-Arbeiter. Um den Siemens-Profit nicht zu schmälern, müssen Kollegen kurzarbeiten oder werden entlassen.

So stellt sich Siemens bereits darauf ein, im Mai 1975 von den bisher 22.000 Beschäftigten im Fertigungsbereich Fernsprechtechnik 6.000 (!) nicht mehr beschäftigen zu können, das sind ca. 25 % aller Beschäftigten („Frankfurter Rundschau", 12.9.74).

Das ist die Konsequenz, wenn im „Handelsblatt" steht: *„Plettner gilt als großer ,Kooperator', denn auf ihn gehen die Ausgliederungen jener Teilbereiche zurück, die er allein für nicht allzu wettbewerbsstark erachtet."*

Mit „unvermeidbaren Maßnahmen" wie Betriebszusammenlegungen oder -schliessungen, Entlassungen und Kurzarbeit sichern Leute wie Plettner die Kapitalisten-Profite.

Während im Inland die Beschäftigtenzahl sinkt, steigt sie im Ausland, in den sogenannten Entwicklungsländern.

Durch die Rationalisierungsmaßnahmen verschärfen sich die Arbeitsbedingungen für jeden einzelnen Arbeiter bei Siemens.

Laut Betriebsrat ist die Produktivität bei Siemens in Hamburg um 17 % im letzten Jahr gestiegen. Und das bei einem Sinken des Personalbestandes um 4 %!

Da es auch keine technischen Verbesserungen gegeben hat, kann sich jeder ausrechnen, welche Mehrarbeit

den sogenannten Entwicklungsländern.

Durch die Rationalisierungsmaßnahmen verschärfen sich die Arbeitsbedingungen für jeden einzelnen Arbeiter bei Siemens.

Laut Betriebsrat ist die Produktivität bei Siemens in Hamburg um 17 % im letzten Jahr gestiegen. Und das bei einem Sinken des Personalbestandes um 4 %!

Da es auch keine technischen Verbesserungen gegeben hat, kann sich jeder ausrechnen, welche Mehrarbeit

das für den Einzelnen bedeutet.

Es ist wohl klar, daß unter diesen Bedingungen die Zahl der Arbeitsunfälle nicht zu reduzieren ist, im Gegenteil: die Zahl der tödlichen Unfälle stieg bei Siemens im letzten Jahr von fünf auf acht.

Die traurige Bilanz der Arbeitsunfälle wird makaber, aber „kostenbewußt" in Ausfallstunden ausgedrückt. Und es soll diesem Problem mit einem Unfallverhütungswettbewerb begegnet werden, der bewirkt, daß Kollegen sich über Verletzte ärgern, weil ihnen dadurch eine Prämie flöten geht. Die Kollegen sollen sich gegenseitig die Schuld an Unfällen geben, um von den Unfallursachen(Arbeitshetze, schlechtes Werkzeug usw.) abgelenkt zu sein. Schlimmer noch: Unfälle von 'unter Druck gesetzten Kollegen werden gar nicht erst gemeldet! Da sparen die Kapitalisten ihre Strafgebühren beim Gewerbeaufsichtsamt.

Im „Porträt" des „Handelsblatt" heißt es: *„Zur zupackenden Art Plettners gehört es auch, daß er sich gern an Ort und Stelle über das Kampfgeschehen unterrichtet".* Damit ist wohl die in letzter Zeit viel zitierte „unternehmerische Öffentlichkeitsarbeit an der Basis" gemeint?

Siemensianer Dipl. Ing. Walter Mohr (Mitglied des Vorstandes) zu diesem modernen Thema:

„Die Basis braucht unser Wort, unsere Argumente. Nüchtern sachlich, ohne Polemik, aber engagiert".

Nun, was die Basis braucht, sind nicht derartige „Truppen-Generale", sondern die Entwicklung des Abwehrkampfes gegen die Rationalisierungsmaßnahmen bei Siemens, die Mitte 1975 zu Massenentlassungen führen sollen.

Betriebszelle Siemens
KB/Gruppe Hamburg

Storno, Flensburg

20 Prozent mehr Ausbeutung

Bei Storno, einer Fabrik für funkelektronische Anlagen in Flensburg, fand am 29. Oktober eine Betriebsversammlung statt.

Storno hat etwa 400 Beschäftigte, zum allergrößten Teil Frauen als Montagehelferinnen. Unter den Arbeiterinnen (offiziell „Montagedamen") besteht eine starke „Fluktuation", wie sich leitende Angestellte auszudrücken pflegen, wenn sie meinen, daß am laufenden Band Kolleginnen entlassen und neue dafür eingestellt werden.

Auf dieser Betriebsversammlung (die die sagenhafte Länge von 30 Minuten hatte) verkündete die Geschäftsleitung neben allgemeinem Gesäusel über gute Auftragslage, Sicherheit der Arbeitsplätze usw., daß die Produktion 1975 um ca. 20 % gesteigert werden soll.

Diese Betriebsversammlung – die erste nach 3 1/2 Jahren Totenstille – war von einem Betriebsrat (BR) einberufen worden, der erst kurz vorher von den Kollegen neu gewählt worden war. Viele hatten auf diesen neuen BR große Hoffnungen gesetzt. Sein Vorgänger, angeführt von einem Werkmeister, hatte offen und plump mit der Geschäftsleitung zusammengearbeitet und jede Sauerei unterstützt.

Die Ankündigung der Kapitalisten, die Ausbeutung um 20 % zu steigern, trifft die Kollegen zu einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit in der Elektroindustrie herrscht und bei Storno selbst in einigen Abteilungen von Zeit zu Zeit wenig Arbeit ist.

Zusammen mit Stornos sattsam bekanntem „Fluktuationsprinzip" führt das zu Unsicherheit und Angst um den Arbeitsplatz. Das „20-%-Programm" der Geschäftsleitung, im Oktober verkündet, läuft inzwischen an:

Ab Januar wird auf etlichen Plätzen statt Zeitlohn Akkord gearbeitet. Zur selben Zeit werden in einigen Gruppen die Akkorde neu gestoppt.

Der BR hatte zu diesen Angriffen auf die Beschäftigten nichts zu sagen. Diese Betriebsversammlung war eine Tribüne für die Geschäftsleitung.

Das muß sich ändern – notfalls auch gegen den BR.

Zelle Danfoss/Storno
KB/Gruppe Flensburg

ATP, SIAB, Stetzler und Betonwerk Pforzheim

Die Angestellten sollen zwei Samstage im Monat unbezahlt arbeiten!

Am 18. November wurde an alle Angestellten der Firmen ATP (Allgemeine Tiefbaugesellschaft Pforzheim), SIAB (Südwestdeutsche Industrie- und Anlagenbaugesellschaft), Bauunternehmen Stetzler und Betonwerk Pforzheim ein Schreiben verteilt, in dem die Geschäftsleitung ankündigte, für 2 Samstage im Monat kein Gehalt mehr zu zahlen. Begründet wurde diese Maßnahme mit „Schwierigkeiten in der strukturellen Anpassung". Die Angestellten sollen „soviel Interesse am guten Gang" der Stetzler-Firmen haben, daß diese angeblich „bescheidene Rücknahme der Vergütung" natürlich nicht zu einem Rückgang der Arbeitsleistung führen dürfe.

Die Angestellten mußten bis zum 26. 11. schriftlich ihr Einverständnis erklären! Auf der letzten Betriebsversammlung drohte Stetzler, wer sich mit der Streichung des Gehalts für 2 Samstage nicht einverstanden erklärt, müsse mit „personalpolitischen Konsequenzen" rechnen! Wer also nicht unbezahlte Arbeit leisten will, riskiert, daß er gekündigt wird.

Kapitalist und CDU-Stadtrat Stetzler hat den Zeitpunkt für seine unverschämte Erpressung günstig gewählt: Zu der Angst um den Arbeitsplatz kommt noch hinzu, daß für die Angestellten des Baugewerbes das Weihnachtsgeld nicht tariflich festgelegt ist. Deshalb haben viele Kollegen das Schreiben der Geschäftsleitung mit „ja" unterzeichnet.

Der Betriebsrat hat sich mit Stetzlers Forderungen einverstanden erklärt. Die IG Bau, Steine, Erden wird nichts unternehmen, weil keiner der Kollegen in der Gewerkschaft ist. DGB-Sekretär Schroth meinte zu diesem Fall, das sei zwar eine Schweinerei, aber die Gewerkschaft könne nur die Interessen von Gewerkschaftsmitgliedern vertreten, und die Kollegen seien schließlich selbst schuld, wenn sie mit „ja" unterschrieben hätten!

KB-Sympathisanten
Pforzheim

Pierburg, Neuß:

Erfolg der Betriebsräte vor Gericht: Keine Entlassung!

Am 3. Dezember wurde vor dem Arbeitsgericht in Düsseldorf das Urteil im Pierburg-Prozeß gesprochen: die vier Betriebsräte Jiminez, Leipziger, Braeg und Kelidis werden nicht entlassen. Die Klage der Pierburg KG wurde zurückgewiesen.

Etwa 50 - 60 Zuhörer im Gerichtssaal klatschten bei der Verkündung dieses Urteil lautstark Beifall. Dieses Urteil ist ein großer Erfolg für die Kollegen der Neußer-Autogerätefabrik, es ist auch ein Erfolg der Solidaritätsbewegung gegen die Entlassungen. Es ist aber ganz gewiß noch nicht das Ende einer Kette von Versuchen der Pierburg-Kapitalisten, die Arbeiter einzuschüchtern und zu disziplinieren. Gegen das Urteil können die Kapitalisten Beschwerde beim Landesarbeitsgericht einlegen.

Am 19. November wurde auf dem 7. Termin des Verfahrens die Zeugenvernehmung abgeschlossen, die Rechtsanwälte hielten ihre Plädoyers. Etwa 80 Zuhörer überfüllten den Gerichtssaal.

Der Rechtsanwalt der Pierburg Geschäftsleitung wiederholte noch einmal eine Vielzahl von Vorwürfen, Zitaten, angeblichen Äußerungen etc., aus denen hervorgehen sollte, daß die vier Betriebsräte maßgeblich Initiatoren von Streiks und versuchten Streiks waren. Die Vorwürfe im einzelnen:

– Betriebsrat Braeg sei bei der Vorbereitung zweier „wilder Streiks" im Jahre 1973 maßgeblich beteiligt gewesen. Er habe Anfang 1974 versucht, durch einen Besuch bei Betriebsräten und Kollegen der Firma Rokal, die stillgelegt wurde, zum Streik aufzurufen und diesen auf Pierburg auszuweiten. Er habe vor dem großen August-Streik 1973 an einer Solidaritätsveranstaltung der streikenden Hella-Kollegen in Lippstadt teilgenommen. Er sei maßgeblich an Veröffentlichungen, Flugblättern usw. über Pierburg beteiligt, mit denen „offensichtlich versucht werde, durch Druck von der Straße das Verfahren zu beeinflussen."

– Ähnliche Vorwürfe wurden auch gegen die drei anderen Betriebsräte erhoben.

Die „Beweise" für die Behauptungen der Pierburg-Kapitalisten stützten sich im wesentlichen auf die Aussagen des „Zeugen" Satolias, um dessen Person sich einige reichlich dubiose Vorgänge abspielten (wir berichteten hierüber mehrfach im AK).



Nach den spontanen Streiks im Juni und August 1973 demonstrieren im November 1973 mehr als 500 Pierburg-Kollegen gegen geplante Entlassungen.



Das Arbeitsgericht wies die Klage vor allem deshalb zurück, weil die Pierburg-Kapitalisten ihre Vorwürfe nicht beweisen konnten. So heißt es in der Begründung des Urteils: *„Haben die gegnerischen Beteiligten sich so grob arbeitsvertragswidrig und treulos verhalten, wie es die Antragstellerin behauptet, würde das Gericht keine Bedenken getragen haben, den gestellten Anträgen stattzugeben (!!); aber was da behauptet wird, das muß bewiesen werden. Und dieser Beweis ist nicht geführt".*

Auch in der weiteren Begründung des Urteils macht das Gericht deutlich, daß Betriebsräten eine aktive Beteiligung an Streiks oder auch nur eine offene Solidarisierung verboten ist, erlaubt sei aber eine *„innere Anteilnahme"*. Sie sei *„keine Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten und kein ausreichender Grund, ein ordentliches Ende des Arbeitsverhältnisses nicht abzuwarten, wenn sie – die innere Anteilnahme – nicht betätigt wird..."*

Auch die Annahme von Spenden für die Streikenden und die Verwendung von Spendengeldern für den „rechtswidrigen Arbeitskampf" ist laut Urteil für ein Betriebsratsmitglied verboten.

Den Betriebsräten Leipziger und Braeg wirft das Gericht in seiner Urteilsbegründung vor, sie hätten bei ihrem Auftreten beim Betriebsrat der Firma Rokal *„viel Vokabular aus einem nicht unserer Verfassung entsprechenden (!!) Klassenkampf"* verwandt, ihnen sei aber nicht der Vorwurf der „Streikhetze" nachzuweisen.

Diese Urteilsbegründung zeigt, daß auch dieser für die Kollegen positive Prozeßausgang auf der „Rechts"sprechung der bürgerlichen Klassenjustiz basiert.

Die Kollegen sind nur mangels Beweisen nicht entlassen worden und nicht, weil sie ihren Pflichten als Interessenvertreter der Belegschaft gefolgt sind. Das muß jedem bei der Beurteilung des Prozeßausgangs klar sein und deshalb darf die Solidaritätsbewegung um die Pierburg-Betriebsräte auch nicht mit der Urteilsverkündung beendet sein. Die Öffentlichkeitsarbeit um diese von der bürgerlichen Presse weitgehend verschwiegenen Vorgänge muß weitergeführt werden.

Denn was passiert, wenn nun die Pierburg-Kapitalisten tatsächlich einem Betriebsratsmitglied aktive Streikbeteiligung „nachweisen" können? Dann – und nichts anderes wird im Urteil ausgesagt – ist eine Entlassung „rechtmäßig".

Neben der konkreten Verhinderung der Entlassungen muß die Solidarität mit den betroffenen Kollegen auch zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterklasse sich nicht das Recht nehmen läßt, daß ihre gewählten Interessenvertreter auch die führenden Vertreter im Kampf sind, daß Betriebsräte mehr sein müssen als nur an das Betriebsverfassungsgesetz gefesselte Marionetten von Unternehmers Gnaden. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Erneute Entlassung von Betriebsräten bei Pierburg !!!

Die Solidaritätsbewegung gegen die Entlassung von Pierburg-Betriebsräten hat wahrhaftig keinen Grund, nach dem erfolgreichen Gerichtsurteil vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht nachzulassen.

Mittlerweile hat die Pierburg-Unternehmensleitung einen weiteren Betriebsrat die fristlose Entlassung mitgeteilt. Der griechische Kollege Georgios Poussatidis soll im Auguststreik 1973 aktiv Streikparolen in der Belegschaft verbreitet haben. Über ein Jahr nach dem Streik hat die Unternehmensleitung nun „Zeugen" hierfür gefunden. Voraussichtlich am 14. Januar 1975 verhandelt das Arbeitsgericht Düsseldorf hierüber.

Gegen die beiden Betriebsräte Leipziger und Kelidis liegen mittlerweile neue Kündigungsanträge vor.

Das Solidaritätskomitee „Keine Entlassung von Pierburg-Betriebsräten" hat mittlerweile mehr als 5.000 Unterschriften gesammelt. Zahlreiche Solidaritätserklärungen und Spenden sind eingegangen.

Das Solidaritätskomitee fordert auf, in dieser Unterstützung nicht nachzulassen. Nachfolgend die Adresse:

Solidaritätskomitee „Keine Entlassung von Pierburg-Betriebsräten"
c/o Kaplan Willy Köhlings
4043 Holzheim
Kapellener Str. 16
Sonderkonto
Postscheckkonto-Nr. 2021 06 - 506
Postscheckamt Köln

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Kurzarbeit und Entlassungen im Braunschweiger Raum

Die Situation für die Kollegen im Braunschweiger Raum verschärft sich ständig. In Braunschweig selbst liegt die Arbeitslosenrate bei 3,7 %, in Wolfenbüttel sind es 4,5 % und in Salzgitter bereits 5 %. (Stand Ende Oktober 1974).

Das bedeutet, daß allein im Bereich des Braunschweiger Arbeitsamtes bisher 7800 Kollegen arbeitslos sind. In erster Linie werden von den Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten die Frauen (4400) und die ausländischen Kollegen (800) betroffen. Hier handelt es sich vor allem um ungelernte Arbeiter. Beschissen dran sind auch die Jugendlichen, die nach Schulabschluß keine Lehrstelle finden bzw. nach Beendigung der Ausbildung nicht in den Betrieb übernommen werden.

In Braunschweig sind dies zur Zeit schon 200 Jugendliche. Da schon vor sechs Wochen in 24 Braunschweiger Betrieben 8000 Kollegen kurzarbeiten mußten (diese Tendenz steigt stetig), ist mit einer weiteren Zuspitzung zu rechnen. So wurde bereits vor mehreren Monaten im NDR gemunkelt, daß in absehbarer Zeit im Großraum Braunschweig 125 000 Arbeitsplätze, das sind 25 %, verloren gehen werden.

Rollei / Voigtländer

Der Aufsichtsrat des Fotounternehmens will bis Jahresende 1974 beim Arbeitsamt Antrag auf Massenentlassungen gestellt haben. Im Laufe des Jahres 1975 sollen im Stammwerk Braunschweig vermutlich 1400 Kollegen entlassen werden, das sind über 50 % der Belegschaft. Das Werk Uelzen soll, soweit sich ein Käufer finden sollte, mit der Belegschaft verkauft werden. Andernfalls werden auch dort die 320 Beschäftigten auf die Straße fliegen.

Vor wenigen Jahren wurde mit großem Aufwand begonnen, die Produktion nach Singapur zu verlagern, um so – bedingt durch das niedrige Lohnniveau und die Rechtlosigkeit der Arbeiter dort – die Profite kräftig zu steigern. Aber durch Anlaufschwierigkeiten müssen in naher Zukunft 50 % der 6000 Arbeiter dort entlassen werden.

Sicher ist, daß die zu Rollei gehörenden Optischen Werke Voigtländer in Braunschweig bis zum Jahresende 1974 – 210 Kollegen entlassen.

Als Augenwischerei muß die angedeutete Übernahme der restlichen 180 Beschäftigten in die Rollei-Werke verstanden werden, da der Personalabbau bei Rollei seit längerer Zeit im Gange ist. Dadurch sind die letzten der 1971 noch 1900 Beschäftigten bei Voigtländer wegrationalisiert.

VW

Seit Oktober 74 läuft bei VW die zweite „freiwillige" Kündigungsaktion des Jahres, mit dem Ziel, den Personalbestand bis März 75 um weitere 6000 Kollegen zu reduzieren. Durch die Zahlung einer Abfindung haben sich bis Mitte Dezember schon 4970 Beschäftigte zur freiwilligen Kündigung verleiten lassen, obwohl sie kaum Aussicht auf einen entsprechenden neuen Arbeitsplatz und vorerst auch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben werden.

Daß dies nicht die einzige Maßnahme ist, zeigt, daß im Jahr 74 bereits zehnmal einwöchig kurzgearbeitet wurde. Beim letzten Mal waren davon 30 000 Kollegen in Braunschweig, Salzgitter, Hannover und Kassel betroffen. Den ständigen Rationalisierungen im Braunschweiger Werk (in den letzten vier Jahren wurde die Belegschaft um 20 % abgebaut) fallen nun vermutlich auch einige Verwaltungsabteilungen in Braunschweig oder Salzgitter zum Opfer.

Diese Maßnahmen wirken sich auch auf die zahlreichen Zulieferer- und Reparaturbetriebe aus (zum grossen Teil mittlere Handwerks- und kleinere Industriebetriebe), denen VW die Verträge gekündigt hat.

Teves

Die Rationalisierungswelle, die die Teves-Kapitalisten (ITT-Kette) in der gesamten Bundesrepublik vorantreiben, hat für die 3000 Gifhorner Teves-Kollegen eine 24-tägige unfreiwillige Arbeitspause zur Folge. Gerade zum Jahreswechsel werden geschickt einige Kurzarbeitstage untergebracht, Verpflichtung zum Nehmen von unbezahltem Urlaub zum Beispiel.

Hampe

Einen bezeichnenden Einblick in die Unternehmenspolitik der Kapitalisten erlauben die Vorgänge um die Helmstedter Kammgarnspinnerei Hampe.

Diese Firma konnte 1971 mit erheblichen Zuschüssen aus dem sog. „Zonenrandgebiets - Förderungsprogramm", von dem auch viele andere Firmen in diesem Gebiet profitieren, für 20 Mio. DM ein neues Produktionsgebäude errichten. Jedoch schon drei Jahre später war der Laden derart abgewirtschaftet, daß von den zur Zeit 330 Beschäftigten 200 bis 250 Kollegen bis zur Sanierung des Unternehmens entlassen werden sollen.

Die größte Sauerei dabei ist, daß der französische Aufkäufer bereits heute davon spricht, in zwei bis drei Jahren die „freigewordenen" Arbeitsplätze erneut zu besetzen, nachdem der Betrieb erneut „modernisiert" wurde.

Olympia

Beim Büromaschinenhersteller Olympia wird Kurzarbeit für kommendes Frühjahr nicht ausgeschlossen. Im Zuge der Fertigungskonzentration ist die Stillegung zweier Betriebe (Neuenhain und Kaufbeuren) beabsichtigt. Die gesamten Inlandsbetriebe sind ohnehin nur zu 75 % ausgelastet. Die Auslandsfertigung wird allerdings momentan stark vergrößert. In Brasilien wurde gerade die Montage aufgenommen, in Chile und Mexiko hat Olympia seit 1963 bzw. 68 Fertigungsstätten, in Nord-Irland seit 1970.

Hier und auch an Rollei wird deutlich, daß die Kapitalisten mehr und mehr ihre Betriebe in „Billiglohnländer" (das heißt Steuerfreiheit, Subventionen und die polizeilich-militärische Garantie, daß die Arbeiter dort die Schnauze halten und malochen) verlegen und im gleichen Atemzuge hier ihre Betriebe rücksichtslos rationalisieren.

Post und Bahn

An zwei Beispielen im Braunschweiger Raum ist zu erkennen, daß sich die Politik der Staatsunternehmen nicht von der der Privatunternehmen unterscheidet.

Die Auflösung der Oberpostdirektion Braunschweig ist so gut wie beschlossen, sie soll in Hannover eingegliedert werden. Von den 475 Beschäftigten sollen nur 200 (wahrscheinlich Beamte) in Hannover weiterbeschäftigt werden, was für die meisten eine zusätzliche Belastung darstellt (Übersiedlung oder stundenlange Fahrtwege).

Die Stillegung des Bundesbahnausbesserungswerks Braunschweig zum 1.7.75 steht schon fest. Betroffen von dieser Maßnahme sind 550 Kollegen und 120 Lehrlinge. Ein Teil der Belegschaft soll zwar nach Hannover oder von anderen Braunschweiger Bundesbahnbetrieben übernommen werden, wie viele das sein werden, und ob diese Zusage überhaupt nur ein Beschwichtigungsversuch ist, ist natürlich noch nicht bekannt.

Die Bekanntgabe von bevorstehender Schließung bzw. Kurzarbeit oder der Hinweis auf die allgemeine Wirtschaftslage ist für die Kapitalisten ein willkommenes Mittel, die Disziplinierung der Kollegen zu verschärfen. ●

Braunschweiger Sympathisanten des KB

Rationalisierungsentlassungen bei Kabelmetall

Nachdem die Betriebe der Fernmeldeindustrie (Siemens, T & N, DeTeWe etc.) Massenentlassungen und Kurzarbeit durchführen, schließen sich die Betriebe der Kabelfertigung an. Die gestoppte Expansion des Fernmeldebereichs – besonders deutlich durch geringere Aufträge der Bundespost – veranlaßt die großen Betriebe zu verschärften Rationalisierungen. In einem Gespräch mit dem „Handelsblatt" (6. 11. 74) teilte der Geschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie, Kaiser, mit, daß die Kabelfertigungsbetriebe 1975 etwa 10 % der 40.000 Beschäftigten entlassen wollen.

Bereits im Dezember letzten Jahres führte Felten & Guilleaume in Köln für 400 Arbeiter Kurzarbeit durch, nachdem die Einigungsstelle gegen den Einspruch des Betriebsrates dies genehmigte.

Mittlerweile hat auch der größte Betrieb dieser Branche – Kabelmetall (Gutehoffnungshütte) – mit Kurzarbeit und Entlassungen begonnen. Vor 2 Wochen ließ die Unternehmensleitung mitteilen, daß sie 10 % der 11.671 Beschäftigten entlassen will (bereits bis November 74 waren 250 Beschäftigte entlassen worden).

Schon Anfang November wurde für 600 Arbeiter der Werke Stadthagen und Osnabrück eine achtwöchige Kurzarbeit durchgeführt. Für 2.400 Arbeiter der Werke Osnabrück, Stadthagen, Schladern und Nürnberg beginnt in den nächsten Wochen Kurzarbeit.

– Im Nürnberger Werk werden durch die Stillegung der Aluminiumhalbzeugfertigung bis zum Frühjahr insgesamt 220 Arbeiter entlassen.

– 100 Arbeiter in Osnabrück sind hiervon ebenfalls betroffen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Geheimcode der Kapitalisten

Die Kapitalisten haben verschiedene Möglichkeiten sich vor Einstellung von Kollegen über diese zu informieren.

Eine dieser Möglichkeiten wurde von einem Bullen a.D., jetziger Rechtssekretär der DAG, aufgedeckt: Die Kapitalisten verschlüsseln die Beurteilungen bzw. Zeugnisse von Arbeitern und Angestellten mit Hilfe eines Geheimcodes. Das sieht dann so aus:

Im Zeugnis steht:„*Wegen seiner Pünktlichkeit war er stets ein gutes Vorbild.*" Im Klartext heißt das:„**Er war in jeder Hinsicht eine Niete.**"

Der Hinweis:„*Wir haben uns in gegenseitigem Einverständnis (Einvernehmen) getrennt*," besagt nichts anderes als:„**Wir haben ihm gekündigt.**"

Der Zusatz:„*Im Kollegenkreis galt er als toleranter Mitarbeiter.*" bedeutet: ein „**schwerer Brocken für den Vorgesetzten**".

Wenn geschrieben wird:„*Durch seine Geselligkeit trug er zur Verbesserung des Betriebsklimas bei.*" heißt das nichts anderes als:„**Er neigt zu übertriebenem Alkoholgenuß.**"

In einem Grundsatzentscheid des Bundesarbeitsgerichts von 1963 wird festgelegt, daß ein Zeugnis „*vom verständigen Wohlwollen gegenüber dem Arbeitnehmer getragen sein*" muß, und es darf ihm sein „*weiteres Fortkommen nicht unnötig erschweren*".

Um dieses Gesetz zu unterlaufen, werden die schlechten Beurteilungen in lobende Sprüche verpackt.

„*Neuerdings wird sogar die politische Richtung des Arbeitnehmers im Zeugnis festgehalten: ein senkrechter Strich mit dem Kugelschreiber, links von der Unterschrift, eher einem 'Ausrutscher' gleichend, bedeutet: 'Mitglied einer Gewerkschaft'; ein 'Ausrutscher' nach rechts: 'Mitglied einer linksstehenden Partei'; ein 'Doppelausrutscher' in Form eines Doppelhäkchens: 'Mitglied einer linksgerichteten verfassungsfeindlichen Organisation'.*"

(Alle Zitate sind der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23.11.74 entnommen.)

Eine Genossin des ÖTV-Bereichs, KB/Gruppe Hamburg

Bayrisch Poker

Entlassung von 500 Kollegen bei Uher / München

Den Abschluß einer interessanten Pokerpartie erlebten wir dieser Tage bei dem Verkauf der Uher-Werke in München. Es spielten mit: Ein Kapitalist, ein Minister, ein Betriebsrat, diverse Banken – und als „Einsatz" 1.500 Kollegen.

Am 31. Oktober hatte der „dynamische" Jungkapitalist Rüdiger Hoessrich aus Hessen die Uher-Werke, einen der großen Tonbandgerätehersteller, von Hans Veit Graf zu Törring Jettenbach „erworben". „Gekauft" wäre übertrieben, denn an den Grafen mußte er keine Mark zahlen. Er versprach lediglich, den Laden mit 10 Millionen zu sanieren.

„Nachdem er bereits in den Betriebsversammlungen aller drei Uher-Fabriken zusammen mit Graf Törring aufgetreten war und sich als neuer Eigentümer vorgestellt hatte, besann sich Hoessrich nach 13 Tagen unversehens eines anderen: Er schrieb Törring, daß er Uher nicht mehr haben wolle, kündigte seine Geschäftsführer-Funktion auf und räumte seinen Chefplatz in der Münchner Barmseestraße. Die bereits eingeschossenen 1,5 Mio. Mark zog er wieder ab.

Der Graf wiederum sperrte sich: ‚Uher gehört mir nicht mehr, ich kann nichts tun'." („Zeit", 29. 11.)

Darauf kündigten die Banken dem „herrenlosen" Unternehmen die Kredite und sperrten die Konten. Jetzt schalteten sich der bayrische Wirtschaftsminister Jaumann und der stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende Willi Settmacher ein.

„Von den Verkaufsverhandlungen hatte der Betriebsrat durch Gerüchte erfahren. Erst nach Protesten wurde er zu den Gesprächen hinzugezogen. ‚Und da waren wir doch leicht schokkiert' berichtet Willi Settmacher, ‚denn die Hoessrich-Leute kündigten gleich Entlassungen an'." („Welt der Arbeit", 29. 11.)

Allerdings dauerte der „Schock" des BR offenbar nicht allzulange, denn als der gute Willi sah, daß hier ein kapitalistischer Betrieb pleite gehen könnte, sprang er ein, *„holte sich noch einen früheren Generalbevollmächtigten der Werke und übernahm zusammen mit ihm die Geschäftsführung".* („WdA")

Inzwischen bemühte sich Minister Jaumann auf seine Weise – natürlich aus „Sorge um die Arbeitsplätze" –, Kapitalist Hoessrich doch zur Übernahme der Werke zu „überreden" – mit Erfolg: Das Land Bayern übernimmt eine Bürgschaft über 15 Mio. DM, die die Banken, allen voran die Dresdner Bank, jetzt zur Verfügung stellen. Weitere 5 Mio. DM bleiben in Reserve, und Hoessrich bringt seine 10 Mio. ein.

„Die Frage, ob sich sein Pokern um bessere Bedingungen gelohnt habe, läßt Hoessrich kalt: ‚Ich habe nicht gespielt. Diese Lösung ist für alle Beteiligten wesentlich sicherer als die ursprüngliche'." („Zeit", 29. 11.).

Schlechtere Karten als der Kapitalist hatten in diesem „Spiel" die Kollegen bei Uher. Von den 1.500 sollen 500 entlassen werden! Und das, obwohl das Geschäft gut läuft und die Lager nach einmonatiger Kurzarbeit weitgehend leergefegt sind. Außerdem sollen die sozialen Leistungen „in Anbetracht der schwierigen Lage des Unternehmens" merklich reduziert werden.



Wenn im kapitalistischen Staat mit unserem Geld (hier die Steuergelder) um Profite und Arbeitsplätze gepokert wird, sind die Kollegen allemal die Dummen. Da nützt es nichts, wie BR Settmacher auch einmal mitmischen zu wollen. Oder darauf zu vertrauen, daß jetzt „ehrlich" gespielt wird. Sieger können wir nur werden, wenn wir die Regeln bestimmen. Dann spielen wir allerdings kein Poker mehr, sondern „haut den Lukas"! ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB Gruppe Hamburg

Funktion auf und räumte seinen Chefplatz in der Münchner Barmseestraße. Die bereits eingeschossenen 1,5 Mio. Mark zog er wieder ab.

Der Graf wiederum sperrte sich: ‚Uher gehört mir nicht mehr, ich

Inzwischen bemühte sich Minister Jaumann auf seine Weise – natürlich aus „Sorge um die Arbeitsplätze" –, Kapitalist Hoessrich doch zur Übernahme der Werke zu „überreden" – mit Erfolg: Das Land Bayern über-

werden, wenn wir die Regeln bestimmen. Dann spielen wir allerdings kein Poker mehr, sondern „haut den Lukas"! ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB Gruppe Hamburg

 **Jungheinrich (Hamburg):**

Das Messer in die Kehle stoßen

Im Kampf um die Absatzmärkte in Europa und Übersee spielen die beiden größten BRD-Produzenten von Gabelstaplern eine entscheidende Rolle. Beide, die SE-Fahrzeugwerke und Jungheinrich & Co, werden gestärkt aus der gegenwärtigen kapitalistischen Krise hervorgehen. Gleichzeitig verschärft sich aber auch ihre Konkurrenz untereinander. Der scheidende Jungheinrich -Geschäftsführer kündigte so auf der letzten Betriebsversammlung an, daß er „jederzeit bereit sein werde, sein geschliffenes Messer in die Kehle der Konkurrenz zu stoßen".

Wie bei SE . . .

Bereits im AK 53 schrieben wir, daß die SE-Fahrzeugwerke nach ihrer Übernahme durch den Linde-Konzern mit Kurzarbeit und Entlassungen die Rationalisierung auf den Rücken der Kollegen vorantreiben. Diese Maßnahmen sehen die SE-Kapitalisten als Voraussetzung ihrer bis 1980 geplanten Steigerung des Marktanteils von 11% auf 20% in Westeuropa. Außerdem sollen die Werke in Übersee gebaut werden.

. . . So bei Jungheinrich

Obwohl die Firmengruppe mit 13% ihre geplante Umsatzsteigerung für 1974 nicht ganz erreichte, wird sie vom „Handelsblatt" als ein *„kerngesundes, ertragstarkes Unternehmen"* bezeichnet. Die Lage der Kollegen hat sich allerdings auch hier verschlechtert. Die Belegschaftsstärke wurde um rund 4% abgebaut, zusätzlich wurden die Verträge vieler jugoslawischer Kollegen nicht verlängert. Zum Januar steht außerdem eine einwöchige Kurzarbeit an, die sich im Frühjahr wiederholen soll. Gearbeitet wird dann nur im Verkaufs- und Wartungsbereich.

Der Weg zum „Multi" . . .

„Die Hamburger Jungheinrich-Unternehmensgruppe hat die Zeit der sich abschwächenden Konjunktur zu einem günstigen und wichtigen Zukauf genutzt", schreibt das „Hamburger Abendblatt" am 13.12. Die Firma M.I.C. SA in Frankreich (rund 500 Beschäftigte) verfügt über eine der modernsten Produktionsanlagen dieser Branche in der Welt. Auf einen Schlag konnte Jungheinrich so einen Marktanteil von 62% in Frankreich und 20% in Nordamerika dazukaufen; beide sollen kurzfristig vergrößert werden.

. . . Auf Kosten der Kollegen

Geschäftsleitung und Betriebsrat begrüßen diese Expansion als „weitere Absicherung der Arbeitsplätze". Angesichts der Entlassungen und Kurzarbeit ein Hohn.

Die nächste Gefahr, die auf die Kollegen von Jungheinrich und M.I.C. SA zukommt, deutet sich bereits an. So nimmt Jungheinrich laut „Handelsblatt" vom 13.12, bewußt in Kauf, *„daß M.I.C.-Produkte in Konkurrenz zur eigenen Produktion verkauft werden."* Außerdem verfügt jede Firma über ein eigenes Vertriebs- und Wartungsnetz. Erfahrungsgemäß wird es nach einer Anlaufzeit dazu kommen, daß die Kapitalisten derartige Profitschmälerungen abbauen. Für die Kollegen bedeutet dies: größere Akkordhetze, Kurzarbeit und weitere Entlassungen.

Zumindest unter den Hamburger Kollegen besteht über diese Angriffe keine Klarheit. Die Expansion der Firma wird noch gar nicht diskutiert; die Kurzarbeit, die geschickterweise gleich nach Neujahr ansteht, wird als willkommene Urlaubsverlängerung angesehen. ●

Branchenzelle Metall
KB/Gruppe Hamburg

Rausschmiß Linker aus dem Betrieb

Bei Daimler-Benz in Westberlin gibt es eine ganze Serie politischer Ent-

Als der Kollege seinen Arbeitsgerichts-Prozeß dennoch gewann, zeigte sich, daß für diesen BR nur das Interesse seines kapitalistischen Herrn

Rausschmiß Linker aus dem Betrieb

Bei Daimler-Benz in Westberlin gibt es eine ganze Serie politischer Entlassungen. Die Kapitalisten versuchen, den Einfluß der Linken im Betrieb klein zu halten, indem sie regelmäßig Linke aus dem Betrieb schmeißen, wenn sie noch relativ isoliert sind. Seit Mai '74 wurden bisher sieben fortschrittliche Kollegen gefeuert.

Begonnen hatte die Serie mit dem Rausschmiß eines fortschrittlichen Vertrauensmanns (VM). Dieser Kollege war auf einer Betriebsversammlung gegen die Einführung des MTM-Verfahrens aufgetreten und hatte gemeinsam mit seinen Kollegen den Einbau von Duschen in ihrer Halle gefordert. Erst sollte der Kollege „nur" versetzt werden, doch nach einer Unterschriftensammlung der Kollegen gegen diese Spaltung wurde der Kollege sogar rausgeschmissen.

An dem Rausschmiß dieses „Aufhetzers" wirkte der Betriebsrat (BR) nach Kräften mit. Der BR verurteilte die Aktionen der Kollegen als „nicht mit ihm abgesprochen" bzw. behauptete, das Vorgehen des VM verstoße gegen den „Grundsatz der Zusammenarbeit" (IGM-Vertrauensleute-Richtlinien) und setzte seine Unterschrift unter die Kündigung!

Als der Kollege seinen Arbeitsgerichts-Prozeß dennoch gewann, zeigte sich, daß für diesen BR nur das Interesse seines kapitalistischen Herrn und Meisters ausschlaggebend ist: der VM wurde zu Vertrauensleutesitzungen nicht zugelassen, da er halt vom Kapitalisten gekündigt sei. Dafür konnte sich der BR sogar eine große Mehrheit unter den VM holen (20 - 30 Stimmen gegen 4 Enthaltungen!).

Als letztes wurde im November ein Betriebsschlosser gekündigt, nachdem er auf einer Betriebsversammlung die lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen in der Härterei angeprangert hatte. Der Vorwand, um diesen „Unruheherd" zu beseitigen, war schnell gefunden: zwei erst nachträglich beantragte Urlaubstage wurden ihm als unentschuldigte Fehltage angekreidet. Auch diese Kündigung unterschrieb der Betriebsrat.

Wen wundert das: denn dieser Kollege war nach seinem Rausschmiß aus der IGM schon von der IGM-Ortsverwaltung zum Abschuß für den Kapitalisten freigegeben worden – sein Name war auf der Liste der ausgeschlossenen Gewerkschafter in der „Metall" veröffentlicht worden (s. AK Nr. 50)! ●

Metallgruppe
KB/Gruppe Westberlin

Stumm AG

Die dummen Gangster holt der Staatsanwalt ...

Im AK 53 berichteten wir über die Beuteschlacht um die Reste des bankrotten Stumm-Konzerns, bei der mit offen kriminellen Methoden der Konzern ausgeschlachtet wurde. Neben der ehemaligen Stumm-Geschäftsführung waren hieran auch so bekannte Größen wie Otto Wolf von Amerongen, Freiherr von Kühlmann-Stumm und VW-Aufsichtsratsvorsitzender Josef Rust beteiligt.

Nachdem nun von den Stumm-Ausschlachtungsgeschäften einiges ans Licht kam, schaltete sich die Staatsanwaltschaft ein und erließ gegen drei ehemalige Manager (Walter Meier, Herbert Hartmann und Theodor Nölken-Pockhoff) Haftbefehl. Seitdem sitzen diese in U-Haft; auch die Flucht ins Fürstentum Liechtenstein nützte ihnen nichts. Die bislang vermuteten Transaktionen bestätigen sich durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft auch so nach und nach: *„Das Gericht hat inzwischen die Vorwürfe präzisiert: Lutz soll danach verdächtig sein, ‚erhebliche Bilanzverluste (etwa 60 Mill. DM) dem AR der Stumm-AG verschwiegen und es geduldet zu haben, daß die Beschuldigten eine frisierte Bilanz der Stumm-Handel-GmbH erstellten und verwerteten, die statt eines Verlustes von rund 60 Mill. DM einen Gewinn von rund 5 Mill. DM aufwies. Dabei sollen die Beschuldigten Meier, Hartmann und Nölken-Pockhoff mit Kenntnis und mit Billigung des beschuldigten Lutz die Öllagerbestände zu hoch bewertet und mengenmäßig manipuliert haben'"* („Welt", 28.11.); und

„Lutz soll zusammen mit den drei Inhaftierten versucht haben, den Konzern mit unerlaubten Mitteln an sich zu bringen." („Zeit", 6.12.).

Die Möglichkeit, daß die hohen Verluste in Wahrheit gar nicht zu sein brauchten, wird im „Handelsblatt" angegeben: *„Im Jahre 1973 waren trotz einer Vervierfachung des Ölumsatzes gegenüber dem Vorjahr auf 1,2 Mrd. DM statt normal zu erwartender 50 Mill. DM Gewinn nur 5 Mill. DM ausgewiesen worden."* („HB", 28.11.)

Es schält sich also raus, daß mit frisierten Bilanzen, mit Transaktionen über Scheinfirmen (o. ä.) in Liechtenstein (diese wurden von der Polizei durchsucht), mit Scheinverkäufen etc. der marode Konzern noch um etliche Millionen erleichtert wurde.

Beteiligt waren an dieser Aktion aber, wie gesagt, nicht nur die drei inhaftierten ehemaligen Manager. Im Gegenteil dürften sie wohl nur mit extrem plumpen Methoden versucht haben, sich auch noch an Stumm gesundzustoßen. Diese drei sitzen im Bau.

Die anderen aber, Otto Wolff von Amerongen, der seine Aktien ja auch nicht ohne Grund verschenkte, Freiherr von Kühlmann-Stumm, der in dem quasi ‚geklauten' Konzern den Geschäftsführer machen sollte und Josef Rust, der immerhin den dubiosen Scheinverkauf des Konzerns mitbetrieb, sind nach wie vor frei und haben auch nichts zu befürchten. Selbst der ehemalige Vorstandsvorsitzende Lutz (einer der Obergangster) ist auf freiem Fuß und wird wahrscheinlich nicht angeklagt.

Hier werden – ähnlich wie bei Herstatt mit Dany Dattel – von der Staatsanwaltschaft die plumpsten Bankrotteure rausgegriffen – um vor der Öffentlichkeit die Stumm-Aktion der Kapitalisten scheinbar zu ahnden. Die großen Gangster dagegen läßt man ungeschoren.

P.S. – Zwei der adeligen Galgenvögel legen laut „Die Zeit" „auf die Feststellung Wert, zu keiner Zeit Aktionäre der Stumm-AG gewesen zu sein" – es sind dies Franz Josef Ritter Hentschel von Gilgenheimb und Casimir Prinz Wittgenstein – Nun denn, Ritter, laß ab von dubiosen Geschäften und bleib bei Roß und Lanze! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Abfindungsentlassungen jetzt auch bei Ford

Nachdem bereits bei VW und Opel mehrere tausend Arbeiter durch sogenannte Abfindungsangebote entlassen wurden, hat auch Ford mittlerweile zu diesem Mittel gegriffen. Je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit erhält ein Arbeiter, der „freiwillig" kündigt, zwischen 4.500 und 7.500 DM. Auf diese Weise sollen etwa 3.000 Arbeiter und 2.000 Angestellte entlassen werden. Nach Angaben der Unternehmensleitung haben bis zum Jahresende 1974 mehr als 2.000 Arbeiter – darunter 90 % Ausländer – gekündigt. Nachdem durch die Nichtersetzung der Fluktuation die Belegschaft schon um 4.000 Beschäftigte verringert wurde, hat Ford so in knapp mehr als einem Jahr die Gesamtbeschäftigtenzahl um fast 10.000 gesenkt. Für die übrigen bedeutet dies gesteigerte Arbeitshetze und stärkeren Druck. ●

Metallkomitee,
KB / Gruppe Hamburg

Volkswagen AG

Nicht Leiding, sondern die Arbeiter werden abgebaut!

„Leiding geht!" – „VW-Chef Leiding tritt zurück" – „Wie der gelernte Kfz-Mechaniker an VW scheiterte" – so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der letzten Wochen über VW. Als ob Leiding das wichtigste Opfer der VW-Entwicklung ist, erscheinen die Stillegungspläne und Kurzarbeitsperioden nur noch in Kleinstartikeln.

Bei VW geschehen indes ganz andere Dinge:

Mitte des Jahres schrieben wir im AK 45 zur Lage in der Autoindustrie: *„Angesichts der Tatsache, daß in der BRD 3,6 Mio. (15 %) Werktätige direkt oder indirekt in der Automobilindustrie arbeiten, kommt hier eine Entwicklung heran, die der Arbeiterklasse Massenentlassungen, Produktionsstillegungen in großem Stil beschert".* Die Entwicklung bei VW bestätigt dies voll und ganz. Nachdem im Dezember die 9. Kurzarbeitsperiode abrollt, sind bereits über Weihnachten die nächsten drei Wochen Kurzarbeit bis zum 13.1.75 angesetzt. Während dieser Zeit wird in keinem der inländischen VW-Werke gearbeitet. Ein Ende der Kurzarbeiterei auch in diesem Jahr ist nicht abzusehen – im Gegenteil. Am 18.12. berichtete die „Welt" unter der Überschrift „Muß VW auch Werke stillegen? ":

„Eine dauerhafte Stillegung von Produktionskapazitäten und Entlassungen erwägt das Volkswagenwerk für den Fall, daß die Kurzarbeitsphasen und die Abfindungsaktionen des Unternehmens nicht die erwartete Produktionsdrosselung bewirken. Dies erklärte ein Sprecher des Wolfsburger Unternehmens. Gegenwärtig sollen die Volkswagenwerke nur zu 60 bis 70 Prozent ausgelastet sein. Die Beschäftigtenzahl sei nach Angaben der Verwaltung in diesem Jahr von 125.000 auf weniger als 115.000 reduziert worden. Dies sei vornehmlich auf Kosten der beschäftigten Ausländer geschehen. Nunmehr bezieht man bei VW jedoch offensichtlich auch den ‚härteren Kern' der Beschäftigten in die Überlegungen ein. Nach einem Jahr Kurzarbeit sei, wie es heißt, keines der Probleme gelöst und die andauernden Kurzarbeitsphasen bedeuten für VW enorme Kosten".

Wie schon oft, bewahrheitet sich auch hier, daß Kurzarbeit kein Mittel zur Vermeidung von Entlassungen ist, sondern lediglich deren Vorstufe. Erste Auswirkungen sind bereits zu sehen.

Bei Audi-NSU (dies Werk gilt als eines der ersten, bei denen Produktionseinschränkungen, Stillegungen zu erwarten sind) soll die gesamte Nachtschicht gestrichen werden – was bedeutet, daß mindestens 2.500 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren!

Es ist anzunehmen, daß noch ganz andere Werksbereiche dem VW-Rationalisierungsbesen weichen müssen – insbesondere die Bereiche, die für das neue Produktionsprogramm und durch die Auslandsproduktion „überflüssig" werden. ●

Betriebszelle Hanomag
KB / Gruppe Hamburg

Analyse des Wahlergebnisses:

Betriebsrätewahlen bei Texaco/Hamburg

Im letzten ARBEITERKAMPF haben wir über die Ergebnisse der vorgezogenen Betriebsratswahlen bei den Hamburger Texaco-Betrieben Hauptverwaltung (HV) und Wilhelmsburg berichtet und für diesen AK die ausführliche Analyse des Wahlergebnisses und Wahlkampfes der Genossen der Betriebszelle angekündigt.

Das Wahlergebnis in Zahlen:
Angestellte:
- DAG – 507 Stimmen und sieben Sitze,
- Linke Liste – 352 Stimmen und vier Sitze,
- Angestelltenliste der IG Chemie – 145 Stimmen und zwei Sitze.

Arbeiter:
Mit großem Abstand gewannen die zwei Sitze Kollegen, die seit langem mit den linken Angestellten um Kynast und Trampert zusammenarbeiten.

Damit stehen im neuen Betriebsrat sechs linken Betriebsräten sieben von der DAG und zwei rechte IG Chemie-Angestellte gegenüber.

Die Kräfteverschiebung im Betriebsrat

1. Arbeiterbereich
Der Arbeiterbereich ist zahlenmäßig klein gegenüber dem Angestelltenbereich und stellt daher nur zwei Sitze im Betriebsrat. Erfolgt ist eine Kräfteverschiebung nach links, da in der vorherigen BR-Periode von den zwei Arbeiterstimmen nur eine (die des jetzt wiedergewählten stellvertretenden BR-Vorsitzenden) den Linken zugute kam, während die zweite Arbeiterstimme im Betriebsrat auf den rechten Gewerkschaftskarrieristen Lindhorst entfiel. Lindhorst wirtschaftete wegen seiner Zusammenarbeit mit Kodolitsch, dem berüchtigten IG Chemie-Kommunistenhasser, in den Augen seiner Kollegen immer mehr ab und hat es inzwischen vorgezogen, auf Gewerkschaftskosten bei der Hamburger SPD-Kaderschmiede „Hochschule für Wirtschaft und Politik" ein Studium aufzunehmen mit anschließender Karriere als Gewerkschaftssekretär.

Im neuen Betriebsrat entfallen beide Arbeiterstimmen (und auch die des ersten Ersatzmitgliedes) auf Linke, die sich offen für die Zusammenarbeit mit den HV-Linken ausgesprochen haben und u.a. mit diesen gemeinsam die Betriebszeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" herausgaben.

2. Angestelltenbereich
1972 waren fünf Listen gewählt worden:
1.) Zwei Sitze für IG-Bergbau, 161 Stimmen (=16%). Diese Liste hatte in den Jahren vor 1972 die BR-Politik bestimmt und den Vorsitzenden (Sandberg) gestellt. Wegen ihrer kapitalistenfreundlichen Politik wirtschaftete diese Liste völlig ab und schrumpfte auf zwei Sitze zusammen. Für Sandberg bedeutete dies auch das Ende seiner Pfründe als Aufsichtsratsmitglied. Da er ab 1972 den Betriebsratsvorsitz an Kynast abgeben mußte, verlor er auch das Sprungbrett, um nochmals erfolgreich zum Aufsichtsrat zu kandidieren und schied daher Mitte dieses Jahres aus diesem Gremium aus. Sandberg und Becker, das zweite Mitglied dieser Liste, wechselten während der letzten BR-Periode zur Gewerkschaft HBV über, was allerdings ihren politischen Bankrott nicht aufhalten konnte.
2.) Zwei Sitze für eine „freie" Liste, 167 Stimmen (=16%). Auf dieser Liste waren der CDU-Mann Preishofen und der rechte Ex-SPD-Kreisvorsitzende Pölle – gleichzeitig auch IG Chemie-Mitglied – angetreten, um im Auftrag der Geschäftsleitung einen zu hohen Wahlerfolg der IG Chemie-Liste HV zu verhindern.

Zunächst hatte Pölle versucht, selbst die IG Chemie-HV-Liste anzuführen. U.a. legte er der IG Chemie-Verwaltungsstelle einen Ordner mit Schriftstücken über Kynast linke politische Vergangenheit vor. Damals waren die IG Chemie-Führer jedoch noch bei Texaco HV an einer linken und damit eben guten Gewerkschaftsarbeit interessiert, damit überhaupt erst einmal die IG Chemie im Betrieb Fuß fassen würde. Deshalb wiesen sie Pölle ab, der daraufhin aus der Gewerkschaft austrat („der Laden ist zu links") und mit Preishofen kandidierte.

Nach der Wahl wurde Pölle zum Abteilungsleiter befördert und nach Süddeutschland versetzt. Interessant ist nun, daß Pölle im Herbst dieses Jahres zurückgekommen ist und sofort mit offenen Armen in der IG Chemie aufgenommen wurde. Anscheinend wollen die IG Chemie-Führer mit diesem Mann im Betrieb den Versuch starten, wieder etwas mehr Boden unter ihre Füsse zu kriegen.
3.) Drei Sitze für die DAG, 195 Stimmen (=20%). Von den drei DAGlern im BR wechselte einer später zur Gewerkschaft HBV und bildete eine Fraktion mit Sandberg und Becker. Die beiden anderen DAG-ler koalierten mit der IG Chemie-Linken bis zum Sommer dieses Jahres, als die Gewerkschaftsführer zum Angriff auf die Linken bliesen. Über parteipolitische Verbindungen – ob es die IG Chemie-, HBV- oder DAG-Sekretäre sind, so sind sie allesamt eingeschriebene SPD-Mitglieder – sorgten die Gewerkschaftsführer dafür, daß von der DAG-BR-Fraktion ein antikommunistischer Kurswechsel vorgenommen wurde.
4.) Sechs Sitze für die IG Chemie, 491 Stimmen (=48%). Die IG Chemie trat 1972 unter den Angestellten mit zwei Listen an, die beide gleichermaßen gewählt werden konnten.

Die Liste mit HV-Angestellten führten Kynast und Trampert. Der Wahlkampf richtete sich damals noch mit Unterstützung der IG Chemie-Führer, gegen die Politik des alten abgewrackten IG Bergbau-BR unter Sandberg für eine konsequent antikapitalistische Betriebsratsarbeit. Da sich die HV-Linken die ersten Listenplätze mit dem profilierten rechten IG Chemie-ler Tenge teilen mußten, konnten allerdings nicht alle der 380 Stimmen (= fünf Sitze, 35%) für diese Liste als Unterstützung der Linken gewertet werden. Die zweite IG Chemie-Liste mit Wilhelmsburger Angestellten erhielt 100 Stimmen und einen Sitz (ca. 10%). Gewählt wurde Weidner, ein Rechter.

Damit ergab sich 1972 im Betriebsrat folgende Situation:
Auf der Rechten stand die Sandberg-Liste (IG Bergbau, später HBV), rechts daneben die „Freie Liste" Pölle/Preishofen (vier Sitze). Die DAG hatte den Wahlkampf von „links" vor allem gegen die Sauereien des Sandberg-Betriebsrates geführt (drei Sitze).

Die IG Chemie-Sitze verteilten sich auf Linke und Rechte gleichermaßen, wobei insgesamt die Linken eine Mehrheit stellten (fünf zu drei). Solange die Linken die Unterstützung der Gewerkschaftssekretäre noch hatten, mußten die rechten IG Chemie-ler in der HV und in Wilhelmsburg nolens volens die Politik der gesamten IG Chemie-Fraktion im BR mitmachen, es sei denn, sie traten wie Pölle aus der IG Chemie aus und verbündeten sich mit Preishofen.

Die fünf linken Betriebsräte (einschließlich des linken Arbeiter-BR) stellten somit nur ein Drittel der BR-Sitze, hatten aber in der größten Fraktion die Mehrheit und konnten somit maßgeblich die BR-Politik bestimmen. Kynast wurde zum Vorsitzenden gewählt, zwei Freistellungen gingen an Linke und eine an Tenge. Die Linken wußten natürlich, daß die Zusammenarbeit mit Tenge und Weidner nur formalen Charakter trug und versuchten daher ein Bündnis mit den DAG-Betriebsräten aufzubauen, die sich ebenfalls entschieden im Wahlkampf gegen die kapitalistenfreundliche Sandberg-Politik ausgesprochen hatten. Um die DAG-Betriebsräte für eine Unterstützung der linken Betriebsratsarbeit zu gewinnen, wurden sie an wichtigen BR-Ausschüssen beteiligt. Durch diese Bündnispolitik gelang es dann den Linken, nach dem raschen Bruch mit den IG Chemie-Rechten die hauchdünne linke Mehrheit mit den drei DAG-Stimmen immerhin über fast eine BR-Periode, nämlich 2 1/2 Jahre, zu sichern. (Im einzelnen hat es natürlich zwischenzeitlich kleinere Veränderungen gegeben, deren Darstellung allerdings viel Platz beanspruchen würde und wenig Neues bringt.)

Vergleicht man jetzt die Angestellten-Stimmen von 1972 mit denen von heute, so läßt sich folgendes feststellen: Die Linken teilten sich 1972 mit Tenge in 38% der Stimmen, heute haben sie allein 35% der Stimmen erreicht. Von diesen Stimmen sind allerdings ca. 50 (= 5%) neu aus Wilhelmsburg hinzugewonnen worden, da auf der Kynast/Trampert-Liste inzwischen auch eine Reihe fortschrittlicher Wilhelmsburger kandidierten. Im Bereich der Hauptverwaltung wurden somit die Stimmen für die Linken gehalten, vielleicht sogar gering vermehrt, ohne daß jedoch, wie teilweise erwartet, ein größerer Einbruch zugunsten der Linken eintrat.

Größere Veränderungen ergaben sich auf Seiten der Rechten: Die offizielle IG Chemie-Liste mit Wilhelmsburger Anhängern von Kodolitsch bekam nur rund ein Drittel ihrer 145 Stimmen insgesamt in Wilhelmsburg und mußte sich damit die Wilhelmsburger Angestelltenstimmen mit den Linken teilen. Die restlichen zwei Drittel stammten aus der Konkursmasse der Sandberg- und Preishofen-Liste 1972 und dem restlichen Tenge-Anhang. Sandberg, Tenge und Preishofen selbst hatten auf eine eigene Kandidatur verzichtet und lieber zugunsten der rechten IG Chemieliste die Werbetrommel gerührt.

Den größten Teil der früheren Sandberg- und Preishofenstimmen kassierte allerdings die DAG, die ihren Stimmenanteil verdoppelte. Mit sieben Sitzen stellt sie in Zukunft im BR die größte Fraktion. Zusammen mit den IG Chemie-Rechten kann die DAG in Zukunft mit klarer Mehrheit (neun zu sechs) den BR-Kurs bestimmen. Auf der konstituierenden Sitzung des Betriebsrates wurden denn auch die Freistellungen und Besetzung der wichtigsten BR-Ausschüsse unter dieser Koalition aufgeteilt.

Somit werden die Linken im neuen Betriebsrat eine Oppositionsrolle einnehmen müssen, obwohl sich ihr Stimmenanteil nicht verringert hat. Doch die Kräfte des Gegners sind heute nicht mehr zersplittert und untereinander vielfach verfeindet, wie noch 1972, sondern klar gegen die Linken verbündet.

Der Antikommunismus, eine schwere Hürde

Das Ergebnis der Texaco-Betriebsratswahlen zeigt deutlich, daß sich heute noch mit antikommunistischer Hetze jedem Ansatz konsequenter antikapitalistischer gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb schwere Schläge versetzen lassen. Denn was die gewerkschaftliche Arbeit in der HV und Wilhelmsburg im allgemeinen und im besonderen im Betriebsrat anbetraf, hatten die Linken im Wahlkampf alles zu bieten, die DAG aufgrund ihrer früheren Zusammenarbeit mit den Linken ein paar kleine Bröckchen und alle andern nichts. So hatten die Linken in den letzten 2 1/2 Jahren die Arbeit des BR überhaupt erst in den Betriebsteilen bekannt gemacht. Betriebsversammlungen zu Kontrollinstrumenten der Belegschaft ausgebaut, auf denen sich die Kollegen nicht nur informierten, sondern auch in Abstimmungen die BR-Arbeit bzw. -entscheidungen beurteilten, aus dem BR heraus die „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" als Betriebszeitung entwickelt etc. Durch diese Arbeit konnten nicht nur die alltäglichen Sauereien der Kapitalsiten z.B. bei „personeller Einzelmaßnahmen" wie Kündigungen, Versetzungen etc. verhindert oder stark eingeschränkt werden, sondern auch einige für die gesamte Belegschaft einschneidende Projekte wie u.a. eine neue verschärfende Arbeitsordnung, ein übles Beurteilungssystem der Angestelltenleistungen usw. während dieser Zeitspanne verhindert bzw. aufgeschoben werden.

Dagegen hatten die Gewerkschaftsführer nur Antikommunismus aufzubringen. Die Diffamierungskampagne begann mit dem Flugblatt der offiziellen IG Chemie-Liste, nach dem „der KB" den Betriebsrat der Texaco HV mit Hilfe der „Kommunistenliste" um Kynast und Trampert zu „seinem Experimentierfeld" machen wolle.

Anschließend brachten v. Kodolitsch-Leute genau am Morgen vor der Wahl – um eine Stellungnahme der Linken zu verhindern – „neue Enthüllungen". Dieses Papier war ganz im Stil des gegen Kynast im Sommer verteilten IG Chemie-Papiers von dem rechten Grasbrooker Texaco-Betriebsrat Obes gehalten (siehe AK Nr. 42).

Nur Tenge, nicht einmal die Kandidaten der IG Chemie-Liste, fand sich von der Texaco bereit, dieses Schweinspapier zu verteilen, so daß die IG Chemie-Führer auf andere DGB-Sekretäre und Studenten der „Hochschule für Wirtschaft und Politik" für den Verteiler zurückgreifen mußten.

Bei dem sechsseitigen Papier (Auflage ca. 1.500) handelt es sich um eine auf drei eigenen Seiten geschickt „zubereitete" Austrittserklärung aus der „KPD/ML" (ZB), die wohl von Kynast 1970 verfaßt wurde. In dieser grenzte sich Kynast von der sektiererischen Kraftmeierei dieser inzwischen längst insgesamt eingegangenen Gruppe ab. Interessant ist dabei die Herkunft dieses Papieres: Es wurde auf einem Gerichtstermin um eine von Kynast beantragte und gewonnene „Einstweilige Verfügung" gegen das Obes-Papier der IG Chemie vom Rechtsanwalt Klooß aus der DGB-Staranwaltskanzlei Weiland und Partner aus der Tasche gezogen. Man kann sicherlich davon ausgehen, daß Weiland als Geschäftsführer der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft über ausgezeichnete Verbindungen zum früheren Ressort des derzeitigen Bürgermeisters Klose verfügt, der als Innensenator den Verfassungsschutz kommandierte. Zielstrebig übernahmen die IG Chemie-Führer in ihre eigene „Einführung" in die Austrittserklärung die Passagen, die in das von ihr gezeichnete Kommunistenbild passen sollten: *„Bevor ich aber mit Kampfhandlungen beginne, muß ich ... einen Plan entwerfen, dessen Ausführung den Feind vernichtet, der Arbeiterklasse selbst aber möglichst wenig Verluste zufügt"*, oder *„die Partei kann nur von oben nach unten aufgebaut werden"*. Nachdem so Kynast geschickt als blutrünstiger Antidemokrat dargestellt ist, der aus der KPD/ML zwar ausgetreten ist, aber bloß, weil sie ihm noch längst nicht revolutionär genug war, folgt dann per Faksimile die Austrittserklärung „des Genossen Helmut Kynast", mit einer Abbildung Mao-tse-tungs rechts daneben. Das verfehlte natürlich bei breiten Teilen der Angestellten nicht die von den Gewerkschaftsführern erhoffte Wirkung. Hinzu kam der besondere Zeitpunkt der Wahl: Sie begann am Montag nach dem Wochenende, an dem Holger Meins gestorben und Drenkmann erschossen worden war und die antikommunistischen Hetztiraden insgesamt einen Höhepunkt erreichten.

Wenn auch die Methoden der IG Chemie-Führer in der Auseinandersetzung mit Kynast im allgemeinen verurteilt wurden und somit die Hetze keineswegs der IG Chemie-Liste zugute kam, so entschlossen sich eine größere Anzahl zur Wahl der für sie dann akzeptableren DAG-Liste. Schließlich hatte sich diese Liste „fortschrittlich und nichtkommunistisch" im Wahlkampf vorgestellt. Vor allem im Bürohaus am Mittelweg scheinen die Linken dadurch erheblich Stimmen verloren zu haben. Dort sind die Angestellten isoliert und haben wenig Kontakt untereinander gegenüber dem mit Großraumbüros ausgestatteten Bürohaus Steindamm. Hieraus läßt sich schlußfolgern, daß die antikommunistische Hetze dort am wenigsten verfangen hat, wo den Angestellten persönlich bzw. durch Gespräche von Kollegen die gewerkschaftliche Arbeit der Linken bekannt war. Der Wählerkreis der Linken stammte des weiteren aus den Abteilungen, in denen linke Vertrauensleute arbeiten und den reglemäßigen Besuchern der Betriebsversammlungen.

Insofern hat die Arbeit der Linken zwar noch nicht dazu geführt, unter der Texaco-Belegschaft HV und Wilhelmsburg eine Mehrheit für ihre Politik zu gewinnen, andererseits aber einen breiten Kreis von über einem Drittel der Wähler zu gewinnen. Dabei sind die Stimmen für die Linken jetzt ganz anders zu bewerten als 1972: Damals handelte es sich im wesentlichen um Protestwähler gegen den alten Sandberg-Betriebsrat, die ihre Stimme einer fortschrittlich auftretenden **offiziellen** IG Chemie-Liste gaben. Jetzt waren es Stimmen für eine Liste, die von den Gewerkschaftsführern als „gewerkschaftsschädigend" diffamiert wurde und über deren Führer Kynast in den letzten Monaten kübelweise antikommunistischer Dreck gekippt wurde.

Kynast und die gesamte Liste sind trotz dieses Drucks nicht zurückgewichen und haben sich nicht vom Kommunismus distanziert. Unter diesen Umständen muß man das Ergebnis der Texaco-BR-Wahlen als einen Erfolg linker Politik ansehen,

➡

Texaco, Hamburg:

IG Chemie zieht Trennungsstrich

Trennungsstrich

Anfang Dezember letzten Jahres hat die IG Chemie-Führung allen Mitgliedern dieser Gewerkschaft aus den Betrieben Hauptverwaltung und Wilhelmsburg in einem vierseitigen Schreiben mitgeteilt, daß sie jetzt den „Trennungsstrich" zu den linken Angestellten um Kynast und Trampert gezogen habe. Die 13 IG Chemie-Mitglieder, die zusammen mit den Ausgeschlossenen auf der Liste Kynast/Trampert kandidiert hatten, wurden aus der Gewerkschaft wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" ausgeschlossen. Am Schluß dieses Schreibens heißt es:

„Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!
In der gewerkschaftlichen Arbeit stehen wir (d.h. die IG Chemie-Führer, die Red.) *aufgrund des Verhaltens dieser Mitglieder bei der Deutschen Texaco AG an einem neuen Beginn.*

Mit der aktiven Unterstützung aller Mitglieder müssen wir das durch Helmut Kynast und Rainer Trampert und deren Sympatisanten (d.h. der übergroßen Mehrheit des gewerkschaftlichen Vertrauensleute!) *verspielte Vertrauen der Belegschaft für die IG Chemie wieder zurückgewinnen".*

Unter den IG Chemie-Mitgliedern selbst sind die Maßnahmen der IG Chemie-Führer allerdings auf breiten Protest gestoßen. Eine ganze Reihe von Kollegen trat aus der IG Chemie aus, andere forderten die Linken auf, die Fortsetzung der gewerkschaftlichen Arbeit auch organisatorisch durch den Aufbau eines Vereins abzusichern. (Wir werden darüber demnächst berichten).

Gegen den Ausschlußantrag haben alle 13 Betroffenen eine einheitliche Stellungnahme an den Hauptvorstand der IG Chemie verfaßt.

Die Stellungnahme setzt sich u.a. mit dem Vorwurf der Gewerkschaftsführer auseinander, die 13 Kollegen hätten auf einer Liste mit Kynast und Trampert kandidiert, als gegen beide schon ein Ausschlußverfahren eingeleitet war:

„Wir fragen Sie, mit wem hätten wir eine Liste bilden sollen? Wir Mitglieder der Liste zwei sind schließlich diejenigen, die die Vertrauensleute-Arbeit getragen haben und die die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Belegschaft aktiv vorangetrieben haben. Obwohl die Verwaltungsstelle (der IG Chemie) eine politische Diffamierungskampagne gegen die Liste zwei geführt hat, erhielt die Liste die Unterstützung von 352 Kollegen, während die übrigen ‚Vertrauensleute' der Hauptverwaltung noch nicht einmal eine Liste zusammenbrachten ...

Auf den Vorwurf, wir hätten gegen die Satzung verstoßen, gehen wir hier gar nicht ein, weil zwischen Satzung, Richtlinien und Mitgliederinteressen nur formale Zusammenhänge bestehen. Satzung und diese Richtlinien werden doch neuerdings von Ihnen so häufig im Munde geführt, wenn es gilt, Mitglieder zu reglementieren, die Ihnen nicht aus der Hand fressen. Diese kleinen weißen Heftchen werden immer dann aus der Tasche gezogen, wenn man auf die eigene Fragwürdigkeit gestoßen ist ...

Wie wäre es, wenn die Gewerkschaftsführung stattdessen sich einmal mit unseren Standpunkten und Analysen auseinandersetzen würde. Bisher hat sie, um dieser Auseinandersetzung zu entgehen, zur Satzungsgewalt gegriffen".
(Es folgen die 13 Unterschriften). ●

Betriebszelle Texaco
HV/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Texaco

der für die Verhältnisse westdeutscher Gewerkschaftsarbeit hervorsticht.

Die Arbeit der Texaco-Linken und die damit verbundene Kandidatur zum Betriebsrat auf einer von der Gewerkschaftsführung nicht genehmigten BR-Liste unterscheidet sich damit sowohl von „Oppositionslisten", wie sie in den Betriebsratswahlen 1972 vor allem von Mitgliedern superlinker Organisationen eingereicht wurden als auch von linkssozialdemokratisch geführten Listen, wie z.B. der Liste Hoss bei Daimler-Benz/Untertürkheim.

Die „superlinken" Organisationslisten wurden in der Regel aufgestellt, ohne daß vorher eine Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung stattgefunden hatte, die tatsächlich auf dem Boden einer entwickelten gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb stand. Zwar gelang es diesen „Überraschungslisten" häufig, einen Teil der Protestwähler auf die Schnelle „einzusacken", wenn sich ein rechts-sozialdemokratischer Betriebsrat diskreditiert hatte. Ohne daß damit ein Grundstein einer konsequenten antikapitalistischen Gewerkschaftsarbeit gelegt wurde, die dem Antikommunismus durch Taten der Linken den Boden so weit entzog, daß beim ersten demagogischen Angriff der Gewerkschaftsführer den Linken nicht sofort der Boden unter den Füßen weggeputzt werden kann.

Die linkssozialdemokratischen Oppositionslisten haben dagegen in der Regel durchaus eine gestandene Gewerkschaftsarbeit im Betrieb vorzuweisen. Der gegen sie genauso geführten antikommunistischen Hetze versuchen sie allerdings dadurch zu entgehen, daß sie sich ständig von einer entschieden linken Politik und insbesondere vom Kommunismus abgrenzen, zurückweichen und stattdessen der herrschenden rechten SPD-Politik in der Gewerkschaft den einen oder anderen „linken" Schnack eines Gewerkschaftsführers entgegenhalten, mit dem sie so ihre eigene Politik als „rechtmäßig" zu begründen suchten. Das führt letztendlich dazu, daß sich die gewerkschaftliche Arbeit und die sie tragenden Kollegen trotz der offensichtlichen Sauereien „ihrer" Sekretäre bzw. rechten Betriebsräte nicht aus dem Einfluß der Sozialdemokratie lösen kann und damit ohnmächtig bleibt. ●

Betriebszelle Texaco
HV/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

Beiersdorf, Hamburg:

Max Ganschow macht mit „rotem Terror" Schluß

Nachdem es der IG Chemie-Gewerkschaftsführung und maßgeblichen Betriebsräten und Vertrauensleuten bei Beiersdorf in den letzten Monaten gelungen ist, systematisch die Rechte der Kollegen und besonders der gewerkschaftlichen Vertrauensleute einzuschränken, wird die Hetze gegen linke Kollegen bei Beiersdorf immer hektischer und offener. Die Betriebsratswahlen nahen!

Im Juni 74 verabschiedete der Betriebsrat (SPD) klammheimlich, ohne jede Diskussion unter den Vertrauensleuten oder Kollegen, eine neue Geschäftsordnung für Betriebsversammlungen, die ihm reichlich Spielraum gibt, ihm unliebsame Auftritte linker und fortschrittlicher Kollegen zu unterbinden. U.a. wurde für „einfache" Kollegen die Redezeit auf fünf Minuten begrenzt, während die Betriebsräte für sich und die geladenen Gewerkschaftssekretäre das Recht herausnahmen, jederzeit und beliebig lang in die Diskussion einzugreifen. Kollegen dürfen nur „zur Sache" sprechen, was das ausschließt oder einbezieht, bestimmt allein der BR, der jeden Redner beliebig lang und oft unterbrechen, ihm das Wort entziehen und sogar von der Versammlung ausschließen kann.

Im Oktober zog der Vertrauensleutevorstand (ebenfalls SPD) unter Führung von Herbert Sinnen nach. Er arbeitete eine Geschäftsordnung für die Vertrauensleutekörpersitzungen aus, die das gleiche Ziel wie die des Betriebsrats hat.

Vier linken Vertrauensleuten (da-

für die Vertrauensleutekörpersitzungen aus, die das gleiche Ziel wie die des Betriebsrats hat.
Vier linken Vertrauensleuten (da-

runter einem Vorstandsmitglied und einem Mitglied der Tarifkommission der IG Chemie) wurde das Mandat entzogen (=Funktionsverbot, Ausschluß aus dem VLK), als sie ein Flugblatt mitunterschrieb, das gewerkschaftliche Kollegen bei Beiersdorf zu einer innerbetrieblichen Lohnerhöhung herausgaben, bei der sich die Gewerkschaftsführung ansonsten nicht engagierte.

Seit November haben Gäste im Vertrauensleutekörper keinen Zutritt mehr.

Auf der letzten Betriebsversammlung am 12.11. plante der Betriebsratsvorsitzende Max Ganschow sehr gezielt seinen Auftritt. Er entleerte seinen Schmutzkübel, nachdem mehrere fortschrittliche Kollegen Fragen gestellt hatten, die Probleme der Kollegen (wie anstehende und durchgeführte Versetzungen, Zwangsurlaub, Streichung von Sozialleistungen, Stellenbeschreibung für Angestellte, Arbeitshetze) betrafen.

Die Fragen wurden sowohl an die Geschäftsleitung als auch an den Betriebsrat gestellt, und es wurde selbstverständlich nicht mit Kritik am Betriebsrat gespart, der z.B. gegen die Versetzung einiger Kollegen von Harburg-Hausbruch nach Eimsbüttel (Wegstrecke ca. 30 km Stadtverkehr!) nichts tat und die sich dann ergebenden Probleme so löste, daß er meinte, man solle froh sein, daß es „nur" zu Versetzungen gekommen sei, die Geschäftsleitung hätte noch ganz andere Maßnahmen ergreifen können!! So sagte es der Betriebsratsvorsitzende Olaf Harder, der übrigens für den nächsten Betriebsrat nicht mehr kandidiert, da er in der Personalabteilung des Betriebes seine endgültige (?) politische Heimat gefunden hat.

Fünf Minuten vor normalem Feierabendschluß (die meisten Kollegen gehen der Erfahrung nach zu diesem Zeitpunkt) stürmte Max Ganschow ans Rednerpult und ließ eine vorbereitete Rede gegen „die Leute", die sich hier ständig zu Wort melden", los. Ihm sei bekannt, „von welcher Fakultät" diese Leute seien, nämlich vom KB. Das seien die gleichen, die vor dem Tor die „roten Schmierblätter" verteilen würden. Dies ist an sich nichts Neues von Max Ganschow. Besonders war jedoch, daß er diesmal noch einen Schritt weiter ging und namentlich einige angebliche KB-Mitglieder bei Beiersdorf benannte. Zum Abschuß freigegeben? !

Auf der anschließenden Vertrauensleutesitzung ging es dann gleich weiter. Als eine Kollegin das Verhalten Max Ganschows auf der Betriebsversammlung zaghaft als gewerkschaftsschädigend bezeichnete, ließ Max Ganschow die gleichen Tiraden vom Stapel wie auf der Betriebsversammlung und stellte zum Schluß die Frage:

„Wie sonst kann ich mich gegen Terror schützen? " (!!!)

Max Ganschow ist übrigens nur ein Exponent der Hetze gegen links. Der Betriebsrat stellte sich fast insgesamt hinter seine Ausführungen. Sie seien zwar „taktisch nicht klug" gewesen, ansonsten aber wahr.

Demzufolge beeilte sich Herbert Sinnen (Vertrauensleutekörpervorsitzender) auch, in den nach der Betriebsversammlung schleunigst herausgegebenen Mitteilungen der Gewerkschaftsführer bei Beiersdorf „Gestern, Heute, Morgen", Max Ganschow voll abzudecken.

Diese Leute, die da immer auf Betriebsversammlungen ihren Mund aufmachten, *„vermögen uns gar nicht zu vertreten, weil sie es nämlich nicht können"*. Denn:*„Dazu fehlt diesen Rednern ja auch jedes Wissen um Gesetze, Bestimmungen und Fakten, die die Geschäftsleitung in Verlegenheit oder Zugzwang bringen könnten."*

Herbert Sinnen weiter:

„Mein Wunsch daher, gehen wir wieder verstärkt zur Betriebsversammlung, denn es muß noch deutlicher werden, daß wir mit diesen Pöblern nichts gemein haben."

Anscheinend haben die rechten Sozialdemokraten bei Beiersdorf, die derzeit noch den Betriebsrat und Vertrauensleutekörper beherrschen, große Angst, daß es den Kritikern der bisherigen gewerkschaftlichen „Arbeit" im Betrieb gelingt, bei der Betriebsratswahl Anfang nächsten Jahres gegen Ganschow und Co. anzutreten. ●

Betriebszelle Werk I Beiersdorf,
KB/Gruppe Hamburg

Texaco:

Vergleich unter Kapitalisten — — über 100 Kollegen werden entlassen —

Als die Texaco 1968 die DEA (Deutsche Erdöl AG)aufkaufte, übernahm sie auch deren mineralölfremde Be-
nicht konkret geäußert hat. Hier arbeiten 150 Kollegen.
Die Arbeiter dieser Werke hatten

Als die Texaco 1968 die DEA (Deutsche Erdöl AG)aufkaufte, übernahm sie auch deren mineralölfremde Betriebe. Dazu gehörten in Nordrhein-Westfalen mehrere Kohlezechen und die beiden mit Kohle betriebenen Kraftwerke Rheinpreussen in Homberg und Bismarck in Gelsenkirchen.

Gleichzeitig stieg die Texaco in einen Vertrag ein, nach dem der Hauptanteil der Stromleistung an die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) verkauft werden muß. Die RWE hat das Stromversorgungsmonopol in Nordrhein-Westfalen. Das Aktienkapital ist zwar mehrheitlich in Händen privater Kapitalisten, durch Vorzugsaktien (20-faches Stimmrecht pro Aktie) hat die „öffentliche Hand" jedoch eine garantierte Stimmenmehrheit.

Die Texaco stürzte sich vorrangig auf den Mineralöl- und Chemiemarkt und bemühte sich von Anfang an, „artfremde" Betriebe möglichst profitbringend abzustoßen. Das gelang ihr sehr schnell auf dem Gebiet der Kohleförderung. Mit Gründung der Ruhrkohle AG wurden einige Zechen gegen hohe Abfindungen abgegeben, später wurden die restlichen Zechen gegen hohe staatliche „Entschädigungsprofite" stillgelegt.

Ebenso versuchte die Texaco, ihre veralteten Kraftwerke zu verkaufen. Die RWE, einziger potentieller Käufer, hatte jedoch inzwischen ihre Kapazitäten erheblich erweitert und kam somit als Käufer für die im Vergleich unrentableren Anlagen nicht mehr in Frage.

Für die Texaco blieb damit als Zielsetzung, ohne sich auf diesem Sektor besonders zu engagieren, noch möglichst lange Profite herauszusaugen. Sie beschritt dabei zwei Wege. Einmal wurde kaum noch investiert, zum anderen legte die Texaco die Preisklausel im Vertrag mit der RWE derart zu ihren Gunsten aus, daß die RWE sich seit 1968 weigerte, den in Rechnung gestellten Preis zu bezahlen. Seit 1968 prozessierten daher RWE gegen Texaco.

Die RWE hatten, den hohen Preis im Rücken und eine Vertragslaufzeit bis 1979 vor Augen, seitdem nur ein Interesse, möglichst ohne grosse Verluste aus dem Vertrag entlassen zu werden.

Am 22. Oktober 1974 streiften beide Kapitalisten endlich ihr gemeinsames Problem ab. Sie schlossen einen Vergleich.

Die RWE zahlt an Texaco rückwirkend ab 1968 den geforderten Strompreis nach (mehrere Millionen DM). Die Texaco entläßt die RWE aus dem Vertrag.

Da ein neuer Stromabnehmer nicht in Aussicht steht, entledigt sich die Texaco gleichzeitig ihrer Kraftwerke, die Millionen-Profite sicher in der Tasche.

Bis Mai 1975 wird zunächst der Hochdruckteil des Kraftwerkes Bismarck stillgelegt. Diese Maßnahme kostet über 100 Kollegen der insgesamt 209 Arbeiter bei Bismarck ihre Existenz. Der Rest wird bis spätestens 1979 geschlossen. Das zweite Kraftwerk (Rheinpreussen) ist ebenfalls von einer Stillegung bedroht, obwohl der Ölkapitalist sich dazu noch nicht konkret geäußert hat. Hier arbeiten 150 Kollegen.

Die Arbeiter dieser Werke hatten in den letzten Jahren besonders unter kapitalistischer Willkür zu leiden. Ein großer Teil unter ihnen war bereits vor wenigen Jahren bei den Zechenstillegungen arbeitslos geworden und hatte anschließend in den Kraftwerken wieder Arbeit gefunden.

Arbeit wird es jetzt kaum für sie woanders geben. Gelsenkirchen liegt mit fast sechs Prozent Arbeitslosen an der Spitze der BRD-Städte. Viele Kollegen hoffen deshalb auf vorzeitige Rente. Ihr Betriebsratsvorsitzender (DKP-Mitglied) kämpfte wenigstens um die Erhaltung der Arbeitsplätze. So versuchte er rechtzeitig und breit die Presse einzuschalten, die sogar entgegen den Vorstellungen der beteiligten Kapitalisten umfangreich über die geplante Stilllegung und den Einsatz des Betriebsratsvorsitzenden berichtete.

In einem Brief des BR-Vorsitzenden an NRW-Ministerpräsident Kühn heißt es:

„Das Kraftwerk könne bei seinem technischen Zustand durchaus den ständig steigenden Energiebedarf dekken ... es habe bisher mit überdurchschnittlichem Gewinn gearbeitet (!) ... man könne es sich nicht erlauben, Konzerninteressen vor Belegschaftsinteressen gelten zu lassen ... die Sicherung der Arbeitsplätze hätte Vorrang vor jeder anderen Überlegung".

Diese Appelle an die „Vernunft" der Kapitalisten und ihres Staates werden allerdings wenig nutzen.

Ganz abgesehen davon, daß ein Sozialdemokrat in Diensten des kapitalistischen Staates zwar Verständnis über ihre Sorgen beteuern, ansonsten aber keinen Finger für die betroffenen Kollegen krümmen wird, trifft er in diesem Fall direkt mit seinen Wünschen auf einen beteiligten Kapitalisten. Heinz Kühn steht als vorrangiger Vertreter der „öffentlichen Hand" voll hinter dem Beschluß seiner SPD-„Genossen", die im Aufsichtsrat der RWE schließlich diesen Vergleich mit der Texaco gesucht haben. Dazu gehören u.a. die Oberbürgermeister der Städte Essen und Trier und SPD-Kumpane Hesselbach, Chef der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft.

Entsprechend zynisch fällt dann auch die angesagte Hilfe der IG Bergbau aus. Ihr zuständiger Funktionär, Heinz Feige (Namen und Charakter stimmen rein zufällig überein, die Red.) äußerte mit erhobenem Zeigefinger gegenüber der Presse : „Wieder einmal hat sich erwiesen, daß die Texaco ein gewerkschaftsfeindliches Unternehmen ist. Doch auch die Texaco wird sich daran gewöhnen müssen, daß es Gesetze gibt, die sie zu beachten hat".

In den Aufsichtsräten stimmen sie dem Vergleich im vollen Bewußtsein der Konsequenzen zu, hinterher versuchen sie sich mit wohlklingenden Sprüchen gegen den Unternehmer reinzuwaschen. ●

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Beiersdorf — Kollegen werden erpreßt
Tagen nicht zur Arbeit gehen. Das Vorgehen der Geschäftsleitung kommt also einer glatten Erpressung gleich!

Beiersdorf — Kollegen werden erpreßt

Die Geschäftsleitung der Beiersdorf AG Hamburg hat zwischen Weihnachten und Neujahr in einigen Abteilungen der Werke I (Hamburg-Eimsbüttel) und IV (Hamburg-Hausbruch, ca. 30 km von Eimsbüttel entfernt) eine Kurzarbeitssituation herbeigeführt: Geht das Geschäft auf dem Arzneimittelsektor und Kosmetiksektor ausgezeichnet, so mußten die Beiersdorf-Kapitalisten die Produktion im Bereich Tesa bzw. technischer Klebebänder etwas drosseln. Die für 1974/letztes Quartal gewünschten Soll-Zahlen in der Tesaproduktion mußten wegen der Marktentwicklung um 8 % runtergeschraubt werden.

Für die Kollegen in diesen Abteilungen beider Werke hatte das sogleich unangenehme Folgen. Die Geschäftsleitung versuchte, den Kollegen bezahlten oder unbezahlten Urlaub aufzuzwingen. Wer zwischen Weihnachten und Neujahr in diesen Abteilungen arbeiten wollte, wurde in andere Abteilungen versetzt, allerdings mit der Bemerkung, daß man noch nicht wüßte, ob im Januar der Kollege in seine alte Abteilung zurück kann. So wollte man erreichen, daß die Kollegen entweder Tarifurlaub für diese Tage nehmen oder auch unbezahlten Urlaub.

Üblicherweise steht es aber den Kollegen zu, selber zu entscheiden, ob sie arbeiten wollen oder an diesen Tagen nicht zur Arbeit gehen. Das Vorgehen der Geschäftsleitung kommt also einer glatten Erpressung gleich!

Nach unserem bisherigen Wissen waren vor Weihnachten bereits neun Kollegen davon betroffen, die von Hausbruch (Werk IV) nach Eimsbüttel (!) versetzt wurden. Insgesamt sollen in Hausbruch 154 Kollegen betroffen sein!

Der Betriebsrat, bestehend aus größtenteils rechten Sozialdemokraten um Ganschow (auch innerhalb der IG Chemie-Hamburg ein profilierter Rechter) bejammerte zwar die Tatsache, daß die Geschäftsleitung diesen Schritt tat, ohne dies rechtzeitig mit ihm abzusprechen (wo man sich doch so bemüht, den Kapitalisten alles recht zu machen), das war aber dann auch schon alles.

Ein Betriebsrat, Herr Olaf Harder, äußerte sich sogar so, daß die Kollegen „froh darüber sein sollten, daß sie überhaupt weiterbeschäftigt werden . . . "

Mit derartigen „Vertretungsorganen" kann sich die Geschäftsleitung natürlich der frechsten und illegalsten Methoden bedienen. „Kleinigkeiten" fallen logischerweise vollkommen unter den Tisch: wurde früher jedem Kollegen 10,- DM bezahlt, der von Hausbruch aus nach Hamburg rein mußte und umgekehrt, werden jetzt bestenfalls 3,- DM locker gemacht! ●

Betriebszelle Werk III Beiersdorf,
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Stahlwerke (HSW)

Gefeuerter VK-Vorstand für drei Jahre aus der IGM ausgeschlossen

Nach dem Motto „Wer bei den Kapitalisten unbeliebt ist, gehört auch nicht in die IGM", wurden drei im Januar 74 gefeuerte VK-Vorstandsmitglieder bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) für drei Jahre aus der IGM ausgeschlossen!

Was war dem vorausgegangen:

- durch einen Willkürakt der IGM-Führung und der rechten Betriebsratsmehrheit wurde durch Ernennung von „ausgesuchten" Vertrauensleuten das Mehrheitsverhältnis im VK zugunsten der Rechten verändert,
- der linke VK-Vorstand wurde mit dieser neuen Mehrheit abserviert.
- Dann stellte der BR bei der HSW-Geschäftsleitung den Antrag, die drei Kollegen zu entlassen.
- Diese tat nichts lieber als das. Gemeinsam mit dem BR wurde das Kündigungsschreiben aufgesetzt.

Zu diesem Zwecke wurden dann allerhand „Gründe" zusammengebastelt:

- „Störung des Betriebsfriedens",
- Beleidigung des Betriebsrates und der Geschäftsleitung,
- Mitgliedschaft – man lese und staune – im KB, im KBW, in der „KPD" und der „KPD/ML",
- Verweigerung der verlangten Distanzierung von einem DKP-Flugblatt, u. a. m.

Wie „stichhaltig" diese Lügen waren, machte selbst das bürgerliche Arbeitsgericht in zwei Instanzen klar: **Die Kündigungen wurden in allen Punkten abgelehnt!!** (Der AK berichtete darüber).

In dem Urteil der ersten Instanz heißt es dazu: ***„Hier sollen unter falschen Voraussetzungen unliebsame Kritiker der Geschäftsleitung und der offiziellen Gewerkschaftspolitik gemaßregelt werden".***

„Was schert uns das Recht"

Das war die Devise der IGM-Führung, als es darum ging, über einen von ihren Handlangern (BR und VK-Mehrheit) eingeleiteten Ausschlußantrag gegen die drei zu entscheiden.

Es verwunderte bei diesem „Antrag" niemanden, daß das Kündigungsschreiben der HSW-Kapitalisten als Vorlage gedient hatte!

Als die drei Kollegen und ihre Vertreter vor der „Untersuchungskommission" der IGM einwandten, daß diese *„Lügen bereits vom Arbeitsgericht abgelehnt wurden"*, meinte der Gewerkschaftssekretär Ladehoff : *„Was kümmert uns das Arbeitsgericht, hier wird festgestellt, ob ihr gegen unsere Satzung verstoßen habt" (!).* Diese und ähnliche Äußerungen zeigten deutlich, daß es sich bei der Arbeit der „Untersuchungskommission" um eine Farce handelt, um selbst beim geplanten Ausschluß noch „innergewerkschaftliche Demokratie" vorzuspiegeln!

Obwohl keine der Behauptungen des Ausschlußantrages aufrechterhalten, geschweige denn bewiesen werden konnte, beantragte die Mehrheit der „ Untersuchungskommission " beim Hauptvorstand der IGM ein dreijähriges Verbot von Funktionen und Ausschluß von Versammlungen.

Im November (das „Verfahren" war bereits im Juni) erhielten die drei Kollegen dann Bescheid vom Hauptvorstand. In dem Schreiben heißt es u. a.: *„Die Untersuchungskommission kam zu dem Ergebnis, daß durch Dein Verhalten ... das Ansehen der IGM und ihrer Mitglieder geschädigt wurde und deshalb gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorlag. Der Vorstand der IGM hat ... beschlossen, Dich ... bis 10. Juni 1977 von Versammlungen und Funktionen auszuschließen".*

Gegen dieses willkürliche „Urteil" legten die drei beim Hauptvorstand Beschwerde ein. Daß sie hierbei keineswegs gewillt sind, sich einschüchtern zu lassen, sondern weiterhin konsequent für ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft kämpfen, macht ihr Einspruch deutlich. In einem Schreiben der Kollegen heißt es u. a.: *„Uns wundert nicht, daß Ihr bei Eurer Entscheidung selbst die Urteile bürgerlicher Gerichte mißachtet. Macht doch gerade dies um so mehr deutlich, daß es Euch weniger um die „objektive Wahrheitsfindung" geht, sondern unbequeme Kritiker der Gewerkschaftsführung und ihrer Politik mundtot zu machen!"* ●

HSW-Betriebszelle
KB Gruppe Hamburg

ÖTV Hamburg: Arbeitskreis Transport aufgelöst Friedhofsruhe oder konsequente Klassenpolitik ?

Das Jahr 1974 stand für die Hamburger ÖTV-Führung im Zeichen der Zerschlagung jeglicher Ansätze konsequenter Klassenpolitik innerhalb „ihrer" Gewerkschaft! So wurde im Mai der „Arbeitskreis Gesundheitspolitik", der mehrere Hundert gewerkschaftliche Aktivisten zählte, aufgelöst. Im Juni folgte die Herausgabe eines Sonderdrucks mit dem bezeichnenden Titel: „Was wollen die Chaoten? ", der an Demagogie alles in der Hamburger ÖTV bisher dagewesene überbietet (er gipfelt in der Behauptung, daß die Kommunisten die Schuld am Nazifaschismus trügen). Die große Funktionärsversammlung, bisher einzige Möglichkeit der Kollegen einmal im Jahr über ihre Vertrauensleute und Betriebsräte an der gewerkschaftlichen Willensbildung beratend „teilzunehmen", fand 1974 zum letzten Mal statt. Sie wurde danach abgeschafft! Auch die Jugendabteilung (der allgemein in den Gewerkschaften immer etwas mehr Freizügigkeit zugestanden wurde) blieb nicht verschont: Es wurde der erste Versuch gemacht, den „Arbeitskreis Universität" der dortigen Angestellten, Arbeiter und Lehrlinge zu zerschlagen (was allerdings an dem festen Willen der Kollegen zur Weiterarbeit scheiterte), Angriffe gegen fortschrittliche Kollegen im Bezirksjugendausschuß wurden immer massiver geritten und als Krönung wurde nun Ende des Jahres der „Arbeitskreis Transport" (AKT), der der Gewerkschaftsführung schon lange ein Dorn im Auge war, aufgelöst!

Angriffe zurückweisen!

Wie bereits im AK 51 berichtet, hat der AKT sich in seiner Arbeit nicht an den bestehenden „Bildungskonzepten" und an einer „reinen" (also isolierten!) Jugendpolitik orientiert. Wie wir damals berichteten, hat diese Lösung von der leider noch üblichen Praxis gewerkschaftlicher Jugendarbeit schon zu ersten Spaltungsversuchen von seiten der Gewerkschaftsführung (hier vertreten durch den Bildungssekretär D. Meike und die Jugendsekretärin M. Hoppe) geführt: Es wurde den Kollegen mitgeteilt, daß sie ab sofort nur noch reine Jugendarbeit zu machen hätten und daß Kollegen über 25 Jahre nicht mehr mitarbeiten können (siehe AK Nr. 51, S. 22).

Dieser erste Spaltungsversuch konnte jedoch mit der Einheit aller Kollegen zurückgewiesen werden! Die Gewerkschaftsführer gaben sich damit aber noch nicht geschlagen, sondern sie ließen sich immer neue Tricks und Schliche einfallen, um die Arbeit des AKT zu spalten und zu isolieren. Dies ging im wesentlichen so vor sich:

– Im Gegensatz zu der sonst in der ÖTV-Jugend üblichen Praxis, die Teamer (Schulungsleiter) für die einzelnen Arbeitskreise von oben einzusetzen (wobei man oft Studenten von der „Hochschule für Wirtschaft und Politik" den Vorzug gab, da diese meistens von der „Stiftung Mitbestimmung" und somit vom Wohlwollen der Gewerkschaftsführung abhängig sind), wählte sich der AKT Teamer aus seiner Mitte, die mit den praktischen Problemen in den Betrieben bestens vertraut sind.

Die vom AKT nun neu gewählten Teamer wurden von der ÖTV-Führung jedoch nicht bestätigt. Stattdessen konnte man auf Umwegen erfahren, daß studentische Teamer bereits begestellt sind!!

– Teamer sollen in Zukunft so und so nur noch diejenigen werden, die auch an regelmäßigen „Teamerschulungen" und an einem einmal pro Jahr stattfindenden Wochen-Seminar teilnehmen, was für die berufstätigen AKT-Mitglieder praktisch unmöglich ist.

– Die Teilnahme an Wochenendseminaren wurden dem AKT drastisch gekürzt (Beschränkung der Teilnehmerzahl auf 15 statt bisher 25-30 Kollegen) und per Erlaß für Kollegen über 25 Jahre als unzugänglich erklärt.

Wochenendseminare dienen den Gewerkschaftsführern im allgemeinen dazu, ihre vorgefertigten „Bildungsstufen" durchzuziehen, die zwar für die betriebliche Gewerkschaftsarbeit den Kollegen nicht viel bringen, dafür aber für die sozialdemokratischen „Reform"illusionen kräftig die Werbetrommel rühren.

Dem AKT geht es auf seinen Wochenendseminaren (deren Inhalte er auch selbst bestimmt) jedoch darum, die eigene gesellschaftliche Lage zu analysieren und deutlich zu machen, sowie Strategien und Taktiken zu erörtern, damit diese Lage verändert werden kann. Man versucht sich also Klarheit darüber zu erarbeiten, wer in unserer Gesellschaft die Macht hat, warum das so ist und wie man das ändern kann.

Im Rahmen dieser politischen Bildungsarbeit hatten sich die Kollegen z.B. für 1974 folgende Themen gestellt, über die sie auf insgesamt neun Wochenendseminaren diskutierten:

1) **politische Ökonomie** (Bedingungen und Auswirkungen der kapitalistischen Produktion, sowie unsere Änderungsmöglichkeiten an Hand des Textes „Lohnarbeit und Kapital" von Karl Marx)

2) **Betriebsarbeit** (Analyse der bisher geleisteten Betriebsarbeit, um gemachte Fehler zu erkennen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln)

3) **Gewerkschaftspolitik** (Diskussion über die Politik der Gewerkschaftsführung und deren Nutzen für die Arbeiterklasse)

4) **Situation der Angestellten** (historische Entwicklung und jetzige Situation der Angestellten, um diese Erkenntnisse in unsere Arbeit einfließen zu lassen)

5) **Mitbestimmung** (ist die Mitbestimmung tatsächlich ein Allheilmittel?)

6) **Chile** (Diskussion über die Ereignisse in und um Chile und deren Bedeutung für uns)

7) **Faschisierung** (Diskussion über den stetigen Abbau demokratischer Rechte bei gleichzeitigem Ausbau von Polizei- und Militärapparat im Zusammenhang mit der immer stärker werdenden ideologischen Hetze gegen links) u.a.m.

– Wie die Kollegen des AKT erfuhren, wird es der ÖTV ermöglicht, an den den AKT-Bereich betreffenden Berufsschulen zu „unterrichten". Diese Möglichkeit wollen die Jugendsekretärin und der Bildungssekretär jedoch ohne die Kollegen des AKT nutzen, die dazu eigentlich viel bessere Voraussetzungen mitbringen.

Die ÖTV-Führer hoffen, mit diesem Unterricht Kollegen für ein Konkurrenzunternehmen zum AKT zu angeln.

– Auf Initiative einiger aktiver HHLA-Kollegen (=Hamburger Hafen und Lagerhaus AG) erfolgte innerhalb des ÖTV-Jugendbereichs die Gründung des Arbeitskreises Hafen (AKH). Dieses wurde von den Kollegen des AKT einstimmig begrüßt und dem AKH Zusammenarbeit vorgeschlagen, um die Arbeit in diesen beiden eng verbundenen Bereichen zu koordinieren.

Meinungsäußerungen der Jugendsekretärin M. Hoppe dazu ließen jedoch erkennen, daß sie den AKH in Konkurrenz zum AKT bringen will.

In einer Erklärung deckt der AKT dieses Spaltungsmanöver auf und bittet die Kollegen des AKH um erhöhte Wachsamkeit in dieser Frage.

– Für ein – vom AKT nicht beanspruchtes – Wochenendseminar, haben die ÖTV-Führer eine Diskussion über Jugendarbeit angesetzt und unter bewußter Geheimhaltung vorm AKT einige frühere sowie einzelne „ausgesuchte" Mitarbeiter des AKT eingeladen, bei denen sie auf Widersprüche zur Politik des AKT spekulierten.

Diese Angriffe, Isolierungs- und Spaltungsversuche gegen den AKT und dessen Arbeit entspringen natürlich nicht einer momentanen Laune der Gewerkschaftsführung, sondern sind deren Antwort auf die vom AKT konsequent durchgeführte Klassenpolitik. Nicht zufällig setzen die Angriffe deshalb auch genau dort an, wo sich die Politik des AKT von der offiziellen Linie der Gewerkschaftsführung trennt: Nicht Kontrolle der Arbeitskreise durch die Teamer sondern Kontrolle der Teamer durch die Arbeitskreise! Keine höchst offiziellen „Bildungsstufen" und Mitbestimmungsgewäsch auf den Wochenendseminaren, sondern eine politische Bildungsarbeit, deren Themen von den Mitgliedern selbst bestimmt und erarbeitet werden und die dazu dient, das eigene Bewußtsein und dadurch die Qualität der gesamten Arbeit zu heben! Keine Spaltung der Arbeiterklasse in Jugendliche und Erwachsene, sondern Einheit aller Lohnabhängigen im Kampf gegen die Kapitalisten! Betriebspolitik nicht als bloß formale Mitglieder-Werbung, sondern als aktive Interessensvertretung der Kollegen. Rationalisierung (die auch in unserem Bereich höllisch vorangetrieben wird) nicht gesehen als einen ‚technischen Fortschritt', dessen üble Nebenauswirkungen für die Arbeiterklasse es nur wegzureformieren gilt, sondern gesehen als Bestandteil der kapitalistischen Klassengesellschaft, die es insgesamt zu beseitigen gilt! Nicht Miteinreihung in die Hetzkampagne gegen die sog. „Chaoten", sondern Ablehnung der sog. „Extremistenerlasse" als weiteren Meilenstein des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie. Last not least ist in dieser Reihe sicherlich auch die konsequente antifaschistische Haltung des AKT zu sehen!

In einem Satz: Der AKT ist der Gewerkschaftsführung ein Dorn im Auge, weil er sich nicht an ihrem Mitbestimmungsgewäsch und Reformgedusel orientiert, sondern eine sozialistische Gewerkschaftspolitik macht!

Die vor diesem Hintergrund durchgeführten Angriffe und Spaltungsversuche (die sich ohne weiteres noch durch einige „Kleinigkeiten" ergänzen lassen) fanden in den Diskussionen im AKT und unter einzelnen AKT-Kollegen immer wieder einen breiten Raum. Einhellig war man der Meinung, daß hier die Bezirksverwaltung über ihre Sekretäre versuche, die „Aktivisten" herauszufinden und zu isolieren, sowie die Arbeit des AKT kaputt zu machen, um an deren Stelle eine Arbeit zu setzen, die sich aus möglichst großer Entfernung von der betrieblichen Praxis über reine „Ausbildungsfragen" konsequenzlos daherredet. Ebenso einhellig war man der Meinung, daß man diese Angriffe nur mit der Einheit aller Kollegen unter konsequenter Fortführung der bisherigen Arbeit entgegentreten kann!

Putsch im Bezirksjugendausschuß

Mit diesen Angriffen auf den AKT ließen es die Gewerkschaftsführer jedoch nicht gut sein, sondern im Zusammenhang damit fuhren sie weitere Angriffe gegen die fortschrittlichen Kollegen im Bezirksjugendausschuß (BJA):

- gegen die Vorsitzende wurde eine Verleumdungskampagne gestartet. Kostprobe: ‚Sie richte ihre politische Meinung nach ihrem Beischlafpartner'.
- Gegen die Vorsitzende richtete man einen Bestechungsversuch, indem man sie wissen ließ, daß sie für ihr beabsichtigtes Studium bei Beibehaltung ihrer politischen Meinung nicht viel aus der ‚Stiftung Mitbestimmung' zu erwarten hätte! Die Kollegin hat sich allerdings inzwischen dafür entschieden, auf eine Inanspruchnahme dieser „großzügigen" Unterstützungskasse zu verzichten.
- Der Bildungssekretär D. Meike besuchte bestimmte BJA-Mitglieder in der vergangenen Zeit des öfteren zu Hause. Ziel dieser Aktion sollte es offensichtlich sein, die noch schwankenden Kollegen auf „Linie" (der Gewerkschaftsführung) zu bringen.

Auf der BJA-Sitzung am 6.12. wurde dann zum Halali geblasen! Hier zeigte sich auch der Erfolg der Meikschen Besuchspolitik: War es bisher so gewesen, daß sich einige Kollegen mal auf die Seite der Gewerkschaftsführung, mal auf die der fortschrittlichen Kollegen schlugen, so sprach man auf dieser Sitzung einheitlich mit 7 zu 3 Stimmen gegen die fortschrittlichen Kollegen.

Dieser geplante Generalangriff verlief im wesentlichen nach folgendem Schlachtplan:

- zuerst wurde die Vorsitzende „abgewählt". Begründung: 1) Mangelhafte Vorbereitung der BJA-Sitzungen; 2) Nur Labereien auf den BJA-Sitzungen (gemeint war die BJA-Resolution zu den Extremistenerlassen siehe AK 51); 3) Mangelhafte Zusammenarbeit mit M. Hoppe; 4) Wichtige Punkte wurden nicht besprochen, wie z.B. Tarifrunde im öffentlichen Dienst.
- sodann wurde ein neuer Vorsitzender „gewählt", ein gewisser T. Hafemann vom Arbeitskreis Sozialversicherung. Dieser hat seinen ursprünglichen Plan, zu studieren, aufgegeben, weil er bei der Landesversicherungsanstalt einen Posten bekommen hat, der in etwa dem eines Ausbildungsleiters entspricht!
- als nächstes zogen sieben BJA-Mitglieder je eine Fotokopie des Artikels aus AK 51 heraus, auf denen komischer Weise überall dieselben Stellen unterstrichen waren!? Man forderte sodann den an diesem Abend anwesenden Vertreter des AKT auf, sich von diesem Artikel zu distanzieren, was dieser allerdings nicht machte. Man „einigte" sich darauf, daß alle BJA-Vertreter des AKT eine schriftliche Stellungnahme zu diesem Artikel abzugeben hätten.
- zu guterletzt wollte man dann den AKT/BJA-Vertretern das Mißtrauen aussprechen. Um den demokratischen Anstrich nicht zu verlieren, beschloß man jedoch dieses durch den AKT selbst geschehen zu lassen.

Angriff ist die beste Verteidigung

Aus dieser gesamten Situation heraus entschlossen sich die BJA-Vertreter des AKT, den Kollegen im AKT ein Mißtrauensvotum gegen die Jugendsekretärin M. Hoppe vorzuschlagen. Sie legten dieses auf der AKT-Sitzung am 10.12.74 vor. Anwesend waren über 20 Kollegen, dazu zwei BJA-Mitglieder aus dem Gesundheitsbereich, D. Meike und M. Hoppe.

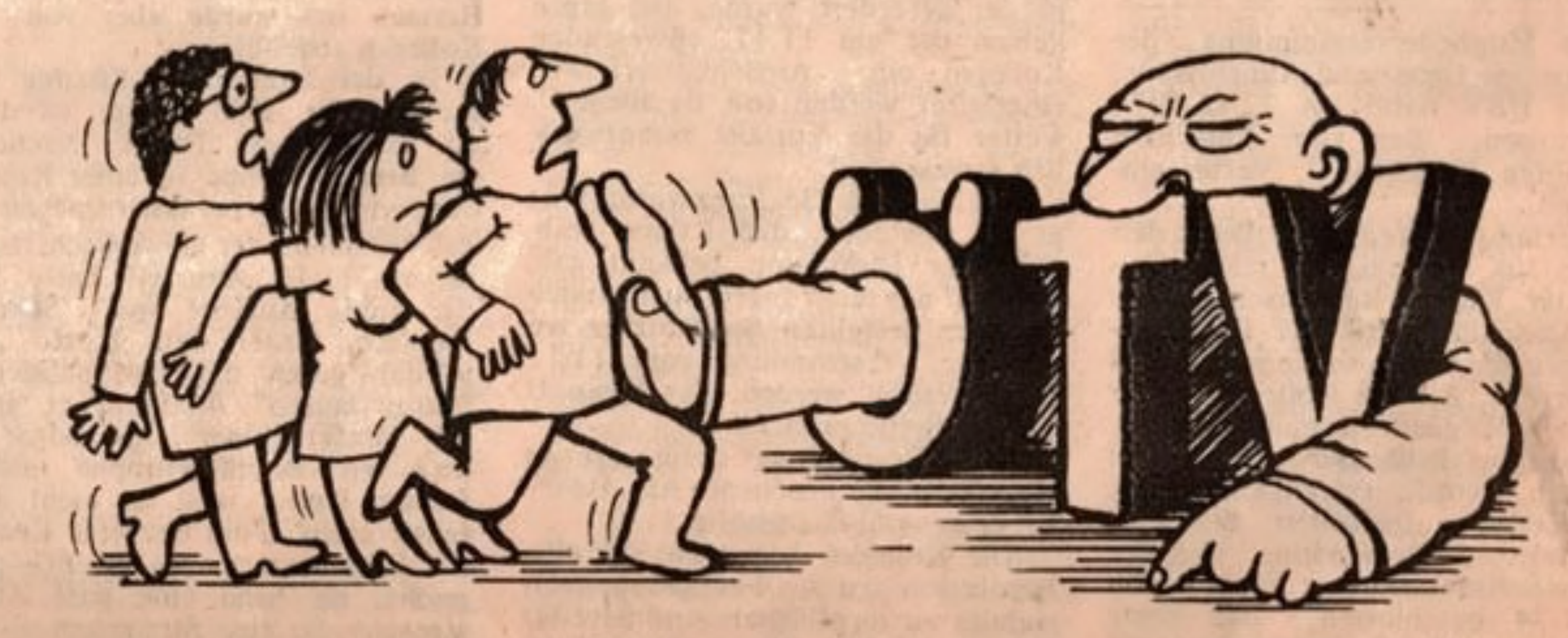
Die Jugendsekretäre mochten zu dem ihnen vorgehaltenen „Sündenregister" inhaltlich nicht Stellung nehmen, sondern wiederholten nur noch einmal die abgestandenen Vorwürfe gegen den AKT – und mokierten sich über den „unkollegialen Stil" des Mißtrauensvotums.

M. Hoppe leistete sich sogar noch den Witz, eine Stellungnahme mit der „Begründung" abzulehnen, daß sie das, was sie zu sagen beabsichtigt, nicht im nächsten ARBEITERKAMPF wiederfinden möchte.

Die versammelten Kollegen sahen das ganz anders: o h n e A u s n a h m e bekundeten die AKT-Mitglieder ihre Zustimmung zu dem Mißtrauensantrag. In einer Reihumdiskussion nahm jeder Kollege für sich Stellung:

- Eine Kollegin z.B. meinte, daß sie gar nicht verstehe, wie Leute, die überhaupt nichts von unserer Praxis wissen, es sich erlauben können, uns Vorschriften über die Art und Weise unserer Arbeit zu machen.
- Ein Kollege, der seit 25 Jahren Mitglied der ÖTV ist, erzählte, daß er 24 Jahre überhaupt nichts von der Gewerkschaft gehört hätte – bis eines Tages die jungen Gewerkschafter aus

Forts. nächste Seite



Westberlin:

Weitere sieben Ausschlußanträge in der ÖTV

Im AK 52 berichteten wir über den Ausschlußantrag der ÖTV-Führung gegen den Gerichtsreferendar Wieland.

Die ÖTV-Führung schlägt nun schärfer zu: Am 25.11.74 beschloß der Bezirksvorstand der Westberliner ÖTV, gegen weitere sieben Mitglieder wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" Ausschlußverfahren einzuleiten. Diese sieben Kollegen – meist Angestellte und Ärzte im Gesundheitswesen – hat sich die ÖTV-Führung „ausgesucht", weil sie sich in fortschrittlichen Initiativen für die Verbesserung des Gesundheitswesens besonders in Arbeiterbezirken und speziell für die ärztliche Versorgung der Kinder eingesetzt haben.

Sie forderten die Einrichtung staatlicher Polikliniken, um die schlechte und völlig unzureichende medizinische Versorgung der Bevölkerung zu verbessern.

Der Bund gewerkschaftlicher Ätzte (BGÄ) verabschiedete am 27.11.74 eine Resolution, in der die sofortige Zurücknahme der Ausschlußverfahren, Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und eine gewerkschaftliche Veranstaltung zu den Ausschlußverfahren gefordert wird. Die Antwort des Bezirksvorsitzenden Heinz Hackbarth auf diese Resolution lautete: **„Ich kann eine Delegiertenversammlung einberufen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Auflösung des Bund gewerkschaftlicher Ärzte"** (nach „Rote Fahne", 51/52).

Die ÖTV-Führung geht auf schärferen Kurs beim Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie. Sie macht bei den Ausschlüssen nicht halt; so plant sie die Abschaffung der Mitgliederversammlungen der Fachgruppen zu Gunsten von Delegiertenversammlungen, um die Mitglieder von Versammlungen auszuschließen und nur noch beitragszahlende passive Mitglieder zu haben. Der Bezirksvorstand hat auch – um seinen Laden „sauber" zu halten – angedroht, daß gewerkschaftliche Versammlungen nur noch in Anwesenheit eines Mitgliedes des Bezirksvorstandes stattfinden dürfen. So können sie leichter gleich die Kollegen notieren und auf ihre Schwarze Liste setzen, die nicht auf Vorstandslinie sind und die sich konsequent für die Interessen der Kollegen einsetzen. Der Bezirksvorstand in Westberlin hat seit einiger Zeit festgelegt, daß das ÖTV-Haus ab 20 Uhr für Veranstaltungen und Versammlungen geschlossen ist. Das heißt doch nichts anderes, als daß den ÖTV-Kollegen eine weitere Möglichkeit genommen wurde, politische Veranstaltungen und Diskussionen zu veranstalten und zu besuchen.

Die ÖTV-Führung versucht durch Entdemokratisierung innerhalb der Gewerkschaften die Arbeit der Kommunisten und fortschrittlichen Kollegen zu zerschlagen und diese zu isolieren. Demagogisch schreibt Heinz Hackbarth in der Westberliner ÖTV-Zeitung „Dialog" unter der Überschrift **„Kein Platz für politische Spinner"**: *„Wir werden nicht zusehen, daß diese Gruppierungen die Organisation verunsichern (!) und spalten (!!), um in Funktionen der Betriebe und Verwaltungen einzudringen und von dort aus den Versuch zu unternehmen, den Staat zu ändern, und zwar dahingehend, daß sie mittels einer Diktatur die Geschicke des Volkes in die Hand bekommen"* („Dialog", 12/1974, S. 1).

Im Fahrwasser der momentan laufenden „Anarchisten"jagd der Bourgeoisie fährt Hackbarth fort: *„Die ÖTV ist kein Tummelplatz für politische Spinner, die nichts weiter zu tun haben, als Bandentum und ähnliches als politisches Kampfmittel anzusehen ... Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, daß die Gruppierungen aus den Funktionen hinausfliegen ....."* („Dialog", 12/74, S. 2)

Verteilerkollektiv Neukölln, KB / Gruppe Westberlin

HBV Hamburg

Schon wieder Polizei-Einsatz gegen Gewerkschaftsmitglieder

Wie im ARBEITERKAMPF Nr. 53 (Seite 9) berichtet, ließ die Hamburger HBV-Führung (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen) am 11. November eine ordentliche Mitgliederversammlung durch rund 150 Polizisten auflösen. Von den über 40 anwesenden HBV-Mitgliedern stellte die Polizei die Personalien fest; gegen sie alle sollen Strafverfahren wegen „Hausfriedensbruch" etc. eingeleitet werden. Mit diesem Polizei-Einsatz wollten die HBV-Führer verhindern, daß auf der Mitgliederversammlung über die Absicht der HBV-Führer diskutiert wurde, den Kollegen Ulrich Vetter, Vorsitzender der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV (!) und Mitglied des Ortsvorstandes der Hamburger HBV aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Kaum einen Monat nach diesem Polizei-Einsatz griff der geschäftsführende Sekretär der HBV Hamburg, Krause, erneut zur Polizeigewalt, um die Diskussion über diese Vorgänge zu unterdrücken.

Mitgliederversammlung Groß- und Außenhandel

Die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Groß- und Außenhandel in der HBV hatte am 22.11.1974 beschlossen, den vom Ausschluß bedrohten Kollegen U. Vetter einzuladen.

Hiermit drückten die Kollegen den Willen aus, vom geschäftsführenden Sekretär Krause Rechenschaft über die Ausschlußpolitik der HBV-Führer sowie die Ereignisse vom 11.11.74 zu fordern. Als der Kollege Vetter auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Groß- und Außenhandel erschien, wurde er jedoch sofort von Krause aufgefordert, den Saal zu verlassen. Begründung: der Gewerkschaftsausschuß habe am 28.11.74 beschlossen, daß keine Gäste aus anderen Fachgruppen auf den jeweiligen Mitgliederversammlungen anwesend sein dürften.

Die Mitgliederversammlung stimmte daraufhin mehrheitlich einem Antrag zu, der U.Vetter aufforderte, im Saal zu verbleiben. Krause rief dann die Polizei. Mit empörten Rufen „Krause raus!" begleiteten die Kollegen das makabre Schauspiel der Rausführung U.Vetters aus dem Saal durch zwei Polizisten.

Krause verließ gleichfalls die Mitgliederversammlung – nicht ohne vorher auf Anfrage zu versichern: „Jawohl, ich bin hier der Gott!" –

Mitgliederversammlung fordert Ausschluß Krauses

Ihre Empörung über ein so selbstherrliches Vorgehen drückte die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Groß- und Außenhandel in einer Resolution aus, in der sie den Ausschluß A. Krauses aus der Gewerkschaft HBV forderte!

Außerdem beschloß die Mitgliederversammlung, mit einer „offenen Mitteilung" die HBV-Kollegen über die neuen Vorfälle zu informieren.

Fachgruppe Buchhandel und Verlage

Auf der Mitgliederversammlung Buchhandel und Verlage, deren Fachgruppenvorstand (eine Koalition von SPD/DKP!) den Ausschlußantrag gegen den Kollegen Vetter gestellt hatte, sollte versucht werden, die recht breite Opposition gegen den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie in der HBV zu spalten.

So legte der Fachgruppenvorstand zunächst eine Resolution vor, in der gefordert wurde, daß gegen keinen der am 11.11. anwesenden Kollegen ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden soll, **da allein U. Vetter für die Vorfälle verantwortlich gewesen sei!**

Ebenfalls als Spaltungsversuch ist es zu verstehen, daß Krause während der Diskussion bekannt gab, daß fünf der sechs gegen Buchhandel-Kollegen gestellten Strafanträge wegen der Versammlung vom 11.11. zurückgestellt werden, der gegen U. Vetter allerdings nicht!

Eine Begründung dafür gab er trotz Nachfragen nicht ab. Als „Gott" hat er es wohl nicht nötig.

Die Kollegen begannen, die üble Resolution des Fachgruppenvorstandes zu zerpflücken und Satz für Satz in ihrem Sinne abzuändern. Dabei wurde besonders betont, daß die Verantwortung für die Polizei-Aktion bei der Gewerkschaftsführung liegt und sie deswegen zur Rechenschaft gezwungen werden muß. Außerdem wurde gefordert, alle Ausschlußanträge im Zusammenhang mit dem 11.11. **und gegen U.Vetter** zu beenden.

Angesichts der für ihn ungünstigen Mehrheitsverhältnisse auch auf dieser Fachgruppenversammlung versuchte der Vorstand noch, mit „Drohungen" die Sache für sich zu wenden. Scheller (SPD) „drohte", er werde zurücktreten, falls der spalterische Resolutionsentwurf des Vorstandes nicht durchkommt. (Er kam nicht durch, ohne daß Scheller seine „Drohung" wahrmachte!).

Die von den Kollegen verabschiedete Resolution wollte der Fachgruppenvorstand natürlich nicht unterschreiben. Da der Vorstand sich nicht auf eine Mehrheit stützen konnte, wurde von den Kollegen gefragt, was der Vorstand denn nun zu tun gedenke? Die Antwort: Man werde sich Gedanken machen ...

Iduna-Betriebsgruppensitzungen

Auf der ersten Betriebsgruppensitzung bei Iduna-Versicherung nach dem 11.11. „erfreute" sich die Betriebsgruppe eines „hohen Besuches": Neben Sekretär Jaenisch erschien der engere Fachgruppenvorstand gleich mit zwei „Sturmspitzen" – „Rechtsaußen" Bednarek und „Linksaußen" Meyer (SPD).

Meyer wollte mit dem Schnack landen, daß die kommunistische Presse die Betriebsarbeit bei Iduna behindere! Meyer (der übrigens Mitglied der SPD-Betriebsgruppe bei Hermes ist) wurde aber von den Kollegen abgeblitzt ...

In der zweiten BG-Sitzung versuchten die HBV-Führer es dann mit einer neuen Taktik: Nachdem die Betriebsgruppe in einer Resolution einstimmig bei einer Enthaltung das Vorgehen der Gewerkschaftsführer am 11.11. verurteilt hatte, kam der große Auftritt von Sekretär Jaenisch. Unter dem Motto „Wir werden gegen die Rationalisierung Sturm laufen" donnerte er gegen die „Unternehmer" los. Sogar andere HBV-Betriebsgruppen mußten Federn lassen, weil sie nicht aktiv genug seien. Vom Sekretär Keuchel aus Düsseldorf wurde die BG-Iduna gelobt, sie habe eine gute Arbeit gemacht. So eine Stimmung auf der Betriebsversammlung habe er noch nicht gesehen etc. ...

Ziel der verschiedenen Taktiken war zu verhindern, daß um die Ausschlußpolitik und die Polizeieinsätze eine breite Diskussion innerhalb der Gewerkschaft geführt wird und die Gewerkschaftsführer zur Rechenschaft gezwungen werden. Dies zu verhindern, gelingt den HBV-Führern gegenwärtig gar nicht gut! ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaft HBV: Neue Richtlinien zur Basisarbeit

Am 28.11.74, also 17 Tage nach der Sprengung einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV in Hamburg durch den geschäftsführenden Sekretär Krause mit Hilfe der Polizei, zog der Gewerkschaftsausschuß als höchstes beschließendes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen nach und legte neue „Richtlinien für die Fachgruppenarbeit" fest. Die Rechte der Gewerkschaftsbasis, der Fachgruppen und Betriebsgruppen sind dadurch entscheidenden Einschränkungen unterworfen.

Die Fachgruppen sollen mundtot gemacht werden

Beschlüsse von Mitgliederversammlungen und Veröffentlichungen auf Ortsebene müssen vom Ortsverwaltungsvorstand (OVV) genehmigt werden. Damit wird von der Gewerkschaftsbürokratie die jahrelange Auseinandersetzung, ob Flugblätter etc. unzensiert veröffentlicht werden können, hier zuungunsten der Mitglieder entschieden. Selbst Beschlüsse der Mitgliederversammlungen (MGV) bedürfen ab sofort der Genehmigung des „übergeordneten OVV"!

Weiterhin haben nicht mehr die Mitglieder einer Fachgruppe zu entscheiden, ob Gäste und Referenten anderer Fachgruppen an den eigenen Sitzungen teilnehmen sollen, sondern dies wird grundsätzlich untersagt.

Verläßt ein Fachgruppenvorstands-(FGV)-Mitglied während der Wahlperiode die Fachgruppe, so haben auch hier nicht mehr die Mitglieder über einen Verbleib im FGV zu entscheiden, sondern wieder die Führung.

Mit diesen Regelungen wird den Mitgliedern in allen wesentlichen Punkten untersagt, ihre Arbeitsweise selbst zu bestimmen. Analog dazu ist die alte generell gehaltene Bestimmung, daß sich jede Fachgruppe ihre Geschäftsanweisung selbst gibt, gestrichen worden!

Um den durch die Mitglieder gewählten FGV's jede eigene Arbeit unmöglich zu machen,

- dürfen Mitgliederversammlungen nicht mehr vom FGV alleine einberufen werden, sondern nur noch „im Einvernehmen" mit der Ortsverwaltung. Also nicht einmal den sog. „ehrenamtlichen OVV", sondern den hauptamtlichen Sekretären;
- dürfen FGV-Sitzungen nur noch nach Genehmigung durch den OVV einberufen werden;
- wird der FGV-Vorsitzende nicht mehr auf den Mitgliederversammlungen direkt, sondern indirekt von den FGV-Mitgliedern gewählt.

Als scheinbares „Zuckerbrot" ist enthalten, daß die Vorsitzenden der Betriebsgruppen dem FGV angehören, sofern sie eine bestimmte Mitgliederzahl vertreten.

Entscheidend bei dieser Regelung ist aber, daß dadurch möglich gemacht wird, rechte Gewerkschafter aus Betriebsgruppen und Vertrauenskörpern, die bisher auf Mitgliederversammlungen bei Wahlen abgeschmettert wurden, „automatisch" wieder in die FGV's reinrutschen zu lassen.

Insgesamt kann man sagen, daß bei HBV auch mit den neuen „Richtlinien" der beschleunigte Abbau der demokratischen Rechte vorangetrieben wird. ●

HBV-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Kartellamt in Aktion

Der bedeutendste Fall, den das Bundeskartellamt in seiner 17jährigen Geschichte über die Bühne brachte, endete mit einem „Happy End":

Mit viel Getöse verhängte das Westberliner Bundeskartellamt gegen neun westdeutsche Chemiefaserhersteller im April '72 die höchste Kartellstrafe seiner Geschichte: insgesamt 48,44 Mio. Mark.

Das Kartellamt hatte sich durch



Auch eine Marionette der Kapitalistenklasse: Dr. E. Günther, Präsident des Bundeskartellamtes

„Firmenrazzien" 1969 und 1970 Gewißheit über die Aufteilung des Faser-Marktes in Interessen- und Preis-Zonen verschafft.

Die Internationale der Faserproduzenten wird von nur 14 Unternehmensgruppen beherrscht: von den US-Konzernen Du Pont, Celanese und Monsanto, den Japanern Toray, Toyobo und Asahi, den Westdeutschen Bayer und Hoechst, den Briten Courtaulds und ICI, der holländischen AKZO (Enka-Glanzstoff), der französischen Rhone-Poulence und den italienischen Gruppen Montedison und Snia Viscosa. Bis auf die US-Konzerne und die britische ICI vereinbarten die übrigen Fädenzieher, nicht in japanische „Einflußsphären" zu liefern, während die Japaner Abstinenz von den europäischen Märkten und „Einflußgebieten" gelobten. Die westdeutschen Hersteller hatten außerdem mit den EG-Konkurrenten einen „Heimatschutz" (Bundeskartellamt) errichtet. Absprachen über den inneren westdeutschen Markt rundeten das Bild schließlich ab.

Die Westberliner Kartellbehörde errechnete, um wieviel sich die Konzernprofite aus dem Fasergeschäft durch die Kartellabsprachen erhöht hatten, und legte den neun westdeutschen Herstellern einen „Bußgeldbescheid" von 48,44 Mio. Mark vor.

Am meisten abgesahnt hatte die Glanzstoff Gruppe, Tochter der holländischen AKZO. Sie allein sollte über 21 Mio. Mark „Buße" zahlen. Es folgten die Rhodiaceta mit 7,5 Mio. und Bayer mit 5,08 Mio. Mark.

Nun, das war 1972. Die Faserhersteller hatten sofort Einspruch beim Westberliner Kammergericht eingelegt. Der Einspruch hatte „aufschiebende" Wirkung, und das Gericht half beim „Aufschieben" nach, indem es bis zum November '74 keine Verhandlung ansetzte. Und dann, nachdem genug Gras darüber gewachsen war, kam ohne großes Aufsehen ein Vergleich zustande:

Die Fädenzieher verpflichten sich zur Zahlung von zwölf Mio. Mark an das Bundesfinanzministerium bei gleichzeitiger Schuldfreistellung. Begründung des Kartellamtes:

gleichzeitiger Schuldfreistellung. Begründung des Kartellamtes:

Die Kompromißregelung sei gerechtfertigt, *„um ein langwieriges und sehr aufwendiges Verfahren zu vermeiden"* („FR", 16.11.74).

Vermieden werden soll also, daß die preistreibenden Monopolpraktiken ans Licht der Öffentlichkeit gelangen. Das ist insbesonders aktuell



Faserproduktion

politisch notwendig, da *„die Marktstrategie der Faserproduzenten gegenwärtig vornehmlich darauf ausgerichtet (ist), das Preisniveau zu stabilisieren"* („Welt", 15.10.74).

Um das Preisniveau zu halten, müssen heute schon rund 10.000 Kollegen kurzarbeiten. Die Schätzwerte (Planzziffern) sprechen sogar von *„annähernd der Hälfte der 46.000 Beschäftigten der (west-)deutschen Chemiefaserindustrie, die über kurz oder lang von Kurzarbeit betroffen werden"* („Welt", 15.10.74). ●

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

Hoechst, Hamburg

Gewerkschaftsseminar gestaltet vom Bourgeois!

Wieder mal zu neuen Ufern aufgebrochen ist IG-Chemie Sekretär Freiherr von Kodolitsch, indem er für ausgewählte Gewerkschaftsmitglieder bei Hoechst Hamburg (ehemals Reichhold) ein Gewerkschaftsseminar veranstaltet, in dessen Zentrum Referate des Personalleiters Schwartz stehen! Bei vollem Lohnausgleich nach dem Hamburger Bildungsurlaubsgesetz sollen hier die potentiellen Betriebsratskandidaten der IG Chemie „grundsätzliche Inhalte und Organisationsformen demokratischer Konfliktlösung in Gesellschaft und betrieblicher Praxis erarbeiten" (laut Einladung).

So sollen sozialpartnerschaftliche Kabinettstückchen mit dem Bourgeois gemeinsam veranstaltet werden; wie etwa: *„Planspiel: Personalabteilung und Betriebsrat einigen sich auf eine gemeinsame Konzeption betrieblicher Fortbildung"* oder *„Referat: Auseinandersetzungen im Betrieb an aktuellen Beispielen – Konflikte, Konfliktlösungen"* (Referent: Personalchef Schwartz).

Zum Zeitpunkt des Seminars werden die Arbeiter bei Hoechst Hamburg in die 4. Woche Kurzarbeit gehen. Nicht als Planspiel, sondern real! Ebenso real ist auch die Profitsteigerung von Hoechst um 36 % im ersten Halbjahr 1974. Aber selbst diese Millionengewinne haben eine „Konfliktlösung" – wie etwa den von der aus der IG Chemie ausgeschlossenen linken Betriebsratsminderheit geforderten vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit – nicht ermöglicht. Stattdessen wurde die Beschäftigtenzahl um über 50 Kollegen „abgebaut".

Die rasante Rechtsentwicklung der IG Chemie Hamburg wird schlaglichtartig deutlich, wenn man weiß, daß 1971 nach der Entlassung eines Streikführers (G. Grassi) durch Schwartz die Kollegen unter der Parole demonstrierten „Schwartzer Bösewicht – du nimmst uns unsern Grassi nicht" – und die Gewerkschaftsführer es für besser hielten, kräftig mitzubrüllen.

Angesichts des heutigen Kräfteverhältnisses glauben die Bürokraten anscheinend, sich solche Knutschereien mit dem Kapitalisten – wie auf dem geplanten Seminar – erlauben zu können. ●

Hoechst-Zelle / KB Gruppe Hamburg (ehemals Reichhold-Zelle)

Forts. ÖTV-Hamburg

seinem Betrieb ihn zum AKT mitgenommen hätten. Von da an hätte er plötzlich alles bekommen – aber nicht von den Gewerkschaftsführern, sondern von den AKT-Mitgliedern.

Nach dieser einstimmigen Willensbekundung wurden die beiden Sekretäre gefragt, was es eigentlich mit dem überall herumgeisternden „Gerücht" auf sich hätte, daß der AKT aufgelöst werden soll.

Um eine klare, unzweideutige Antwort drückten sich die beiden herum. Sie gaben zunächst lediglich zu, daß der AKT vom nächsten Jahr an nicht mehr im Jugendbereich, sondern in der zuständigen Abteilung der ÖTV arbeiten soll. Was das konkret für Veränderungen mit sich bringt, wurde nicht angegeben (trotz mehrmaligem Nachfragen!).

De facto wird die Sache jedoch so aussehen, daß der AKT in seiner jetzigen Form (!) nach dem Willen der Gewerkschaftsführer nicht mehr weiterbesteht – also aufgelöst wird! Die „Eingliederung" des AKT in die zuständige Abteilung bedeutet zunächst einmal, daß er unmittelbar der ÖTV-Bezirksleitung unterstellt wird – und die Aufgaben zu erledigen hat, die ihm die Gewerkschaftsführer stellen.

Was die beiden Jugendsekretäre den versammelten AKT-Kollegen nicht offen ins Gesicht zu sagen wagten, wird bereits in anderen ÖTV-Bereichen als neueste Information gehandelt: So findet sich z.B. im Protokoll einer Arbeitskreis-Verwaltungs-Sitzung die Notiz, daß es zwischen dem AKT und der ÖTV-Führung Differenzen gebe, die letztendlich zur Auflösung des AKT führen müßten!

Es kommt jetzt für uns vor allem darauf an, uns von dieser Taktik der Gewerkschaftsführung nicht beirren zu lassen und unsere Arbeit trotz des ganzen Hickhacks mit Jugendbereich und Abteilung weiterzuführen! Die Gewerkschaftsführung wird alles tun, um genau das zu verhindern! Sie wird uns Steine in den Weg legen, wo sie nur kann und sie wird auch vor Ausschlüssen nicht zurückschrecken! Doch selbst dadurch dürfen wir uns nicht spalten lassen, sondern müssen uns im Gegenteil noch enger zusammenschließen und unter allen Umständen die konsequente Arbeit im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge weiterführen! ●

Angestellten Zelle Transport, KB/ Gruppe Hamburg

GEW-Westberlin:

Ein Lehrstück

Der Landesverband Westberlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist die erste größere gewerkschaftliche Gliederung, in der das Konzept von DKP/SEW (nach links abgrenzen – nach rechts anbiedern) den Revsionisten „Erfolg" brachte. Objektiv unterstützt durch die stark rechts gerichtete Politik der SPD-Führung der „Frontstadt", gelang es einem Bündnis von linken Sozialdemokraten und – vor allem der SEW nahestehenden – linken Kollegen, den rechts-sozialdemokratischen GEW-Landesvorstand im April '74 zu stürzen und durch einen neuen, vorwiegend links-sozialdemokratischen, zu ersetzen. Die Westberliner Delegierten auf dem Bundeskongreß der GEW in Mainz (AK 47 und 48) stimmten geschlossen gegen alle Vorschläge des Bundesvorstandes der GEW.

Mit einem Gegenschlag der SPD-Spitze und der GEW-Bundesführung war früher oder später zu rechnen. Der neue Landesvorstand versuchte dem mit der Methode „bloß nicht die Reaktion weiter provozieren" vorzubeugen. So entschloß man sich, die Mainzer Beschlüsse widerstandslos „zur Kenntnis zu nehmen" – obwohl man sie ablehnte und selbst in einem Rechtsgutachten deren teilweise Satzungswidrigkeit hatte feststellen lassen!
Diese Rechnung ging allerdings nicht auf: jetzt ist der Gewerkschaftsausschluß von SEW-Kollegen und die Zerschlagung des links-sozialdemokratischen SPD-Flügels in der GEW geplant!

Im September 74 fand in Westberlin eine Urabstimmung über einen Warnstreik für die Forderung, daß die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst auch für Lehrer durchgeführt werden soll, statt. Auf dem Hintergrund massiver Einschüchterung durch den Senat und einer üblen Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse ging diese Abstimmung negativ aus. Die Gewerkschaftsrechten behaupteten daraufhin demagogisch, der Vorstand vertrete nicht mehr die Mehrheit der Mitglieder (siehe AK 50, 51).

Am 9./10.12.74 fand die Landesvertreterversammlung der Westberliner GEW statt. Hier wurde das Startsignal zum Großangriff gegen die demokratischen GEW-Mitglieder gegeben. Erklärtes Ziel der Führer der Bundes-GEW war die volle Anpassung des Westberliner Landesverbandes an die in Mainz durchgepeitschte Satzung, die radikale „Säuberung" und die antikommunistische Ausrichtung der GEW auch in Westberlin.

Der „linke" Frister als rechte Sturmspitze

Der „linke" Frister als rechte Sturmspitze

Demagogisch wurden die Linken und Kommunisten in der Gewerkschaft für das „schlechte Bild von der GEW in der Öffentlichkeit" und für das schlechte Abschneiden der GEW-Kandidaten bei den Personalratswahlen Anfang Dezember verantwortlich gemacht:

„Wenn wir den Eindruck erwecken, Kommunisten gäben bei uns den Ton an, so haben wir binnen kurzem nichts mehr zu bestellen." Wenn die Bildungspolitik nicht unter die Räder geraten solle, sei die Unterstützung der Bevölkerung nötig, und die lehne, wie Wahlen bewiesen, Kommunisten aller Schattierungen ab. (GEW-Bundesvorsitzender Frister auf der Vertreterversammlung, laut „Abend" vom 10.12.74)

Der „linke" Westberliner GEW-Vorstand bemühte sich erst gar nicht um die Einheit aller linken und demokratischen Kollegen gegen diesen Angriff, sondern er versuchte – unterstützt von den SEW-Kollegen – dieser eindeutigen Kriegserklärung auszuweichen und durch „Abgrenzung nach links" noch einmal davon zu kommen: er faßte den Beschluß, bei der Landesschiedskommission einen Antrag auf Ausschluß einer Kollegin wegen „Mitgliedschaft in einer linksextremen Organisation" zu stellen. Die Kollegin kandidiert bei den Westberliner Abgeordnetenhauswahlen im März 75 für die „KPD".

Die Rechten dachten gar nicht daran, damit zufrieden zu sein, sondern nutzten das Zurückweichen des Landesvorstands aus und stießen nach: sie stellten den Antrag, daß der Landesverband keine Initiativen zur Abschwächung oder zur Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses der Bundesdelegiertenversammlung der GEW ergreifen oder unterstützen dürfe.

Dieser Antrag fand auf der Landesvertreterversammlung keine Mehrheit, und ca. 140 rechte Delegierte verließen daraufhin demonstrativ den Saal.

Die Vertreterversammlung faßte stattdessen mit den Stimmen der Revisionisten vom SLB (Sozialistischer Lehrerbund, der SEW nahestehend) den folgenden Beschluß: *„Die GEW Berlin lehnt jede Zusammenarbeit mit verfassungswidrigen Gruppen ab. Sie bekennt sich nach ihrer Satzung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und erklärt ausdrücklich die Geltung des Unvereinbarkeitsbeschlusses des DGB im Berliner Organisationsbereich. Der LV Berlin setzt sich dafür ein, den Unvereinbarkeitsbeschluß auf satzungsgemäßem Wege aufzuheben."*

Dieser bemerkenswerte Beschluß zeigt unnachahmlich den grotesken Eiertanz, den der Opportunismus bei dem Versuch, demokratische Rechte zu verteidigen, aufführen muß. Einerseits der Schwur auf das Grundgesetz und auf die „Gültigkeit" von Beschlüssen der reaktionären DGB-Führer, andererseits die Beschwörung einer „Novellierung" des Unvereinbarkeitsbeschlusses auf dem „Dienstweg".

Rechte Gewerkschaftsführer gründen RGO (= reaktionäre Gewerkschaftsopposition)

Für die Rechten und die Gewerkschaftsführung war mit ihrer Abstimmungsniederlage auf der Landesvertreterversammlung das Signal zum „Losschlagen" gegeben:

Zum einen kam es in den folgen-
treterversammlung das Signal zum „Losschlagen" gegeben:

Zum einen kam es in den folgenden Tagen zu einigen organisierten Austritten, darunter auch von „Prominenz" (u.a. Landesschulrat Bath und Schulsenator Löffler) mit Begründungen wie: es gebe keine „eindeutige Abgrenzung" mehr gegenüber „Extremisten" innerhalb der Berliner GEW, die GEW sei unter den „Einfluß kommunistischer und prokommunistischer Gruppen" gelangt u.ä..

Der Spalterhaufen um Löffler – kaum 60 Mann stark und vorwiegend aus höheren Dienstgraden (Schulräte usw.) bestehend – hat inzwischen eine „unabhängige Gewerkschaftsgruppe" gegründet, die angeblich keine Konkurrenzgewerkschaft zur GEW sein soll, faktisch aber genau demonstriert, daß die rechten Gewerkschaftsführer ohne weiteres den Weg der Spaltung und Abspaltung in den Gewerkschaften gehen, sobald sie sich auf demokratischem Weg (Abstimmungen u.ä.) mit ihren politischen Vorstellungen nicht mehr durchsetzen können.

Bemerkenswert ist, daß die Gründung dieser Gruppe offenbar unmittelbar vom Landesvorstand der SPD inszeniert wurde („Spiegel", 23.12.).

An eine Rückkehr in die GEW sei gedacht – so die Spalterführer – wenn die GEW „ihren gegenwärtigen Kurs korrigiert". Der Unvereinbarkeitsbeschluß in DGB und GEW, der sich bisher nur gegen revolutionäre Linke richtet, müsse auf DKP/SEW und SLB ausgedehnt werden!

Ebenso hat der Westberliner SPD-Landesvorstand einen Schritt in diese Richtung unternommen: Er forderte den SPD-Bundesvorstand auf, unverzüglich (!) mit dem DGB-Bundesvorstand in Gespräche einzutreten, mit dem Ziel, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf DKP und SEW auszudehnen!!

Mittlerweile kündigte GEW-Vorsitzender Frister – gestützt auf die Mainzer Beschlüsse, die nicht ohne Grund bundesunmittelbare Mitgliedschaft in der GEW geschaffen haben – das Eingreifen der Bundes-GEW an. Der Hauptausschuß der Bundes-GEW werde am 1. Februar 75 einen Beschluß fassen, wonach *„die Mitgliedschaft im SEW-gesteuerten Sozialistischen Lehrerbund Berlin mit einer Mitgliedschaft in der Berliner GEW unvereinbar ist."* Als Vorwand für dieses Eingreifen beruft sich Frister darauf, daß eine sogenannte „Initiativgruppe demokratische GEW" um den reaktionären Rektor Lehmkuhl bis dahin rund 1.500 Unterschriften für ein Eingreifen der Bundes-GEW gesammelt hatte. (Diese Gruppe plädierte im Unterschied zur Löffler-Gruppe für ein Verbleiben in der GEW, um dort den Kampf gegen die Linken zu führen).

Auf dem Hintergrund
- einer zunächst durch Ausschlüsse „gesäuberten" GEW
- einer reaktionären Mobilisierungskampagne unter der Mitgliedschaft
- eines geänderten Wahlverfahrens (hin zur Urnen-, womöglich sogar Briefwahl),

sollen dann im Frühjahr in der Westberliner GEW Neuwahlen auf allen Ebenen stattfinden. Die Neuwahlen machte der linkssozialdemokratische Geschäftsführende Vorstand möglich, indem er am 12.12. geschlossen zurücktrat.

Die Politik der Revisionisten

Wie wenig Widerstand von den führenden „linken" Sozialdemokra-
Die Politik der Revisionisten

Wie wenig Widerstand von den führenden „linken" Sozialdemokraten und Revisionisten in der GEW gegen diese reaktionäre Offensive leider zu erwarten ist, zeigt bereits der Rücktritt des von ihnen gestellten Geschäftsführenden Vorstandes der GEW-Westberlin. Damit haben sie der Demagogie, daß der jetzige Landesvorstand nicht die Mehrheit der Mitglieder vertrete, bereits zu einem Anschein von Wahrheit verholfen und so den Rechten den ersten Erfolg geschenkt.

Die Vertreter des revisionistischen SLB sind ohnehin nicht gerade Vorbilder im Kampf gegen eine antikommunistische Ausrichtung der GEW. Noch auf der Vertreterversammlung am 9./10.12.74 bestätigte der SLB seine Linie der Anbiederung an die Gewerkschaftsführung und der üblen Angriffe gegen die „Chaoten" *(„keine Zusammenarbeit mit verfassungswidrigen Gruppen")*.

Als dann der SPD-Landesvorstand die Ausdehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf DKP/SEW forderte, behauptete der SEW-Parteivorstand, dieser *„Anschlag auf die Einheit des DGB"* gehe nur *„von einer kleinen Gruppe rechter Sozialdemokraten"* in der Führung der Westberliner SPD aus, was wohl zur Beruhigung der aufgeschreckten Mitglieder dienen sollte.

Mittlerweile hat sich nun jedoch auch GEW-Bundesvorsitzender „Kollege" Frister auf die SEW eingeschossen. Im Moment scheint es im SLB sogar Überlegungen zu geben, den Verband freiwillig aufzulösen, falls mit den Drohungen ernst gemacht werden sollte. Doch auch dagegen hat die Gewerkschaftsführung schon etwas parat: *„Frister sieht auch Vorkehrungen dafür vor, daß sich der SLB vorzeitig auflösen könnte. Selbst in diesem Falle würden die namhaft bekannten SLB-Angehörigen vom Februar 75 an keine Mitglieder der GEW mehr sein."* („Tagesspiegel", 20.12.74)

Selbst wenn dies nicht in vollem Umfang wahrgemacht werden sollte, sondern in der Hauptsache dazu dienen könnte, fortschrittliche GEW-Mitglieder zum kampflosen Rückzug zu bewegen und die Kommunisten weiter zu isolieren, bedeutet dieser Vorstoß doch eine erhebliche Verschärfung des Vorgehens der Gewerkschaftsführung gegen linke Kollegen!

Man muß schon mit Scheuklappen durch die Gewerkschaft gehen wie die Revisionisten, um immer noch zu meinen, mit der „Taktik" des „nach-links-schlagen, nach-rechts-anbiedern" und der Schwüre auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" auf längere Sicht den Schlägen der Gewerkschaftsführung entgehen zu können. ●

Ein Genosse der Bezirksgruppe Nord des KB/Gruppe Westberlin und Bündniskommission, KB/Gruppe Hamburg

GEW Hamburg

Plumper geht's nicht!

Der Hamburger GEW-Vorstand hat sich etwas Neues ausgedacht, um endlich die „Mainzer Beschlüsse" (Änderung der Satzung) im Landesverband durchzusetzen.

Nachdem das Landgericht dem Vorstand verboten hatte, anstelle der Mitgliederversammlung eine Landesvertreterversammlung auf eigene Faust zu installieren (vgl. AK 52) und auch die weiteren gerichtlichen Schritte gegen den Vorstand zu laufen scheinen (Erzwingung einer Mitgliederversammlung, um über die Satzungsänderung zu diskutieren), hat dieser zum Mittel eines innerverbandlichen „Schlichtungs-Organs" gegriffen.

Die Anregung dazu stammt von Erich Frister, dem Bundes-Vorsitzenden der GEW. Frister schlug in einem Brief vor, mit Hilfe einer „Landesschiedskommission" (LSK) die „gerichtlichen Auseinandersetzungen"

den der GEW. Frister schlug in einem Brief vor, mit Hilfe einer „Landesschiedskommission" (LSK) die „gerichtlichen Auseinandersetzungen"

wieder in den Verband zurückzuholen, d.h. eine LSK soll nun entscheiden, wer Recht hat – der Vorstand oder die Mitglieder!

Allerdings besitzt die GEW-Hamburg nach geltender Landessatzung gar keine LSK! Diese kleine Schwierigkeit meisterten die Gewerkschaftsführer mit ihrer bereits bekannten „Selbsthilfe": Der Hamburger Vorstand stellte eine Liste von 23 ihm genehmen Kollegen zusammen und schickte sie dem Bundeshauptausschuß der GEW (höchstes Gremium der Bundes-GEW zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen).

Dieser ernannte Anfang Dezember aus dem Kreis der Auserwählten eine LSK für Hamburg – und schon gibt es ein „objektives" Gremium, das väterlich alle Zwistigkeiten „schlichten" soll. „Zufällig" sind zwei von drei LSK-Mitgliedern ehemalige Vorstandsmitglieder.

Nach diesem Coup gab sich der Vorstand dann großzügig: falls die Mitglieder ihre gerichtlichen Klagen zurückziehen, will er sich selbst (!) vor der LSK „anklagen" und diese soll dann entscheiden, ob der Vorstand rechtens gehandelt hat.

Der Gipfel dieser plumpen Komödie: als Kläger und Beklagter (!) dürfte der Vorstand die beiden Beisitzer der LSK stellen – so daß auch wirklich garantiert ist, daß der Vorstand mit 5:0 Stimmen für unfehlbar erklärt wird!

Für alle, die doch das ein oder andere an dieser merkwürdigen „Rechts"-sprechung, in der die eine Partei sich zum Richter ernennt, auszusetzen haben, hat der Vorstand ein ganz großes „Trost-Bonbon": er will – egal wie die LSK entscheidet (!) – in die Berufung bei der Bundesschiedskommission gehen.

Dieses Gremium ist natürlich noch viel, viel „objektiver" als die LSK: eingerichtet von den Initiatoren der Mainzer Satzungsänderungen und nach ihren Vorschlägen besetzt! Um auch hier die Ironie auf die Spitze zu treiben, besteht dann noch die Möglichkeit, den Spruch der Bundes-

nach ihren Vorschlägen besetzt! Um auch hier die Ironie auf die Spitze zu treiben, besteht dann noch die Möglichkeit, den Spruch der Bundes-

schiedskommission vom Bundeshauptausschuß aufheben zu lassen – das heißt, der Bock wird hier offiziell zum Gärtner erklärt!

Der Bundeshauptausschuß der GEW hat den Antrag auf Satzungsänderungen in Mainz gestellt, der Bundeshauptausschuß entscheidet auch über die Gültigkeit der Mainzer Beschlüsse. Amen.

Es sieht zur Zeit nicht so aus, als wenn die Mitglieder der Hamburger GEW besondere Lust hätten, auf dieses plumpe Manöver des Vorstandes einzugehen. Allerdings ist auch nicht zu übersehen, daß das Interesse vieler aktiver Mitglieder an gewerkschaftlichen Fragen nachgelassen hat – nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der staatlichen Sparmaßnahmen und der sich deutlich abzeichnenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen an den Schulen, gegen die sich diese Kollegen einen entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf zur Zeit kaum vorstellen können.

Wir wollen im nächsten AK ausführlicher zum Stand und den Perspektiven des Kampfes um innergewerkschaftliche Demokratie in der GEW Stellung nehmen. ●

Bündniskommission des KB, Gruppe Hamburg

Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk Brokdorf

Mit dem geplanten Kernkraftwerk in Brokdorf an der Elbe, soll ein weiteres Glied in einer ganzen Reihe von Atomreaktoren im Elbegebiet gebaut werden.

Für den Bau von Kernkraftwerken (KKW) bieten die Wassermassen der Elbe und der Nordsee die billigsten Kühlungsmöglichkeiten. Vorerst ist ein ganzes Dutzend vorgesehen, jeweils mit einer Stromerzeugung von 1.300 Megawatt (MW), die in ihrer Leistung größer sind als die zur Zeit stärksten der Welt. Die Reaktoren, die schon in Betrieb sind, dienen als Versuchsreaktoren. Der in Brunsbüttel hat „nur" eine Leistung von 806 MW, was zeigt, daß mit den der kommenden Größenordnung von 1.300 MW gar keine konkreten Erfahrungswerte bestehen. Die Atomenergie wird nahezu ausschließlich zur Versorgung der angesiedelten Industrie dienen (siehe Graphik).

Einerseits locken die Landesregierungen von Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein die Industriehaie wie Bayer, Veba, Reynolds mit günstigen Standortangeboten an. Hinzu kommen die Investitionen in Milliardenhöhe aus den Steuergeldern der Werktätigen, die den Kapitalisten in den Rachen geworfen werden. Allein Reynolds bekam vom Hamburger Senat Investitionsgelder in Höhe von rund 600 Millionen DM. Ganze 1.200 Arbeitsplätze sollen dabei herauskommen. Demgegenüber wurden in den letzten zehn Jahren 63.000 Arbeitsplätze in der Hamburger Industrie nach kapitalistischen Maßstäben wegrationalisiert.

Was die Kernenergie angeht, erklärte Niedersachsens Wirtschaftsminister Erich Küpker im „Spiegel" vom 28.10.1974:

„Wir wollen Energie-Exportland werden!"

Hier wird deutlich, daß die Atomenergie nicht nur zur Versorgung der Industrie dienen soll, sondern auch die Pläne der westdeutschen Imperialisten auf dem Energiesektor schlechthin darstellt: ein ernstzunehmender Konkurrent zu den anderen imperialistischen Ländern zu werden. Von Seiten der Kapitalisten, der Regierung und der Behörden wurde in einer groß angelegten Propaganda, die ihren vorläufigen Höhepunkt während der „Ölkrise" hatte, die Energiegewinnung durch Kernkraftwerke (KKW's) als „sicher und umweltfreundlich" hingestellt. Der Bau von Atomkraftwerken erreichte in den letzten Jahren eine Stückzahl von elf.

Aber zurück zu Brokdorf, wo der beabsichtigte Bau eines Reaktors genau in dieses Konzept paßt. Brokdorf ist ein kleiner Ort zwischen Elmshorn und Brunsbüttel, dessen Umland in erster Linie landwirtschaftlich genutzt wird. 1980 soll der Reaktor mit einer Leistung von 1.300 MW in Betrieb genommen werden. Der Strom ist bestimmt für die angesiedelte Industrie in Brunsbüttel (vorerst Veba und Bayer). *„Die Entscheidung sei gefallen, nachdem sich ergeben hat, daß im Hinblick auf die Wärmebelastung der Elbe keine Bedenken bestehen!"*, so Stoltenberg (Ministerpräsident von Schleswig-Holstein) laut „Pinneberger Tageblatt" vom 9.10.1974. Der Standort war aber auch aus anderen Gründen bestimmt worden. So war der Bau des KKW ursprünglich bei Brunsbüttel vorgesehen. Der Konzern Veba wandte aber ein, daß chemische Industrie und Kernkraftwerke, wenn sie zu dicht beieinander lägen, Gefahren mit sich bringen (!!). Entsprechend wurde der Regionalplan im Falle Brokdorf geändert.

Vom Antragsteller für den Bau des Reaktors, den Nordwestdeutschen



Marckolsheim:

Der Bauplatz bleibt besetzt!

Gegen die menschen- und umweltfeindlichen Industrie-Ansiedlungs-Pläne der deutschen und französischen Regierung protestiert seit einigen Monaten die Bevölkerung im badischen Wyhl und im elsässischen Marckolmsheim. Hier sollen ein Kernkraftwerk (Wyhl) und ein Bleiwerk (Marckolmsheim) der Chemischen Werke München (CWM) gebaut werden, was die Bevölkerung links und rechts des Rheins zurecht als Bedrohung für Mensch, Tier und Umwelt empfindet. Seit Oktober ist der allgemeine Protest der Menschen in dieser Gegend, der von insgesamt 21 Bürgerinitiativen in Baden und im Elsaß organisiert wird, in eine militantere Form des Kampfes umgeschlagen: der geplante Bauplatz für das Bleiwerk ist besetzt worden, um (erfolgreich bisher!) jegliche Bauarbeiten von vornherein zu verhindern. Bis heute konnte die Besetzung aufrechterhalten werden und französische und deutsche Regierungsstellen haben bereits zum „Einlenken" geblasen, um die Bevölkerung von weiterem Widerstand abzubringen. (vergl. hierzu auch AK Nr. 52, S. 8 und AK Nr. 53, S. 30).

Trotz des Versuchs der französischen Regierung, die Bauplatzbesetzer von Marckolsheim durch vage Versprechungen (die Genehmigung für den Bau des CWM-Bleiwerks vielleicht doch nicht zu erteilen) zum Rückzug zu bewegen, wird die Besetzung weitergeführt. Französische Zeitungen schrieben, daß die Besetzer ja schließlich schon gesiegt hätten – obwohl tatsächlich bis heute noch gar keine endgültige Entscheidung über die Baugenehmigung getroffen wurde...

Die badischen und elsässischen Bürgerinitiativen haben sich daraufhin überlegt, ob die Besetzung des Bauplatzes abgebrochen oder weitergeführt werden soll. Teilweise hat es schon ziemliche Siegesstimmung über das Versprechen der französischen Regierung gegeben. Andererseits wurde von den Besetzern darauf hingewiesen, daß diese Regierungsäußerungen zwar als erster Erfolg der Besetzungsaktion anzusehen seien, daß der Kampf damit aber noch nicht endgültig entschieden ist und im Gegenteil jetzt noch notwendiger und schwieriger wird.

Sehr konsequent wird diese Haltung in einem Artikel der Nr. 3 von „Was wir wollen" (17.11.74) vertreten, der Zeitung der Bauplatzbesetzer von Marckolsheim und Wyhl:

„Keiner darf sich durch die überraschenden Aktivitäten unserer Volksvertreter beeindrucken oder gar einschläfern lassen. Wir müssen genauso wie bisher, nein, wir müssen verstärkt die Besetzung des Bauplatzes fortführen!! Nur so sind wir in der Lage, durch unsere verstärkte Solidarität, rechts und links des Rheins unsere Aufgabe erfolgreich zu beenden. Die Bürgerinitiativen sind nicht dazu da, die Regierungen aufzuwecken, sondern wir fordern, daß hier unsere Interessen, nämlich unsere Existenz, unsere Arbeit und unsere Heimstatt, selbstverständlich garantiert werden. Wir werden den Bauplatz nicht verlassen, weder in Marckolsheim noch wenn es notwendig wird in Wyhl, ehe uns diese selbstverständlichen Grundrechte zugestanden worden sind."

Reaktionäre Typen schalten sich ein

Die Hinhalte- und Beschwichtigungsversuche der Regierungsvertreter finden jetzt ihre Ergänzung in polizeilichen und rechten Provokationsversuchen: französische Polizeibeamte in Zivil versuchen sich unter die Besetzer zu mischen.

Die Nr. 3 der von den Bauplatzbesetzern herausgegebenen Zeitung soll bereits an das französische Innenministerium weitergegeben worden sein. In Wyhl hat sich eine r e c h t e Bürgerinitiative „Kernkraftwerk-JA" gebildet, die eine demagogische Hetze gegen die Bauplatzbesetzer betreibt und versucht, die Bevölkerung Wyhls f ü r den Bau des KKW zu gewinnen. So lügt „KKW-JA" z.B. über die von den Besetzern durchgeführte Unterschriftensammlung mit deutlich anklingender faschistischer Geisteshaltung: *„Diese Unterschriften sind erpreßt worden. Die KKW-Gegner sind zu den Leuten gegangen und haben Frauen unterschreiben lassen, ohne daß der Mann dabei war."* Und über die Versammlung der Bauplatzbesetzer hetzen sie: *„Es sind über tausend Studenten aus Frankfurt angereist, die bekommen 1.400 DM aus dem Osten, um hier Unruhe zu stiften."*

Die „Argumente" der „KKW-JA" für den Bau des Kernkraftwerks sind nur eine Wiederholung der bekannten Kapitalisten-Sprüche: daß durch den KKW-Bau schließlich Arbeitsplätze geschaffen würden. Umgekehrt hat z.B. die Badische Hoch- und Tiefbaugesellschaft schon gedroht, 600 bis 700 Arbeitskräfte zu entlassen, falls das KKW n i c h t gebaut wird. Die Bauplatzbesetzer halten diesen Drohungen und Verkündigungen die Situation im Ruhrgebiet entgegen, wo es trotz sehr viel Industrie dennoch eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, und sagen:

„Die Industrie versorgt nicht die Bevölkerung mit Arbeitsplätzen, sondern sie versorgt sich mit Arbeitern. Mal werden viele gebraucht, dann holt man sich welche aus dem Süden. Mal werden wenige gebraucht, dann heißt es auch für die Wyhler stempeln." Und: *„In Wirklichkeit hat die Tatsache, daß es viel Industrie gibt, mit der Sicherheit der Arbeitsplätze überhaupt nichts zu tun."*

Vor allem geht es ihnen aber darum, daß das geplante KKW in Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim in hohem Maße gesundheits- und umweltgefährdend sind. Dazu haben sie nicht nur die teilweise direkt gefälschten („Rechenfehler") Angaben der Behörden über den zu erwartenden Bleiausstoß usw. widerlegt, (siehe ARBEITERKAMPF 52, S. 8), sondern auch auf andere Beispiele verwiesen:

„Manche dieser Arbeitsplätze sind Todeskommandos, die vom Gewerbeaufsichtsamt erlaubt werden. Jetzt erst ist z.B. der Zusammenhang zwischen der Arbeit in einer Plastikfabrik, wo PVC hergestellt wird, und Leberkrebs nachgewiesen. In Norwegen hat man diese Fabriken schon gestoppt. Schon? Für Hunderte von Arbeitern ist es zu spät! Wenn sie dann ihre Entschädigung kriegen, wem hilft das? Was hilft den Contergan-Kindern ihre Entschädigung? Was helfen Entschädigungen gegen Bleivergiftung? ‚Saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit . . .' – Auf Lebenszeit, wenn es hoch kommt, sind es 40 Jahre . . . !!"
(alle Zitate aus Artikeln der Nr. 2 von „Was wir wollen")

Die Bauplatzbesetzer haben sich zunehmend aber nicht mehr nur gegen die plumpen, auf Verdummung zielenden Sprüche der rechten „KKW-JA" zu erwehren – sondern auch gegen handfeste Provokationen. Ein Gegner des KKW-Baus wurde bereits krankenhausreif geschlagen. In ihrer Zeitung haben die Bauplatzbesetzer das Treiben dieser Typen enthüllt und auch auf dieser Ebene eine konsequente Haltung angekündigt:

„Wir kennen inzwischen diese Gestalten gut und wissen, wer uns bei der kommenden Platzbesetzung in Wyhl Schwierigkeiten machen kann. Wir werden uns zu schützen wissen."

Die Entscheidung in Wyhl

Mit den Umtrieben der „KKW-JA" und den kapitalistischen Entlassungsdrohungen soll offenbar das Klima für den bevorstehenden Bürgerentscheid vorbereitet werden: am 12. Januar soll die Bevölkerung Wyhls entscheiden, ob das KKW gebaut werden soll oder nicht. Die Bauplatzbesetzer von Marckolsheim haben ja bereits seit längerem angekündigt, daß sie auch in Wyhl eine Besetzung durchführen werden, falls die Behörden den KKW-Bau durchdrücken. Zudem haben sie darauf hingewiesen, daß der Bau des KKW nicht nur die Bevölkerung von Wyhl etwas angeht, und sie wollen deshalb in den umliegenden Dörfern einen Bürgerentscheid durchführen. ●

KB-Sympathisanten Pforzheim

Forts. Kernkraftwerk Brokdorf
Was helfen Entschädigungen gegen
KB-Sympathisanten Pforzheim

Forts. Kernkraftwerk Brokdorf

Kraftwerken (NWK), wurde den Gemeindevertretern Brokdorfs zusätzlich ein Kinderspielplatz versprochen. Entsprechend war dann auch die Haltung des Gemeinderates von Brokdorf, der sich für den Bau des KKW entschied. Wahrscheinlich wurde er auch von der Kieler Landesregierung unter Druck gesetzt.

Die Pläne für die umfangreiche Industrialisierung bestanden längst, wurden aber wie „Geheimdiplomatie" gehandhabt, um die Bevölkerung vor nahezu vollendete Tatsachen stellen zu können.

Wichtige Fragen, die die Gefährdung der Umwelt betreffen, sind noch ungelöst:

- so wird durch die Wärmeabgabe der Atomreaktoren die Elbe stark erwärmt werden, was mit sich bringen wird, daß sich bestimmte gefährliche Bakterien (wie Chlostridium boutolinum) stark vermehren. Eine vergleichbare Folgewirkung war der Tod zehntausender Seevögel in Holland;
- schon bei einem kleinen Atomreaktor von 100-200 MW fällt in sechs Monaten eine Menge Atommüll an, (darunter Strontium 90, das Knochenkrebs bewirkt), deren Strahlungswirkung 15o mal größer ist als die der Hiroshima-Bombe von 1945.
- Hiermit ergibt sich automatisch die Problematik der Atommüllagerung. Die früher als absolut „sicher" geltenden Salzbergwerke haben sich inzwischen als unsicher erwiesen. Einige sind inzwischen längst abgesoffen. Neuerdings propagiert man die spektakuläre Idee, den Atommüll in den Weltraum zu schießen, die wohl in erster Linie zur Beruhigung der Bevölkerung gedacht ist.

Es wird offensichtlich, daß Kapitalisten und Regierung, ungeachtet der Gefährdung der Umwelt ihre Pläne einer menschenfeindlichen Industrialisierung durchsetzen wollen.

Alle Fragen der Umweltgefährdung werden von den Verantwortlichen verschwiegen oder es wird beschwichtigt – wie Stoltenberg im „Pinneberger Tageblatt" vom 9.11.74:

„Neue Betriebe und Kernkraftwerke werden nur angesiedelt, wenn sie den Forderungen des Umweltschutzes entsprechen. Deshalb seien laufend Untersuchungen vorgesehen" (siehe Reynolds, Hamburg!!).

Die Bevölkerung von Brokdorf und Umgebung war davon aber nicht überzeugt. Das zeigten die 21.000 Einwendungen, die innerhalb der Einspruchsfrist von einem Monat gegen den Bau des Kernkraftwerks eingingen; dazu noch Einsprüche von Vereinen, die insgesamt 40.000 Mitglieder aufweisen konnten. Dadurch wurde ein Erörterungstermin im Genehmigungsverfahren notwendig. Dieser Termin ist dazu vorgesehen, der betroffenen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ihre „Bedenken" vorzutragen, die dann mit den Behörden „erörtert" werden sollen. Wie das aber in der Praxis aussieht, erfuhren am 12.11.74 500 Einwender auf dem Erörterungstermin zum geplanten Reaktorbau bei Brokdorf in Wilster.

Die Bourgeoisie lädt ein . . .

Um die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung möglichst schnell zu erledigen, hatte sich eine Schar von Vertretern des Sozialministeriums (Genehmigungsbehörde), des Wirtschafts-, Verkehrs- und des Innenministeriums versammelt, verstärkt durch „Gutachter" und Abgesandte der NWK und der HEW. (NWK und HEW hatten zusammen mit den Brokdorfer Gemeindevertretern den Antrag auf Errichtung des Kernkraftwerks gestellt.) „Gesichert" wurde der Termin durch Polizisten, die aus der Umgebung zusammengezogen



Die Bauern der Wilster Marsch protestieren zusammen mit anderen fortschrittlichen Teilen der ländlichen Bevölkerung gegen den geplanten Reaktorbau bei Brokdorf.

und in der ganzen Stadt verteilt waren.

Daß die Behörden keine ausführliche Diskussion wollten, zeigte sich schon an ihrer Terminvorbereitung. Nach langem hin und her und auf ständiges Nachfragen der Einwender gestanden sie schließlich, daß ihnen nur ein (!) Gutachten vorliege, alle anderen erst „angefordert" seien und der Bevölkerung nicht zur Einsichtnahme vorgelegt werden sollten. Die Einwender verlangten eine Erörterung, aber erst, wenn sie die noch fehlenden Gutachten gesehen und überprüft hätten. Erst dann könne man über den Bau des KKW's diskutieren.

Es geht den Kapitalisten und ihren Vertretern von vornherein nicht darum, die Bevölkerung umfassend zu informieren; ihre Absicht ist es, ein Genehmigungsverfahren so schnell und „reibungslos" wie möglich über die Bühne zu bekommen.

Hart diskutiert wurde auch die Entscheidung der Genehmigungsbehörde, sich auf das Atomgesetz zu berufen. Sie hätte sich ebenso, wie es in Grohnde/Niedersachsen praktiziert wurde, auf das Bundesemmissionsgesetz stützen können, das in seinen Bestimmungen ‚härter' ist. Das Atomgesetz schreibt eine einmonatige Auslegung der Planungsunterlagen vor, das Bundesemmissionsschutzgesetz vom März '74 eine zweimonatige. Die Entscheidung zugunsten des Atomgesetzes benachteiligte die Einwender in Wilster, die damit eine kürzere Zeit zur Verfügung hatten, um sich zu informieren und Einspruch einzulegen. Ein Vertreter der Genehmigungsbehörde sinngemäß: „ ... auf welches Gesetz wir uns hier berufen, haben sie uns zu überlassen!" Überlassen soll man ihr auch die Wahl des Termins. Obwohl von den anwesenden KKW-Gegnern ständig gefordert wurde, die Erörterung aufs Wochenende zu verlegen, dieses auch in einer Resolution an Stoltenberg betont wurde, lehnte es der Leiter der Erörterung (Ministerialrat Schwarze) ab.

Der schob seine Bestimmungen vor („ ... Rechtsstaat"), die es ihm angeblich verbieten, dieser Forderung nachzukommen. Es soll also gesetzlich vorgeschrieben sein, daß Erörterungstermine zu so arbeiterfeindlichen Zeiten (Werktags) stattzufinden haben. Diese „Gesetzestreue" dient dazu, die Zahl der Teilnehmer gering zu halten – dann gibt es nicht so viel „Ärger" und geht schneller ...

Brutale Diskussionsleitung

Die gesamte Diskussionsleitung ließ von vornherein keine Bereitschaft erkennen, die Fragen der Einwender wirklich zu erörtern. Unbequemen Rednern fielen die Behördenvertreter immer wieder ins Wort. So konnte z.B. nicht über Erfahrungen, die schon mit anderen KKW's gemacht wurden, berichtet werden.

Dazu Schwarze: „Das gehört doch gar nicht auf diesen Erörterungstermin". Oder es wurde bei wichtigen Diskussionen schnell eine Pause eingelegt und danach ein anderes Thema angeschnitten, z.B. bei der Diskussion über die Glaubwürdigkeit der ‚Gutachter'. Ein besonders undemokratischer Zug von der Leitung war es, Einwendern einfach das Mikrofon abzuschalten, obwohl die anderen KKW-Gegner deren Beiträge hören wollten und lautstark protestierten. Die Frage, ob man auch andere Energiearten fördern kann, oder wofür die Atomenergie überhaupt Verwendung finden soll, hielt die Diskussionsleitung für „unwichtig". Als ein amerikanischer Professor, Gegner von KKW's zu Fragen der Atommüllbeseitigung gehört werden sollte, wurde das verboten, ohne Begründung! Ebenso durfte er nicht auf die Wirtschaftlichkeit von KKW's eingehen. Schwarze: „Ich habe hier die Leitung, ich bestimme, was erörtert wird!" Einem Vertreter der Arbeitsgruppe Politische Ökologie von der Uni Bremen, wurde sogar befohlen, den Raum zu verlassen, da er seinen Beitrag nicht auf Verlangen der Leitung unterbrochen, sondern (wie es viele forderten) weitergesprochen hatte. Gleich darauf wurde die Erörterung unterbrochen und zur Einschüchterung Polizei hereingeholt.

Am Freitagnachmittag wurde der Erörterungstermin abgebrochen mit der frechen Behauptung, daß alles erörtert worden sei, obwohl die Einwender erklärten, daß für sie die Sache nicht ausreichend geklärt worden sei.

Die viertägige Auseinandersetzung läßt im Kleinen erkennen, wie die kapitalistische Industrialisierung brutal und menschenfeindlich durchgesetzt werden soll. ●

Sympathisanten des KB, Elmshorn



Zur Lage der Behinderten in der BRD

Die genaue Zahl der Behinderten in der BRD ist unbekannt. Die letzte „Stichprobe", deren Ergebnis dann hochgerechnet wurde, liegt aus dem Jahre 1966 (!) vor: 4,1 Millionen. Doch die Zahl stimmt nicht.

Während die Bundesstatistiker nur 104.000 behinderte Kinder registrierten (dann müßten wohl die 256.000 Sonderschulplätze zur Hälfte unbesetzt sein!), ergaben Untersuchungen des Prof. Helmut von Bracken 642.500 behinderte Kinder. Demnach haben 60 % der behinderten Kinder keinen Sonderschulplatz (lt. „Spiegel", 13/71). Da jährlich etwa 260.000 (200.000 erwachsene und 60.000 neugeborene) Behinderte hinzukommen, kommen der „Spiegel" und Ernst Klee in seinem „Behindertenreport" auf **6,4 Millionen Behinderte** in 1973! Makaber ist, daß die SPD/FDP-Regierung 1970 in ihrem „Aktionsprogramm" von vier Millionen Behinderten ausging und Minister Arendt (SPD) 1973 die Zahl immer noch mit 4,1 Millionen angab. Um das Ausmaß der katastrophalen Mißstände im **„sozialen Musterstaat der Welt"** (Scheel) zu beschönigen, läßt Arendt 2,3 Millionen Behinderte einfach unter den Tisch fallen!

Die Behinderten werden wie Aussätzige vom bürgerlichen Staat behandelt.

Es fehlen:

Schwangerschaftszentren, Früherkennungszentren, heilpädagogische Einrichtungen, Sonderschulen, Berufsausbildungsstätten etc.

Es fehlen an Schulplätzen in	**%**
Sprachbehinderte	**81**
Sehbehinderte	**74**
Schwerhörige	**70**
Körperbehinderte	**65**
Verhaltensgestörte	**65**
Geistig Behinderte	**60**
Lernbehinderte	**11**

Lediglich 8,1% der geistig Behinderten besuchen geeignete Bildungs- und Arbeitsstätten.

In Baden-Württemberg fehlen offiziell von 900 benötigten Sonderschulkindergärten 840!

Etwa 8,25 Mrd. Mark müßten aufgewendet werden, um die für eine op-
gewendet werden, um die für eine op-
timale Behindertenarbeit benötigten Einrichtungen zu erstellen. Das ist gerade 1/3 des jährlichen Rüstungsaufkommens der BRD-Imperialisten! (lt. Groß, „Spiegel" 13/71).

„Damit könnten in der BRD von den 15.000 Kindern, die jährlich mit Schwangerschafts- oder Gehirnschäden geboren werden, 5.000 kerngesund sein und weitere 5.000 gesünder, als es die herrschenden Verhältnisse erlauben"! („Unterpriviligiert", S. 101)

Die Folge der katastrophalen Situation sind menschenunwürdigste Maßnahmen:

„Da werden körperlich Behinderte in geschlossenen Abteilungen psychiatrischer Anstalten untergebracht, schlimmer noch: Da sind in Essen ein Drittel mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten ausgestattete Kinder durch fachärztliche Gutachten in ein Heim für Schwachsinnige eingeliefert worden" (Klee, Behindertenreport).

Bei einem Teil der Behinderten spielt ihre Klassenlage die ursächliche Rolle.

Besonders deutlich wird dies an den Lernbehinderten:

70 % aller Lernbehinderten stammen aus der „untersten Schicht" der Arbeiterklasse – Hilfsarbeiter, Schausteller, Arbeitslose etc. Daß hier die Lage der Klasse, besonders der untersten Schicht, Ursache der Behinderung ist, wird klar:

In Familien lernbehinderter Kinder auf Sonderschulen kommen auf jede Person nicht einmal 1/2 Zimmer (Gymnasiasten: mehr als ein Zimmer pro Person). Nur 15% der lernbehinderten Sonderschüler haben überhaupt einen eigenen Platz, um z.B. ihre Schulaufgaben zu machen! 28% haben nicht einmal ein eigenes Bett!

Im folgenden Artikel werden wir die Situation der Behinderten konkret am Beispiel der Alsterdorfer Anstalten in Hamburg darstellen.

Die „Alsterdorfer Anstalten" in Hamburg

Im Norden Hamburgs, im Stadtteil Alsterdorf – gleich beim Friedhof „Ohlsdorf" – liegen die Alsterdorfer Anstalten, die größte Einrichtung Hamburgs für behinderte Menschen. Auf dem Gebiet der Alsterdorfer Anstalten leben ca. 1.300 Behinderte; dazu kommen in den angeschlossenen Häusern in Hamburg und Schleswig-Holstein weitere 600. Finanziert wird die Anstalt zu fast 90% aus Steuergeldern, zu weniger als 2% von der Evangelischen Kirche; der Rest sind Spenden.

Trotzdem wird die Anstalt vom Diakonischen Werk (Evangelische Kirche) geleitet.

Oberster Direktor ist ein Pastor – Schmidt – rechte Hand des Bischofs. In ihrer Funktion als Arbeitgeber tritt die Kirche alles andere als „nächstenlieb" auf. Die Arbeiter und Angestellten haben „Rechte", wie sie in Industriebetrieben vor 100 Jahren üblich gewesen sein mögen. **Die Gewerkschaft ÖTV ist nicht als Tarifpartner anerkannt; jeder „Mitarbeiter" handelt seinen Arbeitsvertrag individuell mit den Kirchenbossen aus.**

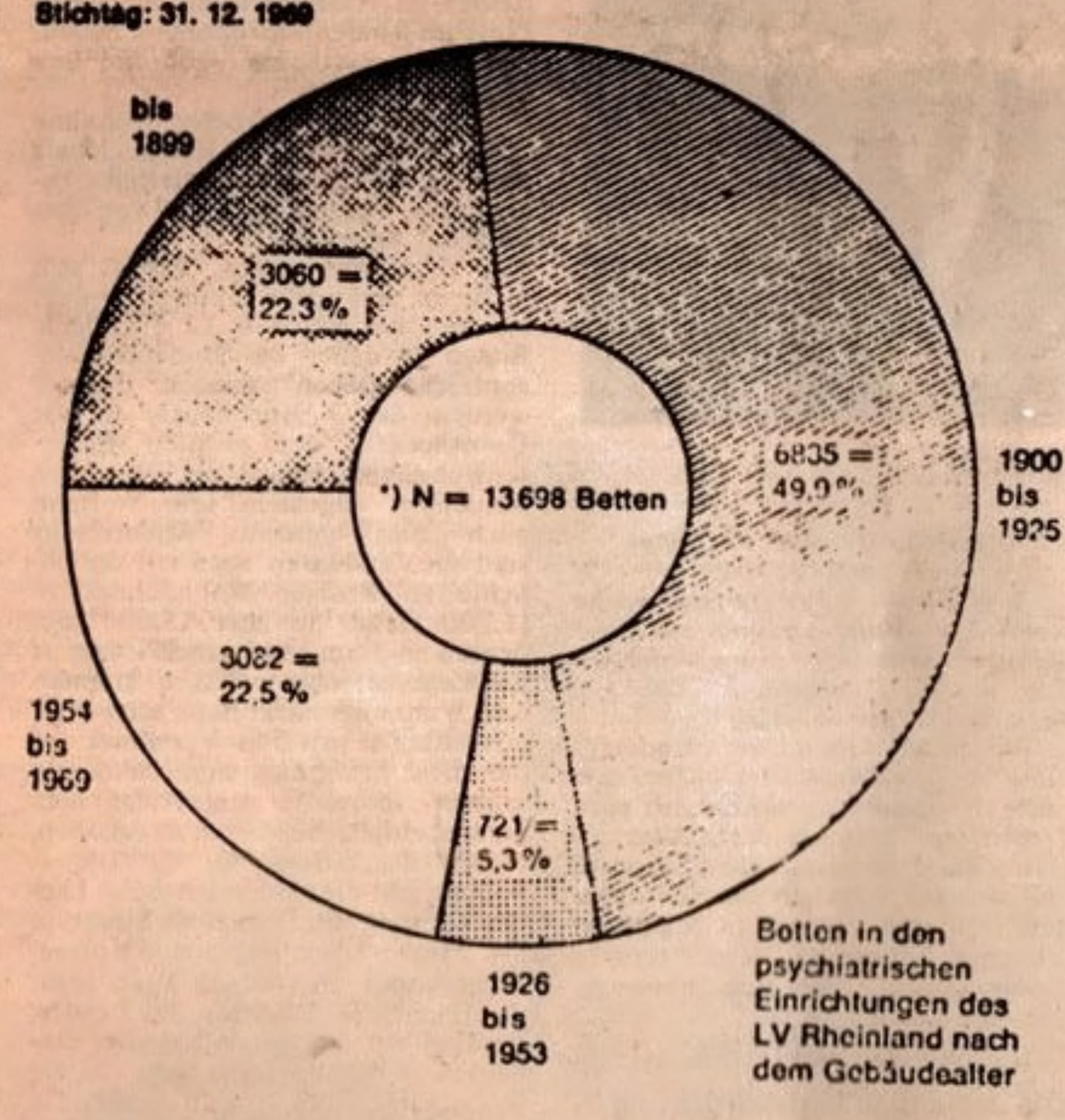
Indes kümmert sich die ÖTV auch keineswegs um die Organisierung der Arbeiter und Angestellten oder setzt sich etwa für sie ein. Auf Anfrage wurde vom zuständigen Sekretär Schmalbruch ein Vertrauensmann benannt, der seine aktive gewerkschaftliche Arbeit schon vor längerer Zeit an den Nagel hängte. Als zweiter wurde ein Kollege von der ÖTV benannt, der seit zwei Jahren nicht mehr in Alsterdorf arbeitet. Der dritte „zuständige" Vertreter für ÖTV-Interessen in Alsterdorf (lt. Schmalbruch) an den man sich doch bitteschön wenden sollte, war gar schon 15 Jahre tot!!

Die Mitarbeitervertretung hat keine Mitbestimmungsrechte bei Einstellungen und Kündigungen; ihr „Wirkungskreis" ist im wesentlichen auf Details beim Betriebsausflug begrenzt.

Die Mehrheit der Arbeits- oder Lehrverträge beinhalten die Bestimmung, „regelmäßig an gemeinsamen Veranstaltungen" teilzunehmen („Gottesdienst" und sonstigen Pfaffenkram!). Hinter den Mauern der Anstalten hält sich das Mittelalter – „Altarschwalben" (straff organisierte Schwesternschaftlerinnen) treiben Sonntag für Sonntag die zu den Alsterdorfer Anstalten gehörende Kirche mit wehrlosen Behinderten voll – (Unzucht mit Abhängigen? !).

Alle Auszubildenden – Schwesternhelferinnen, Kinderpflegerinnen, Heilerziehungspfleger usw., müssen am regelmäßigen Pflichtfach Religion (oder moderner: „christlicher Ethik") teilnehmen.
teilnehmen.

Stichtag: 31. 12. 1969



Betten in den psychiatrischen Einrichtungen des LV Rheinland nach dem Gebäudealter

Erst vor einigen Jahren wurde die Mauer, die mitten durch die Anstalt führte und das männliche vom weiblichen Gebiet trennt, abgerissen. Trotzdem blieb der gesamte Aufbau (Trennung) bestehen und es wird höllisch aufgepaßt, daß keiner sich lange auf der anderen Seite aufhält. Sexuelle Beziehungen sind „natürlich" strengstens verboten und werden bestraft.

Die 71 Abteilungen auf dem Anstaltsgelände weisen total unterschiedliche Größen und Behindertenzahlen auf.

So hausen beispielsweise jeweils 40, zum Teil stark Behinderte, in den Abteilungen „Carlsruhe" und „Heinrichshöhe" auf engstem Raume – jeweils nur zwei Tagesräume, in denen sich die Behinderten von Morgens bis Abends aufhalten müssen. – Im günstigsten Fall sind die Abteilungen mit „nur" acht bis zwölf Personen belegt.

Vier-Bettzimmer sind Ausnahmeerscheinungen, üblich hingegen Acht-, Zehn- und Zwölf-Bettzimmer (letztere u.a. auch im Kinderheim).

Auf „Carlsruhe" müssen nachts sogar 23 zum Teil völlig unterschiedlich stark Behinderte in einem Schlafsaal miteinander auskommen!

Ein Teil der Häuser befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Häufig sind es nur bessere Bretterbuden. Hatten die behinderten Menschen hier häufig aber noch die Möglichkeit, die kleinen eingezäunten Vorgärten zu benutzen und so ab und an wenigstens einmal Luft zu schnappen, ist dies im neu gebauten Hochhaus (!) natürlich nicht mehr möglich. Es ist nicht selten, daß Behinderte wochenlang nicht e i n m a l an die Luft kommen ! Die Räume erinnern häufig an Operationssäle – kahl, kalt, möglichst weiß gestrichen.

Selbst das „Diakonische Werk" (Evangelische Kirche) schreibt auf dem Papier für Behinderten-Anstalten vor, daß auf eine Person ca. 21 qm Nutzfläche (Abstellräume, Küche, Schlafsäle etc. inbegriffen) kommen muß. Alsterdorf erreicht aber durchschnittlich nur zwölf qm! Errechnet man die tagsüber wirklich benutzte Fläche, hat ein Behinderter auf „Carlsruh" und „Heinrichshöh" gerade zwischen zwei bis drei qm!! Und das Tag für Tag – ihr Leben lang! Würde es sich nicht um Menschen handeln, sondern um Tiere, würde wohl wegen Tierquälerei eingeschritten werden!

Ähnlich skandalös ist die Ausrüstung der Abteilungen mit sanitären Anlagen. Da kommen im besten Fall eine Toilette auf fünf Behinderte – Vorschrift hingegen sind drei auf 7,5.

Auf den großen Abteilungen (Doppelabteilungen) sieht es noch schlimmer aus:

Für die 35 bis 40 Behinderten auf „Heinrichshöh", die jeden Morgen gebadet werden müssen, stehen zwei ganze Badewannen zur Verfügung.

Drei Minuten „Zuwendung" pro Tag

Auf der männlichen Seite sind in den Alsterdorfer Anstalten z.Zt. 612 Behinderte; 92 Pfleger, Zivildienstleistende (Kriegsdienstverweige-
rer) etc. weist die Statistik aus. D.h
rer) etc. weist die Statistik aus. D.h., daß ein Pfleger auf 6,7 Behinderte kommt. Nimmt man die relativ „hoch" besetzten Intensivstationen aus, so ergibt sich ein Verhältnis von 1 : 8,3. Versucht man nun noch, den tatsächlichen Schlüssel der Anwesenden heraus zu bekommen (Krankheit, Urlaub, freie Tage, Schichtdienst), ergibt sich etwa das Verhältnis: ein Pfleger auf mehr als 20 Behinderte!!!

Bei Untersuchungen, wieviel Zeit des Tages Pfleger für organisatorische Aufgaben aufzuwenden haben, und wie lange sie sich mit den Behinderten beschäftigen können, kamen verheerende Ergebnisse zu Tage:

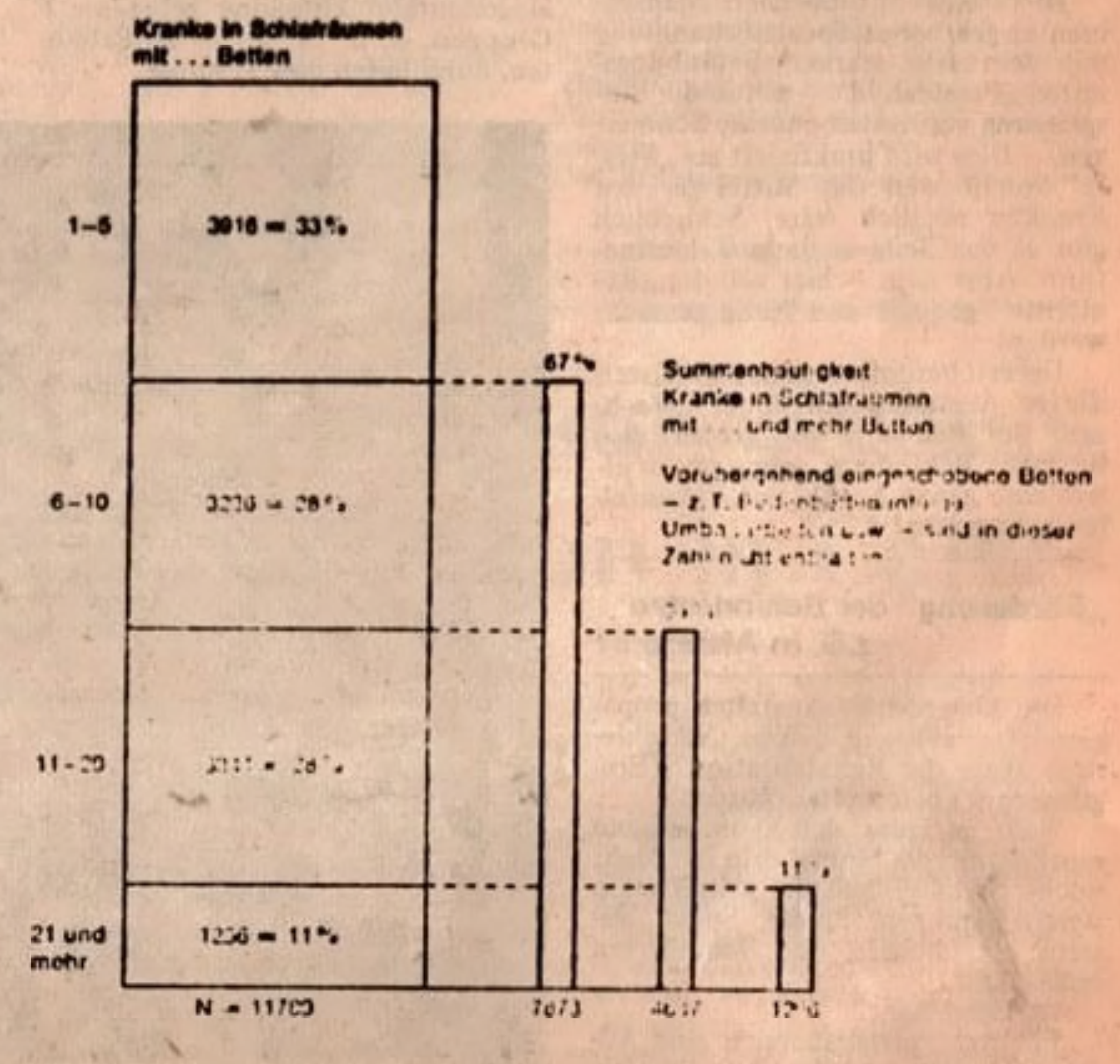
So gehen häufig 70% des Tages für organisatorische Arbeiten (Putzen, Betten machen, Essen ausgeben, Waschen etc.) drauf. Kaum mehr als 10% sprich 48 Minuten, entfallen auf die Beschäftigung mit den Behinderten. Bei obigem Schlüssel 1 : 20 kann jeder Behinderte höchstens drei Minuten pro Tag damit rechnen, daß man sich um ihn kümmert.

Der Verwaltungsleiter, Budnick, behauptet allerdings, Alsterdorf habe einen guten Schlüssel von 1 : 4 und liege damit knapp über den Richtlinien des Bundesgesundheitsministeriums von 1 : 3,5!

Von den 92 Pflegern auf der männlichen Seite führen etwa 1/3 lediglich die Berufsbezeichnung „ausgebildeter Krankenpfleger". Da die Ausbildung zum Krankenpfleger aber keineswegs zur Betreuung geistig Behinderter geeignet ist, darf behauptet werden, daß der größte Teil des Personals nicht für seine Aufgaben ausgebildet ist!!

Medizinische Versorgung

Für die weit über 1.000 Behinderten stehen ganze zwei Krankenstationen (getrennt männlich/weiblich) mit ca. je 15 Betten zur Verfügung.



Kranke auf 1 Waschbecken

1–4	3675 = 31%
5–6	3332 = 28%
7–9	2455 = 21%
10–14	2011 = 17%
15 und mehr	316 = 3%
	N = 11789

Summenhäufigkeit Kranke auf 1 Waschbecken

5 und mehr	7 und mehr	10 und mehr	15 und mehr
69%	41%	20%	3%
8114	4762	[illegible]	316

Davon belegen die Chefärzte noch einige Einzelzimmer mit ihren Privatpatienten! Im direkten Anstaltseinsatz sind ganze vier Ärzte (+ zwei Chefärzte) mit der medizinischen Versorgung der Behinderten beschäftigt. Ein Arzt für über 250 Behinderte. (Forderung der Weltgesundheitsbehörde: ein Arzt für 30 (!) Patienten).

Behinderte aus der Anstalt werden nur in Fällen äußerster Not in die Krankenstation verlegt.

Nicht selten werden Erkrankungen bei Behinderten, gerade auf den Massenabteilungen, erst nach etlichen Tagen festgestellt. Dann kann es immer noch einige Tage dauern, bis ein Arzt sich bemüht.

Oft werden dann bloß wieder ein paar Tropfen verschrieben und Bettruhe verordnet (das ist auch das einfachste)! Neben der „Behandlung" organischer Krankheiten fallen in der Anstalt vor allem psychische Erkrankungen (Neurosen, Schizophrenie etc.) an. Hier schlagen die menschenfeindlichen Verhältnisse in den Anstalten voll durch – statt Therapie gibts „Trips" (Rauschmittel, Drogen)! Lastwagenvoll werden Psychopharmaka in Alsterdorf umgesetzt. Muckt einer auf, bekommt einen Anfall, wird er unter Drogen gesetzt, bis er nicht mehr „röchelt".

Pille statt Peitsche: geändert hat sich nur die Methode – nicht das Prinzip. Die Psychopharmaka beeinflussen im hohen Maße die Stimmung der Patienten, deren Antriebskraft und Nervenspannung. Sie machen willenlos, betäubt. Der Behinderte wird „abgestellt", wie eine zynische Bezeichnung der Ärzte dafür lautet.

Hier wird am offensichtlichsten, wie an Wirkungen, an Symptomen rumgemurkst wird, als Ersatz für Beschäftigung, für Behandlung, also für wirkungsvolle Hilfe.

Sieht man sich die Medikamententabellen auf den Abteilungen an, läuft es einem kalt den Rücken runter. Da wird Valium (starkes „Beruhigungsmittel") wie Smarties verabreicht – morgens, mittags, abends! Kaum einer, der keine Medikamente bekommt. Häufig mehrere auf einmal – bis zu fünf, sechs verschiedene „Trips" – hauptsächlich gegen Unruhe, Aufmotzen, Aggressivität.

Strafen

Das Gesagte macht deutlich, daß nicht Eigeninitiative oder gar Kritikfähigkeit von Behinderten gefördert wird, sondern Unterwürfigkeit – „Maul halten und machen, was gesagt wird."

Je mehr sich der Behinderte anpaßt, je mehr er zum Schleimer wird – werden ihm kleine Vergünstigungen zugute kommen. Er darf mal einkaufen, auf andere aufpassen – er ist Hilfssheriff und bleibt es nur, so lange er sich nach dem Radfahrer-Motto (‚nach oben Rücken krumm machen, nach unten treten') „gut führt".

Aber „Anstalten" im Kapitalismus sind natürlich auch auf „Aufsässige", „Abhauer" und Kritiker „vorbereitet":

Für die, die „Renitenzchromosomen" (Anstaltsjargon) haben, hält die Anstalt den „Wachsaal" bereit, ein Gefängnis mit allem drum und dran!

Hier wird gefesselt – „fixieren" genannt! Häufig an allen vieren; nicht selten treten schwere körperliche Schäden dabei neben den psychischen ein – enger Gurt, Bewegungsmangel etc. In engste Abstellräume werden Patienten oftmals stundenlang eingeschlossen – häufig ohne Licht, ohne Mobilar etc.

Hier wird mit Psychoterror gearbeitet, indem der „Häftling" zu sog. „Tiefstehenden" („schweren Fällen") eingesperrt wird, wegen der „heilsamen" Belastung, wenn z.B. ein Dauerpatient die ganze Nacht schreit, und zum anderen wegen der Demütigung („Jetzt gehörst du auch schon zu den total Verrückten").

Hier wird mit übelsten Medikamenten gearbeitet. Spezialbehandlung mit dem sehr starken Betäubungsmittel „Paraldehyd" – schon die Einspritzung verursacht enorme Schmerzen. – Dies wird praktiziert als „Strafe", nicht weil das Mittel für den Kranken nützlich wäre. Schließlich gibt es das Zeug auch in Tablettenform. Aber nein – hier soll der „Renitente" gequält und fertig gemacht werden!

Derzeit befindet sich in den Alsterdorfer Anstalten ein neuer „Wachsaal" im Bau – er soll größer, also für mehr Behinderte, sein und vor allem eine ganze Anzahl von Einzelzellen bekommen!

„Förderung" der Behinderten ... z.B. in Alsterdorf

... z.B. in Alsterdorf

Die Alsterdorfer Anstalten propagieren fortwährend, daß sie „verschiedene Wege der Rehabilitation" (Eingliederung) beschreiten würden.

Wahr ist indes, daß kaum jemand rauskommt, der einmal drin ist! Mehr noch. Nicht einmal die primitivsten Beschäftigungen, Spiele, Sport, Basteln etc. werden den Behinderten ermöglicht.

Im Einzelnen:

Für den Anstaltsbereich sind Anfang '74 ganze vier Psychologen tätig gewesen. Ende '74 nur noch zwei – beim derzeitigen Einstellungsstopp im Öffentlichen Dienst ist auch mit neuen Psychologen nicht zu rechnen. (Gegenwärtiges Verhältnis: ein Psychologe für 650 Behinderte).

Ganze zwei Musiktherapeuten sind angestellt. Optimal ist, wenn sie etwa 70 Patienten schaffen. „Schaffen" heißt, daß die Behinderten ca. 20 Minuten in der Woche einmal auf die Pauke hauen dürfen. Den Musiktherapeuten stehen weder geeignete Räume noch Instrumente zur Verfügung. Ganze zwei ausgebildete Beschäftigungstherapeuten, zwei Arbeitstherapeuten und einige Handwerker füllen den Sektor Arbeits- und Beschäftigungstherapie.

Logisch, daß in der Beschäftigungstherapie, die sicherlich – sinnvoll angewendet – körperlich und geistig fördernd ist, kaum mehr als 8% aller Behinderten der Alsterdorfer Anstalten beschäftigt werden.

Dagegen in der Arbeitstherapie über 10%. „Therapie" ist hier der pseudo-wissenschaftliche und beschönigende Ausdruck für primitive Arbeiten, z.B. im Auftrag von Kaufhäusern oder Firmen – wofür die Behinderten mit höchstens 40 Pfg. einen wahrhaft „fürstlichen" Stundenlohn erhalten.

„Gefördert oder gar für ein „normales" Leben tauglich gemacht wird hier keiner! Daß jedoch eine Förderung der Behinderten mit Erfolg möglich ist, beweisen zwei Experimente innerhalb der Anstalt.

Z.B. die Modell-Station

Z.Zt. acht Kleinkinder und zehn Pfleger – davon immer drei bis vier Pfleger anwesend. Auf der Modell-Station wird sich sehr häufig mit den Kindern beschäftigt. Spiele gespielt etc.

Diese Station existiert seit etwa 1 1/4 Jahr und sollte „Modellcharakter" für sämtliche Stationen in der Anstalt haben. Dies hat sich natürlich mittlerweile als platte Illusion herausgestellt, da entsprechende räumliche und personelle Möglichkeiten natürlich nicht bereit stehen!

Insofern kommt der Modell-Station wohl mehr der Status einer Alibi-Vorzeige-Abteilung zu.

Andererseits beweist die Modell-Station, daß schon allein die personelle Aufstockung des Pflegepersonals deutliche Verbesserungen in der Entwicklung der Patienten erzielt.

So ist beispielsweise ein Mädchen vor ihrer Überführung auf die Modell-Station immer in „Schutzjacke" (Zwangsjacke!!) geführt worden. Inzwischen braucht das Mädchen keine Jacke mehr, ist nicht mehr aggressiv sich selbst und anderen gegenüber, und fängt inzwischen sogar an zu sprechen! Der letztendlich schweinische Gesamtcharakter so einer Alibi-Station wird dann deutlich, wenn die Kinder diese Station verlassen müssen und auf die „normalen" unmenschlichen Abteilungen gebracht werden. Hier drehen sie selbstverständlich durch und landen schließlich im „Wachsaal" (geschlossene Abteilung für „besonders schwere Fälle")!

Zum Beispiel das „Sauberkeitstraining"

Unter Anleitung eines Psychologen führten einige Zivildienstleistende und Heilerziehungspflegehelfer etwa ein 1/2 Jahr lang das sogenannte „Sauberkeitstraining" durch. 12 Tage lang wurden 7 besonders „tiefstehende" Patienten von ihren Abteilungen in eine eigens fürs „Training" eingerichtete Abteilung gebracht. 8 Gruppen, d. h. ca. 50 – 60 Patienten, durchliefen dies Training.



„Opium vom Hauptaltar"

Bei einem Verhältnis von mindestens 2 Pflegern auf 7 Patienten wurde der Versuch mit einigen Hilfsmitteln (z. B. Piepern, wenn die Hose naß ist) gemacht, ob es bei intensiver Beschäftigung gelingt, die Patienten sauber zu bekommen.

Das Ergebnis war eindeutig: ca. 90 % der Pfleglinge waren am Schluß der 12 Tage überwiegend trocken. Doch was waren die Konsequenzen daraus? Nichts! Die Patienten kamen wieder auf ihre Massenabteilungen mit 30 – 40 Leuten. Die Pfleger haben dort keine Zeit, sich um die Pfleglinge weiter zu kümmern. Die Rückfallquote war fast vollständig! Der Psychologe bekam seinen Doktor dafür und verließ die Anstalt, weil den Pfaffen die viele „Rumexperimentiererei" nicht in den Kram paßte. Die „Seelsorge" ist Sache der Pfaffen – basta!

Ausbildung der Kinderpflegerinnen in den Alsterdorfer Anstalten

Die Schülerinnen der Kinderpflege (ca. 100 im Alter zwischen 14 und 19 Jahren) sind in einem Wohnheim bzw. Internat, dem makabrerweise so genannten „Haus der Sonne", außerhalb des Geländes untergebracht.

Für sie gilt heute noch eine „Hausordnung", die für die Schülerinnen eine weitgehende Einschränkung ihrer freien Meinungsäußerung sowie eine Benachteiligung wegen Religions- oder Parteizugehörigkeit bedeutet.

So heißt Punkt 1 der „Hausordnung": *„Es wird erwartet, daß sich jeder freiwillig in die Hausordnung und die Gemeinschaft der Anstalt einfügt und daß man sich den Vorgesetzten gegenüber höflich und zuvorkommend, den Mitarbeitern gegenüber kameradschaftlich verhält".*

„Im ‚Haus der Sonne', dem Schülerinnenwohnheim der Alsterdorfer Anstalten leben wir in christlich-evangelischer Gemeinschaft (!!). *Wir wissen, daß diese Gemeinschaft nur bestehen kann, wenn jeder von uns gewillt ist, diese anzuerkennen und bereit ist, verantwortlich an und in ihr mitzuwirken ... Soweit es uns möglich ist, nehmen wir an den Gottesdiensten, Andachten und an den Veranstaltungen der Gemeinde teil."*

Was hier scheinbar als Angebot dargestellt wird, ist in Wirklichkeit jeder einzelnen nicht freigestellt, sondern laut Arbeitsvertrag bewußt in die „Ausbildung" einbezogen. Mit dem Vertrag unterschreibt man also gleichzeitig, daß man auch unfreiwillig die Predigt anhören wird. In der besagten „Ordnung für das ‚Haus in der Sonne'" ist im ganzen 5 mal in verschiedenen Zusammenhängen von „Ordnung" und „Sauberkeit" die Rede und dreimal von der Pünktlichkeit.

Nicht erlaubt ist das Bekleben der Wände oder Schränke mit Bildern oder Zeitungsausschnitten – *„Politische Darstellungen sind untersagt."*

Im Heim sind Besuche nur bis 22 Uhr erlaubt. *„Für Herrenbesuche steht das Besuchszimmer zur Verfügung"!* Die Schülerinnen müssen sich abends „abmelden", das gilt auch für die „freien" Tage!

Ein anderer Punkt der „Hausordnung": *„Wir erscheinen bei Tisch nicht in Hosen und achten auf gute Tischsitten"* forderte schließlich als erstes die Empörung der Schülerinnen heraus. Nachdem die Schülerinnen mehrmals einfach in Hosen erschienen, konnte die Heimleitung in diesem Punkt zum Nachgeben gezwungen werden.

Die dreieinige Unterdrückung der Schülerinnen in Heim, Schule und Abteilung

Praktisch werden die Schülerinnen die gesamten 24 Stunden überwacht und gegängelt.

In der Schule erhalten die Kinderpflegeschülerinnen weniger Fachwissen vermittelt, sondern bekommen eher eine ideologische „anstaltsspezifische" Vorbereitung für später wahrzunehmende Tätigkeiten in der Anstalt verpaßt – eine Ausbildung, die außerhalb der Alsterdorfer Anstalten kaum verwendbar ist. In den ersten zwei Jahren ihrer „Ausbildung" bekommen die Schülerinnen – abgesehen von einem achtwöchigen „Praktikum" in einer Gruppe gesunder Kinder im zweiten Ausbildungsjahr – überhaupt keine Gruppe zu sehen. Täglich arbeiten sie dann nach der Schule im Krankenhaus als billige Arbeitskraft: sie verrichten dort nur ausbildungsfremde Arbeit wie Abwaschen, Auf- und Abdecken usw. Nach diesen 2 Jahren arbeiten sie ein Jahr in der Anstalt. Darüberhinaus müssen sie sich verpflichten, nach ihrer dreijährigen „Ausbildung" ein weiteres „Anerkennungsjahr" in der Anstalt zu leisten. Während der „Ausbildung" erhalten die Schülerinnen ein geringes Taschengeld, das noch unter den Sätzen liegt, die die Bundeswehr an die Soldaten zahlt. Dazu kommt die ideologische Bearbeitung durch die Religion, die den Schülerinnen „helfen soll, ihre Probleme zu meistern". Täglich gibt es Religionsunterricht und eine „Andacht" in der Kirche. So wird systematisch das fatalistische Hinnehmen „alles Irdischen" gezüchtet, die Klassenwidersprüche zugedeckt mit einer „Nächstenliebe", die selbst das Ausgebeutetwerden zum „Ehrenamt" deklariert.

Kapitalismus – ein menschenfeindliches System

Zehntausende Behinderter bringt der Kapitalismus um die Chance, wenigstens das Leben eines „normalen" Menschen zu fristen – sie werden wie Aussätzige behandelt, mit ihrer Geburt warten die Behörden bereits auf ihren Tod.

Aber nicht nur das. Dazu gehört auch, daß um die Behinderten herum ein abstoßendes Klima geschaffen wird, das die Behandlung und Pflege der Behinderten nicht als einen normalen Bereich gesellschaftlichen Lebens erscheinen läßt, sondern als etwas Exotisches, Düsteres und Mittelalterliches (Gängelung der Pflegeschülerinnen, religiöse Verfinsterung, Kasernenhof-Anordnungen), was für den bürgerlichen Staat noch den Vorteil größerer Billigkeit und Unterwürfigkeit der Arbeitskräfte bietet.

Gerade Kranke und Behinderte brauchen aber ausreichende und gute Pflege, und das wäre nur zu erreichen, wenn der Beruf der Krankenschwestern und Pflegerinnen etc. nicht selbst am Rande des „Irrsinns" angesiedelt wäre (z. B. Behandlung der Pflegerinnen als unmündige Kinder), sondern „attraktiv" gestaltet würde (gute Bezahlung, verwendbare Ausbildung, angemessene Freizeit, keinerlei religiöser Zwang).

Gerade durch die „Aussätzigen"-Stellung der Behinderten und die Übertragung ihrer Pflege an die Kirchen will der Staat von seiner Verantwortung für alle Bürger (einschließlich der Behinderten) ablenken und die Behinderten zum Gegenstand „öffentlicher Mildtätigkeit" zu machen, was obendrein noch dazu dienen kann, bei manchen Arbeitern ein gewisses perverses Gefühl der Dankbarkeit und des schlechten Gewissens zu züchten, „daß unser Kind nicht so ist"; und was die Behinderten ohnehin zu ständiger „Dankbarkeit" und Kritiklosigkeit verpflichten soll.

In diesem Zusammenhang sollte man den Zynismus der BRD-Bourgeoisie beachten, die darüber jammert, daß in der Sowjetunion Reaktionäre und Konterrevolutionäre in „Irrenhäusern" behandelt würden, aber sich den Deubel darum schert, daß dies in der BRD Tausenden Behinderten widerfährt, deren einziges „Verbrechen" ihre Krankheit ist. ●

AK-Leser aus den Alsterdorfer Anstalten und Chemiekomitee des KB / Gruppe Hamburg

Hannover:

Streik gegen 25 %ige Mieterhöhung in Studentenwohnheimen

Ab 1. 1. 75 sollen die ca. 3.200 Studenten in Niedersachsen, die einen Platz im Studentenwohnheim haben, monatlich statt bisher 100 DM nun 125 DM bezahlen.

In allen Hannoveraner Wohnheimen, ebenso wie in Braunschweig und Oldenburg, sind Mietstreiks beschlossen worden, zum Teil von über 85 % der Bewohner.

Nun muß man wissen, daß es sich nicht um geräumige Zimmer handelt, sondern um nur 8 – 12 qm kleine Buden, in denen die Studenten eingepfercht „leben" müssen. Deshalb werden die 3 Hochhäuser in der Dorotheenstr., dem größten Studentenwohnheim Hannovers, von den Studenten allgemein sehr treffend auch „Silo" genannt. Andererseits sind die Studenten auch auf die ohnehin zu wenigen Wohnheimplätze (1.200 Plätze für über 15.000 Studenten in Hannover) angewiesen, da die Lage auf dem privaten Zimmer- und Wohnungsmarkt noch schlechter aussieht. Die privaten Vermieter werden diese Erhöhung, wenn sie durchkommt, ihrerseits zum Anlaß nehmen, ebenfalls die Mieten zu erhöhen.

Als Begründung für die Mietererhöhung gibt die niedersächsische Landesregierung die finanzielle Situation des Landes sowie allgemeine Kostensteigerungen an. Jedoch kann nicht die finanzielle Situation des Landes, sondern nur die soziale Lage der Studenten Bemessungsgrundlage für die Wohnheimmieten sein. In diesem Zusammenhang ist die Argumentation der niedersächsischen Landesregierung über die „soziale Tragbarkeit" der Erhöhung eine besondere Unverschämtheit. Sie sagt, die Bafög-Sätze seien ja gestiegen, da könnten auch die Wohnheimmieten steigen.

Die finanzielle Förderung der Studenten durch den Staat, der Bafög-höchstsatz (Bafög = Bundesausbildungsförderungsgesetz), den ohnehin nur rund 25 % der geförderten und teilweise nur 12 % der Wohnheimbewohner (der durchschnittliche Förderungssatz beträgt bisher monatlich ca. 250 DM) erhalten, ist nicht erhöht worden, sondern seit 1971 auf 420 DM gesetzlich festgelegt. Ab 1. Oktober 74 erhalten die Studenten lediglich maximal 80 DM als Darlehen mehr, das nach dem Studium zurückzuzahlen ist, – also keine wirkliche Erhöhung. Diese Festlegung der Förderungssätze besteht seit nunmehr 3 Jahren:

- bei gleichzeitiger allgemeiner Preissteigerung;
- bei der unzureichenden Erhöhung der Bemessungsgrundlage. Nur Studenten, deren Eltern weniger als 960 DM netto monatlich verdienen, erhalten den Förderungshöchstsatz.

Dieser Elternfreibetrag wurde trotz Lohnerhöhungen, die selbst ja nicht ausreichten, um die Steigerung der Lebenshaltungskosten der Eltern auszugleichen, ebenfalls über Jahre hinaus nicht erhöht (von 1971 – 74: 800 DM, ab Oktober 74: 960 DM), so daß viele Studenten sogar in den Jahren eine immer geringere Förderung erhielten;

- bei gleichzeitiger ständiger Verteuerung der Mensaessen, der Papier-, Bücher- und Materialkosten etc.

Diese Situation zwingt viele Studenten dazu, in den Semesterferien und sogar während des Studiums zu „jobben", um leben zu können.

Der von Studenten in seiner Fragestunde angesprochene Oberbürgermeister von Hannover, Schmalstieg, äußerte, eine Bafög-Erhöhung würde von ihm nicht unterstützt werden, eine Rücknahme der Wohnheim-Mieterhöhung sei nicht drin und an einen Wohnheimausbau sei ebenso nicht zu denken. Zusätzlich befürwortete sein „ Kollege ", Wissenschaftsminister Grolle, alle Mittel zur Verfügung zu stellen, um mit „allen rechtlichen Mitteln gegen den Mietstreik vorzugehen".

Dagegen haben auf Wohnheimversammlungen 80 – 90 % der Studenten einen Mietstreik beschlossen. Um zu verhindern, daß sie als Einzelpersonen den Machtmitteln des Staates ausgeliefert sind (Kündigungen, Räumungsklagen etc.), und um den gemeinsamen Kampf auszudrücken und zu gewährleisten, haben sie auf vielen Etagen beschlossen, die alte Miete von 100 DM gemeinsam weiterhin zu überweisen.

Es ist den Wohnheimbewohnern gelungen, eine breite Solidaritätsbewegung unter den Studenten zu mobilisieren. So bildeten sich innerhalb der Demonstration der niedersächsischen Studenten am 11. 12. in Hannover mit über 5.000 Teilnehmern gegen die am Tag darauf anstehende Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes und gegen die weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten große Blöcke hinter den Parolen gegen die Mieterhöhung. Die Demonstration lief unter den Hauptforderungen:

- Für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft **mit politischem Mandat**;
- Keine weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten – 600 DM Bafög und 1.200 DM Elternfreibetrag noch 1974;
- Keine politische Disziplinierung durch Ordnungsrecht und Bafögstreichung. ●

Sympathisanten des KB, Hannover

Bremen:

Kundgebung gegen den Faschisten Löwenthal

Mit dem faschistischen Wanderprediger Gerhard Löwenthal als Starredner veranstaltete der ‚Christliche Gewerkschaftsbund'(CGB) am 29.11.74 in der Bremer Stadthalle eine Kundgebung – zu der unter der Parole „Freiheit in Gefahr" mobilisiert wurde.

Die Bremer Sympatisantengruppe des KB nahm diese offenkundige Provokation zum Anlaß, eine breite antifaschistische Agitation zu führen: In einem Flugblatt und auch auf Wandzeitungen in der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie, sowie an der Hochschule für Wirtschaft wurde versucht, die Funktion Löwenthals als exponierter Vertreter einer faschistischen Sammelbewegung zu entlarven. Besonderer Wert wurde von uns darauf gelegt, die Rolle des CGB zu enthüllen, der seit einiger Zeit verstärkt versucht, in Bremer Betrieben Fuß zu fassen (vor Bremer Metallbetrieben tauchten in der letzten Zeit mehrfach Flugblätter dieses reaktionären Spaltervereins auf, in denen unter dem Deckmantel des Kampfes gegen „das Bonzentum" gegen den Klassenkampf und die Gewerkschaften überhaupt gehetzt wurde; bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken taucht bei Betriebsversammlungen regelmäßig ein Vertreter des CGB auf).

Darüberhinaus traten wir an kommunistische und andere fortschrittliche Organisationen mit dem Vorschlag heran, der faschistischen Herausforderung durch eine einheitliche antifaschistische Aktion zu begegnen ● angesprochen wurden der KBW, die „KPD", die Jusos und die Falken, DKP, SDAJ und BDP.

Wie nicht anders zu erwarten war, kam von den angesprochenen Organisationen kaum eine Reaktion: Nur der KBW ließ durch einen Vertreter mitteilen, daß an eine Aktionseinheit nicht zu denken sei – daß man jedoch bereit sei, zu einer Kundgebung vor der Stadthalle zu mobilisieren. Die Möglichkeit einer gemeinsamen Kundgebung wurde offengelassen.

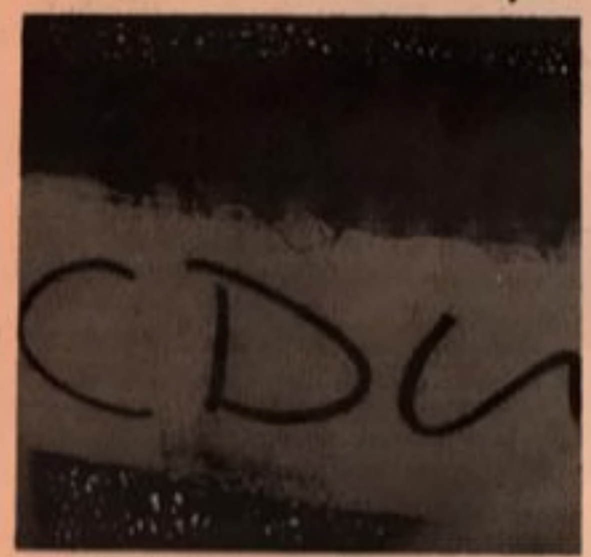
Tatsächlich hat dann jedoch die Bremer Sympatisantengruppe des KB als einzige Organisation für eine Gegenkundgebung mobilisiert. Der KBW beschränkte sich darauf, in der Ortsbeilage zur „KVZ" eine kurze Notiz über die Löwenthal-Veranstaltung zu veröffentlichen (diese Methode – a n s t e l l e von Massenagitation über Flugblätter bloß kurze Hinweise in den Beilagen zum Zentralorgan zu bringen – scheint beim KBW immer dann praktiziert zu werden, wenn er sich in Wahrheit gar nicht an Aktionen beteiligen will, vor seinen Mitgliedern und Sympathisanten aber ein „kämpferisches" und „agiles" Image bewahren möchte!)



Faschist Löwenthal wirbt für den pseudo „gewerkschaftlichen" CGB







Stellschilder zur Löwenthal-Veranstaltung in Bremen – zweimal Vorderansicht, einmal Rückansicht : Die in der Öffentlichkeit hartnäckig geleugneten Verbindungen des Faschisten Löwenthal zur CDU sind offensichtlich.

Die Kundgebung

Vor der mit rund 200 Mann Bereitschaftspolizei „gesicherten" Stadthalle hatten sich am Abend des 29. November – trotz der widrigen äußeren Bedingungen, siehe oben! – über 100 Antifaschisten versammelt. Das waren im wesentlichen die Sympatisanten des KB in Bremen, einzelne KBW-Mitglieder, Mitglieder von „KPD" und „KPD/ML".

Da bei einem derartigen Kräfte-

Das waren im wesentlichen die Sympatisanten des KB in Bremen, einzelne KBW-Mitglieder, Mitglieder von „KPD" und „KPD/ML".
Da bei einem derartigen Kräfte-

verhältnis an eine militante Verhinderung der Faschistenveranstaltung natürlich nicht zu denken war, forderten KB-Sprecher dazu auf, vor der Stadthalle eine antifaschistische Kundgebung durchzuführen.

Es wurden dann von verschiedenen Organisationssprechern kurze Reden gehalten. Während das Hauptanliegen des KBW-Sprechers darin zu liegen schien, die versammelten Antifaschisten zur „Diskussion" mit Löwenthal in die Stadthalle zu lotsen, machte ein Vertreter des KB klar, daß eine Orientierung, die zum ‚Meinungsstreit' auf Faschisten-Veranstaltungen aufruft, bestenfalls unsinnig und tatsächlich ein Wegweiser in die Irre(ist)"

Dem KBW wurde vorgehalten, *„die Faschisten neuerdings wie jede andere bürgerliche Partei, mit denen man diskutieren müsse"* zu behandeln. Eine solche Orientierung sei unsinnig, weil *„die Politik der Faschisten nicht nur darauf gerichtet ist, die Arbeiter zur Verteidigung ihres eigenen Elends ‚zu gewinnen' (wie der KBW unterstellt) ● sondern hauptsächlich die vollständige Vernichtung aller Arbeiterorganisationen, einschließlich der reformistischen und gewerkschaftlichen, zum Ziel hat. Darum sind die Faschisten die Todfeinde der Arbeiterbewegung und keine Diskutanten!..."*

KBW: Feinsinnige Differenzierungen und glatte Lügen

Bereits auf der Kundgebung vor der Stadthalle hatte der Bremer KBW-Ortssekretär Müller die versammelten Antifaschisten mit der Behauptung überrascht, daß Löwenthal „gar kein Faschist ist" (er „verbesserte" sich dann: „noch kein Faschist ist").

In der Bremer Ortsbeilage zur „KVZ" Nr. 28 wird diese These dann in einem Bericht über die Löwenthal-Veranstaltung zu einer puren Unverschämtheit ausgewalzt. Es heißt da: *„Die Gruppe Rote Fahne (KPD) und die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) traten Löwenthal entgegen mit der Parole ‚Löwenthal ist ein Faschist' – und ‚Löwenthal raus aus Bremen' und machten darum einen großen Radau (!!). Das ist ärgerlich (!!!).*

Bei Löwenthal handelt es sich um einen offenen Reaktionär, nicht aber um einen Faschisten (!)".

Da sei der KBW vor! und es geht im besten DKP-Stil weiter: *„Die Parolen der beiden Gruppen liefertem ihm so das Material für seine Demagogie gegen jede soziale und politische Veränderung. Weil er dabei Teile des Volkes ins Schlepptau der Bourgeoisie zieht, müssen die Kommunisten die Auseinandersetzung suchen. Eine falsche Einschätzung und Muskelzeigen (!) ist da ganz untauglich (!!)".*



Der KBW macht wirklich riesige „Fortschritte" – in Richtung DKP und demnächst wohl noch rechts an dieser vorbei! War man bisher schon von seiten des KBW verleumderische Attacken gegen militante antifaschistische Aktionen gewöhnt, so wird jetzt offenbar auch noch die „friedliche" antifaschistische Agitation (Parolen, Flugschriften etc.) als „Provokation" denunziert!

Zum Schluß soll noch angemerkt werden, daß der KBW in Bremen (aber nicht nur dort) den KB am liebsten totschweigt. Im Fall der antifaschistischen Aktion gegen Löwenthal werden zwar die „KPD" und die „KPD/ML" erwähnt (obwohl beide überhaupt nicht dazu mobilisiert hatten!) – die Bremer Gruppe des KB, die die Sache schließlich organisiert und inhaltlich weitgehend allein getragen hat, wird ignoriert.

Der KBW verfährt hier nach der Devise „Was nicht sein kann, das nicht sein darf!" und b e l ü g t dadurch wissentlich seine Mitglieder und Sympatisanten (die Bremer KBW-Führer erzählen z.B. ihren Genossen, daß es in Bremen gar keine „echte" KB-Gruppe gäbe).



Beim KBW wäre man gut beraten, sich langsam mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß der KB i n Bremen arbeitet – und die feste Absicht hat, seinen Einfluß (der z.Zt. noch relativ gering ist) zu erweitern.

Der Tag fängt ja gerade erst an! ●

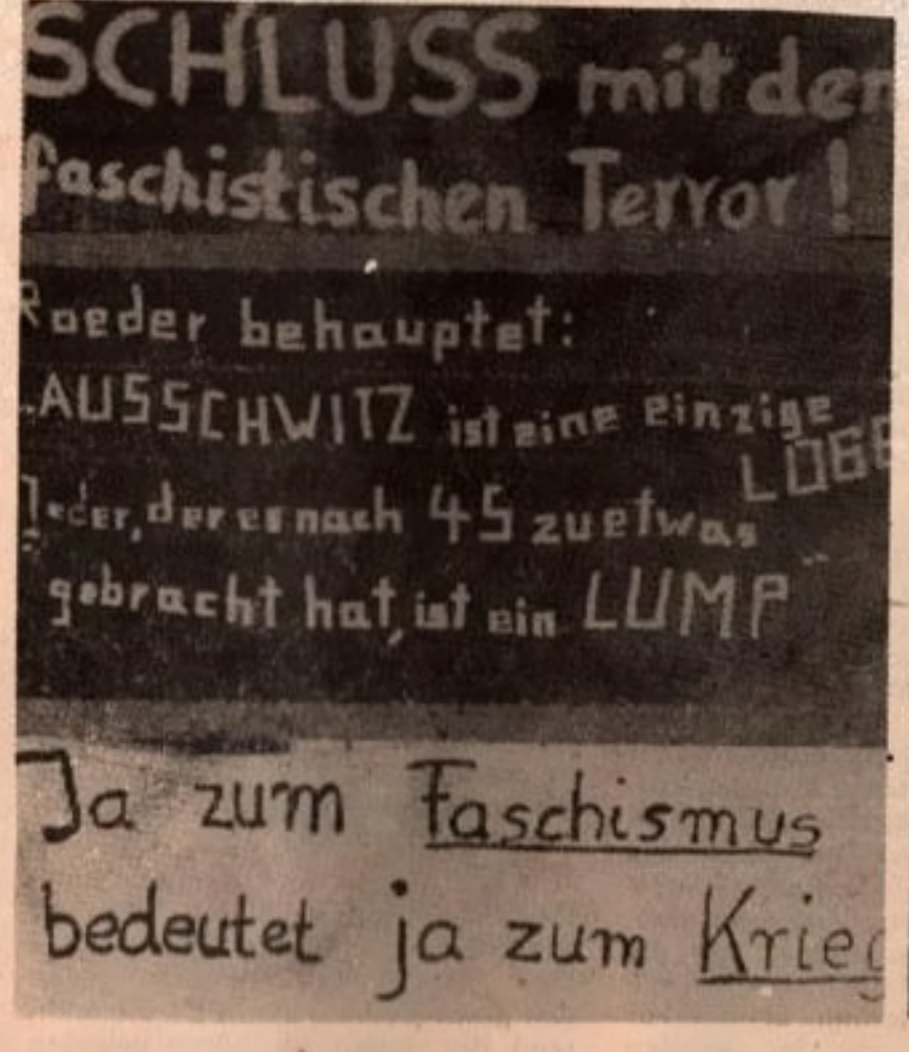
Sympatisantengruppe des KB in Bremen

Faschistische Schläger auf Reisen antifaschistische Aktion in Calw

Wo die Faschisten noch nicht über die nötige Stärke verfügen, um Provokationen durchführen zu können, da schicken sie ihre Mannen durch die Lande. Vor 1933 sind die Nazis oft so vorgegangen; und heute zeigt sich wieder die gleiche Methode. Erinnert sei beispielsweise an die Nazi-Zusammenrottungen 1971 in Würzburg und 1974 in Frankfurt, sowie an die seinerzeit zusammengekarrte Schlägertruppe beim Besuch des damaligen DDR-Ministerpräsidenten Stoph 1972 in Kassel. Kürzlich hat es ein neues Beispiel dafür gegeben.

Vom Stadtjugendring Mannheim ist eine Polen-Ausstellung zusammengestellt worden, die vor allem über die Nazi-Verbrechen am polnischen Volk aufklärt. Die Ausstellung soll der „Verständigung und Versöhnung mit dem polnischen Volk" dienen und ist bereits in mehreren Städten gezeigt worden. Dabei ist mehrfach von Faschisten versucht worden, Provokationen gegen diese Ausstellung zu verüben.

Bereits in Mannheim wurde eine solche Störaktion versucht. Am 26. April dieses Jahres, als die Ausstellung dann in Weinheim im Rathaus Schöneberg gezeigt wurde, drang ein etwa 30 Mann starker faschistischer





Antifaschistische Demonstration in Calw

Trupp in den Ausstellungsraum ein und versuchte sie zu zerstören. Mehrere Plakate wurden mit Farbe beschmiert.

Diese Störaktionen wurden jeweils von Manfred R o e d e r angeführt, einem rechtsradikalen Rechtsanwalt aus Bensheim (Südhessen, zwischen Darmstadt und Mannheim), der dort Chef einer „Deutschen Bürgerinitiative" ist. Er hat sich besonders den „Kampf gegen die Pornographie" und den „Kampf um die Wahrheit im KZ-Komplex Auschwitz" auf sein braunes Banner geschrieben. Was diese „Wahrheit im KZ-Komplex Auschwitz" ist, geht aus einer Broschüre hervor, die von Roeders Komplizen, Th. C h r i s t o p h e r s e n, verfaßt wurde. Darin heißt es: **es habe gar keine Vergasungsanlagen gegeben, dies alles seien Erfindungen krankhafter Hirne.** Roeder und Christophersen sind zusammen auch in einem ZDF-Interview am 30. Mai dieses Jahres aufgetreten, wo sie ungeschminkt ihre Absicht einer neuen faschistischen Terrorherrschaft bekundeten: *„Wir haben keinen guten Willen mehr, wir wollen keine Zusammenarbeit mehr, wir wollen jetzt an die Macht. Wer auf diesem Weg mitgeht, ist mein Verbündeter, der kann sich einhaken. Wer am System rumflicken und die Demokratie noch retten will, der soll nach links abgehen; wir gehen geradeaus."* (zit. n. Calwer Kreisnachrichten, 16.10.74).

Die Demokratie bezeichnete Roeder in diesem Interview als *„die grauenhafteste, blutrünstigste Tyrannenherrschaft über Völker, über Unschuldige, die es jemals gegeben hat".*

Seit Roeders Provokation gegen die Polen-Ausstellung in Mannheim läuft ein Verfahren wegen Volksverhetzung und Beleidigung gegen ihn ● aber das scheint (wie immer, wenn die Justiz mal etwas gegen Faschisten „tun muß") wohl nach dem bekannten VW-Werbespruch abzugehen.

Erneute Provokation des Roeder-Haufens in Calw

Mitte Oktober wurde die Polen-Ausstellung jetzt im Jugendhaus in Calw (nördlicher Schwarzwald) gezeigt. Hier versuchte der Roeder-Haufen einen neuen Anschlag. Sein Pech war allerdings, daß dies durch einen seiner ortsansässigen Komplizen schon vorher ausgeplaudert wurde: ein Mann namens Alfred L a i b l e hatte in einem Leserbrief an die Calwer „Kreisnachrichten" geschrieben, daß Roeder am 13.10. *„als Besucher"* zur Ausstellung kommen werde, und hatte in völliger Fehleinschätzung der Situation eine *„Diskussion"* mit Roeder angeboten: *„Niemand sollte sich diese Gelegenheit entgehen lassen, dem an einem kompetenten (!) Urteil über das Thema KZ und Polen gelegen ist."* (Von dem gleichen Laible wurde Roeder übrigens im März schon mal zu einer Volkshochschul-Veranstaltung im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit" nach Calw gerufen)

Die Situation war insofern für den Roeder-Haufen ungünstig, als es im Jugendhaus, wo die Ausstellung stattfand, keine maßgeblichen Kräfte gab, die eine Diskussion mit Faschisten für „nützlich" halten: **durch die Leserbrief-Mitteilung vorgewarnt, beschlossen 65 Jugendliche auf einer Jugendhaus-Vollversammlung, Roeder & Co. von vornherein Hausverbot zu erteilen.**

Auf einem Plakat, etwa 10 Meter vor dem Jugendhaus-Eingang, wurde dieser Beschluß öffentlich bekanntgemacht. An der Tür stellten die Jugendlichen außerdem Wachen auf.

Am Nachmittag des 13.10. erschien dann ein dreiköpfiger Stoß- ➡

Hannover

Freispruch im Prozeß gegen ehemaligen Presseverantwortlichen der „KPD/ML" (RF)

Am 14.11.74 begann in Hannover der Prozeß gegen Goetz Buchholz, den ehemaligen Presseverantwortlichen der inzwischen aufgelösten „KPD/ML" (Rote Rahne) für den Raum Hannover. Er war im August 73 angeklagt worden,

- „Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung" zu sein (§ 129 StGB);
- die „BRD und ihre verfassungsmässigen Organe beschimpft und böswillig verächtlich gemacht" zu haben und sich dabei „für Bestrebungen gegen den Bestand der BRD und gegen die Verfassungsgrundsätze eingesetzt" zu haben (§ 90a/3).
- ein „Verbrechen", nämlich „Mord" (gemeint ist das von der Polizei veranstaltete Massaker bei der Olympiade in München), öffentlich gebilligt zu haben (§ 140 StGB). Zitat dazu aus der Anklageschrift: *„Die Billigung des Mordes an Geiseln liegt insbesondere darin, daß es als Recht und Pflicht des arabischen Volkes angesehen wird, zu den Waffen zu greifen".*

Da der Bundesgerichtshof am 9.1.74 in einem Verfahren gegen die „KPD" feststellte, daß es sich hier um keine „kriminelle Vereinigung", sondern um eine „Partei im Sinne des Parteiengesetzes" handelt (was sich auch auf die „KPD/ML" übertragen läßt) entfiel die Anklage der Rädelsführerschaft. Die Staatsanwaltschaft hatte sich aber zunächst schwerpunktmäßig auf die „kriminelle Vereinigung" gestützt; die „Anklageschrift" besteht zu ca 4/5 aus Hetze gegen die „KPD/ML" (RF) und befaßt sich nur zu einem Fünftel mit der „Rechtlichen Würdigung". Deshalb fiel es ihr in der Verhandlung sichtlich schwer, eine nach formaljuristischen Gesichtspunkten ausreichende „Beweisführung" abzuhalten.

Wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, konnte dem angeklagten G.B. die Verbreitung von Flugschriften, die persönliche Beteiligung an Herstellung und Vertrieb nicht nachgewiesen werden. Der einzige Zeuge der Anklage erwies sich als ungenügend vorbereitet (!). Deshalb „mußte" ein Freispruch erfolgen. Die Staatsanwaltschaft hat dagegen natürlich Berufung eingelegt.

Freispruch – und Neuauflage des Prozesses.

Betrachtet man den Verlauf des Prozesses, so kann man trotz Freispruch keinen Erfolg gegen das faschistische Prinzip der Gesinnungsjustiz feststellen. In einem Flugblatt des Fachschaftsrates Architektur der TU Hannover (G.B. ist Architekt) heißt es dazu:

„1. Während des ganzen Prozesses war das mobile Einsatzkommando (MEK) der politischen Polizei anwesend. Die Zuschauer wurden mehrfach einer Leibesvisitation unterzogen. Im Zuschauerraum saßen während des Prozesses immer mehrere Beamte. Diese Maßnahme sollten dem Prozeß offensichtlich eine Atmosphäre der Gewalt geben.

2. Mehrere Beweisanträge der Verteidigung, die belegen sollten, daß die in der Anklageschrift als „Verleumdungen" bezeichneten Aussagen auf Tatsachen beruhten, wurden vom Gericht ohne Begründung abgelehnt.

3. Besonders jedoch wurde der Sinn dieses Prozesses deutlich im Plädoyer des Staatsanwalts:

- *Begriffe wie „Imperialismus", „Ausbeuterklasse" – die wissenschaftliche Begriffe des Marxismus sind – wurden als Beschimpfungen bezeichnet.*
- *Begriffe wie „Aufrüstungs- und Mobilmachungspolitik der SPD-Regierung", die im Verlauf des Prozesses anhand von Zahlenmaterial belegt worden waren, wurden als Beschimpfungen bezeichnet. „Es kommt hier nicht auf Wahrheit oder Unwahrheit an." (Plädoyer des Staatsanwalts)*
- *Es wurde festgestellt, daß Kritik dann kriminell ist, wenn sie nicht das Ziel hat, einen „Heilungsprozeß" einzuleiten. „Wenn ich auf dem Boden dieses Staates stehe, dann sind das Beschimpfungen, wenn nicht, dann ist das sachliche Kritik." (Plädoyer Staatsanwalt)*

4. Der Staatsanwalt forderte das Gericht zum offenen Bruch der „Rechtsstaatlichkeit" auf; nicht stichhaltige Beweise, sondern die Überzeugung des Gerichts sei maßgeblich für die Verurteilung: „Im Sinne einer mathematischen Beweisführung ist das natürlich keine, aber eine mathematisch exakte Beweisführung ist nicht nötig, wir sind hier vor Gericht. ... Es kommt ausschließlich darauf an, wovon jeder Richter und jeder Schöffe überzeugt ist." (Plädoyer Staatsanwalt)

Damit ist der politische Charakter dieses Prozesses hinreichend erwiesen. Der Freispruch war keine Abkehr von Gesinnungsjustiz, sondern kam aufgrund der oben aufgeführten besonderen Umstände dieses Prozesses zustande. So klingt denn die Urteilsbegründung auch wohl mehr nach einer Drohung: in den nächsten Prozessen wird man besser vorbereitet sein!"



Ein Parallelfall zu diesem Prozeß war der gegen Oswald/Schulte (ebenfalls „KPD/ML" (RF). Bei der Anklage zur Frage der Hetze und Diffamierung stellte die Staatsanwaltschaft fest:

„*Entscheidend* ist, daß die Angeschuldigten aufgrund ihrer politischen Vorstellung von einem fanatischen Haß auf die BRD und die in ihr herrschende verfassungsmäßige Ordnung erfüllt sind." – Also entscheidend ist ihre Gesinnung.

Solche Aussagen kennt man doch aus anderen Zeiten:

„Wer Landesverrat übt, soll nicht bestraft werden nach dem Umfang und Ausmaß seiner Tat sondern nach seiner zutage getretenen Gesinnung." (Adolf Hitler, 13.7.34)

Notwendig war es, daß dieser Prozeß eine möglichst breite Öffentlichkeit und der Genosse die Solidarität und materielle Unterstützung der übrigen Genossen bekam. In selbsterstellten Dokumentationen und auf Veranstaltungen machte der angeklagte G.B. seinen Prozeß und auch die darin offensichtlich werdende Tendenz der „Rechtsprechung" gegen Kommunisten bekannt. Außerdem rief er zum massenhaften Erscheinen zu seiner Verhandlung auf. Wir unterstützen natürlich ein solches Vorgehen gegen die Faschisierung der Rechtsprechung. Deshalb nachstehend das Spendenkonto, das trotz Freispruch wegen des Berufungsprozesses bestehen blieb: ●

PSchk 311406-307
Hannover, G-Buchholz

Sympathisanten des KB in Hannover

Spendensammlung für politische Strafverfahren

Auf der Hamburger Italien-Veranstaltung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES am 13.12.74 (vgl. Bericht in diesem AK) sammelten Genossen der Arbeiterhilfe (IKAH) Geld-Spenden, um die sich häufenden Prozesse gegen unsere Genossen und Sympathisanten und unsere Presse finanziell unterstützen zu können.

5.157,78 DM kamen an diesem Abend zusammen!

Wir halten das für einen guten, aber auch bitter notwendigen Anfang, um anstehende Anwaltskosten, Prozeßkosten etc. bezahlen zu können. Gerade am selben Tag verhandelte das Gericht gegen drei antifaschistische Arbeiter wegen „schwerer gemeinschaftlicher und geplanter (!) Körperverletzung" und verurteilte einen zu 1.200 DM (!!) Geldstrafe. Die beiden anderen angeklagten Arbeiter mußten – wegen Formalfehler in der Anklage – freigesprochen werden. Hinter der erhobenen Anklage standen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten (NPD etc.) und Passanten in verschiedenen Hamburger Stadtteilen, wobei wohl auch Flugblätter und Info-Tische der Faschisten zu Schaden kamen.

Die Aussagen der sieben Faschisten, die als Zeugen geladen waren, waren so widersprüchlich, daß den Angeklagten konkret gar nichts nachgewiesen werden konnte. Der verurteilte Kollege ist inzwischen in die Berufung gegangen. Voraussichtlich im nächsten ARBEITERKAMPF werden wir einen ausführlichen Bericht über den Prozeß bringen.

Wir meinen, daß es nicht bei einer einmaligen Spendenaktion bleiben darf.

Wir, das IKAH (Arbeiterhilfe) haben deswegen ein besonderes Solidaritätskonto eingerichtet, dessen Spenden für politische Strafverfahren gegen Genossen und Sympathisanten des KB und seiner befreundeten Organisationen, sowie gegen die Presse dieser Organisationen („Beleidigungs"-klagen etc.) verwendet werden sollen.

Die Arbeiterhilfe versucht darüberhinaus, auch fortschrittliche Menschen, die keiner weiteren Organisation angehören – nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten – in politischen Strafprozessen zu unterstützen.

Spenden für diesen Zweck können auf das Konto der Arbeiterhilfe überwiesen werden: ●

Bank für Gemeinwirtschaft (BfG),
Kto. 12 44 36 53
Kennwort: Politische Strafverfahren
IKAH (Arbeiterhilfe)

Erneute Geldstrafe gegen KB-Presse

Am 26. November 1974 verurteilte das Amtsgericht Hamburg den Presseverantwortlichen des KB ein weiteres Mal wegen „Beleidigung" der Polizei; diesmal zu einer Strafe von 800 DM. Angeblich wurde das „Mobile Einsatzkommando" (MEK) der Hamburger Polizei beleidigt, als in der Aprilnummer des METALLARBEITER von 1974 zu einem Bild, das exerzierende MEK-Schützen zeigt, geschrieben wurde: „Mobiles Einsatzkommando (MEK): Sie werden abgerichtet zum Mord".

Das ist die zweite Verurteilung des KB wegen „Beleidigung" und „Verleumdung" der Polizei innerhalb weniger Monate. Die erste wurde ausgesprochen, weil in einem Flugblatt unserer Harburger Genossen ein Polizeiüberfall auf einen Wahlstand der „KPD/ML" im Februar 74 zur Bürgerschaftswahl als Polizeiüberfall kritisiert und Äußerungen der Polizeibeamten zitiert wurden. Strafe dafür: 1200 DM!

Beide Strafen wurden vom Gericht jetzt zusammengezogen. Insgesamt ergibt sich dadurch zuzüglich der Gerichtskosten eine Summe von 1893 DM, ersatzweise 90 Tage Haft.

Ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen einer ähnlichen „Straftat" steht noch vor dem Abschluß. Unsere Bezirksgruppe St. Georg/Hamm (Hamburg) hatte in ihrem Mai-Aufruf 1974 die Erschießung des Bankräubers Gonzales durch einen MEK-Beamten aus kaum einem Meter Entfernung als „staatlich geplanten Mord" bezeichnet.

Mit dem Paragraphen „Beleidigung" und „Verleumdung" geht die Bourgeoisie gegenwärtig massiv gegen kommunistische Propaganda vor. Die hohen Geldstrafen sollen die Pressearbeit der Kommunisten empfindlich treffen.

Bei dem neusten Urteil gegen den KB geht die Staatsanwaltschaft jedoch einen Schritt weiter. In der „Anlage zum Strafbefehl" wird dem Hamburger Polizeipräsidenten die „Befugnis zugesprochen", das Urteil in der „Hamburger Morgenpost" auf Kosten des KB bekanntzumachen.

Das Urteil beginnt mit Namen, Adresse, Beruf, Strafmaß und „Delikt" unseres Presseverantwortlichen. Das kann nur verstanden werden als Einladung zur öffentlichen Treibjagd auf Kommunisten.

In dem Bemühen der Kriminalisierung, Einschüchterung und faschistischen Verhetzung der unmittelbaren sozialen Umgebung des Presseverantwortlichen geht das K 4, die politische Abteilung der Hamburger Polizei, seit längerem systematisch vor. Im Wohnhaus des Presseverantwortlichen erschien mehrfach politische Polizei. Es wurden Gerüchte ausgestreut, der Presseverantwortliche sei „ohne festen Wohnsitz", habe Prozessvorladungen erhalten, aber nicht befolgt, erhielte ständig „undurchsichtigen Besuch" u. ä. Gerade jetzt auf dem Höhepunkt einer neuerlichen Anarchisten-Hetze erschienen diese grauen Ratten wieder.

Die Bourgeoisie arbeitet nicht nur mit der Justiz, über die sie Geldstrafen verhängen läßt und faktisch ein Verbot der Kommunisten Schritt für Schritt wieder einführen will. Es geht ihr darüberhinaus darum, ihre Maßnahmen der schrittweisen Faschisierung ideologisch in den Massen zu verankern, um für eine geplante Liquidierung der kommunisitschen Bewegung und fortschrittlicher Kerne in der Bevölkerung, in der Arbeiterschaft selbst, nicht nur Beifall, sondern noch aktive Unterstützung der Massen zu gewinnen.

Gegen solche Liquidierungs-Politik seitens der Bourgeoisie müssen wir den Aufbau einer Solidaritätsfront der antifaschistischen Kräfte richten.

Urteil gegen KB-Presseverantwortlichen

Der Hamburger Polizeipräsident hat als Dienstvorgesetzter am 13.5.1974 Strafantrag wegen Beleidigung zum Nachteil der Polizei Hamburg gestellt.

Ihm wird die Befugnis zugesprochen, innerhalb von 6 Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Strafbefehls an ihn, die Verurteilung in folgender Fassung in der „Hamburger Morgenpost" auf Ihre Kosten bekanntzumachen:

..... Kai Ehlers ..... ist vom Amtsgericht Hamburg – 135 Cs 223/74 – durch rechtskräftigen Strafbefehl vom 26. Nov. 1974 zu einer Geldstrafe von 800,– DM, ersatzweise 40 Tagen Freiheitsstrafe verurteilt worden,

weil er in Hamburg im April 1974 andere durch Verbreitung von Schriften beleidigt hat, indem er in einer in Hamburg verbreiteten Druckschrift „Der Metallarbeiter", Jahrgang 4 Nr. 6, April 1974, für die er verantwortlich zeichnete, sich in Bezug auf die Hamburger Polizei u. a. wie folgt äußerte:

„Mobiles Einsatz-Kommando (MEK): Sie werden abgerichtet zum Mord."

Vergehen, strafbar nach §§ 185, 194, 196, 200, 27, 29 StGB ●

Forts.: Aktion in Calw

trupp, der sich im Eilschritt Eingang in die Ausstellung zu verschaffen versuchten. Als die Jugendlichen ihnen den Weg versperrten, versuchten sie es gewaltsam. Nach einem Handgemenge griffen ein paar bereitstehende Polizisten ein und nahmen die drei Auschwitz-Freunde zwecks Feststellung der Personalien mit auf die Wache (ein heute schon fast seltener Ausnahmefall, der wohl nur daraus zu erklären ist, daß das politische Klima in Calw bislang noch weitgehend unbeeinflußt von der bundesdeutschen Großwetterlage ist).

Damit war die geplante faschistische Provokation allerdings noch nicht abgeschlagen. Ungefähr eine Stunde später näherte sich eine 20 Mann starke Faschisten-Gruppe (lt. „Kreisnachrichten" aus mehreren Bundesländern angereist) dem Jugendhaus. Da diese teilweise mit Schlaginstrumenten ausgerüstet war, zogen sich die Jugendlichen in das Haus zurück und verbarrikadierten die Tür. Die Faschisten versuchten das Jugendhaus daraufhin mit Steinen, Flaschen und anderen Wurfgeschossen zu attackieren, wobei eine Fensterscheibe zu Bruch ging. Außerdem zerrissen sie das Plakat mit dem Hausverbot-Beschluß und ein Transparent vor dem Jugendhaus. Die Jugendlichen riefen wieder die Polizei herbei, deren Eingreifen nach kurzer Zeit den faschistischen Überfall beendete.

Der Verein des Jugendhauses und die Stadt Calw (die das JH verpachtet hat) stellten inzwischen Strafanzeige gegen Roeder und seinen Nazi-Haufen wegen Hausfriedensbruch, Beleidigung und Sachbeschädigung.

Antifaschistische Protestdemonstration

Sofort im Anschluß fand eine Vollversammlung der Jugendlichen statt, in der sie ihre Empörung über diesen faschistischen Überfall zum Ausdruck brachten. Für den 16.10. wurde eine Demonstration vorbereitet. Mit rund 350 Teilnehmern wurde diese Demonstration ein großer Erfolg für die antifaschistischen Jugendlichen in Calw.

Daß diese Demonstration für eine Kleinstadt eine solche beachtliche Größe annehmen konnte, hängt auch damit zusammen, daß die Jugendlichen hier im Schutz einer breiten Öffentlichkeit handeln konnten: angefangen vom Eingreifen der Polizei gegen die Faschisten (und nicht, wie mittlerweile schon längst zur „Haupttendenz" in unserem Land geworden, gegen die Antifaschisten), über die Strafanzeige gegen die Faschisten seitens der Stadtregierung, bis hin zur Berichterstattung in der lokalen Presse. Die „Kreisnachrichten" hatten sowohl einen Artikel veröffentlicht, wo der faschistische Überfall eindeutig beschrieben wurde, als auch Ort und Zeitpunkt der Demonstration genannt und erwähnt, daß *„alle Bürger aus Calw und Umgebung"* zur Teilnahme aufgerufen seien. Das sind Bedingungen, wie sie sonst kaum noch in unserem Land bei allseitig vorangetriebener Faschisierung vorzufinden sind – und wovon man auch nicht ausgehen kann, daß dies in Calw so bleiben wird.

Ein erstes Anzeichen, daß sich diesbezüglich auch in Calw das politische Klima verschärfen wird, zeigte sich bereits in den Presseberichten *nach* der Demonstration vom 16.10.

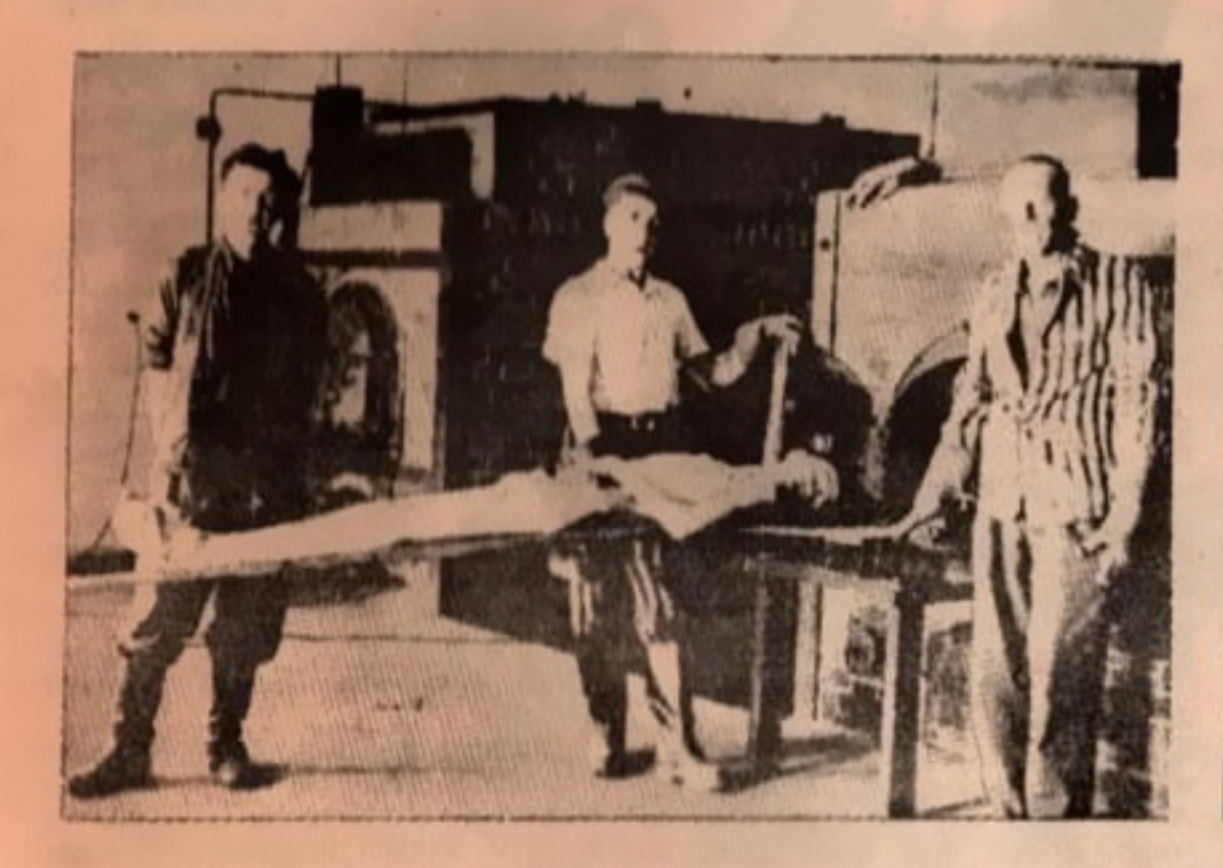
Die „Pforzheimer Nachrichten" (Calw liegt rund 20 km südlich von Pforzheim) sprachen einerseits von der Demonstration als eine *„große Sensation"* für die Kleinstadt, richteten ihren Artikel sonst aber ganz auf eine antikommunistische Hetze aus. Dabei nutzten sie demagogisch aus, daß an dieser Demo offenbar auch einige Linke von außerhalb teilnahmen (genannt wird die „Liga gegen den Imperialismus"). Diese seien *„Protestierer vom Dienst"* und es sei *„schade"*, daß sich die Jugendlichen *„so schamlos von einer kleinen Gruppe kommunistischer Sprecher ausnutzen ließen ... ausgerechnet in dem Augenblick ... als das Jugendhaus im Begriff war, Freunde zu gewinnen, als es im Begriff war, anerkannt zu werden, als sich zumindest die Bürger in der Kreisstadt dafür zu interessieren begannen."*

Auch die Calwer „Kreisnachrichten" stimmten in diesen Ton mit ein, trugen ihr *„Unverständnis"* über die *„pauschalen Vorwürfe gegen den Staat und die Polizei"*, die während der Demo zu hören gewesen seien, auf den Markt; und meinten insgesamt: die Demonstration habe ein *„zwiespältiges Echo"* gefunden, *„nicht zuletzt, weil ‚linke Faschisten'* (!!)*,die mit dem Jugendhaus nichts zu tun haben, sich anhängten, Radikalismus von links demonstrierten und kommunistische Parolen verbreiteten."*

Die Calwer Jugendlichen dürfen sich jetzt nicht auf den Lorbeeren einer gelungenen antifaschistischen Aktion ausruhen und womöglich die Illusion hegen, daß dies zukünftig auch so glatt verläuft. Vielmehr müssen sich die Antifaschisten auch in Calw darauf vorbereiten, daß die Faschisten bei einem zweiten Versuch schwerer abzuschlagen sein werden. ●

KB / Gruppe Frankfurt

Der Rechts-Staat



Daß dieser Staat tatsächlich rechts – im Gegensatz zu links – ist, beweist sich tagtäglich auf's Neue.
Während gegen Kommunisten und Demokraten mit zunehmender Hetze und gewaltsamer Unterdrückung vorgegangen wird, erfreuen sich die alten und neuen Nazis großen Wohlwollens und zunehmender aktiver Unterstützung durch den Staatsapparat.

In einer unlängst veröffentlichten Dokumentation des „Pressedienst Demokratische Initiative" (dem eine Reihe namhafter, liberaler Schriftsteller angehören) wird aufgezeigt, daß allein 1974 in der BRD vier rechtskräftig verurteilte NS-Verbrecher ihre zumeist lebenslangen Haftstrafen nicht anzutreten brauchten – und daß zwei weitere des Massenmordes angeklagten Faschisten nicht einmal in Untersuchungshaft sitzen, sondern frei herumlaufen kön-

senmordes angeklagten Faschisten nicht einmal in Untersuchungshaft sitzen, sondern frei herumlaufen kön-

nen. Die Dokumentation nennt folgende „Fälle":

- **Adolf Kühnel** – verurteilt wegen mehrfachen Mordes zu achtmal lebenslanger Haftstrafe. Mit der „Begründung", er sei – als 60jähriger – zu alt, wurde ihm Haftverschonung gewährt, d.h. er befindet sich auf freiem Fuß;
- **Dr. Ludwig Hahn** – wegen der Ermordung von zehn polnischen Staatsbürgern zu zwölf Jahren Haft verurteilt, befindet sich auf freiem Fuß, obwohl gegen ihn (den „Henker von Warschau") ein weiteres Verfahren wegen Mordes läuft. Das Gericht verfügte Haftverschonung aus „Gesundheitsgründen";
- **Gerhard Erren** – verurteilt wegen gemeinschaftlichen Mordes an 7.000 Juden zu einer lebenslangen Haftstrafe. Erren muß diese Strafe wegen seines „angegriffenen Gesundheitszustandes" nicht antreten;
- **Gustav Barschdorf** – verurteilt wegen gemeinschaftlichen Mordes zu lebenslanger Haft. Er bekam „Haftunfähigkeit aus Alters- und Gesundheitsgründen" attestiert;
- **Hartmut Pulmer** – angeklagt des Mordes und der Beihilfe zum Mord in mehreren hundert Fällen. Pulmer läuft frei herum, weil die westdeutsche Justiz ihn für „verhandlungsunfähig" erklärt hat;
- **Dr. Kurt Struve** – angeklagt des Massenmordes an Kindern und geistig Behinderten. Im Fall Struve genügte den Richtern ein Attest von dessen Privatärzten, um dem Faschisten „Verhandlungsunfähigkeit" zu bescheinigen.

dessen Privatärzten, um dem Faschisten „Verhandlungsunfähigkeit" zu bescheinigen.

(Angaben nach „Berliner Extradienst" 29.11.74).

Diese rechts-staatliche Behandlung faschistischer Gewaltverbrecher, die unter der Tarnbezeichnung „Nostalgie" geführte Propagandakampagne zur Beschönigung und schließlich Legitimierung des „Dritten Reiches" und die von der Bourgeoisie und ihren Parteien betriebene Hetzkampagne gegen konsequente Demokraten (deren vorläufiger Höhepunkt in der jüngsten „RAF"-Kampagne erreicht wurde) haben die Rechtsradikalen aller Schattierungen zu einem immer unverschämteren und provozierenderem Auftreten ermuntert.



So fand am 30.November eine groß aufgezogene Veranstaltung von Reaktionären und erklärten Faschisten statt (mit 1.000 Teilnehmern) auf der gegen die Inhaftierung des Verbrechers Rudolf Hess („Führer-Stellvertreter") protestiert und dessen „sofortige Freilassung" aus der aus der Spandauer Haftanstalt gefordert wurde. Hauptreferent dieser profaschistischen Kundgebung war der ehemalige Bundesjustizminister Bucher (CDU)!

Nur einen Tag vorher (also am 29.11.74) veranstaltete die unter der Tarnbezeichnung „Deutsche Bürgerinitiative e.V." firmierende Faschistenbande des Bensheimer Rechtsanwalts (!) Roeder eine „Solidaritätsveranstaltung" mit inhaftierten Nazi-Verbrechern. Roeder (wie der CDU-Mann Bucher ein erklärter Hess-Sympathisant) und seine braunen Gesellen hatten sich als Ort ihres provokativen Auftritts Dietz an der Lahn gewählt, weil dort der faschistische Massenmörder Leopold Windisch im Gefängnis sitzt.

Unter schwarz-weiß-roten Fahnen (des „Deutschen Reiches") demonstrierten die Faschisten – unter Polizeischutz – zum Gefängnis von Dietz. Dabei wurden Parolen gerufen wie „Bald kommt der Tag der Rache" und „Nieder mit der Republik".

Der Faschistenführer Roeder hielt bei der Gelegenheit eine Rede, die es verdient (zumindest auszugsweise) im Wortlaut dokumentiert zu werden:

„Gibt es etwas Perverseres, Widerlicheres als diesen sogenannten Rechtsstaat der Bundesrepublik? Erschrecken Sie nicht über diese Worte, ich meine das so, wie ich das sage ...

Sie sehen hier die schwarz-weiß-roten Fahnen, weil wir mit schwarz-rot-gold nichts mehr zu tun haben. Für uns gibt es nur einen Staat und nur ein Vaterland, das ist das Deutsche Reich. Und dieses Deutsche Reich hatte niemals die Fahne schwarz-rot-gold.

Was wir heute haben, ist die Verewigung einseitiger Rache, einseitiger Schuldkomplexe und einseitiger Ausquetschung bis zum letzten Pfennig, der noch aus einem Deutschen herauszuholen ist für jüdische Großmachtinteressen oder irgendwelche alliierten Verschwörer hinter den Kulissen. Deshalb kann es für uns noch eine Alternative geben, nachdem der sogenannte Rechtsstaat für uns nicht existiert, weil es ihn nie gegeben hat: Zurück zum Deutschen Reich, nieder mit der Demokratie ...

Und wir haben nur ein Programm: Für jeden, der solche unmöglichen Äußerungen über sein Vaterland von sich gibt (gemeint sind Kriegsverbrecherprozesse – Anm.AK) *einen Umerzieher a u f z u h ä n g e n ...*

Wir legen eine Verbrecherkartei an, und sie werden alle dabei mithelfen. Und die Karteinummer eins kriegt Herr Wiesenthal. Über die Nummer zwei werden wir dann losen. Es gibt genug Anwärter ...

In diese Kartei kommt jeder, der sich am deutschen Volk versündigt hat. Dazu gehört jeder, der heute im Kabinett sitzt. Denn jeder, der in dieser Bundesrepublik das höchste Amt ausübt, weiß, daß er es im Auftrage unserer Todfeinde nur ausüben kann. Der kann gar keine deutschen Interessen vertreten.

In diese Kartei kommt selbstverständlich jeder Ministerpräsident eines Landes, denn in jedem Land sitzen deutsche Soldaten (gemeint sind die faschistischen Massenmörder von SS u.a. – Anm.AK) *unschuldig hinter Gittern. Und diese Ministerpräsidenten machen von ihrem Begnadigungsrecht, das sie hätten, keinen Gebrauch. D a s a l l e i n g e n ü g t !*

In diese Kartei kommt jeder Länderminister, kommt jeder Bundestagsabgeordnete, der zur Verlängerung der Verjährungsfrist (für NS-Verbrechen – Anm.AK) *mitgestimmt hat. In diese Kartei kommt jeder Richter ... jeder Staatsanwalt, jeder Zeuge, jeder Geschworene, der in einem sogenannten Kriegsverbrecherprozeß an einer Verurteilung mitgewirkt hat. Denn jeder Prozeß nach dem Krieg, der gegen einen Deutschen geführt worden ist wegen des Krieges, war ein erneutes Verbrechen. Sogar dann, wenn man ihm wirklich etwas vorwerfen konnte ...*

Wir sind gezwungen, wie Guerillas eine Freiheitsbewegung ins Leben zu rufen. Das heißt nicht, daß wir j e t z t mit einer Maschinenpistole hinter einer Häuserecke verschwinden. Aber das heißt, daß wir wie Partisanen im Volk schwimmen und überall angreifen. Mit psychologischer Kriegsführung. Mit allen möglichen anderen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, w i e w i r e s j a s c h o n i n D u t z e n d e n v o n F ä l l e n v o r e x e r z i e r t h a b e n ..."

Das ist wohl deutlich genug! •

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Flensburg

Weiterer Erfolg gegen die Faschisten

Am Sonnabend, den 7. Dez. konnten die Flensburger Antifaschisten einen weiteren Erfolg gegen die NPD und deren Nachwuchs-Faschisten „Junge Nationaldemokraten" (JN) verbuchen. Bereits einige Wochen zuvor hatten die Nazis einen „Informations"stand in der Innenstadt riskiert, der ihnen aber „umgefallen" war (vergl. AK 52). Nun versuchten sie es wieder. Das Auftreten der Nazis war ganz offensichtlich als Provokation angelegt. Zum einen, um es den Linken „zu zeigen"; zum anderen, um der Polizei eine Möglichkeit zum Eingreifen zu geben. Noch ehe die Nazis überhaupt da waren, liefen stadtbekannte (und weniger bekannte) zivile Bullen herum. Daneben Uniformierte mit Sprechfunk, die in Gruppen die Zugänge zu dem Fußgängerbereich kontrollierten, wo die Nazis ihren Stand machten. In einer Seitenstraße stand ein VW-Bus mit Bullen, die den Knüppel schon im Ärmel parat hatten. Das zeigt mal wieder, auf welcher Seite die Polizei steht. Genau eine Woche vorher hatten die Bullen direkt von einem Info-Stand der „Roten Hilfe" weg ein Flugblatt beschlagnahmt, das sich mit der RAF-Hetze befaßte. Einer der Genossen vom Stand wurde gleich mitgenommen und bei ihm eine Hausdurchsuchung gemacht.

Eine Woche später wurden die gleichen Bullen aufgeboten, um die Nazis zu schützen. Es konnte in diesem Zusammenhang auch beobachtet – und leider nicht verhindert – werden, wie ein Nazi Antifaschisten fotografierte und die Kamera anschließend zu einem uns bekannten Zivilbullen in Sicherheit brachte!

Der KB hatte ein Flugblatt „Nazis weg" vorbereitet, mit dem wir uns neben die Nazi-Verteiler stellten, so daß diese das Verteilen nach kurzer Zeit aufgeben mußten. Später übernahmen die Antifaschisten die „Verbreitung" der NPD-Flugblätter, sodaß sie sich auf der Straße wiederfanden. Zugleich hatten die Nazis alle Hände voll zu tun, um ihren Stand einigermaßen zusammenzuhalten, daß er nicht umfiel. Denn es hatten sich immer mehr Menschen angesammelt, die in einer großen Gruppe die Nazis umringten. Aus der Gruppe heraus wurden den Nazis immer wieder ihre verbrecherischen Absichten auf den Kopf zugesagt, was sich mehr und mehr zu Sprechchören steigerte. Dabei gingen stückweise auch die Stelltafeln der NPD zu Bruch und ihre Hetzmaterialien rauschten zu Boden. Ein Nazi drohte: „Von Euch geht noch einer drauf!"

Wutschnaubend waren die Nazis nach eineinhalb Stunden schließlich gezwungen, das Feld zu räumen. Fluchtartig packten sie ihren heilgebliebenen Ramsch zusammen und flüchteten in Richtung Polizeiwagen in der Nebenstraße – verfolgt von ca. 150 Antifaschisten und deren Sprechchören: „Nazis raus!" – „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!" Diese erneute Niederlage hatte offenbar auch eine ziemlich zersetzende Wirkung unter den Nazis. Für den Abend hatten nämlich die JN noch eine Veranstaltung angesetzt, die aber abgesagt wurde, weil der Redner, den man morgens noch am Stand gesehen hatte, abends angeblich nicht nach Flensburg kommen konnte. Der Lump hat gekniffen. Kein Wunder! •

KB/Gruppe Flensburg

Bürgerliche „Vergangenheitsbewältigung"

Bürgerliche „Vergangenheitsbewältigung"

Am 27., 28., 29. Dezember, jeweils um 19 Uhr 15, wurde im 3. Fernsehprogramm gemeinsam vom Hessischen Rundfunk, WDR, NDR, Radio Bremen und SFB als Produktion der „stern-tv" die „Geschichte der Waffen-SS" ausgestrahlt. Also gerade an Tagen, wo viele Leute daheim sind, günstig gelegen zwischen „heute" und „Tagesschau". Die Vorschau im „Stern" ließ Böses ahnen: Dargestellt werde die *„umstrittenste Truppe der Welt"* und berichtet werde *„von Glanz und Elend, vom Ruhm und Ende der Waffen-SS."*

In diese Richtung geht dann auch der Vorspann: Nachdem ein SS-Lied in voller Länge abgespielt wird (zum Mitsingen?), heißt es über das Urteil der Alliierten, die die Waffen-SS zur verbrecherischen Organisation erklärten, es sei *„grobschlächtig wie jedes Pauschalurteil"* gewesen und habe viele Zweifel offengelassen.

Zu Beginn des ersten Teils wird der Zuschauer zunächst mit der „deutschen Volksmeinung" in Form von Passanteninterviews bekannt gemacht: Ein junges Pärchen hatte von der Waffen-SS nie was gehört, eine ältere Frau war ablehnend, aber mehrere Ältere lobten die Waffen-SS in den Himmel. Es soll so offenbar der Eindruck erweckt werden, daß die meisten für die Waffen-SS seien, und die Jungen wohl keine Ahnung hätten.

Natürlich können „Stern" und Fernsehen heutzutage noch keine reine Jubelsendung über die Waffen-SS machen, das würde auffallen; etwas „Kritik" muß schon sein. Mit „kritischen" Passagen soll der Zuschauer dann im Laufe der Sendung zu dem „Urteil" verführt werden, daß die Waffen-SS „insgesamt" doch „gar nicht so schlimm" gewesen sei . . .

Der SS-General Eicke, den die Nazis extra aus der „Klapsmühle" geholt hatten, um die KZ's auf Vordermann zu bringen, gibt mit seinen „Totenkopfverbänden" den richtigen Buhmann ab. Das sieht dann so aus: Die Waffen-SS habe, wie die „Wehrmacht", in Polen keine „Ausschreitungen" begangen, nur Eickes „Totenkopfverbände" hätten . . . und dann wird nur eine einzige Scheußlichkeit genannt. Für „Ausschreitungen" in Frankreich 1941 werden wieder „nur die Totenkopfverbände" verantwortlich gemacht. Aber sehr tapfer seien sie doch auch gewesen.

Zur Niedermetzelung eines ganzen Dorfes in Frankreich wird gesagt: Weil Partisanen 60 deutsche Soldaten ermordet haben, hat die SS über 60 Geiseln erschossen. (Widerstandskämpfer morden, faschistische Besatzungstruppen erschießen nur.)

Abgesehen von kleinen Schönheitsfehlern sei, will man „Stern-tv" glauben, die Waffen-SS eine famose Truppe gewesen. „Nahezu unbesiegbar", (bis auf die Ostfront, wo sie von der Roten Armee zusammengeschossen wurde), und sogar richtige Gentlemen seien sie gewesen: Ein Aufstand in der Slowakei wurde „ganz ohne Ausschreitungen" niedergeschlagen.

Die Männer unter dem Totenkopf
Geschichte der Waffen-SS
2. Die Militärathleten (1939–1943)
Von Heinz Höhne und Peter Buschbom
Eine Produktion der stern-tv



Der zweite Teil der Triloge beginnt mit dem Frankreichfeldzug 1940, in dem die Waffen-SS ihre ersten militärischen Einsätze hatte und zur gefürchteten Elitetruppe des Dritten Reiches wurde. Nach großen Verlusten kamen später vor allem Niederländer und Flamen, Norweger und Dänen in die Waffen-SS.

19.15 **Die Männer unter dem Totenkopf**
Geschichte der Waffen-SS
3. Die Todgeweihten (1943–1945)
Von Heinz Höhne und Peter Buschbom
Eine Produktion der stern-tv



Der letzte Teil dieser Trilogie berichtet von Glanz und Elend, vom Ruhm und Ende der Waffen-SS in den letzten Kriegsjahren von 1943 bis 1945. Hier

In Arnheim ist die Waffen-SS so galant, den eingeschlossenen Engländern anzubieten, ihre Schwerverwundeten abzutransportieren.

Ja, man sieht und staunt: Die Waffen-SS sei ja im Grunde sogar gegen Hitler gewesen. Es wird lang und breit über Pläne von SS-Generälen zur Beseitigung Hitlers, von Verbindungen zu den Offizieren des 20. Juli (Stauffenberg usw.) berichtet; verschwiegen wird allerdings der Charakter dieses „Widerstands": Die Ersetzung Hitlers durch eine Militärjunta, die es ermöglichen sollte, gemeinsam mit den Westmächten die UdSSR niederzuschlagen.

Ganz nach dem Motto von Göbbels: Je dreister, desto glaubwürdiger, werden nicht nur aus SS-Generälen Widerstandskämpfer gemacht; die Waffen-SS, in der Faschisten vieler Länder gegen die Arbeiterklasse gekämpft haben, wird sogar zum Vorläufer des „modernen Europa" erhoben. Unwidersprochen können im Film ein flämischer und ein französischer Faschist verbreiten, sie hätten damals ja nur das gewollt, was sich heute verwirklicht: ein vereinigtes Europa gegen den Osten. Makabererweise haben diese Faschisten, was den Zweck der EG betrifft, sogar recht!

Die Bourgeoisie hat aus der Geschichte gelernt

Besonders aufschlußreich war das Gespräch des „stern"-Journalisten mit einem Bundeswehroffizier am Ende des zweiten Teils der Sendung. Es ging darum, daß das Härtetraining und die Kampfmethode der Waffen-SS heute die allgemeine Ausbildung der imperialistischen Elitetruppen sei. Er, der BW-Offizier, sei sowieso dafür, in der Bundeswehr ein härteres Training durchzuführen. Auf den Einwand des „stern"-Mannes, brutales Härtetraining würde doch automatisch zu Kriegsverbrechen führen, beispielsweise MyLai, meinte der Offizier: Von solchen moralischen Überlegungen könne man sich doch nicht leiten lassen, diese Art Truppen seien nun mal zur Sicherheit des Staates notwendig. •

Ein Frankfurter Genosse

Manche sehen ROT und sind doch Faschisten

Bemerkungen zum Film: „Ein Mann sieht rot" mit Charles Bronson



Der Film, der zum „Hit des Jahres" gemacht wurde (in den ersten 12 Tagen sahen ihn eine halbe Million Menschen), hatte auch eine gründliche und kostspielige Vorbereitung erfahren. Er lief in 50 Kinos gleichzeitig an (inzwischen sind es 75), eine Kopie des Films kostet ungefähr 6.000 DM. Inzwischen gab man ca. eine halbe Mio. DM „ s, nur um die Wirkung des Filmes auf einen Schlag zu potenzieren.

In ganzseitigen Inseraten in den Zeitungen warb der Paramount Filmverleih in New York (dort wurde der Film gedreht und uraufgeführt) mit der Schlagzeile:

„Mann der Selbstjustiz im Großstadtstil – Richter, Geschworener und Vollstrecker in einem".

Der BRD-Filmverleih Tobi gab eigens riesige Flugblätter heraus, die mit folgenden Parolen für den Film warben:

- **Charles Bronson schießt Amerika frei**
- **Wenn Notwehr zum Vergnügen wird**
- **Bronson führt aus, wovon wir alle träumen**
- **Gangsterkillen, ein Bürgerhobby?**
- **Jeden Mord begrüßt das Publikum mit frenetischem Applaus!**

Die „Bild-Zeitung" machte gleich eine ganze Serie daraus („Der spannendste Krimi, den ‚Bild' je brachte"), schrieb aber vorsichtshalber nur „*nach einem Roman von Brian Garfield*". Ohne jetzt den Film nur um einen Deut besser darzustellen, kann man sagen, daß der „Bild" das Kunststück gelang, den Krimi durch „künstlerische Freiheit" noch ein Stück übler als den Film zu gestalten.

Zum Inhalt:

„Nach der Ermordung seiner Frau und der Vergewaltigung seiner Tochter, die in Wahnsinn verfällt, wird Kersey (Hauptdarsteller, gemimt von Bronson) zum Vigilanten (Privaträcher). Auf eigene Faust, alten Pioniertugenden folgend, tötet er vorbeugend Verbrecher, die er als harmloser Bürger getarnt, nachts auf Straßen, in Parks und in der U-Bahn anlockt und reihenweise abknallt." („Frankfurter Rundschau", 1.11.74)

Er wird von der Polizei eine Zeitlang gedeckt, sie rät ihm dann jedoch, nach Chicago zu gehen, damit er sich einer Verhaftung entziehen kann. Man muß sicher sein: „Fortsetzung folgt" in Chicago! ...

Die Mittel der kapitalistischen Filmer

Allein schon die optischen Mittel sind so simpel wie einprägsam (besonders durch dauernde Wiederholungen).

- Paul Kersey lebt natürlich trotz schon erwachsener Tochter immer noch in einer glücklichen Ehe; ausgiebig filmt man das Paar am weißen Strand von Hawaii und blendet auch später nach der Ermordung nochmals die Urlaubsfotos ein.
- Der Anfang des Films (Urlaub auf Hawaii) kontrastiert mit der folgenden Szenerie „Großstadtdschungel" so stark, daß man die „Kriminellen" förmlich riecht.

– Die geistesgestörte Tochter wird alle naslang eingeblendet: „Legitimation" für die Morde ihres Vaters.

- Paul Kersey ist zu allem Überfluß auch noch ein ehemals liberaler Architekt, Kriegsdienstgegner (!), „christlich" erzogen, er haßt Schußwaffen eigentlich.
- Die „Kriminellen", allesamt fickerige stockhäßliche Jugendliche – Bronson dagegen gepflegt und ruhig.

Im Film heißen die Jugendlichen nur „Ratten". Die „Bild-Zeitung" bereichert das Vokabular noch durch „Rocker", „die jungen Schlagetot", „Pop-Neger" (Die meisten im Film dargestellten Kriminellen sind Neger!).

Auch die Bullen sind gegen Paul Kersey total unscheinbar. Der Oberbulle läuft z. B. ständig mit tropfender Nase und Schnupfenspray herum.

Während die Vergewaltigung der Tochter in sadistischer ekelerregender Weise minutenlang gefilmt wird, erscheinen die Morde Paul Kerseys fast spielerisch.

„Bild" spricht aus, was im Kino gedacht werden soll

Den Schreiberlingen der „Bild-Zeitung" gelang es selbstverständlich, das, was im Film unausgesprochen bleibt, auf den „richtigen Nenner" zu bringen.

Hier einige Kostproben:

„Freaks, Ausgeflippte, zu allem fähige Rauschgiftsüchtige. Warum sperrt man so einen nicht ein?, fragte sich Paul Kersey. Warum läßt man ihn frei herumlaufen, eine tödliche Gefahr für jeden ordentlichen Bürger" (In einer Szene, wo Kersey von einem Jugendlichen, noch dazu ohne irgendeine Waffe, angemacht wird!!).

Nach seinem ersten Mord:

„Er glühte vor Intensität, er hatte das Gefühl, zum erstenmal seit dem Mord an seiner Frau wieder frei atmen zu können. Er ging wie berauscht den Riverside-Drive hinunter" (Nachdem gezeigt wird, wie Paul Kersey 3 Jugendliche abknallt, die vorher einen Neger zusammengeschlagen haben):

„Auch ein Polizist hätte in seiner Situation geschossen". Da mag die „Bild-Zeitung" allerdings recht haben!

Genüßlich schildert „Bild" die Morde: *„Um den letzten zu erledigen, stellte sich Paul Kersey breitbeinig wie auf dem Schießstand hin und zielte sorgfältig".* Im Film bleiben insgesamt 10 dieser „Gangster" auf der Strecke.

Fazit des Films

Im Film wird u. a. die These aufgestellt:

Kriminalität gibt es nur, weil die Angegriffenen zu „tolerant" sind, d. h. sich nicht wehren. Gesellschaftliche Bedingungen oder andere dergleichen „Nebensächlichkeiten" spielen natürlich keine Rolle.

Polizei und Justiz sind „nicht fähig", die Verbrecher zu fangen: sie arbeiten z. B. noch größtenteils mit Beweisen und müssen sich noch an mancherlei Gesetze halten – wie überflüssig! ...

Die Kriminalität habe erst ein Ende – so die „Moral" des Films – wenn „wir" uns energisch dagegen zur Wehr setzen.

Nicht umsonst werden in der bürgerlichen Presse Berichte ausgewalzt, wo der „normale Bürger" vermeintliche oder echte Gangster in die Flucht gejagt oder sogar „unschädlich" gemacht hat.

Letztes Beispiel aus der „Hamburger Morgenpost" vom 13.12.74: *„Eine Horde Kinder fing den Sparkassen-Räuber".*

In gewissem Maße sollen diese Berichte zur Nachahmung anregen. Wichtiger ist jedoch die Absicht, Kriminalität so darzustellen, als wenn sie es ist, die den „kleinen Mann" nicht in „Ruhe und Frieden" leben läßt, sie begegnet ihm tagtäglich auf der Straße – aber man kann sich dagegen wehren! ...

Selbstverständlich beabsichtigt die Bourgeoisie durch ihre Massenmedien nicht, allgemeine Bewaffnung und Selbstjustiz zu predigen, damit schließlich jeder mit 'ner Knarre rumläuft und die, die er für „kriminell" und „minderwertig" hält, abknallt. So etwas möchte die Bourgeoisie schon unter Kontrolle behalten und selbst organisieren. Es reicht ihr, wenn die Arbeiter und Angestellten durch solche Filme aufgehetzt werden und Handlungen anderer (Bullen, Sonderkommandos etc.) billigen.

So etwas läßt natürlich schneller den Ruf nach dem „starken Mann", der hier mal „Ordnung" schafft, laut werden – nach dem Motto: „Bei Adolf hätt's das nicht gegeben, da waren Polizei und Staat nicht so lasch und unfähig".

Appelle zur Selbstjustiz und zu „vorbeugenden Maßnahmen" kommen heute natürlich besonders bei denjenigen an, die tatsächlich meinen, etwas zu verteidigen zu haben – und sei es nur das „Eigentum" der kleinen Krauter, der sogenannten Selbständigen: Ladeninhaber, Kneipenwirte, Taxifahrer.

Zwar wird im Film diese Art von Bürgerrache von der Polizei nicht voll bejaht (pfuscht uns ins Handwerk), jedoch wird der Hauptdarsteller lange Zeit gedeckt und später nicht zur Verantwortung gezogen. Er wird nach Chicago abgeschoben.

„Bild" hat dazu die richtige Zwischenüberschrift in ihrem Krimi: **„New York oder Chicago – überall dasselbe".**

Richtig, das dachte sich Dino De Laurentiis auch. Er plant, schnellstens eine Fortsetzung ins Kino zu bringen, bei der Bronson in Chicago (sowieso bekannt als d a s Gangsternest) munter weiterschießt! ●

Betriebszelle Beiersdorf
KB / Gruppe Hamburg

Spiel mir das Lied von der Selbstjustiz ...

Anmerkungen zu einem früheren Bronson-Film

Bei der Empörung über die offen faschistische Stoßrichtung des neuen „Bronson" („Ein Mann sieht rot") wird meines Erachtens leider in den meisten Fällen die deutliche Parallelität zu einem früheren Film mit „Rächer" Bronson übersehen, nämlich zu **„Spiel mir das Lied vom Tod".** In diesem Film prügelt und ballert sich Bronson als Hauptdarsteller durch den „Wilden Westen". Sein Motiv (das man erst gegen Schluß in einer Rückblende serviert kriegt): Rache für seinen vor Jahren von Gangstern ermordeten Vater. Nebenbei, wie es sich gerade so trifft, dezimiert Bronson die Gangstertruppe eines fiesen Eisenbahn-Kapitalisten. Der Führer dieser Truppe hat – so ein Zufall! – ausgerechnet Bronsons Vater auf dem Gewissen, und wird schließlich von Bronson nach einem schaurig-schönen Ritual in einer toll hingelegten Sterbeszene abgeknallt.

Viele Genossen haben diesen Film seinerzeit nicht nur für gut gemacht, sondern auch irgendwie für „fortschrittlich" gehalten und ihn sich zum Teil mehrfach angesehen. Daß Bronson hier gegen die Machenschaften des Eisenbahn-Kapitalisten kämpft (wenn auch mehr zufällig) scheint dem Film wohl einen „revolutionären" Aspekt zu geben?

Eigentlich hätte aber jedem Genossen zumindest die eklatante Frauenfeindlichkeit des Films sauer aufstossen müssen: die Hauptdarstellerin (Claudia Cardinale) wird – stellvertretend für ihr Geschlecht – als willenlose „Hure" dargestellt, hin- und hergetriebenes Objekt der „handelnden" Männer. Ihr einziges Interesse ist auf ihre unmittelbare physische Existenz gerichtet (**„Ich wette, daß du alles tun würdest, um dein erbärmliches Leben zu retten" – „Ja, das würde ich"**). So ist sie natürlich nicht fähig, die „höheren" Beweggründe von „Held" Bronson zu verstehen, der nach vollbrachter Selbstjustiz nicht bei Claudia bleiben will, sondern den es zu neuen „Taten" treibt (**„Ein MANN m u ß so sein. Eine Frau versteht das nicht"**). – Das ist doch wohl ganz schön dick, oder? !

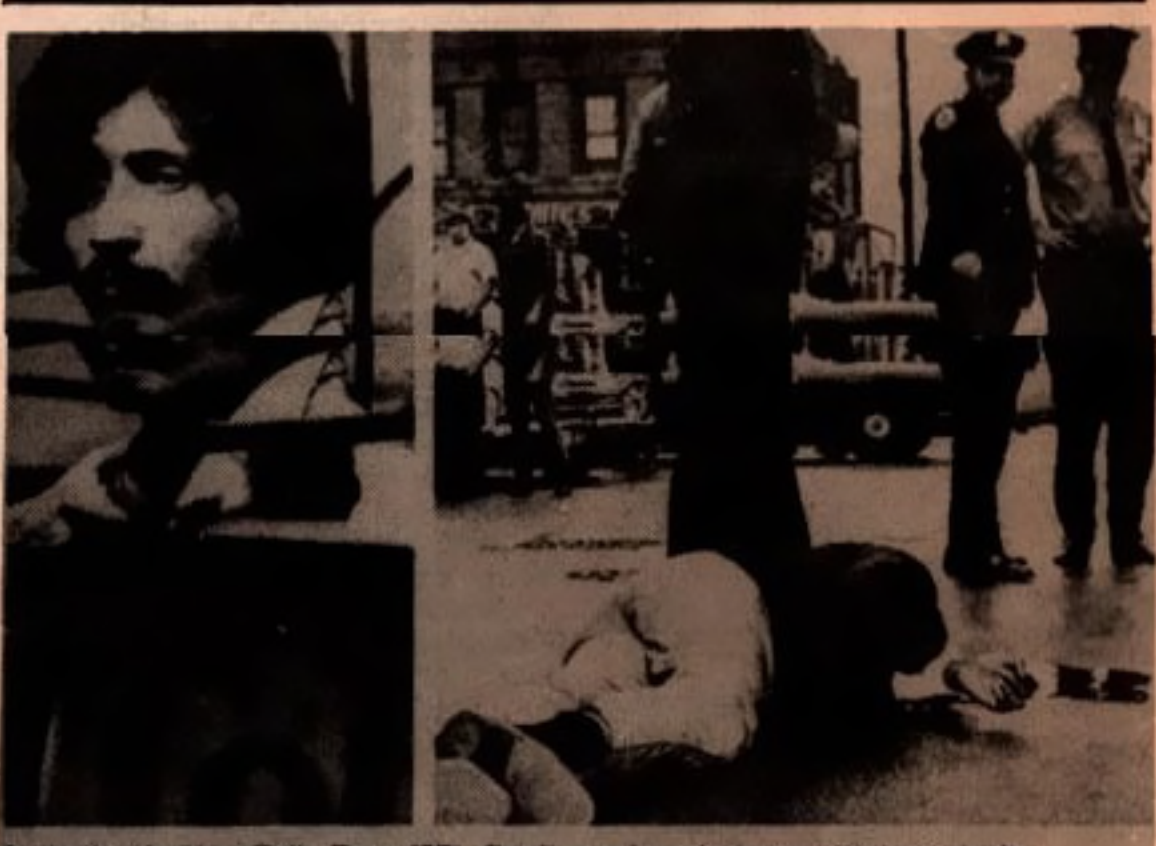
Tatsächlich propagiert der Film „Spiel mir das Lied vom Tod" meines Erachtens eine Killer-Mentalität, die sich nicht an den Interessen der Unterdrückten orientiert (auch wenn ihr zum Teil Unterdrücker und ihre Handlanger zum Opfer fallen), sondern ihren einzigen „Maßstab" in der Person des „handelnden Helden" findet – d. h. dieser ist sein eigenes „Gesetz" und sein eigenes Motiv. Er tötet und drischt vor eigenen Gnaden – sein unmittelbares Motiv („Rache" für den ermordeten Vater) wird dem Zuschauer auch erst gegen Schluß vorgeführt. Das „höhere" Motiv von Bronson ist aber nicht einmal die „Rache", sondern liegt in ihm selbst, in seiner „heroischen" Eigenschaft als „Mann", der ihn auch angesichts von Claudia Cardinale zu neuen (noch gar nicht absehbaren) Taten (**„Irgendeiner wartet immer auf ihn"**) hinaus ins feindliche Leben treibt.

Der Film „Spiel mir das Lied vom Tod" ist wie der Mann, der „rot" sieht, eine Verherrlichung der Selbstjustiz, des Sadismus und der Killer-Mentalität – die dadurch schmackhaft gemacht werden soll, daß Bronson hier zugleich mit seiner persönlichen „Rache" auch dem fiesen Eisenbahnkapitalisten das Handwerk legt. Eine bezeichnende Szene ist meines Erachtens, daß Bronson dem Gangsterboß d a s L e b e n r e t t e t , als dessen eigene Leute ihn erschiessen wollen. **„Ich wollte nicht, daß er abgeknallt wird"**, sagt Bronson dazu markig. E r muß erst dem Bösewicht von „Mann zu Mann" in einem „fairen Kampf" (Duell) gegenübertreten, um ihn zu töten. Hier herrscht nicht die politische Moral des kämpfenden Proletariats, sondern der „Ehrenkodex" der Feudalklasse („Ritterlichkeit", Kampf „Mann gegen Mann" usw.).

Man sollte sich meines Erachtens ganz klar machen, daß diese Art von „Italo-Western" mit der Verherrlichung der individuellen Gewalt und Selbstjustiz, mit der Glorifizierung des an kein menschliches Gesetz gebundenen „Helden", Filme in der Art von „Ein Mann sieht rot" (und von diesem Schmutz wird sicher noch mehr kommen!) politisch-ideologisch vorbereitet und ihnen den Weg gebahnt hat. Genossen, die solche Filme einmal „gut" fanden, sollten nicht nur ihren Geschmack, sondern auch ihr Verständnis von der Revolution überprüfen. ●

Ein Genosse der AK-Redaktion

Und das ist kein „Film"



Selbstjustiz übte Felix Toro (37), Besitzer eines Lebensmittelgeschäfts in New York. Er hat in zwei Jahren vier Menschen erschossen und vier weitere verletzt. Auch sein letztes Opfer (rechts) war ein Einbrecher.



Flintenweiber legte sich der Fabrikant John Snook aus Alabama zu: Er ließ seine weiblichen Angestellten an Waffen schulen



Lynchjustiz gab es in den USA bis in die jüngste Zeit: Aufgehetzte Burger hängten Verdächtige ohne einen Prozeß auf

(Bilder und Text aus Quick)



Werner Nihlasch, Gastwirt aus dem Münchner Vorort Allach hat angeblich Angst vor kriminellen Gästen. Deshalb hat er Knarre und Gummiknüppel unter der Theke liegen. Nur so fühlt er sich „halbwegs sicher" !

Schleswig-Holstein

Waffenlager bei CDU-Mitglied ausgehoben

Waffen sichergestellt

hu. GLÜCKSTADT. Ein Karabiner und ein Schnellfeuergewehr für Kleinkaliber wurden bei einem Glückstädter Einwohner von der Polizei sichergestellt. Der Mann war angezeigt worden. Die Waffen waren nicht angemeldet. Der Besitzer muß sich daher wegen unerlaubten Waffenbesitzes verantworten.

Diese winzige (und einzige) Notiz brachte die „Norddeutsche Rundschau" (vom Heinrich Bauer Verlag!) über einen Vorgang, der in Wahrheit ein Politikum ersten Ranges darstellt: Aufgrund einer anonymen Anzeige mußte die Glückstädter Polizei bei einem wohlbetuchten Bürger der schleswig-holsteinischen Kleinstadt eine Hausdurchsuchung durchführen – und einen Karabiner, drei Maschinenpistolen (!) und die dazugehörende Munition beschlagnahmen (die Angaben in dem obigen Artikelchen sind – nicht ohne Absicht – untertrieben!).

Bei besagtem ‚Glückstädter Einwohner' handelt es sich um keinen geringeren als den Vorsitzenden des reaktionären Haus- und Grundstückseigentümervereins, Hinz. Dieser war früher Mitglied der rechtsradikalen „Deutschen Reichspartei", dann als Vertreter der FDP in der Ratsversammlung des Ortes und er landete schließlich – Mitte der sechziger Jahre – bei der CDU, deren Mitglied er noch heute ist!

Da in diesem System bekanntlich ein Hund den anderen (rein)wäscht, versuchten Polizei und Presse, den Vorgang herunterzuspielen: Der CDU-Mann schlüpfte in die Maske des biederen ‚Einwohners', der nur „vergessen" hat, sein kleines Waffenlager anzumelden!

Diese rein zufällige Enthüllung bestätigt ein weiteres Mal, daß die herrschende Klasse und deren Vertreter in reaktionären politischen Vereinigungen und Parteien kräftig am Aufrüsten sind – wie man sieht, nicht nur politisch-ideologisch! Es ist schon mehrfach von liberalen bürgerlichen Journalisten aufgezeigt worden, daß die Preisfechter dieser kapitalistischen Ordnung neben den offiziellen militärischen Apparaten (Bundeswehr und Bundesgrenzschutz, Polizei etc.) über ein stattliches Waffenarsenal in privatem Besitz verfügen (zumeist Pistolen und Gewehre).

Daß die Waffen in den Händen der Bourgeois – wie auch im Fall des CDU-Mannes Hinz – nicht in erster **Linie als Wandschmuck dienen, son-**
CDU-Mannes Hinz – nicht in erster **Linie als Wandschmuck dienen, sondern für gewaltsame Konfrontationen mit der Arbeiterklasse bestimmt sind, liegt auf der Hand.**

Aber darüber berichtet die bürgerliche Presse, die jeden „Waffenfund" bei anarchistischen Gruppen maßlos aufbauscht oder notfalls sogar frei erfindet, natürlich nicht! ●

KB-Sympathisanten aus dem Kreis Steinburg (Schleswig-Holstein)

Polizei-Aktion gegen Sekte „Hare Krishna"

Die „Hare Krishna"-Leute mit Glatzköpfen, Singsang, Glöckchenläuten und ihrer aufdringlichen Bettelei sind seit einigen Jahren eine zusätzliche Belästigung auf Westdeutschlands Straßen.

Am 16. Dezember geriet diese Sekte in die Mühlen der neuerlichen Polizeistaats-Kampagne der Bourgeoisie: In einer der mittlerweile schon berüchtigten Nacht- und Nebelaktionen, in denen „unsere" Polizei bereits reichlich Erfahrungen sammeln konnte, wurde u.a. das „Hauptquartier" der Sekte – Schloß Rettershof im Taunus – hoppsgenommen. Mindestens 71 (!!) der Sektierer (nach einer Angabe der „Bild" vom 17.12.) wurden ins Frankfurter Polizeipräsidium geschleppt.

– Da wird z.B. für die „Sorgenkinder" (Contergan-Geschädigte) gebettelt, weil der Staat die verantwortlichen Pharma-Konzerne nicht zur Kasse bitten will;
– da wird z.B. für die „Kriegsgräberfürsorge" gebettelt (wofür mit Vorliebe Schulkinder eingespannt werden!), um die Gräber Toter zu pflegen, die für die Profite des Großkapitals verheizt wurden, während im Rüstungshaushalt Milliarden für die Vorbereitung einer neuen Serie von Gräbern verausgabt werden;
– da wird z.B. für „Brot für die Welt" gebettelt, um die ärgsten Folgen der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der „Dritten Welt" abzuschwächen.

Wir sind gewiß nicht für Sekten



Übungsobjekt für den Polizeistaat: „Hare Krishna"-Leute

wie „Hare Krishna", aber schlimmer als die staatlich geduldeten und geförderten Kirchen ist diese Sekte auch nicht. Der Sozialismus wird die Freiheit der Religionsausübung garantieren – was nicht im Widerspruch dazu steht, daß Sozialisten den Atheismus propagieren, denn wir wollen nicht administrativen Zwang, sondern politisch-ideologische Überzeugungsarbeit. Der Sozialismus wird es allerdings nicht dulden, daß Geschäftemacher jedweder Couleur aus dem Aberglauben anderer Menschen Kapital schlagen, und er wird es insbesondere nicht zulassen, daß die Kirchen und Sekten sich der Unerfahrenheit junger Menschen bedienen.

Was war der Vorwand für diese Massenfestnahme, die durchaus als Muster und praktische Erprobung für kommende Polizeiaktionen gegen kommunistische Organisationen anzusehen ist? Der Staatsapparat hatte plötzlich – nachdem die Sekte schon mehrere Jahre Riesenbeträge zusammenbettelte, ohne gestört zu werden – entdeckt, daß dies strafbarer „Bettelbetrug" sei. Rund 80.000 Mark wurden beschlagnahmt. Ferner wurde behauptet, man habe zwei Gewehre und eine Pistole bei Sekten-Mitgliedern entdeckt. Schließlich wurde auch der Vorwurf der „Kindesentführung" erhoben – einer der Sektierer hatte nach der Trennung von seiner Frau sein dreijähriges Töchterchen zu sich geholt.

Als Vorwand für eine Polizeiaktion dieses Ausmaßes (mindestens 71 Festgenommene allein in Frankfurt – Polizeiaktionen fanden aber zumindest auch in Westberlin statt) kommen natürlich weder die „Kin-
mindest auch in Westberlin statt) kommen natürlich weder die „Kindesentführung" durch e i n Mitglied noch der Fund von d r e i Schußwaffen w ä h r e n d der Polizeiaktion (falls es sich dabei nicht sowieso um eine Erfindung oder Provokation handelt) in Frage, sondern es bleibt nur der Vorwurf des „Bettelbetruges".

Dazu ist 1. zu sagen, daß der Staat diesem Treiben jahrelang zugesehen hat, ohne im geringsten einzugreifen. Wenn es stimmt, daß die Sektierer in der BRD in den letzten Jahren rund zehn Millionen Mark zusammenbettelten („Bild", 17.12.), so werden die Geschädigten ihr Geld durch diese Polizeiaktion auch nicht wiederbekommen. 2. ist zu sagen, daß die Bettelei und der Betrug der „Hare Krishna"-Leute verschwindend gering ist verglichen mit der von Staat und Kirchen fortgesetzt betriebenen Bettelei:

Wir wehren uns jedoch dagegen, daß sich der bürgerliche Staat (der Hüter des staatlich geprüften Aberglaubens in Form der großen Kirchen) selbst zum „Gärtner" macht und Polizeistaats-Methoden an einer Sekte erprobt. Nach unserer Auf-
und Polizeistaats-Methoden an einer Sekte erprobt. Nach unserer Auffassung dienen Polizeiaktionen wie die gegen die „Hare Krishna"-Leute außer der Erprobung solcher Aktionen auch dazu, gegenüber solchen eklatanten Übergriffen abzustumpfen und die demokratische Sensibilität der linken und liberalen Öffentlichkeit auszuhöhlen. Unseres Wissens hat sich gegen diese Polizeiaktion von beträchtlichem Ausmaß praktisch kein Protest erhoben und auch der größte Teil der Linken hat sich – ganz fixiert auf seine Einpunkt-Kampagne zum Hungerstreik der „RAF" – offenbar nicht angesprochen gefühlt. Die Bourgeoisie kann das als Erfolg verbuchen. Die Linke wird es lernen müssen, auch z.B. in Polizeiübergriffen gegen religiöse Sektierer die von der Bourgeoisie betriebene Faschisierung von Staat und Gesellschaft zu erkennen und zu bekämpfen. ●

Vier Schüsse auf DKP-Büro – „Ohne politische Motive"

Am 17.12.74 wurde viermal auf das DKP-Büro in Lübecks Innenstadt geschossen. Die Schüsse wurden nachts abgegeben. Es wurde niemand verletzt.

Die Einschläge wurden am nächsten Morgen entdeckt und die Kriminalpolizei informiert. Da man diese Sache schlecht den Linken selbst in die Schuhe schieben kann, muß für diese Sache eine andere faule Ausrede herhalten: *„Die Kripo schließt politische Motive aus* (!!), *‚da nachts in der Innenstadt häufig herumgeballert wird'* " (!).

Klar, daß so eine Meldung z.B. bei der „Hamburger Morgenpost" sich nicht als Schlagzeile für die erste Seite eignet, sondern in der Rubrik „Auf einen Blick" mit ganzen zwölf Zeilen erwähnt wird. ●

Bezirkszelle St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

„Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten"

Die „Frankfurter Rundschau" vom 13.12.74 meldete aus den USA, dem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten": Ein gewisser Daniel Carranza hat dort mehr als 200 Straftaten auf dem Konto – darunter Einbruch, Nötigung, bewaffneter Raub, Brandstiftung, Notzucht, Überfall mit Tötungsabsicht etc. etc. Ein Verfahren gegen ihn wurde allerdings gleich wieder eingestellt. Carranza wird straffrei bleiben. Er hatte nämlich in den letzten sechs Jahren als Polizeispitzel gearbeitet. Und solche Leute genießen offenbar in den USA fast dieselben Privilegien wie die Polizisten selbst, die ja auch häufig ganz straflos Nebenverdienste als Zuhälter, Rauschgift-Dealer etc. haben und „im Dienst" natürlich auch Morde begehen dürfen.

Die USA sind in der bürgerlichen Propaganda lange Zeit als d a s große „demokratische" Vorbild dargestellt worden, und sicher mit Recht: Denn das sind genau die Zustände, die die Bourgeoisie auch für die BRD anstrebt, und die sie teilweise auch schon verwirklicht hat. ●

Flensburg:

Polizei behindert Flugblattverteiler!

Kürzlich wurden wir, zwei Mitglieder des Filmclubs „arbeiterfilm e.V." in Flensburg, von Bullen daran gehindert, ein Flugblatt zu verteilen, das den Hinweis auf eine Filmveranstaltung enthielt. Wir wollten vor den „Fahrzeugwerken Nord" verteilen und befanden uns noch auf dem Weg dorthin.

Wir hatten in der Nähe geparkt und holten gerade die Flugblätter aus dem Wagen, als die Bullen ankamen. Sie mußten uns bereits beobachtet haben.

Als erstes stellten sie die Personalien fest. Es fiel auf, wie nervös die Bullen waren – lief doch die erneute Baader-Meinhof-Hetzkampagne noch auf vollen Touren. So etwas färbt auf die einzelnen Bullen ab. Als einer von uns zum Wagen gehen wollte, um seinen Personalausweis zu holen, rannte der eine Polizist sofort hinter ihm her und fummelte ihn „nach Waffen" ab. Nachdem die Bullen natürlich nichts „Verdächtiges" fanden, wollten sie die Genehmigung (? !) der Stadt für das Flugblatt sehen.

Auf unseren Protest behaupteten die Bullen frech, eine solche Genehmigung würde man benötigen; ohne sie dürfe man nicht an einen „unbestimmten Personenkreis" (z.B. eine Betriebsbelegschaft) verteilen.

Dann „verwarnten" sie uns und drohten mit einer Anzeige, falls wir doch verteilen würden. Leider waren wir uns zuerst nicht ganz über die Rechtslage im Klaren und ließen uns durch das Amtsdeutsch („unbestimmter Personenkreis") und die unverschämte Drohung einschüchtern.

Später haben wir allerdings das Flugblatt doch noch verteilt.

Einige Wochen später passierte es einem von uns abermals, daß seine Personalien von der Polizei aufgenommen wurden, während er ein anderes Ankündigungsflugblatt unseres Filmclubs vor einer Berufsschule verteilte.

Nachdem es längere Zeit in Flensburg derartige Fälle nicht gegeben hat, ist seit kurzem zu verfolgen, wie die Polizei gezielter vorgeht.

So wurde z.B. auch ein Kollege, den man aus der Gewerkschaft geschmissen hatte (vergl. AK 53), von der Polizei belästigt und nach seinen Personalien gefragt, als er eine persönliche Erklärung vor seinem früheren Betrieb verteilte.

Auch Verkäufer des ARBEITERKAMPF werden fotografiert und ihre Ausweise kontrolliert.

Ganz offensichtlich ist die Polizei dabei, ihre „Listen" über die Linken auf den neuesten Stand zu bringen! ●

Zwei Genossen des „arbeiterfilm e.V., Flensburg"

Leserbrief zum Bericht „Einmal Faschismus, das reicht!

Zu dem Bericht über die von faschistischen Schlägern provozierte Schlägerei im AEZ (=Altonaer Einkaufszentrum in Hamburg) und dem dazugehörigen Foto sei euch noch folgendes mitgeteilt:

Die Visage einer der abgebildeten Typen (2.v. rechts) ist uns im Betrieb (Springer) nicht unbekannt, da er sich hier seit längerem herumtreibt. Der von ihm und seinen Kumpanen versucht, auf verschiedenen Demonstrationen Teilnehmer zu provozieren und gemeinsam mit seinesgleichen Demonstranten anzugreifen.

Vor nicht langer Zeit trieb schon einmal ein Provokateur und Spitzel namens Santeriko Schneeberger im Betrieb sein Unwesen. Auch er war auf vielen Demonstrationen und Veranstaltungen dabei, um Kollegen zu bespitzeln. Nachdem er zum Anlaß von Diskussionen und Unruhe geworden war und Kollegen seine Entlassung forderten, er also für seine Aufgabe nicht mehr ohne weiteres zu verwenden war, verschwand er unter eigenartigen Umständen aus dem Betrieb.

inszenierte Überfall auf unseren Bücherstand im AEZ ist nur ein Glied in der Kette von Provokationen. Wie die „KPD" im „Umbruch" („*Betriebszeitung der Zelle Springer der KPD*") berichtet, hat er schon des öfteren

Es ist im Interesse aller Kollegen, daß überall dort, wo solche Elemente auftauchen, sie entlarvt und vor die Tür gesetzt werden! ●

Betriebszelle Springer,
KB/Gruppe Hamburg



Faschisten überfallen DGB-Jugendheim

Im Zuge der dick aufgetragenen neuen „Baader - Meinhof"-Kampagne der Bourgeoisie gehen Vorfälle wie der folgende natürlich fast gänzlich unter:



Nazi-Schmierereien am DGB-Jugendheim in Ehlershausen

In der Nacht zum 6. Dezember überfielen Faschisten das DGB-Jugendheim in Ehlershausen (Niedersachsen). Hausmeister Fritz R. wurde durch das Bellen des Wachhundes aufmerksam und bemerkte Feuerschein in einem der Gebäude. Als er seine Wohnung verließ, um nachzusehen, schossen die Faschisten und verletzten den Hausmeister am Arm.

Die Faschisten hatten mit einem „Molly" (Flasche mit brennbarer Flüssigkeit) Feuer gelegt, das allerdings bald gelöscht werden konnte. An den Wänden hatten sich die Nazi-Ratten mit ihren Parolen verewigt (siehe Foto). *„Die Polizei schließt nicht aus (!), daß es sich bei dem Täter und möglichen Komplizen um rechtsorientierte (!) Jugendliche gehandelt haben könnte"*, vermerkt die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" vom 13. 12. 74.

Aus Faschisten werden „rechtsorientierte" gemacht, und was klar auf der Hand liegt (die faschistische Urheberschaft) wird von der Polizei „nicht ausgeschlossen". Man mag sich erinnern, daß die Polizei und die Presse nicht so „zurückhaltend" waren, als es darum ging, z. B. den provokatorischen Bombenanschlag im Bremer Hauptbahnhof (von dem sich die Genossen der „RAF" distanziert haben) ohne weiteres frech den „linksextremistischen Terroristen" anzudichten. Das ist die „ausgewogene Gerechtigkeit des bürgerlichen Staates" und die „objektive" Berichterstattung seiner Schreiberlinge! ●

DKP, oweh!

Die Versumpfung der DKP im bürgerlichen Parlamentarismus nimmt immer groteskere und primitivere Formen an. Wie der UZ-Wochenausgabe vom 29.11. zu entnehmen ist, hat die DKP jetzt in Gevelsberg (Nordrhein-Westfalen) eine „außerparlamentarische Ratsfraktion" gebildet, um auch ohne Abgeordnete *„die Probleme der arbeitenden Menschen auch im Stadtparlament, zur Sprache zu bringen"*. Das funktioniert dann so, daß diese „außerparlamentarischen DKP-Parlamentarier" regelmäßig Fragen an den Bürgermeister und die Ratsmitglieder stellen – weil der Gevelsberger Rat nämlich die *„begrüßenswerte Regelung"* für solche Bürgergespräche jeweils nach Ende der Ratssitzungen eingeführt hat.

Wie wär's, wenn die DKP auch auf Bundesebene eine Forderung nach solchen öffentlichen Fragestunden mit der Regierung und dem Bundestag stellen würde? Dann wären doch die bislang glücklosen Wahlergebnisse für die DKP schon fast gelöst – und wir hätten mit Herbert Mies vielleicht schon bald einen „außerparlamentarischen Bundeskanzler" ... ●

KB / Gruppe Frankfurt

„RAF„ distanziert sich vom Bombenanschlag im Bremer Hauptbahnhof

Am 7. Dezember explodierte in einem Schließfach im Bremer Hauptbahnhof eine Bombe. Fünf Menschen wurden verletzt.

Die Bourgeoisie reagierte prompt: **„Baader-Meinhof-Bombe in Bremen"** („Bild", 9.12.). Bei der Bombe habe es sich – so die Polizei – um dasselbe Modell" gehandelt wie beim Attentat gegen den Hamburger Justizsenator Klug; für dieses Attentat hatte sich eine Art „RAF-Nachfolgeorganisation" als ausführend erklärt. Der polizeilich gesuchte „Anarchist" Rainer Hochstein sei „in Bremen gesehen worden", lautete eine weitere Meldung.

Die Bourgeoisie hatte hier die erste Bombe, die direkt und ausschließlich gegen unbeteiligte Menschen gerichtet war – und war natürlich eifrig bemüht, diese den Linken in die Schuhe zu schieben. Da war dann auch von einer angeblichen anonymen Drohung die Rede, Ulrike Meinhof müsse im Fernsehen sprechen dürfen – sonst würde in einem Bahnhof eine Bombe hochgehen...

Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan Carl Raspe distanzierten sich im Namen der „Gefangenen aus der RAF" mit folgender Erklärung von dem Bremer Anschlag:

„AKTIONEN DER RAF RICHTEN SICH NIEMALS GEGEN DAS VOLK. Die Bombe, die am Samstag im Bremer Hauptbahnhof explodierte, erweist sich durch die Wahl des Ziels als Fortsetzung der Praxis der Staatsschutzpolizei. Zur Einschüchterung und Disziplinierung des Volkes benutzt sie nicht mehr allein das Mittel der Drohung mit Bomben, wie im Juni 1972 gegen Stuttgart, mit Raketen, wie im März 1974 gegen Millionen Zuschauer der Fußballweltmeisterschaft, mit Trinkwasserverseuchung, wie im August 1974 gegen die Bevölkerung Baden-Württembergs. Die Staatsschutzpolizei ist jetzt dazu übergegangen, ihre Provokationen in die Tat umzusetzen, mit dem Risiko, unter der Bevölkerung ein Blutbad anzurichten. Stuttgart, den 9. Dezember 1974".

Der provokatorische Charakter des Bremer Anschlags wurde durch
des Bremer Anschlags wurde durch
eine weitere „Aktion" in Bremen noch unterstrichen: Dem Bremer Juso-Vorsitzenden wurden am 16. Dezember Steine ins Fenster geworfen, die in angebliche „RAF"-Parolen eingewickelt waren, um dies als eine Aktion „linksextremistischer Terroristen" erscheinen zu lassen. Die Bremer Jusos waren in die Schußlinie der Bourgeoisie geraten, weil sie sich zwar von der „RAF" distanziert hatten – gleichzeitig aber die Führer der CDU/CSU als weitaus schlimmere **„geistige Terroristen"** gekennzeichnet hatten. – Man kann schlußfolgern, daß in Bremen zweimal versucht wurde, Provokationen den Linken anzulasten, und daß System dahintersteckt.

Am 11. Dezember wurde in der Hamburger U-Bahn „Bomben-Alarm" gegeben. Bullen vertrieben etwa 100 Menschen aus dem U-Bahnhof Gänsemarkt und dem Fußgänger-Tunnel und besetzten die Ausgänge. Fast eine Stunde lang war der Verkehr auf dieser Strecke lahmgelegt. Der Anlaß dieser Polizeiaktion: Eine von der bürgerlichen Hetze offenbar hysterisierte Frau hatte gesehen, wie ein Mann ein Paket auf dem Bahnsteig „abgestellt" hatte und hatte die Polizei alarmiert. Das Paket, das der Mann offenbar vergessen hatte, enthielt ein Segelflugzeug-Modell! – Auch dies ist ein kleines Beispiel, wie der lächerlichste Anlaß vom Staatsapparat sofort genutzt wird, um den Polizeistaat im allgemeinen Bewußtsein zu festigen und Hysterie zu schüren.

Die „FAZ" vom 23.11. meldete, daß nach einer Übersicht des Bundesinnenministerium die Zahl der *„vermutlich (?) von Linksextremisten begangenen Terrorakte"* im ersten Halbjahr 1974 **„leicht zurückgegangen"** sei. Dafür ist die Zahl der D r o h u n g e n mit *„Terror- und Gewaltakten"* gleich um 50% gegenüber dem Vorjahr gestiegen – von 106 auf 159, wobei in 121 Fällen mit Bombenanschlägen oder Brandstiftung gedroht wurde.

Der geringste Teil davon dürfte auf Menschen entfallen, die halbwegs noch irgendwie den Randzonen der Linken zuzurechnen sind. Zu einem großen Teil wird es sich um vom Kapitalismus produzierte Psychopathen handeln, die früher vielleicht anonyme Briefe an die Nachbarn geschrieben oder Frauen am Telefon belästigt hätten, und die sich nun mit Bombendrohungen amüsieren. Ein Teil kommt sicher auch auf das Konto von Faschisten und staatlich geprüften Provokateuren.

Für die Bourgeoisie ist diese Entwicklung sehr nützlich, da sie sich trefflich in die Kampagne von „Ruhe und Ordnung" und „starkem Mann" einreihen läßt, und praktisch unbegrenzte Möglichkeiten für alle Arten von Polizei-Manövern bietet.

Der „RAF" ist u.E. der Vorwurf zu machen, daß sie in gewissem Grad zu dieser Entwicklung beigetragen hat, indem sie zum falschen Zeitpunkt und absolut isoliert von den realen Klassenbewegungen den „bewaffneten Kampf" aufnehmen wollte. In gewissem Sinn hat sich die „RAF" damit selbst zum „Vorbild" nicht etwa einer revolutionären Arbeiterbewegung, sondern der individuellen Proteste von Psychopathen und Wirrköpfen gegen die sie schikanierende „Gesellschaft" gemacht.

Den Genossen der „RAF" ist grundsätzlich zu glauben, daß sich ihre Aktionen nicht gegen das Volk richten. Allerdings haben sie mit ihrem Anschlag bei Springer 1972, wo mehrere Arbeiter z.T. schwer verletzt wurden, selbst diese Grenze nicht beachtet. Im Übrigen kann die „RAF" (und was sich heute unter anderem Namen und mit gleicher Stoßrichtung tut) wegen ihrer völligen Isoliertheit und ihrer Ignoranz gegenüber den realen Klassenbewegungen den Volksmassen gar nicht vermitteln, daß sich ihre Aktionen nicht gegen das Volk richten. Weil die „RAF" vom Volk total isoliert ist (nicht erst durch die Isolationshaft, sondern durch ihre eigene Politik), kann die Bourgeoisie in relativ breitem Maß Glauben finden, wenn sie der „RAF" auch solche Anschläge wie im Bremer Hauptbahnhof zuschiebt, mit denen die „RAF" offenbar nichts zu tun hat. Viele Menschen trauen der „RAF" so etwas zu, das ist der entscheidende Ansatzpunkt für die Bourgeoisie und ihre bezahlten und „ehrenamtlichen" Provokateure.

Unsere Aufgabe muß es sein, neben dem Kampf gegen die Provokationen und faschistischen Anschläge der Bourgeoisie nicht den politisch-ideologischen Kampf gegen „linke" Theorien und Praktiken zu vernachlässigen, die nicht nur abstrakt „falsch" sind, sondern die auch der Bourgeoisie ihr schmutziges Geschäft erleichtern.



Jeder Anlaß wird ausgenutzt: Nach einem lächerlichen „Bombenalarm" halten Polizisten die geräumte U-Bahnstation Gänsemarkt (in Hamburg) besetzt

„Terrorist verhaftet" – Dichtung und Wahrheit



Manfred Schneider

Unter der Überschrift „Hände hoch! Hamburger Terrorist Schneider gestern im Jugendclub gefaßt" bot die „Bild" am 21.12.74 eine ihrer üblichen Räuberpistolen im Zuge der neuen „RAF"-Kampagne an. „Nach wochenlanger Fahndung" habe „die Kripofalle zugeschnappt". Die SPD-nahe „Hamburger Morgenpost" mochte hinter Springers Hetzblatt nicht zurückstehen und erfand gleich noch dazu, Schneider sei „untergetaucht" gewesen und habe sich „einer kriminellen Vereinigung angeschlossen".

Ein ganz anderes Bild ergibt sich allerdings aus einer Erklärung der Genossen des Buchladens „Vencerelda", in dem Manfred Schneider verhaftet wurde. Wir zitieren:

„Manfred Schneider war bereits 1973 wegen angeblicher Brandstiftung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Für die letzten zehn Monate war ihm Haftverschonung gewährt worden. Er mußte sich aber jede Woche zweimal bei der Polizei melden. Das tat er auch bis zuletzt! Manfred ging außerdem regelmäßig zur Schule. Das war natürlich auch der Polizei bekannt, ihr Gerede vom ‚untergetauchten Anarchisten' erweist sich als unverschämte Lüge!

Das einzige ‚Verbrechen', das Manfred begangen hat, ist es, sich nicht eingeschüchtert zu verdrücken, sondern weiter in linken Gruppen mitgearbeitet zu haben. Das machte ihn zum willkommenen Opfer des bürgerlichen Staates und seiner Unterdrückungsorgane.

Am Freitag, 20.12.74 drangen schwerbewaffnete Polizisten in den Buchladen VENCERELDA ein, in dem sich Manfred Schneider aufhielt. Manfred wehrte sich in keiner Weise, sondern machte sogar noch die Tür auf, die die Bullen gerade aufbrechen wollten.

Manfred wurde verhaftet und ins UG eingeliefert. Dort wurde er 24 Stunden ohne Anwalt gelassen, es wurde einfach behauptet, er sei gar nicht im UG. Der Buchladen und die Wohnung von Manfreds Eltern wurden durchsucht und z.T. schwer verwüstet."

Die Genossen schließen ihre Erklärung mit dem Aufruf:

„Im Moment kommt es darauf an, Manfred Schneider und den anderen politischen Gefangenen alle mögliche Hilfe im Knast zukommen zu lassen. Da dies Geld kostet, fordern wir alle auf, die sich solidarisch erklären, eine Spende auf das Postscheck-Sonderkonto Hamburg 1535 09-205 zu überweisen."



Duisburg, 12. Dezember '74: Von SPD-Führern kommandierte Polizei „schützt" den provokativen Auftritt des Faschisten Strauß vor den Protesten konsequenter Demokraten



Nagelprobe für die Jusos bei Straußauftritt in Duisburg

Worte und Taten im antifaschistischen Kampf

Von *„Personen wie Dregger, Carstens, Strauß und Löwenthal ... droht die Hauptgefahr für Demokratie und Recht und Ordnung' ... jenen Reaktionären, die vieltausendfachen Mord und Terror z. B. in Chile auf ihre Weise unterstützen, die mit dafür sorgen, daß Naziverbrecher von unserer Justiz weitgehend verschont bleiben und gegen Entspannung und Frieden hetzen.*

.. Ihre offenkundigen Sympathien für faschistische und rassistische Regimes ... muß bei allen Demokraten die Befürchtung wecken, daß sie ähnliche Systeme auch bei uns einführen werden, wenn ihnen nicht von der demokratischen Bewegung e n t s c h i e d e n e n t g e g e n g e t r e t e n w i r d".

Diese recht treffende Charakterisierung der reaktionären, faschistischen Kräfte in Westdeutschland findet sich in einer Erklärung des „Rat der Jungsozialisten Bremens" (Landesvorstand), die dieser aus Anlaß des Bombenanschlags auf den Bremer Hauptbahnhof gegen die *„Wahnsinnsstrategie der Baader-Meinhof-Anarchisten"* herausgebracht hat. Diese Erklärung stammt vom 10. Dezember 74.

Nur zwei Tage später hatten die jungen und „linken" Sozialdemokraten Gelegenheit zu zeigen, wie ernst es ihnen mit ihren eigenen Bekundungen ist: In Duisburg (Nordrheinwestfalen) hatten die CDU-Reaktionäre eine „Großveranstaltung" zur Eröffnung des Landtagswahlkampfs organisiert, wozu der Faschist Franz-Josef Strauß als Starredner engagiert worden war.

Die Duisburger Jusos, mit ihren Bremer Genossen in der Beurteilung von Strauß und Konsorten offenbar einer Meinung, hatten – zusammen mit DKP, SDAJ etc. – zu einer Gegenkundgebung aufgerufen.

In einer Pressemitteilung dieses antifaschistischen Bündnisses hieß es, daß das Ziel der Aktion darin liege, *„die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß die CDU mit dieser Großveranstaltung in gezielter Provokation den Widerstandswillen einer traditionsreichen Arbeiterstadt gegen den Spitzenpolitiker der reaktionären Rechten zu testen beabsichtigt".* („Die Tat", 21. 12. 74)

Aber die „linken" Sozialdemokraten hatten die Rechnung ohne ihre Parteiführung gemacht: Als am 11. Dezember der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Carstens vor dem Bundestag das „Volksfrontbündnis" und die in Duisburg geplanten Anti-CDU-Aktionen anprangerte, beeilte sich Herbert Wehner mit der Versicherung, daß jedes SPD-Mitglied aus der Partei a u s g e s c h l o s s e n würde, das den Aufruf gegen Strauß & Co. unterschrieben hätte – es sei denn, sie zögen ihre Unterschriften zurück.

Die Falken, Jusos und auch die DGB-Jugend zogen daraufhin ihren Aufruf zurück. Die DKP/SDAJ und der AStA der Duisburger Gesamthochschule protestierten daraufhin allein mit einem Marsch durch die Innenstadt, während die „KPD" – trotz Verbot durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgensen! – in der Nähe der Mercator-Halle (wo die CDU-Veranstaltung stattfand) eine Protestkundgebung durchführte.

Die sozialdemokratische Partei-Führung ließ in Duisburg sechs Hundertschaften Bereitschaftspolizei aufmarschieren, um den Reaktionären und Faschisten, die aus dem gesamten Revier zusammengekommen waren, eine Propagandaschau ohne Störungen zu garantieren.

Die Jusos müssen sich nun langsam mal entscheiden: Entweder sie wollen wirklich den Reaktionären und Faschisten „entschieden entgegentreten", wie sie in W o r t e n ständig bekunden – oder sie tanzen in der Tat auch weiterhin nach der Pfeife der SPD-Führung, die nicht nur nichts gegen die Faschisten unternimmt, sondern sogar deren Treiben fördert und durch Polizei-Hundertschaften gegen konsequente Demokraten „absichern" läßt.

Metall-Komitee
KB Gruppe Hamburg

Die Jusos in der Zirkuskuppel – ratlos!

Wie schon im ARBEITERKAMPF Nr. 53 erwähnt, hat die Bundesschiedskommission der SPD in einem vom fränkischen SPD-Bezirksvorsitzenden Bruno Friedrich angestrengten Statutenverfahren eine Entscheidung getroffen, die die Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaften in der SPD" (Jusos, AfA, Frauen etc.) drastisch beschneidet.
Im Einzelnen wird den örtlichen Parteivorständen 1. das Recht auf Zensur aller Äußerungen von Arbeitsgemeinschaften (AGs), deren Organen sowie einzelner Mitglieder eingeräumt; 2. das Recht zugesprochen, widerborstige Funktionäre der AGs abzuberufen. Darüberhinaus verfügte die Schiedskommission, daß alle Beschlüsse, mit denen Kandidaten der AGs in Parteigremien an Beschlüsse der jeweiligen AG gebunden werden sollen („imperatives Mandat") aufgehoben werden; ebenso Beschlüsse, in denen „Eigenständigkeit und Unabhängigkeit" gegenüber der Gesamtpartei ausgesprochen wird.
Dieser Beschluß, der in erster Linie gegen die Jusos gerichtet ist, bildet den vorläufigen Höhepunkt des vor dem Hintergrund des Niederganges der SPD (Wahlen etc.) eingeleiteten „Selbstbereinigungsprozesses" der Partei, bei dem es nach Herbert Wehner darum geht, *„ob wir ins Gras beißen, oder nur ein bißchen Heu in die Krippe werfen ..."* („Spiegel", 15/74).
Deutlich sichtbar wird hier zum wiederholten Male die Aussichtslosigkeit einer politischen Arbeit zur „Umwandlung der SPD in eine sozialistische Partei", die von den Jusos als Weg zum „demokratischen Sozialismus" den fortschrittlichen Menschen empfohlen wird. Im Folgenden wollen wir zunächst die neuerliche Verschärfung der Juso-Hatz in der SPD, insbesondere nach deren Münchener Bundeskongreß (25. bis 27.1.74) darstellen, um anschließend vor diesem Hintergrund die Absichten und Ziele der Jusos, ihre „Doppelstrategie" etc. auf die Substanz hin abzuklopfen und in ihrer tatsächlichen Bedeutung einzuschätzen.

Die wohldosierte Knebelung ...

Die jetzt erlassene Entscheidung der Bundesschiedskommission geht auf eine Initiative zurück, die schon im April '74 angesichts der ersten größeren Wahlschlappen der SPD (u.a. Hamburg) angestrengt wurde. Damals kommentierte der jetzige Bundeskanzler Schmidt die zuvor mit Willy Brandts „Zehn-Punkte-Erklärung" eingeleitete Abgrenzungskampagne gegen links mit den Worten: *„Ich vertrete den Standpunkt, daß ein paar wenige Ausstöße in besonders eklatanten Fällen der SPD Hunderttausende von Wählern erhalten und Hunderttausende von Wählern zurückgewinnen können"* („Spiegel", 8.4.74).

Brandt hatte zuvor in seiner Erklärung darauf hingewiesen, daß es zwei Gruppen von „Störenfrieden" gebe, von denen *„sich die Partei trennen"* müsse: *„Jene Linksverirrten, die Aktionseinheiten mit Kommunisten praktizieren"* und jene, *„die auf andere Weise die gebotene Solidarität verletzen"* (ebenda).

Auf der nordrheinwestfälischen Juso-Landeskonferenz am 20./21.4. 74 schwang dann der Landesvorsitzende der dortigen SPD, Bäumer, in Absprache mit Parteivorsitzendem Willy Brandt und Stellvertreter Kühn die Keule: Er drohte *„unweigerlich harte Konsequenzen"* an, falls die Jusos von der Parteilinie abweichende Beschlüsse fassen sollten. Dann werde die SPD *„jedes Mittel nutzen, um die Jungsozialisten als eine ausserhalb der SPD agierende politische Gruppe zu qualifizieren"* („Spiegel", 29.4.74).

Ergebnis: Die Juso-Bundesvorsitzende Wieczorek-Zeul forderte die Delegierten auf, ihre *„Verhaltensweisen und Aussagen zu überprüfen"* und nicht *„reihenweise ins offene Messer"* zu laufen. Die Forderungen nach „Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der Banken", sowie nach „demokratischer Planung und Investitionslenkung", die sich die SPD-Führung als Aufhänger für ihre „Kritik" ausgesucht hatte, wurden gar nicht erst zur Diskussion gestellt. Stattdessen wurde ein „Vier-Punkte-Beschluß" verabschiedet, in dem u.a. das Godesberger Programm als „gemeinsame Basis" aller Sozialdemokraten gelobt und der SPD „alle Kraft" im Wahlkampf versprochen wurde.

Der parallel stattfindende Landeskongreß der bayerischen Jusos stand gleich unter dem Vorzeichen der Auflösung des gerade neugewählten Vorstandes von Südbayern (Amtszeit: vier Tage) und 26 (!) eingeleiteten Parteiordnungsverfahren. *„Anfangs glich die Regensburger Versammlung einer verstörten Schulklasse"*, freute sich die „FAZ" (22.4.74). Selbstverständlich warf man auch hier unter Beteuerung der vorbehaltlosen Unterstützung der SPD in den Wahlen und nicht ohne den fast makaberen Hinweis, daß die SPD „durchaus demokratisierbar" sei, jeglichen „Konfliktstoff" über Bord.

SPD „durchaus demokratisierbar" sei, jeglichen „Konfliktstoff" über Bord.

Interessant ist nun der Werdegang des von Friedrich zur gleichen Zeit angestrengten Statutenverfahrens. Zunächst einmal wurde es auf Eis gelegt, da der SPD-Vorstand *„seine Wertung voransetzen"* wollte („Welt", 1.7.74). Dann, im Juli, als die erste Hektik der letzten Bändigungskampagne vom Frühjahr etwas abgeebbt war, gab der Vorstand eine Erklärung in dieser Sache ab.

Als akzeptabel wurde darin alles jetzt Beschlossene (s.vorn) befunden, mit Ausnahme des Rechtes der örtlichen Parteivorstände, Juso-Funktionäre abzuberufen (jetzt doch beschlossen!). *„Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß die politische Rolle der Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der genannten statuarischen Grenzen von ihm (!) zu klären und auch politisch zu verantworten ist"* („Welt", 1.7.74). Ganz in diesem Sinne ist der Beschluß der Bundesschiedskommission denn auch mit gemischten Gefühlen – wenn man der bürgerlichen Presse in diesem Punkt Glauben schenken darf – von der Parteiführung aufgenommen worden, und zwar nicht nur bei den „Linken".

Zum Beispiel hält der „Ur-Rechte" Schmitt-Vockenhausen den Beschluß für „keine Lösung", bestenfalls einen *„Notausgang für allzu grosse Auswüchse"*, oder Präsidiumsmitglied Erhard Eppler: *„Das gibt viel Ärger, wenn das zum show-down benutzt wird"* usw. usf. („Spiegel", 48/74).

Was die Herren befürchten ist einfach, daß von allzu blinden Juso-Hassern hier und da auf örtlicher Vorstandsebene taktisch unklug dazwischengedroschen wird (deswegen sind schon „Verhaltensempfehlungen" in Arbeit etc.!) und daß so ein ausgewogenes Lavieren gegenüber den Jusos mit mal kurzer, mal langer Leine erschwert wird. Der Parteivorstand möchte daher lieber die Ausschluß-, Absetz- und Auflösegewalt (von ganzen Sektionen) in seiner Hand behalten (die er sich schon 1972 statuarisch versichern ließ).

In einem Interview mit dem „Berliner Extradienst" über den Wahlkampf '74 in Hamburg weiß der dortige Jusovorsitzende beispielsweise davon zu berichten, daß die „freie Hand" für die Jusos während des Wahlkampfes *„sogar auf Landesebene der Partei viel besser akzeptiert worden (ist) als in den unteren Parteigliederungen. Hier hat es manchmal des Eingreifens der SPD-Wahlkampfleitung bedurft, um auch in den Ortsvereinen und Unterbezirken klar zu machen, daß man sich im Wahlkampf nicht gegenseitig ein Bein zu stellen hat"* (!) („ED", 1.3.74).

Den Vorteil, der darin besteht, daß die Jusos reaktionäre sozialdemokratische Parteipolitik „links" verkaufen – bei gegebenem Anlaß, versteht sich – wollen sich die Parteiführer selbstverständlich nicht durch Dilletanten auf Ortsebene vermasseln lassen.

Außerdem gilt für die Behandlung der Jusos heute noch mehr als damals das Wort Konrad Ahlers', mit dem er am 10.1.72 vor dem Übersee-Club in Hamburg glänzte:

„Viele Kritiker der SPD übersehen die Notwendigkeit, die radikaldemokratischen Kräfte nicht abzustoßen, sondern zu integrieren. Der Bundeskanzler hat es kürzlich versucht, den führenden Männern der deutschen Wirtschaft zu erläutern, daß wir es uns im Interesse einer gesunden innenpolitischen Entwicklung nicht leisten können, eine Abspaltung linkssozialistischer Gruppen zu provozieren, wenn wir eine innenpolitische Situation vermeiden wollen, wie sie in Italien oder Frankreich besteht. Denn wo anders könnten diese Leute enden, als in einer kommunistischen Partei. Ich habe den Eindruck gehabt, daß die versammelten Unternehmer und Manager diesen Hinweis verstanden haben ..." (Bulletin der Bundesregierung, 18.1.72).

„Doppelstrategie" – opportunistische Bruchpolitik

Die Doppelstrategie, mit der die Jusos vorgeben, einerseits durch Mobilisierung der „abhängig Beschäftigten" und mittels diesem Druck andererseits durch „Veränderung der Institutionen" (Schritt für Schritt, für Schritt, für Schritt ...) zum Sozialismus zu gelangen, dürfte durch die oben geschilderte Erfolglosigkeit schon bei der „Veränderung" der eigenen Partei praktisch widerlegt sein.

Interessant ist u.E. jedoch gerade vor diesem Hintergrund die „theoretische" Begründung dieser Bruchpolitik. In den „Thesen zur politischen Ökonomie" vom außerordentlichen Bundeskongreß in Hannover 1971 („Strategiekongreß") finden wir folgende bemerkenswerte Passage : *„Die Aktivierung und Mobilisierung von abhängig Beschäftigten ist aufgrund der konkreten Widersprüche des kapitalistischen Systems (Mieten, Sanierung, Schulen, Umweltschäden, Berufsausbildung, Hochschulen) möglich. ... Die* (zu bildenden) *Gruppen sollen das Austragen von Konflikten mit der ‚kapitalistischen Umwelt' absichern und nach außen die Artikulisierung von Interessen der abhängig Beschäftigten ermöglichen und den Kampf um deren Durchsetzung vorantreiben. Illusionäre Erfolgserwartungen und Resignation können durch den Gruppenprozeß überwunden werden. ... Damit muß die Politisierung dieser Gruppen stattfinden, die die so artikulierten Interessen der Bevölkerung in die institutionelle Ebene tragen und d o r t (!!) die Interessenkonflikte auf der Seite der werktätigen Bevölkerung (?) ausfechten, wodurch gleichzeitig eine qualitative Verände-*

Forts. Seite 32

Das Ende vom Lied . . .

Das Ende vom Lied . . .

Der Initiator des Beschlusses der SPD-Schiedskommission zur Disziplinierung der Jusos, der fränkische SPD-Bezirksvorsitzende Bruno Friedrich, marschiert auch in der Anwendung dieser Bestimmungen auf recht orginelle Art vorneweg: ***„Nachdem er den Jungsozialisten bereits verboten hat, der Öffentlichkeit zu sagen, was sie denken, dürfen sie jetzt auch nicht mehr s i n g e n was sie wollen.."*** schreibt der „Berliner Extradienst', vom 13.12.74.

Das Brechtsche ‚Solidaritätslied", das alte Gewerkschaftslied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" und das „Einheitsfrontlied" wurden zum ‚Parteigesang der SED" erklärt, der keinem Sozialdemokraten über die Lippen kommen darf!

Mit zusammengestellten Liedertext-Zitaten und Auszügen aus einer Juso-Literaturliste zu Agrar-Problemen, die *„fast ausschließlich für kommunistische Verlage und Autoren (wirbt)"*, als „Tagungsunterlagen" für die Delegierten der jüngsten Sitzung der fränkischen Bezirkskonferenz, heizte Friedrich den mehrheitlich rechtslastigen Teilnehmern ordentlich ein.

Ergebnis: untersagt wird den Jusos durch Beschluß die souveräne Äußerung selbst in internen Rundschreiben (!), da diese ja *„der Öffentlichkeit bekannt werden könnten"*... Die damit verfügte totale Kontrolle hat Ergebnisse gezeigt. So darf sich das Bezirkskollektiv der fränkischen Jusos nicht mehr „Kollektiv" nennen, da das ein *„kommunistischer Terminus"* sei, außerdem darf es sich auch nicht zu den Berufsverboten äußern, weil dieses Thema die Jusos *„nichts angeht (!)"*. Ja, ja, es ist schon ein hartes Brot, Juso in der SPD zu sein!

Ist es schon bedrückend genug, die Erfolglosigkeit der „Doppelstrategie" mehr und mehr spüren zu müssen, so darf man jetzt nicht einmal mehr aus Wut über diese Entwicklung ein revolutionäres Liedchen durch die knirschenden Zähne quetschen... ●



Heinz Willmann: Geschichte der Arbeiterillustriertenzeitung 1921 - 1938 **29,50 DM**
Dieser Band gibt nicht nur eine Darstellung der Geschichte der Arbeiter-Illustrierten- Zeitung, die von der KPD von 1921 bis 1938 herausgegeben wurde. Sie gibt gleichzeitig eine gewisse knappe Darstellung der Geschichte dieser Zeit und der Politik der KPD. Das Buch enthält zu ca. 50 % Abdrucke der AIZ und gibt somit einen sehr guten Eindruck davon wieder, wie von der KPD damals das Projekt einer kommunistischen Illustrierten Massenzeitung angegangen und konkret durchgeführt wurde.
Alle Genossen, die Propagandaaufgaben wahrnehmen, sollten sich aus diesem Grunde ausführlicher mit diesem Buch beschäftigen. Das gleiche gilt im Prinzip für

„Die Internationale" Zentralorgan der USPD und Organ der VKPD 27.10.1920 - 31.12.1920 **33. - DM**
„Die Internationale" war bis Anfang Dezember 1920 das Zentralorgan der USPD gewesen. Im Dezember 1920

„Die Internationale" war bis Anfang Dezember 1920 das Zentralorgan der USPD gewesen. Im Dezember 1920

fand dann der wichtige Parteitag statt, auf dem die Vereinigung der beiden Parteien, die jeweils getrennt sich schon für die Vereinigung ausgesprochen hatten, konkret durchgeführt wurde.
Das Buch hier besteht – mit Ausnahme eines geschichtlichen Vorworts – ausschließlich aus einem Nachdruck dieser Zeitung.
Als Parallel-Lektüre zu unserem Buch über die Arbeiterbewegung 1918 bis 1923 ist dieses Buch sehr geeignet, spiegelt es doch die Propagandaarbeit zu einer Zeit wieder, in der es darum ging, aus der KPD eine kommunistische Massenpartei zu machen, und das war mit der Vereinigung dieser beiden Parteien verbunden. Die ideologische Aufgabe dieser Zeitung im speziellen lag eben darin, eine große Masse von bisher bei der linken Sozialdemokratie organisierten Arbeitern von der Notwendigkeit der Vereinigung auf der Basis des Anschlusses an die Komintern zu überzeugen.

Otto Rühle: Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats Verlag Neue Kritik, 590 S. 25,– DM
Dieses Buch schildert in einer sehr anschaulichen Weise den Prozeß der Entstehung des Proletariats. Im Gegensatz zu ökonomischen Darstellungen, wo die Entstehung des Proletariats nur als Nebenprodukt der der Entstehung der Bourgeoisie als Klasse betrachtet wird, wird hier die Entstehung des Proletariats als Klasse durch eine ausführliche Darstellung der Lebensweise und Kultur des Proletariats beschrieben. Eine vergleichbare Darstellung dieses Themas existiert nicht.

Lernen subversiv: Geschichte der Weimarer „Republik", Verlag Roter Stern 275 S. 12. - DM
Dieses Buch ist gedacht als Gegenbuch zu den Schulbüchern für Geschichte und für Schüler und Lehrlinge vom 14. Jahr an geschrieben. Es läßt sich natürlich in einer gewissen Weise verwenden als erstes Informationsmaterial über die Geschichte der Weimarer Zeit. Seinem Anspruch wird es in großem Maße gerecht. In der Einschätzung der Politik der KPD gehen sie jedoch nicht an alle Fragen richtig heran. Aber darauf liegt nicht der Schwerpunkt des Buches. Es geht darum, hier aufzuzeigen, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist.

In der gleichen Reihe ist erschienen:
Lernen subversiv: Amerika
287 S. 16.– DM
In diesem Buch wird in verschiedenen Kapiteln über das Leben im Ghetto, über die Situation der Arbeiter in der Industrie, die Schulsituation berichtet. Darüberhinaus gibt es ein ausführliches Kapitel über die Geschichte der Schwarzen.

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49
In diesem großen, reichlich mit Bildmaterial (und Kopien von damaligen Flugblättern) versehenen Band wird sehr ausführlich aus marxistischer Sicht die bürgerliche Revolution von

Flugblättern) versehenen Band wird sehr ausführlich aus marxistischer Sicht die bürgerliche Revolution von

1848 behandelt.

Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands
462 S. 12.- - DM
Dieser Geschichtsband ist ein Auswahlband von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914 bis 1946. Aufgrund der Reichhaltigkeit und Vielfalt der Dokumente (Reden der Parteiführer, Programme, Aufrufe) geben sie doch – mehr als sonst üblich bei Dokumentenbänden – einen guten Überblick über den gesamten Verlauf der KPD-Politik in diesem Zeitraum.

Alexander v. Plato: Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik, KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus Oberbaumverlag Berlin, Reihe Materialistische Wissenschaft Nr. 8 **14,80 DM**
Dieses Buch aus dem der „KPD" sehr nahestehenden Verlag liefert die die im Untertitel versprochene Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik nicht in der Weise, wie man es eigentlich erwarten sollte. Gegenüber der bisherigen über diesen Zeitraum vorhandenen Literatur, so vor allem Flechtheim, KPD; oder Weber, Wandlungen des deutschen Kommunismus; Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, oder Rabehls Aufsatz über die Bolschewisierung der KPD hat von Platos Buch allerdings einige sehr wesentliche Vorzüge. Sie liegen insbesondere in den Punkten, wo diesen eben genannten Autoren anhand von Dokumenten nachgewiesen wird, daß sie (letztlich aufgrund ihrer prinzipiellen Gegnerschaft zur KPD) die Politik der KPD verfälscht und in das Schema einer Moskau kontrollierten „stalinistischen" KP pressen. Mit dieser die KP diffamierenden Geschichtsschreibung wird aufgeräumt.
Der zweite große Vorzug dieses Buches besteht in einer Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus, wie sie in dieser Form bisher kaum vorliegt. Daher wird allerdings sehr weit ausgeholt auf die Entwicklung innerhalb der SU auf Kosten der Punkte, die in der aktuellen Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus eine gewisse Rolle spielen, z.B. ihre Gewerkschaftspolitik. Sie fehlt völlig.
Der dritte Vorzug des Buches besteht darin, daß er den Opportunismus so mancher Kritik an der Sozialfaschismustheorie der KPD aufzeigt. Häufig zielt diese Kritik (u.a. auch die der Trotzkisten) darauf ab, die SPD-Politik zu beschönigen und zu leugnen, daß die SPD gar nicht bereit war, gemeinsam mit der KPD gegen Faschismus zu kämpfen.
Der große Nachteil des Buches besteht darin, daß es über eine reine chronologische Beschreibung der einzelnen Positionen der verschiedenen Strömungen in der KPD im Grunde nicht hinauskommt. Die Politik der Bourgeoisie kommt – mit Ausnahme der Enthüllungen über die SPD – praktisch nicht zur Sprache und Einschätzungen des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen, aufgrund derer man erst rational über die Praxis der Partei und die Richtigkeit der Linie urteilen kann, werden nicht geleistet.

man erst rational über die Praxis der Partei und die Richtigkeit der Linie urteilen kann, werden nicht geleistet.

Plato beschränkt sich auf Parteiengeschichte.
Aufgrund des Fehlens dieser politischen Einschätzungen, z.B. der Strategie der Bourgeoisie und der verschiedenen Arbeiterparteien und des Kräfteverhältnisses bekommt das Buch einen recht apologetischen Charakter. Im Nachhinein wird die Politik der KPD im wesentlichen verteidigt. Das ist sein Mangel, und die Diskussion über die Politik der KPD bringt es nicht wesentlich weiter.

Sonderangebot:
Grigori Sinowjew: Geschichte der KPDSU (B) statt 8,50 DM nur 6.- - DM
(solange der Vorrat reicht)
Korrektur der letzten „Arbeiterbuch"-Anzeige. Dort setzten wir den Preis der Kominternbände auf 29.- - DM herunter, vergaßen aber hinzuzufügen, daß dies nur für die vorhandenen Exemplare gelten soll und nicht für noch nachzubestellende. Diese kosten uns im Einkauf schon mehr als 29.- - DM. Nur wenige Bände sind noch billiger zu haben. Sonst beträgt der Preis pro Einzelband 45.- - DM und bei Abnahme einer ganzen Serie 39.– Wir bitten um Entschuldigung.

Wer hat uns verraten. Wer. Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution Oberbaumverlag, Reihe Materialistische Wissenschaft Nr. 10
170 S. 11,40 DM
Dieses Buch zeigt sehr deutlich die Verbrechen der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution auf. Es geht ausführlich auf die Entwicklung der SPD zu einer Partei des Monopolkapitals ein. Das Buch enthält sehr reiches Dokumentenmaterial aus dieser Zeit und auch Auszüge aus Stellungnahmen der heutigen SPD-Führer zu 1918.

Im Arbeiterbuch sind mittlerweile alle DDR-Schulbücher zur Geschichte einschließlich der vier Bände von Mühlstädt: „Der Geschichtslehrer erzählt" zu haben.

Forts.: Jusos

rung der Institutionen selbst tendenziell möglich wird.

Praktisch geschieht dies durch personelle und organisatorische Verflechtung der Bevölkerungsgruppen mit der Parteiorganisation (!!!) und mit Verbündeten (?) innerhalb der Verwaltungen und kommunalpolitischen Gremien". –

Da ist die Katze endlich aus dem Sack!

Doch nehmen wir einmal an, wir wären den Jusos bis hierher gefolgt, befinden uns in der SPD und fragen nun nach den Chancen der Durchsetzung einer antikapitalistischen Politik – dann gibt uns dasselbe Papier die folgende Auskunft:

„Die Reaktionsmöglichkeiten des Kapitals (Investitionsenthaltungen, Entlassungen, Preissteigerungen) b e g r e n z e n unter den gegenwärtigen Bedingungen den Handlungsspielraum der Partei (!!). Ihre Politik kann (!!!!) sich aus dem Bannkreis profitabler Kapitalverwertung nicht lösen, solange nicht massenhafte (!) antikapitalistische Mobilisierung eingetreten (!!!!) ist. (Man beachte nun die ‚schlüssig-logische' Schlußfolgerung: – d.Red.) *Der Kampf für eine alternative Strategie muß d e s h a l b (!!) in und m i t der SPD geführt werden."*

Noch einmal auf gut Deutsch: Der „Kampf für eine alternative Strategie" (d.h. sein Erfolg) in der SPD hängt davon ab, ob eine Massenmobilisierung „eintritt", andernfalls kann die SPD sich von den Kapitalinteressen nach Juso-Meinung nicht lösen.

Also gibt es zwei Möglichkeiten:
1. Man wartet ab, bis die „Massenmobilisierung" spontan eintritt (wegen der Verschärfung der Widersprüche etc.); doch dazu braucht man nicht in die SPD einzutreten, sondern könnte sich ebensogut solange in die Sonne legen.
2. Man betreibt aktiv die „Massenmobilisierung", und dann ist doch klar, daß das eben in der SPD nicht geht – „theoretisch" nicht, weil diese sich ja aus dem „Bannkreis profitabler Kapitalverwertung" nicht lösen „kann", und praktisch auch nicht, das haben wir weiter vorne dargestellt ... Tja, und so dreht er sich munter, der Ringelreigen, immer um die eigene Nase, solange bis manchen Jusos (wenn sie nicht rechtzeitig ihren Hut genommen haben) selbst so „schwarz vor Augen" wird, daß sie schließlich an der SPD immer weniger auszusetzen haben.

Wie wir noch weiter unten sehen werden, ist es eine andere „Doppelstrategie", die wirklich erfolgreich ist – die Kombination von „Zuckerbrot und Peitsche" der Parteiführung gegenüber den Jusos.

In der Einschätzung des Staates liegt der Hund begraben ...

Weil *„staatliches Handeln ... nicht nur geprägt* (ist) *von gesellschaftlich vorherrschenden Kräften ..."* spielt *„der Staat nicht nur als Instrument der herrschenden Klasse, sondern auch innerhalb der Strategie der Jungsozialisten eine wichtige Rolle (!!!)"* (Thesen zur polit.Ök., These 3). Völlig eindeutig ergänzt „Chefideologe" Strasser: *„Staat wird ... als die formalisierte Totalität der Gesellschaft und nicht bloß als Instrument der Herrschenden verstanden"* (J. Strasser, „Juso" 9/10 1972, Seite 3). Folglich *„verkürzen* (die Jusos) *die Frage der Veränderung unserer Gesellschaft nicht auf die Frage der Eroberung der Staatsmacht ... Das heißt, nicht Übernahme des Staatsapparates durch die Organe der Arbeiterklasse ist das strategische Ziel ..."* (ebenda) usw. usf.

Der hochgestochene Unsinn von der „formalisierten Totalität" dient – wie wir noch zeigen werden – zu nichts anderem, als die abgestandenen „Theorien" über einen „Reformweg" zum Sozialismus zu legitimieren.

Der Genauigkeit halber muß gesagt werden, daß die oben angeführten Positionen die der sog. „Bundesmehrheitslinie" sind. Daneben gibt es als abweichende „Hauptströmung" die Anhänger des „Stamokap" (staatsmonopolistischer Kapitalismus), jener bei den Revisionisten entlehnten Theorie, die den Staat als Instrument der Monopole definiert (und dementsprechend auch die kleinen Kapitalisten in ein „breites antimonopolistisches Bündnis" einbeziehen will); weiter die „Ganselisten", die die „Überwindung des Kapitalismus" über die „Verbesserung von demokratischen Entscheidungsstrukturen" erreichen wollen (also noch aus Juso-Sicht Unterschätzung der „Basismobilisierung", rechte Linie), sowie das genaue Gegenstück, die „Antirevisionisten", die „jede Initiative auf staatlicher oder parlamentarischer Ebene" ablehnen („Juso" 3/74, Hamburg).

Die durch und durch opportunistische Einschätzung des Staates seitens der uns hier zunächst interessierenden „Bundesmehrheitslinie" entbehrt auch nur des geringsten Versuches einer Auseinandersetzung mit den historischen Erfahrungen bzw. mit den Analysen der Klassiker des Sozialismus. Schöne „Sozialisten", die Juso-Führer.

Selbst Friedrich Engels, den die Jusos in unwesentlichen Fragen gern und häufig strapazieren, wird zu diesem Problem weitgehend „vergessen"! Aus gutem Grund, denn nach ihm ist *„Der Staat ... ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist".* (Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates). An anderer Stelle heißt es: *„Sie* (die öffentliche Gewalt) *verstärkt sich ... in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staats sich verschärfen ..."*

Und heute? Trifft nicht die Engelsche Aussage voll auf die aktuelle Entwicklung zu? Ist es nicht gerade die SPD, die in ungeheurem Ausmaß den Ausbau der „öffentlichen Gewalt" gegen das Volk betreibt? Hat nicht die chilenische Erfahrung erneut gezeigt, daß man die kapitalhörigen Repräsentanten der bewaffneten Staatsformationen nicht „überzeugen" kann?

Die Gefährlichkeit des kapitalistischen Staates ist heute sogar sehr viel größer als zu Engels Lebzeiten. Die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie sind international organisiert, und man muß schon blind sein oder eben nicht sehen wollen, wenn man nicht in seine Überlegungen mit einbezieht, daß die Imperialisten auch völlig skrupellos im internationalen Rahmen davon gegen die Arbeiterbewegung Gebrauch machen! (Siehe CIA-Interventionen überall in der Welt!)

Doch die Jusos gehören zu denen, die nicht sehen wollen – lauschen wir noch einmal dem Professor J. Strasser: *„Die Linke muß sich klar machen, daß nach allen historischen Erfahrungen auch künftig das Großkapital und die mit ihm verbundenen Kräfte die Demokratie stürzen werden, wenn sie ihnen gefährlich wird ..."* Donnerwetter, das ist mal eine Erkenntnis, denkt man im ersten Moment – doch dann:

Man müsse *„eine gewisse Umorientierung gegenüber gewissen Institutionen, z.B. der Polizei (!) vornehmen",* in dem Sinn, daß die Jusos sich *„die bisher praktizierte pauschale Ablehnung dieser Institutionen ... nicht länger leisten können (!!!)"* (Interview mit dem „Berliner Extradienst).

Das ist mal eine elegante Kurve: steuert anscheinend nach links und landet rechts im Straßengraben! Hut ab!!

„Daß der Staat das Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) **n i c h t versöhnt werden k a n n"**, schrieb Lenin in „Staat und Revolution", **„das vermag die kleinbürgerliche Demokratie nie zu begreifen. Das Verhältnis zum Staat ist eines der anschaulichsten Zeugnisse dafür, daß unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki gar keine Sozialisten sind ... sondern kleinbürgerliche Demokraten mit einer beinah-sozialistischen Phraseologie"** (Seite 8).

Und natürlich kennt auch die Bourgeoisie ihre Pappenheimer: *„Es ist keineswegs zu befürchten, daß Strasser, weil er den Staat so interpretiert wie die Antiautoritären und die maoistische Neue Linke (?), die viel von der Zerschlagung des Staates redet, aus seiner Theorie die logische Konsequenz ziehend, jetzt etwa antreten wird, den Staat tatsächlich zu zerschlagen. Viel wahrscheinlicher ist es, daß er e i n g u t e r M i n i s t e r dieses Staates wird."* („FR", 8.8.73).

Wird fortgesetzt. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Der KBW auf dem Marsch ins „sozialistische Lager" ?

Zur palästinensischen Revolution hat der KBW schon immer einen sehr „speziellen" Standpunkt eingenommen – empfahl er doch den Palästinensern schon 1972, sie müßten **„die Existenz Israels anerkennen"**.

Inzwischen tun sich neue bemerkenswerte Dinge: Die Sowjetrevisionisten wollen im Nahen Osten die sogenannte „friedliche Lösung" mit einem „Palästinenser-Staat" durchsetzen, der aus dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland (‚Westbanks') bestehen soll. Innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung wird diese ‚Lösung' vor allem von der Fatah befürwortet, während sich die ‚Demokratische Front' von Hawatmeh (DFLP, früher PDFLP) bemüht, der „friedlichen Lösung" und dem „Palästinenserstaat" ein schein-revolutionäres ideologisches Gerüst zu bauen (Berufung auf Lenin etc.).



Der KBW wiederum betrachtet seit langem die DFLP (bzw. früher PDFLP) als d i e „korrekte" Organisation des palästinensischen Widerstands. In der KVZ vom 19.12.74 nun findet sich ein Aufruf, man möge an fünf namentlich genannte palästinensische Gefangene in Israel schreiben, von denen drei als Mitglieder der DFLP angegeben sind. Soweit noch schön und gut. Aber dann heißt es weiter:

„. . . Eine weitere Möglichkeit ist noch, an die Zeitung der ‚Rakah', der Kommunistischen Partei in Israel zu schreiben, die die Briefe ebenfalls weiterleiten wird".

Das gibt allerdings zu denken! Die ‚Rakah' ist nämlich die revisionistische, ganz auf den Sowjetrevisionismus orientierte „KP" Israels, die zwar unter den zionistischen Bedingungen einen anerkennenswerten Kampf führt, aber doch seit eh und je für die „Existenz Israels", für die „friedliche Lösung" und gegen den „Terrorismus" eingetreten ist.

Wenn diese Partei in dieser Weise mit der DFLP Hawatmeh's zusammenarbeitet, scheint das allerdings die Auffassung palästinensischer Genossen zu bestätigen (vgl. z.B. DIE INTERNATIONALE Nr. 6, S.12), daß sich die DFLP immer mehr zu einer Agentur des Sowjetrevisionismus innerhalb des palästinensischen Widerstands entwickelt, sozusagen zu einer revisionistischen „KP Palästinas"!

Bei den Freunden vom KBW ist die Dreistigkeit zu bewundern, einerseits ständig gegen den „Sozialimperialismus" zu randalieren, aber dessen konkrete „Friedenspläne" z.B. für den Nahen Osten zu propagieren, d.h. die ‚Lösung' eines ‚palästinensischen' Mini-Staates, der beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis nur ein Spielball der „Supermächte", des Zionismus und der arabischen Reaktion sein könnte, und der die Situation im Nahen Osten nicht „entspannen", sondern verschärfen würde.

Es gibt keinen anderen Weg als den Kampf für ein sozialistisches Palästina von Arabern und Juden, das von Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion befreit ist. ●

Ein Genosse aus Hamburg-Altona

Inhalt

Betrieb und Gewerkschaft

Metallindustrie:
- Bayrisch Poker – Entlassung von 500 Kollegen bei Uher (München) 16
- Storno, Flensburg: 20 Prozent mehr Ausbeutung 14
- Siemens-Konzern untersteht einem „Truppengeneral" mit „straffem Führungsstil" 14
- Nacht Leiding, sondern die Arbeiter werden abgebaut 16
- Abfindungsentlassungen jetzt auch bei Ford 16
- Rationalisierungsentlassungen bei Kabelmetall 15
- Kurzarbeit und Entlassungen im Braunschweiger Raum 17
- Stumm AG: Die dummen Gangster holt der Staatsanwalt 16
- Daimler-Benz, Westberlin: Rausschmiß Linker aus dem Betrieb 16
- Pierburg, Neuß: Erfolg der Betriebsräte vor Gericht: Keine Entlassung 15
- Erneute Entlassung von Betriebsräten bei Pierburg 15
- Hamburger Stahlwerke (HSW): Gefeuerter VLK-Vorstand für drei Jahre aus der IGM ausgeschlossen 18
- Jungheinrich, Hamburg: Das Messer in die Kehle stoßen 16

Chemieindustrie:
- Analyse der Wahlergebnisse: Betriebsrätewahlen bei Texaco 17
- Texaco, Hamburg: IG Chemie zieht Trennungsstrich – Wieder 13 Gewerkschaftsausschlüsse 17
- Hoechst, Hamburg: Gewerkschaftsseminar – gestaltet vom Bourgeois 20
- Hamburg: Beiersdorf-Kollegen werden erpreßt 18
- Beiersdorf, Hamburg: Max Ganschow macht mit „rotem Terror" Schluß 18
- Kartellamt in Aktion 20
- Texaco: Vergleich unter Kapitalisten – über 100 Kollegen werden entlassen 18

Druckindustrie:
- Hannover: Kampf den Massenentlassungen und der Pressekonzentration 13

Bauindustrie:
- ATP, SIAB, Stetzler und Betonwerk Pforzheim – Die Angestellten sollen 2 Samstage im Monat unbezahlt arbeiten 14

ÖTV:
- ÖTV, Hamburg: Arbeitskreis Transport aufgelöst – Friedhofsruhe oder konsequente Klassenpolitik 19
- Westberlin: Weitere 7 Ausschlußanträge in der ÖTV 19

HBV:
- HBV, Hamburg: Schon wieder Polizei-Einsatz gegen Gewerkschaftsmitglieder 19
- Gewerkschaft HBV: Neue Richtlinien zur Basisarbeit 20

GEW:
- GEW, Westberlin: Ein Lehrstück 21
- GEW, Hamburg: Plumpe: gehts nicht 21

Entlassungen:
- Geheimcode der Kapitalisten 15

Frauen:
- Leserbrief zum Thema Frauenarbeit 13

Ausländer:
- Der Mor hat seine Schuldigkeit getan ... Regierung plant radikale Einschränkung der ausländischen Arbeiter 14

Arbeitslose
- Den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit 1975 verstärkt führen! – Zwei Millionen Arbeitslose in diesem Jahr 1

Politik des BRD-Imperialismus
- Zum Kauf der Daimler-Benz-Aktien durch Kuweit: Hinter der chauvinistischen Hetze verbirgt sich die aggressive Politik des BRD-Imperialismus 1
- CDU, Korruption und Chile-Putschunterstützung 6

Militärpolitik in der BRD
- MRCA-Projekt – Vorstoß des BRD-Imperialismus zur westeuropäischen Rüstungsgroßmacht 1

Internationales

Island:
- Neue Eskalation im „Fischereikrieg": Wo sitzen die eigentlicher „Piraten"? 5

England:
- Englische Bergarbeiter lehnen Produktivitätsbetrug ab 10
- Gute Europäer – Labour auf EG-Kurs 5
- Bäckereiarbeiter-Streik endete mit Kompromiß 11

Italien:
- Bourgeoisie läßt weiteren Putschgeneral fallen 11
- Rom: Üble faschistische Provokation unter Polizeischutz 10

Spanien:
- Generalstreik im Baskenland 1
- Unterstützt die spanischen politischen Gefangenen 12
- Die spanische Arbeiterklasse – ein Heer von Landesverrätern? 12

Nahost:
- Permanente Verbrechen des Zionismus 3

Ägypten:
- Arbeiter-Demonstrationen in Ägypten 3

Kuba:
- 15 Jahre Sieg der Revolution in Kuba 8

Kolumbien:
- Soziale Demagogie a la Peron zum Vorbild? 9

Nicaragua:
- Gelungene Aktion der Guerillas erzwingt Freilassung politischer Gefangener 9

Argentinien:
- Zunehmender faschistischer Terror 9

Chile:
- Freiheit für Victor Toro! 7
- Folter und Mord weiter auf der Tagesordnung 7
- Pascal Allende: Neuer Generalsekretär des MIR 7
- Junta-Minister auf mehrwöchigem BRD-Besuch 6
- Der Terror geht weiter: Untersuchungsbericht der OAS enthüllt Mord und Terror 7

USA:
- „Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten" 29
- US-Regierung droht der „Dritten Welt" mit Krieg 1

EG
- EG-Gipfeltreffen – Aufbau des westeuropäischen imperialistischen Blocks hauptsächlich hinter der offiziellen Kulisse 4

Westdeutsche Linke

DKP:
- DKP, oweh! 29
- „Kaufkraft heben, Preise stoppen, Arbeitsplätze sichern" – Wie die Reformisten und Revisionisten die kapitalistische Krise meistern wollen

KBW: Der KBW auf dem Marsch ins „sozialistische Lager"? 32

KB:
- Hamburg: Solidaritätsveranstaltung KB – Lotta Continua 11

Jusos:
- Die Jusos in der Zirkuskuppel – ratlos 31
- Das Ende vom Lied 31
- Nagelprobe für die Jusos in Duisburg – Worte und Taten im antifaschistischen Kampf 30

Kampf dem Faschismus
- Faschistische Schläger auf Reisen – antifaschistische Aktion in Calw 25
- Der Rechts-Staat 27
- Glückstadt, Schleswig/Holstein: Waffenlager bei CDU-Mitglied ausgehoben 29
- Flensburg: Weiterer Erfolg gegen die Faschisten 27
- Lübeck: Vier Schüsse auf DKP-Büro – „ohne politische Motive" 29
- Faschisten überfallen DGB-Jugendheim 29
- Bremen: Kundgebung gegen den Faschisten Löwenthal 25
- Leserbrief zum Bericht „Einmal Faschismus, das reicht!" (AK 53, S. 19) 29
- Faschisten immer frecher 11

Polizei in der BRD
- Flensburg: Polizei behindert Flugblattverteiler 29
- Polizei-Aktion gegen Sekte „Hare Krishna" 29

Justiz in der BRD
- Hannover: Freispruch im Prozeß gegen ehemaligen Presseverantwortlichen der „KPD/ML" (RF) 26
- Spendensammlung für politische Strafverfahren 26

Pressefreiheit in der BRD
- erneute Geldstrafe gegen KB-Presse 26

RAF-Kampagne
- „RAF" distanziert sich vom Bombenanschlag im Bremer Hauptbahnhof 30
- „Terrorist verhaftet" – Dichtung und Wahrheit 30

Kommunalpolitik
- Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk Brockdorf
- Marckolsheim: Der Bauplatz bleibt besetzt 22
- Hannover: Streik gegen 25%ige Mieterhöhung in Studentenwohnheim 24

Sozialpolitik
- Zur Lage der Behinderten in der BRD 23

Kultur/Film
- Manche sehen ROT und sind doch Faschisten – Bemerkungen zum Film: „Ein Mann sieht rot", mit Charles Bronson 28
- Spiel mir das Lied von der Selbstjustiz ... Anmerkungen zu einem früheren Bronson-Film 28
- Bürgerliche Vergangenheitsbewältigung 27